

Peter Barnes



Kapitalismus 3.0

Ein Leitfaden zur Wiederaneignung
der Gemeinschaftsgüter

VSA

Herausgegeben von der
■■■ HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Peter Barnes
Kapitalismus 3.0

Peter Barnes

Kapitalismus 3.0

Ein Leitfaden zur Wiederaneignung
der Gemeinschaftsgüter

Aus dem Amerikanischen von Veit Friemert

Herausgegeben von der Heinrich-Böll-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.boell.de



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/2.5/deed.de>. Eine elektronische Fassung kann heruntergeladen werden. Sie dürfen das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen. Es gelten folgende Bedingungen:

Namensnennung: Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung: Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Keine Bearbeitung: Dieses Werk darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.

Der VSA: Verlag Hamburg hat das alleinige Recht der kommerziellen Nutzung in Form von Druckerzeugnissen.

© VSA: Verlag 2008, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

© Heinrich-Böll-Stiftung 2008, Schumannstr. 8, 10117 Berlin

© Peter Barnes 2006

Alle Rechte vorbehalten

Druck- und Buchbindearbeiten: Interpress, Budapest

ISBN 978-3-89965-312-0

Inhalt

Einleitung: Auch der Kapitalismus braucht Gemeinschaftsgüter 7 von Ralf Fücks	
Vorwort	13
Teil 1	
Das Problem	25
Kapitel 1	
Es ist an der Zeit, das Betriebssystem nachzurüsten	26
Kapitel 2	
Eine kurze Geschichte des Kapitalismus	40
Kapitel 3	
Die Grenzen des Staates	60
Kapitel 4	
Die Grenzen der Privatisierung	78
Teil 2	
Eine Lösung	93
Kapitel 5	
Die Wiedererfindung der Gemeinschaftsgüter	94
Kapitel 6	
Eine Treuhandschaft für die Schöpfung	108

Kapitel 7	
Universelle Geburtsrechte	133
Kapitel 8	
Auf dem Weg zu einer gemeinsam geteilten Kultur	150
Teil 3	
Die Realisierung	169
Kapitel 9	
Die Errichtung eines Gemeinschaftsgütersektors	170
Kapitel 10	
Was Sie tun können	191
Anhang	204
Literatur	206
Index	212
Der Autor	219

Einleitung: Auch der Kapitalismus braucht Gemeinschaftsgüter

Commons, frei übersetzt mit »Gemeinschaftsgüter«, bezeichnen in einer Welt des Privateigentums eine Sphäre jenseits des Marktes. In Zeiten des Klimawandels und der Krise der natürlichen Lebensgrundlagen wird gerade diese Sphäre immer wichtiger. Das gilt ebenso, wenn auch aus anderen Gründen, für die sich herausbildende Wissensgesellschaft mit ihren Chancen für eine neue Stufe produktiver Entwicklung und demokratischer Partizipation.

Die Atmosphäre ist ein Beispiel für die Gefährdung der Gemeinschaftsgüter. Die Industrieländer haben sie in den letzten 150 Jahren genutzt, um die CO₂-Emissionen ihres mit fossilen Energieträgern befeuerten Wirtschaftswachstums kostenlos zu deponieren. Inzwischen stößt die Aufnahmefähigkeit der Atmosphäre aber an ihre Grenzen und verlangt nach Regeln für ihre Nutzung. Dies ist ein typischer Fall der Übernutzung eines globalen Gemeinschaftsguts, das allen gratis zur Verfügung steht und für dessen nachhaltigen Gebrauch keine Instanz zuständig ist.

Komplizierter liegt der Fall bei der Kategorie des »Wissens«. Wissen erfüllt nicht die klassischen Kriterien eines öffentlichen Guts, von dessen Nutzung niemand ausgeschlossen werden kann. Dennoch gibt es Überschneidungen, die es nahelegen, auch Wissen aus dem Blickwinkel eines Gemeinschaftsguts zu betrachten. Bei seiner Herstellung spielen öffentliche Institutionen und Finanzen eine zentrale Rolle, und vor allem hat Wissen die wunderbare Eigenschaft, dass es sich – anders als gewöhnliche Güter – durch Gebrauch und Weitergabe nicht abnutzt. Im Gegenteil, es wächst weiter an und kann immer wieder neu als Quell gesellschaftlicher und technischer Innovationen dienen. Trotz – oder gerade aufgrund – dieser Eigenschaft sind um die Wissensbestände heftige Verteilungskämpfe entbrannt. Wissen ist ein begehrtes

Gut, und die Produktion von Wissen erfordert oft hohe Investitionen. Den Zugang zu Wissen einzuengen und zu kontrollieren, verspricht hohe Renditen.

Privateigentum und Markt sind auch in kapitalistischen Gesellschaften nicht alles: Ohne Gemeinschaftsgüter wäre keine Gesellschaft überlebensfähig, und auch die Unternehmen hängen von Gemeinschaftsgütern wie einer intakten Biosphäre oder öffentlicher Sicherheit ab. Gemeinschaftsgüter bringen nicht nur einzelnen Konsumenten einen Nutzen, sondern sind Grundlage für die Teilhabe der Individuen am gesellschaftlichen Leben. Jemanden von diesen Gemeinschaftsgütern auszuschließen, wie Märkte dies mit Zahlungsunwilligen oder Zahlungsunfähigen tun, ist moralisch kaum vertretbar, falls es überhaupt praktisch durchsetzbar ist.

Es gibt endlose Diskussionen darüber, welches Gut als ein Gemeinschaftsgut behandelt werden soll und des besonderen Schutzes der Gesellschaft bedarf. Während die Frage, was ein Gemeinschaftsgut ist, eher von akademischem Interesse ist, ist die Frage, wie es behandelt, verwaltet und wie der Zugang zu ihm geregelt werden soll, von höchst praktischer Relevanz für das Leben der Menschen, die von diesem Gemeinschaftsgut abhängig sind. Dabei wird es unterschiedliche Antworten für unterschiedliche Gemeinschaftsgüter geben müssen, die keineswegs alle über einen Kamm zu scheren sind.

Die Nutzung von Gemeinschaftsgütern wie der Erdatmosphäre, die individuell nutzbar sind, kann durch die Begrenzung von Zugangsrechten effizient auf Märkten gehandelt und vor Übernutzung geschützt werden. Der Emissionshandel ist ein solcher Mechanismus, der begrenzt, wieviele Treibhausgase in die Atmosphäre ausgestoßen werden dürfen, und die Rechte, wer wie viel emittieren darf, auf einem Markt handelt. Bei der Zuteilung solcher Rechte durch einen öffentlichen Akteur ist aber nicht nur ökonomische Effizienz, sondern auch Verteilungsgerechtigkeit gefragt.

Wieder anders liegt der Fall bei intellektuellen Gütern. Sie sind sowohl privat herstellbar als auch als Privateigentum zu vermarkten. In gewissem Umfang fördert die Aussicht auf kommerzielle Verwertung sogar die Generierung neuen Wissens. Dies ist auch der Grund, weshalb Staaten Erfindern Patentrechte auf das von ihnen generierte Wissen

zugestehen. Patentrechte garantieren den Urhebern eine Art Schutzgebühr für die Benutzung ihrer Erfindungen. Allerdings wirkt das Patentrecht besonders im internationalen Kontext oftmals dem Allgemeinwohl entgegen. Zum Beispiel schließt es nicht zahlungsfähige Menschen in Entwicklungsländern vom Zugang zu lebensnotwendigen Gütern wie Medikamenten aus oder schränkt den allgemeinen Zugang zu Wissen ein. Ähnlich wie bei einem Monopol werden Konsumenten ausgeschlossen, um Gewinne eines Monopolisten zu vergrößern. Darüber hinaus treibt das Patentrecht seltsame Blüten, etwa wenn multinationale Konzerne Patentrechte auf traditionelles Wissen indigener Völker erwerben und sich damit ein Monopol sichern, das nicht auf eigenen Erfindungen gründet, sondern auf reiner »Entdeckung«.

Der amerikanische Unternehmer und Autor Peter Barnes sieht die Wurzel aller Probleme im Umgang mit Gemeinschaftsgütern darin, dass die Eigentums- und Zugangsrechte entweder nicht geklärt sind (und die Gemeinschaft der Nutzer sie deshalb übernutzt) oder aber die Akteure, die die Eigentums- und Zugangsrechte halten, nicht die Kapazitäten haben, eine nachhaltige Nutzung der Gemeinschaftsgüter effektiv zu organisieren. Schon früher hat er den Vorschlag eines »Sky Trust«, gemacht, der alle Nutzungsrechte an der Atmosphäre hält und an Emittenten von Treibhausgasen verkauft, gleichzeitig deren Emissionsrechte aber auf ein nachhaltiges Maß reduziert. Dieses Vorbild eines Treuhandfonds kann auch auf andere Gemeinschaftsgüter verallgemeinert werden.

Barnes' Version 3.0 des Kapitalismus zeichnet sich dadurch aus, dass der Sektor des Marktes, in dem private Güter gehandelt werden, ergänzt wird durch einen Sektor von Gemeinschaftsgütern, die durch ein System verbindlicher Regeln effektiv gemanagt werden. Beide Sektoren sind notwendig für eine globale nachhaltige Entwicklung und für ein effizientes Funktionieren von Wirtschaft und Demokratie. Bisher ist aber der privatwirtschaftliche Sektor dominant und der Sektor der Gemeinschaftsgüter unterentwickelt. An dieser Asymmetrie krankt, so die Analyse von Barnes, das ganze Marktsystem. Als Therapie schlägt er die Verwaltung der Gemeinschaftsgüter durch lokale Gemeinschaften bzw. durch regionale, nationale und globale Treuhandfonds vor, die den privatwirtschaftlichen Sektor ergänzen. Ersetzen kann keiner der

beiden Sektoren den anderen. Privatgüter und Gemeinschaftsgüter stehen in keinem alternativen Verhältnis, sondern in einem komplementären. Die Bereitstellung und der Erhalt von Gemeinschaftsgütern bietet erst die Grundlage für die Entwicklung vieler privatwirtschaftlicher Unternehmen, national und global. So hängt die Entwicklung des Privatsektors in Entwicklungsländern in besonderem Maße von Gemeinschaftsgütern ab, die politisch gewährleistet werden müssen. Auch die deutsche Wirtschaft ist stärker als Volkswirtschaften mit reichen natürlichen Ressourcen abhängig von öffentlichen Gütern wie exzellenter Grundlagenforschung, einem gut ausgebildeten Arbeitskräftepotenzial und dem Zugang zu innovativem Wissen. Es ist also keineswegs eine romantische Idee, wenn wir mit Peter Barnes für ein neues Verständnis der Bedeutung von Gemeinschaftsgütern werben.

Berlin, im Juli 2008

Ralf Fücks, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Für Cornelia und Smokey

*Denn da diese Arbeit das unbestreitbare Eigentum des Arbeiters ist,
kann niemand außer ihm ein Recht auf etwas haben,
was einmal mit seiner Arbeit verbunden ist.
Zumindest nicht dort,
wo genug und ebenso gutes den anderen gemeinsam verbleibt.*

John Locke (1690)

Vorwort

Ich bin Geschäftsmann und glaube, dass die Gesellschaft erfolgreichen Unternehmungsgeist honorieren sollte. Gleichzeitig weiß ich um die ungesunden Nebenwirkungen profitorientierter Unternehmen. Sie verschmutzen die Umwelt, produzieren Abfälle, führen zu Ungleichheit und Ängsten sowie zu nicht unerheblicher Verwirrung über den Sinn des Lebens.

Von meiner politischen Einstellung her habe ich nichts dagegen, wenn die Regierung eine gewisse Rolle in unserem Alltag spielt. Dennoch hat mich die Geschichte gelehrt, dass die Interessen der einfachen Bürger durch den Staat nicht angemessen geschützt werden. Noch weniger ist eine repräsentative Regierung in der Lage, die Interessen von zukünftigen Generationen, Ökosystemen und nichtmenschlichen Arten zu wahren. Das ist deshalb so, weil Regierungen meistens, wenn auch nicht immer, den Interessen der Unternehmen Priorität einräumen. Dies ist ein *systemisches* Problem kapitalistischer Demokratien, nicht aber eine Frage der Wahl neuer politischer Führer.

Wer mit diesen Meinungen übereinstimmt, mag sich – wie ich in letzter Zeit – irritiert und demoralisiert fühlen. Wenn der Kapitalismus, so wie wir ihn kennen, mit erheblichen Mängeln behaftet ist, die Regierung hingegen keine Abhilfe verspricht, worauf soll man dann noch hoffen?

Mir scheint das ein grundsätzliches Dilemma unserer Zeit zu sein. Seit Jahren sagt die Rechte – nein, sie *brüllt* das heraus –, dass der Staat das Problem ist und das Heil allein in Privatisierung, Deregulierung und Steuersenkung besteht. Ebenso lange beharrt die Linke auf der Position, dass die Märkte das Problem sind und das Heil allein im Staat liegt. Beide Seiten haben – und dies ist das Problem – zur einen Hälfte recht, zur anderen nicht. Beide haben recht, wenn sie sagen, dass die Märkte und der Staat Mängel aufweisen, und sie haben unrecht, insofern sie in einer der beiden Sphären das Heil suchen. Was soll man nun tun, wenn es sich so verhält? Vielleicht mangelt es an einer weiteren Reihe von Institutionen, die uns hier weiterhelfen könnten.

Vor etwa zehn Jahren begann ich, mich mit diesem Dilemma zu beschäftigen, nachdem ich mich von *Working Assets*, einem von mir 1982 mitgegründeten Unternehmen, zurückgezogen hatte. (*Working Assets* ist ein Anbieter von Telefon- und Kreditkartendienstleistungen, der automatisch an gemeinnützige Organisationen spendet, die für eine bessere Welt arbeiten.) Mein anfängliches Grübeln drehte sich um den Klimawandel, der durch Treibhausgasemissionen verursacht wird, für die die Menschen verantwortlich sind. Für einige Analysten war das »die Tragödie der Gemeinschaftsgüter« – ein vor 40 Jahren von dem Biologen Garret Hardin in Umlauf gebrachter Gedanke.¹ Hardin zufolge werden Menschen die Gemeinschaftsgüter immer über Gebühr in Anspruch nehmen, denn es liege in ihrem Eigeninteresse, dies zu tun. Für mich war das Problem hingegen eine zweifache Tragödie: erstens eine Tragödie des Marktes, der seine eigenen Exzesse nicht einzudämmen vermag; zweitens eine Tragödie der Regierung, die nicht in der Lage ist, die Atmosphäre zu schützen, weil die umweltverschmutzenden Unternehmen Macht besitzen und zukünftige Generationen nicht wahlberechtigt sind.

Diese Sichtweise führte mich zu einer Hypothese: Falls die Gemeinschaftsgüter das *Opfer* der Defizite von Markt und Regierung sein sollten, statt selbst die *Ursache* ihrer Zerstörung zu sein, dann mag das Heilmittel darin liegen, die Gemeinschaftsgüter zu stärken. Wie aber sollte dies geschehen? Der vorherrschenden Meinung zufolge lassen sich die Gemeinschaftsgüter der Sache nach nur schwer verwalten. Denn sie gehören effektiv niemandem. Besäße *Waste Management Inc.*² die Atmosphäre, so würde sie von Luftverschmutzern eine Gebühr verlangen, wie sie dies im Falle von Müllverklappung auf Landdeponien tut. Weil aber niemand einen Rechtsanspruch auf die Atmosphäre hat, wird die Luft grenzen- und kostenlos verschmutzt.

Dass keiner einen Rechtsanspruch auf die Atmosphäre hat, ist natürlich kein Zufall. Immer stand, soweit man sich erinnern kann, ausreichend Luft zur Verfügung, sodass es keinen Sinn ergab, an ihr ir-

¹ Garrett Hardin, *The Tragedy of the Commons*, *Science*, 1968, 162, S. 1243–1248. Siehe: http://www.garretthardinsociety.org/articles/art_tragedy_of_the_commons.html.

² *Waste Management Inc.* ist ein Müllentsorgungs- und Wiederverwertungsunternehmen, das in den Vereinigten Staaten und in Kanada operiert. (A.d.Ü.)

gendwelche Anteile zu besitzen. Mittlerweile hat sich das geändert. Unser weiter Himmel ist nicht mehr leer. Wir haben ihn mit unsichtbaren Gasen angereichert, die die klimatologischen Muster ändern, an die sich die Menschen und andere Lebewesen angepasst haben. In diesem neuen Kontext wird die Atmosphäre zu einer knappen Ressource – und so wäre es vielleicht keine so schlechte Idee, wenn es jemanden gäbe, der sie besäße.

Wer aber sollte den Himmel besitzen? Dieses Problem wurde für mich zu einer Art Zen-Koan – einer scheinbar harmlosen Frage, die bei genauerem Nachdenken zu vielen unverhofften Einsichten führte. So erwog ich, ein profitorientiertes Unternehmen zu gründen, das Anteile an der Atmosphäre erwerben sollte, um den Planeten zu schützen; schließlich bin ich bisher auch vorangekommen, indem ich Gutes getan habe. Wenn das nicht das Richtige wäre, was würde, so fragte ich mich, geschehen, wenn wir, als Gesellschaft genommen, einen Trust zum Zwecke der Verwaltung der Atmosphäre für zukünftige Generationen gründeten, mit den heute Lebenden als sekundär Anspruchsberechtigten? Ein solcher Trust täte genau das, was *Waste Management Inc.* tun würde, falls diese Firma den Himmel besäße: Umweltverschmutzer dafür zur Kasse bitten, dass sie den schwindenden Speicherplatz belegen. Die Kosten für die Verschmutzung der Umwelt stiegen, und die Umweltverschmutzung ginge zurück. All dies würde ohne Eingreifen der Regierung geschehen, nachdem zu Beginn die Rechte dem Trust übertragen worden wären. Falls letzterer aber – anders als *Waste Management Inc.* oder irgend ein anderes Unternehmen – den Himmel besäße, so gäbe es noch einen wundervollen Bonus: Jede Bürgerin und jeder Bürger bekäme eine jährliche Dividende.

Aus diesem Gedankenexperiment wurde ein Plan, der als *Sky Trust* bekannt geworden ist und politisch einiges bewirkt hat. Auch diente diese Idee als Epizentrum meiner Überlegungen über die Gemeinschaftsgüter – die wiederum zu diesem Buch führten.

Eine persönliche Einsicht

Die hinter diesem Buch stehende Einsicht begann ich mir schon lange vor der Zeit zu erarbeiten, in der ich *Working Assets* gründete. Als Junge half ich meinem Vater, als er mehrere Bücher über den Aktienmarkt schrieb, bei seinen Berechnungen. Später dann, als Journalist für *Newsweek* und *The New Republic*, schrieb ich Dutzende Artikel über Wirtschaftsprobleme. Meine eigentliche wirtschaftliche Bildung erfuhr ich in meinem dritten Lebensjahrzehnt, als ich nach einer Mid-life Crisis den Journalismus aufgab und mich kopfüber in den Kapitalismus stürzte.

Die Motive, denen ich in dieser Zeit folgte, waren gemischt. Einerseits fand ich es ermüdend, weiterhin Artikel zu schreiben. Ich brauchte Geld und hatte keine Lust, für andere Leute zu arbeiten. Andererseits wollte ich herausfinden, ob verschiedene Ideen, die ich mir angeeignet hatte, Hand und Fuß haben. Insbesondere die Schriften des britischen Ökonomen E.F. Schumacher haben mich stark beeinflusst. In seinem 1973 veröffentlichten Buch *Small Is Beautiful* schreibt Schumacher, der Kapitalismus sei in gefährlichem Maße sowohl mit der Natur als auch mit der menschlichen Seele außer Tritt geraten. Als Alternative galt ihm eine Wirtschaft von Kleinunternehmen, die – oft im Besitz der Beschäftigten – saubere Technologien nutzen.³

Mit Schumachers Vision im Hinterkopf machte ich mich an die Arbeit. Gemeinsam mit fünf Freunden gründete ich ein Unternehmen für Solarenergie, das im gemeinsamen Besitz seiner Mitarbeiter war. Das Unternehmen florierte, bis während der 1980er Jahre Änderungen in der Steuergesetzgebung die in den Kinderschuhen steckende Solarindustrie ruinierten. Zu diesem Zeitpunkt war ich bereits mitten in meiner 20 Jahre dauernden Zweitkarriere, in der ich Anlagefonds und Telefonunternehmen gründete, in den Vorständen von Banken und Industrieunternehmen arbeitete und in verschiedene andere Geschäftsbereiche investierte. Der gemeinsame Nenner all dieser Unternehmungen war, mit ihnen gleichzeitig Profit zu machen und die Welt zu verbessern. Die Manager waren ausdrücklich auf verschiedene Grundprinzipien ver-

³ E. F. Schumacher, *Small Is Beautiful*, New York: HarperCollins, 1973.

pflichtet: Sie wussten, sie hatten Profite zu erwirtschaften, aber auch soziale und ökologische Ziele zu erreichen.

Den Großteil dieser Zeit war ich Präsident von *Working Assets*, einem Unternehmen, das ein Prozent seines Bruttoumsatzes gemeinnützigen Organisationen spendet, die für eine bessere Welt arbeiten. Diese Spenden werden vom Bruttogewinn genommen, nicht vom Nettoprofit. Das Unternehmen spendet, ganz gleich, ob es gewinnbringend arbeitet oder nicht (viele Jahre lang machten wir keine Gewinne). Mir war klar geworden, dass ein Prozent ein außerordentlich kleiner Teil des Umsatzes ist, den ein Unternehmen der weiten Welt erstattet – bedenkt man, wie viel dieses Unternehmen von dieser Welt nimmt, ohne dafür zu zahlen. Wie wäre es zum Beispiel möglich, irgendwelche Dinge ohne die vielen kostenlosen Gaben herzustellen, welche die Natur uns bietet? Und wie könnten wir diese veräußern, ohne die enorme gesellschaftliche Infrastruktur von Gesetzen, Straßen, Geld usw. zu nutzen? Zumindest sollten wir eine Tantieme von einem Prozent für das Privileg zahlen, eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu sein. Diese Idee gefiel mir.

Auch trug ich mich mit dem Gedanken, *Working Assets* könnte eine Bewegung zur Verbesserung der Welt dadurch ins Rollen bringen, dass wir andere Unternehmen von der Möglichkeit überzeugen, ein Prozent ihrer Umsätze zu erstatten und gleichwohl als Unternehmen zu überleben. Das war zugegebenermaßen ein Hirngespinnst, wenn auch nicht ganz ohne Logik. Das eine Prozent würde, so glaubte ich, analog einem mutierten Gen wirken, das man unserer DNS appliziert. Überlebt dieses Prinzip auf dem Markt, so könnte es sich ausbreiten. Bei Mitarbeiterbesprechungen sagte ich für gewöhnlich, unser Unternehmen strebe danach, sozial verantwortungsvolle Gene zu den zukünftig dominanten Geschäftsgenen zu machen.

Nach meinem Weggang von *Working Assets* im Jahre 1995 begann ich, über die Welt des Profits nachzudenken, aus der ich gekommen bin. Ich habe das System 20 Jahre lang geprüft, es anhand verschiedener Prinzipien, soweit mir das möglich war, getestet. Ich habe mit verschiedenen Direktoren und Investoren verhandelt, denen die Natur, ihre Mitarbeiter wie auch die Gesellschaft wirklich am Herzen lagen. Letztendlich bin ich aber zu der Überzeugung gelangt, dass all

diese wohlmeinenden Leute, auch wenn ihrer mehr werden sollten, es nicht schaffen werden, das umfassende Ganze von der Profitmaximierung als seinem dominanten Prinzip zu befreien.

Rückblickend ist mir klar geworden, dass mich seit meinem frühen Erwachsenenalter immer eine Frage beschäftigt hat: *Ist der Kapitalismus eine brillante Lösung für das Problem knapper Ressourcen oder ist er selbst das Grundproblem der Moderne?*

Diese Frage hat verschiedene Ebenen, deren Untersuchung hat mich jedoch immer wieder zum gleichen Urteil geführt. Obwohl der Kapitalismus als brillante Lösung begann, wurde er zum Grundproblem unserer Zeit. Er war seiner Zeit angemessen, die Zeiten aber haben sich gewandelt.

Zu Beginn des Kapitalismus war Natur im Überfluss vorhanden, Kapital hingegen war knapp. Folglich war es sinnvoll, Kapital über alles andere zu stellen. Heute jedoch schwimmen wir in Kapital, während unsere natürlichen Ressourcen immer knapper werden. Auch gehen uns viele gesellschaftliche Regelungen verloren, die uns als Gemeinschaften Halt verleihen und unser Leben reicher machen, ohne dass Geld dazu erforderlich wäre. Das heißt nicht, der Kapitalismus sei zum Untergang verurteilt oder nutzlos; es heißt, dass wir ihn verändern müssen. Wir haben ihn an das 21. Jahrhundert statt an das 18. Jahrhundert anzupassen. Und das ist machbar.

Wie aber korrigiert man ein derart unüberschaubares und komplexes System wie das kapitalistische? Und wie kann das mit Würde geschehen, möglichst schmerz- und bruchlos? Die Antwort ist: Man sollte das tun, was Bill Gates getan hat – das Betriebssystem auf den neuesten Stand bringen.

Thematischer Umfang des Buches

In etwa so, wie unsere Verfassung die Regeln des Regierens festlegt, bestimmt unser wirtschaftliches Betriebssystem die Regeln des Handels. Ich nutze das Possessivpronomen »unser«, um hervorzuheben, dass dieses wirtschaftliche Betriebssystem jedem von uns gehört. Es ist nicht unwandelbar. Auch haben wir das Recht, es auf den neues-

ten Stand zu bringen, wie wir das Recht haben, unsere Verfassung zu verbessern. Dieses Buch erklärt, warum das System nachgerüstet werden muss, wie das neue Betriebssystem aussieht und wie es zu installieren wäre.

Das Buch gliedert sich in drei Teile. Teil 1 beschäftigt sich mit unserem gegenwärtigen Betriebssystem, einer Version, die ich »Kapitalismus 2.0« nenne (Kapitalismus 1.0 verschwand etwa 1950, wie ich in Kapitel 2 erläutern werde). Ich lege dar, wie dieses System die Natur vernichtet, die Ungleichheit vergrößert und uns dabei unglücklich macht. Obwohl viele Leser sich dieser Probleme bereits bewusst sind, werde ich sie abermals untersuchen. Denn ich möchte zeigen, dass diese Resultate nicht zufällig auftreten, sondern Konsequenzen sind, die unsere wirtschaftliche Software zwangsläufig zeitigt. Das heißt, sie lassen sich nicht durch Behelfsreparaturen lösen. Um die Dinge zu richten, müssen wir den Programmcode ändern.

Teil 2 des Buches richtet das Augenmerk auf den Kapitalismus, wie er sein könnte – eine Version, die ich »Kapitalismus 3.0« nenne. Der grundlegende Unterschied zwischen den Versionen 2.0 und 3.0 besteht im Einschluss einer Reihe von Institutionen, die ich den »Gemeinschaftsgut-Sektor« nenne. Statt nur mit einer Maschine zu arbeiten – also dem unternehmensdominierten Privatsektor –, würde unser verbessertes Wirtschaftssystem mit zwei Maschinen laufen: einer auf private Profitmaximierung gerichteten und einer zweiten, die auf den Erhalt und die Mehrung des gemeinschaftlichen Reichtums orientiert ist.

Diese beiden Maschinen – nennen wir sie den Unternehmens- und den Gemeinschaftsgut-Sektor – würden einander befördern und in Schach halten. Einer würde für unsere Ich-Seite sorgen, der andere für unsere Wir-Seite. In ein ausgewogenes Verhältnis gebracht – und Ausgewogenheit herzustellen, wäre die entscheidende Aufgabe der Regierung –, führte diese Zwillingmaschine zu mehr Wohlstand, Sicherheit und Zufriedenheit, als dies unsere gegenwärtig allein laufende Maschine tut oder tun könnte. Und sie würde dies tun, ohne den Planeten zu zerstören.

In Teil 2 werden eine Anzahl neuer Eigentums- und Geburtsrechte sowie Institutionen vorgeschlagen, die auf die eine oder andere Weise zur Erweiterung des Gemeinschaftsgut-Sektors führen. Diese Vorschläge

verbinden, so glaube ich, Hoffnung und Realitätssinn miteinander. Sie umfassen u.a.:

- eine Reihe von Trusts für Ökosysteme, die Luft, Wasser, Wälder und Habitate schützen;
- einen Investmentfonds, der allen Bürgerinnen und Bürgern Dividenden zahlt – jedem den gleichen Anteil;
- einen Trustfonds als Startkapital für jedes Kind;
- einen Pool für jedermanns Gesundheitsfürsorge zum Zweck, finanzielle Risiken zu mindern;
- einen auf Urheberrechtsgebühren gegründeten Nationalfonds zur Unterstützung einheimischer Künstler;
- eine Beschränkung von Werbung.

Im Schlussteil des Buches wird erläutert, wie wir von hier aus zum Kapitalismus 3.0 gelangen; wie die Modelle funktionieren und wie ein jeder von uns etwas dafür tun kann, dass sie funktionieren.

Die *dramatis personae* des Buches sind die kapitalgesellschaftlichen Unternehmen, der Staat und die Gemeinschaftsgüter. Die Geschichte verläuft etwa wie folgt: Der Bühnenvorhang hebt sich, und die Kapitalgesellschaften verschlingen die Gemeinschaftsgüter. Sie sind die Großen des Geschäfts und die Gemeinschaftsgüter – ein desorganisiertes Konglomerat von Natur, Gesellschaft und Kultur – die permanenten Verlierer. Den Gemeinschaftsgütern fehlen Eigentumsrechte, und so müssen sie sich unter die Fittiche der Regierung begeben. Der Staat jedoch ist ein unzuverlässiger Hüter, weil er in starkem Maße den Unternehmen zuneigt.

Glücklicherweise wird der Staat nicht immer von den Unternehmen beherrscht. Von Zeit zu Zeit fallen denen die Zügel aus der Hand. So lässt sich vorstellen, dass eine Regierung – im Interesse der einfachen Bürger⁴ – unversehens die Gemeinschaftsgüter stärkt, wenn der unternehmerische Einfluss schwindet. Sie überträgt dann den Trusts für Gemeinschaftsgüter neue Eigentumsrechte, baut die Infrastruktur der Gemeinschaftsgüter aus und schafft eine neue Klasse wirklicher Miteigentümer. Wenn dann die Unternehmenseite wieder die Zügel ergreift,

⁴ Im Original »commoner« – Wortspiel des Verfassers, weil es anders als »citizen« etymologisch auf »Commons«/»Gemeinschaftsgüter« hindeutet. (A.d.Ü.)

was unweigerlich geschehen wird, dann wird sie das neue System nicht ungeschehen machen können. Die Gemeinschaftsgüter sind nunmehr mit Schutzvorrichtungen und Treuhändern ausgestattet und für eine langwierige Auseinandersetzung gewappnet. Im Laufe der Zeit akzeptieren Aktiengesellschaften schließlich die Gemeinschaftsgüter als ihre Geschäftspartner. Sie bemerken, dass sie nach wie vor Profite machen, weiterhin ihre Marktaktivitäten planen können und global gesehen sogar wettbewerbsfähiger werden.

Keiner der in diesem Buch unterbreiteten Vorschläge wird morgen Wirklichkeit sein. Das ist auch nicht meine Hoffnung. Ich möchte ein Fanal setzen, eine neue Art System vorstellen, das wir schrittweise errichten sollten, sobald sich Möglichkeiten dafür ergeben. Der Aufbau des Systems wird, so glaube ich, Jahrzehnte in Anspruch nehmen, unterbrochen durch Episoden schnellen Wandels. Angesprochen sind Unternehmen und Politiker, Ökonomen und Anwälte, Bürger und Meinungsführer verschiedener gesellschaftlicher Ebenen. Um nicht die Orientierung zu verlieren, benötigen wir eine Anleitung – die ich mir von diesem Buch verspreche.

Danksagung

Die in diesem Buch formulierten Gedanken haben sich im Laufe meines Lebens entwickelt. Deshalb bin ich weit mehr Menschen zu Dank verpflichtet, als ich hier nennen kann.

Meine verstorbenen Eltern sind an erster Stelle zu erwähnen. Meine Mutter Regina war eine resolute Englischlehrerin, mein Vater Leo ein nachdenklicher Ökonom. So nimmt es nicht Wunder, dass ich Laufbahnen als Journalist und Geschäftsmann eingeschlagen habe und nun über Wirtschaft schreibe. Meine Leidenschaft und mein Schreiben verdanke ich der einen Person, meine Neugierde und mein Denken der anderen.

Ohne meine Partnerin Cornelia Durrant wäre das Buch nicht möglich gewesen. Viele der scharfsinnigsten Einsichten stammen, wenn sie nicht Smokey zu schulden sind, von ihr.

Johanna Vondeling, meine Lektorin, hat das Buchprojekt von Beginn an verständnisvoll und beharrlich begleitet. Zu danken habe ich auch Steve Piersanti und allen Mitarbeitern von Berrett-Koehler Publishers sowie John de Graaf, der die Verbindung mit dem Verlag hergestellt hat.

Seth Zuckerman hat dem widerspenstigen Manuskript Klarheit abgerungen. Ohne ihn hätte ich den Abgabetermin nicht halten können. Außerordentliche Dankbarkeit schulde ich der Rockefeller Foundation, die mir die Möglichkeit verschaffte, mich zum Scheiben nach Bellagio/Italien zurückzuziehen.

Meine Kollegen vom Tomales Bay Institute – insbesondere Jonathan Rowe und David Bollier – waren eine permanente Quelle der Inspiration und Ermutigung. Gleiches gilt, ob sie sich dessen bewusst sind oder nicht, für Dean Baker, Harriet Barlow, Connie Best, James Boyce, Rachel Breen, Marc Breslow, Peter Brown, Chuck Collins, Chris Desser, Peter Dorman, Brett Frischmann, Robert Glennon, Charles Halpern, Ann Hancock, Lewis Hyde, Marjorie Kelly, George Lakoff, Frances und Anna Lappé, Kathleen Maloney, Neil Mendenhall, David Morris, Richard Norgaard, Matt Pawa, Carolyn Raffensperger, Julie Ristau, Mark Sommer, Allen White, Bob Wilkinson, Susan Witt und Oran Young.

Zu jenen, deren Schriften mich inspirierten, gehören E. F. Schumacher, Herman Daly, John Maynard Keynes, John Kenneth Galbraith, Ronald Coase, Louis Kelso und Henry George.

Das Ganze wäre nicht möglich gewesen ohne die Liebe und Unterstützung meiner ganzen Familie, insbesondere Eli und Zack. Vielen Dank dafür.

Teil 1

Das Problem

Kapitel 1

Es ist an der Zeit, das Betriebssystem nachzurüsten

Die bürgerliche Gesellschaft ist ein Vertrag [...] zwischen denen, welche leben, denen, welche gelebt haben, und denen, welche noch leben sollen.

Edmund Burke (1792)⁵

Zum ersten Mal in der Geschichte befindet sich die Natur, die eine Generation ihren Kindern hinterlässt, in einem verheerend schlimmeren Zustand als jene Natur, die diese Generation von ihren Eltern übereignet bekam. Der Grund dafür ist nicht, dass wir heute unseren Planeten vernutzen, als ob es kein Morgen gäbe – das geschieht seit Jahrhunderten. Der Grund dafür ist, dass die kumulativen Effekte unserer vergangenen und gegenwärtigen Vergehen uns an verschiedene Wendepunkte gebracht haben. Die Natur hat ihre Toleranzgrenzen. Von denen haben wir mittlerweile viele erreicht und – mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit – in einigen Fällen bereits überschritten.

Die Welt, wie sie heute ist

Nehmen wir z.B. unsere Atmosphäre. Es ist nicht allein die gegenwärtige Luftverschmutzung, die uns zu schaffen macht; es ist die Anhäufung von Abgasen, die wir seit Jahrhunderten in die Luft blasen. Dies hat bereits dazu geführt, dass die Polarkappen schmelzen, Orkanstürme an Stärke zunehmen und der Golfstrom schwächer wird. Nahezu unisono warnen Wissenschaftler weltweit, uns stünde weit Schlimmeres

⁵ Edmund Burke, Über die Französische Revolution. Betrachtungen und Abhandlungen, hrsg. v. H. Klenner, Berlin 1991, S. 193.

noch bevor. Die Frage, die sich unserer Generation stellt, lautet: Werden wir unser Wirtschaftssystem freiwillig ändern oder wird die Atmosphäre dies für uns erledigen?

Oder nehmen wir das, was Wissenschaftler »Biodiversität« nennen. Die Erde ist eine kleine Insel des Lebens inmitten eines kalten, dunklen Universums. Wir Menschen teilen diese zauberhafte Insel mit Millionen anderer Arten, von denen wir den meisten noch nicht begegnet sind. Jede dieser Arten belegt eine Nische und beteiligt sich am Netzwerk des Lebens. Ganz allmählich aber verdrängen wir die anderen aus ihren Lebensräumen. Dies führt zu einer Vernichtungswelle, vergleichbar jener, die vor 65 Millionen Jahren die Dinosaurier dahinraffte. Der Unterschied ist allerdings, dass die Ausrottung der Dinosaurier einer Laune der Natur zu schulden war, während das gegenwärtige Aussterben auf unser alltägliches Tun zurückzuführen ist.

Wir gefährden allerdings nicht nur andere Arten. Anthropologen wie Jared Diamond und Ronald Wright haben kürzlich daran erinnert,⁶ dass frühere Zivilisationen (Sumer, Römer, Maya, die Einwohner der Osterinsel) in kleinerem Maßstab das taten, was unser Wirtschaftssystem scheinbar entschlossen ist, erdumfassend zu tun: Sie zerstörten ihre grundlegenden Ressourcen und brachen zusammen. Das Muster ist von beklemmender Ähnlichkeit: Zuerst findet die Zivilisation ein Rezept – Landwirtschaft, Bewässerung, Fischfang, Kapitalismus –, um den bestehenden Ökosystemen Werte zu entreißen. Weil sie so erfolgreich wirkt, fangen die Führer der jeweiligen Zivilisation an, der Rezeptur blind zu vertrauen. Schließlich sind die Schlüsselressourcen, von denen die Rezeptur abhängt, verbraucht und die unflexible Zivilisation bricht wie ein Kartenhaus in sich zusammen.

Damit will ich nicht behaupten, dass wir dazu verurteilt sind, nach diesem Muster unterzugehen. Weil wir in der Lage sind, unser wirtschaftliches Betriebssystem zu verbessern, haben wir die Möglichkeit, den Untergang zu verhindern. Nur sollten wir die Risiken nicht verharmlosen, denen wir uns heute gegenübersehen – sie sind real und

⁶ Jared Diamond, *Collapse: How Societies Choose to Fail or Succeed*, New York: Penguin Books, 2005; Ronald Wright, *A Short History of Progress*, New York: Carroll & Graf, 2004.

nahe. Die Zeit hingegen, die uns zur Aufrüstung unseres Betriebssystems bleibt, ist knapp.

Was sind die Gemeinschaftsgüter?

Der Großteil der Menschen, die an Gemeinschaftsgüter denken, stellt sich Weideland vor, auf dem Tiere grasen. Das ist eine antiquierte Vorstellung und etwas anderes als das, was ich im Sinn habe. In diesem Buch benutze ich »Gemeinschaftsgüter« als Gattungsbegriff,⁷ wie etwa Markt oder Staat. Er umfasst alle Gaben, die wir ererben oder gemeinsam schaffen.

Dieser Begriff bezeichnet eine Reihe von Vermögen, für die zwei Eigenschaften charakteristisch sind: Es handelt sich immer um Gaben, und sie werden immer wechselseitig geteilt. Eine Gabe ist etwas, das uns zufällt, im Unterschied zu dem, was wir verdienen. Eine wechselseitig geteilte Gabe ist eine solche, die uns als Mitgliedern einer Gemeinschaft, nicht jedoch individuell, zufällt. Beispiele solcher Gaben wären Luft, Wasser, Ökosysteme, Sprachen, Musik, Feiertage, Geld, Gesetze, Mathematik, Parks, das Internet und vieles andere mehr.

Diese verschiedenen Gaben sind wie ein Strom mit drei Zuflüssen: Natur, Gemeinschaft und Kultur (siehe Abb. 1.1). Dieser Strom geht

⁷ Der Autor benutzt das englische Wort »commons«. Für die deutsche Übersetzung gibt es mehrere Varianten. Man kann erstens das englische Wort einfach ins Deutsche übernehmen. Dann ist man zwar nahe am Original, leistet aber nicht das, was von einer Übersetzung verlangt wird: nämlich die Übertragung aus der Fremdsprache. Man kann zweitens das deutsche Wort »Allmende« benutzen. Es ist mit »commons« verwandt, weil es Allgemeines, gemeinschaftlich Genutztes oder Besessenes meint. Weil »Allmende« sich aber eher auf traditionell agrarische Formen von Gemeineigentum bezieht, hier jedoch auch moderne, d.h. sozial und kulturell generierte Güter mitgemeint sind, wurde für diese Übersetzung das Wort »Gemeinschaftsgut/Gemeinschaftsgüter« gewählt. Damit wird zugleich thematisch ein Bezug zur Gütertheorie in der praktischen Philosophie (von Aristoteles bis zum Kommunitarismus) hergestellt, ohne dem Autor hiermit eine bestimmte philosophische Position zuschreiben zu wollen. In der deutschen Übersetzung des für diese Schrift bedeutsamen Aufsatzes »The Tragedy of the Commons« von Garrett Hardin wird »commons« mit »Allmende« wiedergegeben und »Allmende« dann vom Übersetzer als Viehweide verstanden. Das ist jedoch, wie gerade betont, verkürzt. Siehe Garrett Hardin, Die Tragödie der Allmende, in: Michael Lohmann (Hrsg.), Gefährdete Zukunft. Prognosen angloamerikanischer Wissenschaftler, München 1970, S. 30-48. (A.d.U.)

Abb. 1.1: Die drei Zuflüsse zum Strom der Gemeinschaftsgüter

Natur

Luft, Wasser, DNS, Photosynthese, Samen, Muttererde, elektromagnetische Wellen,
Mineralien, Tiere, Pflanzen, Antibiotika, Ozeane, Fischgründe, Aquifer*, Stille,
Feuchtgebiete, Wälder, Flüsse, Seen, Sonnenenergie, Windenergie

Gemeinschaft

Straßen, Spielplätze, Kalender, Feiertage, Universitäten, Bibliotheken, Museen,
Sozialversicherung, Gesetze, Geld, Bilanzierungsrichtlinien, Kapitalmärkte,
politische Institutionen, Agrarmärkte, Flohmärkte, craigslist

Kultur

Sprache, Philosophie, Religion, Physik, Chemie, Musikinstrumente, klassische Musik,
Jazz, Ballett, Hip-Hop, Astronomie, Elektronik, Internet, Frequenzbereiche,
Medizin, Biologie, Mathematik, Open Source Software

Die
Gemein-
schafts-
güter

* Aquifer: Grund- oder Mineralwasser enthaltende Erdschicht

dem Kapitalismus voraus, umspült ihn und verleiht ihm (und uns) immensen Reichtum. Wir können kaum ohne ihn leben, mit Sicherheit jedoch nicht gut.

Es gilt ein weiteres Merkmal zu beachten, das die Gemeinschaftsgüter charakterisiert: Wir haben eine gemeinsame Verpflichtung, sie zu bewahren. Denn zukünftige Generationen werden sie gleich uns zum Leben – wie auch zum guten Leben – benötigen. Unsere Generation hat nicht das Recht zu sagen, dass diese Gaben nicht länger zu verteilen seien. Diese wechselseitig getragene Verantwortung hat einen moralischen Aspekt, der anderen wirtschaftlichen Gütern fehlt: Von uns wird verlangt, diese Gaben auch mit Blick auf zukünftige Generationen zu verwalten. Märkte verhalten sich normalerweise anders: Wenn ein Wirtschaftsgut einen kapitalisierbaren Wettbewerbsvorteil erbringt, erfährt es Unterstützung; andernfalls kümmert man sich nicht länger darum. Andere Faktoren sind irrelevant.

Die Gaben der Gemeinschaftsgüter sollen bewahrt werden, ganz gleich, ob sie eine Rendite erbringen oder nicht. Sie fallen uns als

wechselseitig zu teilende Gaben zu, und so haben wir die Pflicht, sie zumindest in der gleichen Verfassung weiterzugeben, in der wir sie empfangen haben. Falls wir ihren Wert mehren können, umso besser. Zumindest jedoch dürfen wir ihren Wert nicht schmälern, wie wir auch mit Sicherheit kein Recht haben, sie zu zerstören.

Neben dem Wort »Gemeinschaftsgüter« gebrauche ich einige ähnlich klingende Termini, welche hier gleichfalls erläutert werden sollten:

- Mit *allgemeinem Reichtum/Vermögen* (»common wealth«) meine ich den Wert aller Gaben der Gemeinschaftsgüter, ob er in Geldform vorliegt oder nicht. Wie der Vermögensanteil, den Aktionäre an einer Aktiengesellschaft haben, kann er, je nachdem, wie die Gemeinschaftsgüter verwaltet werden, von Jahr zu Jahr steigen oder fallen.
- Mit *Gemeineigentum* (»common property«) meine ich eine Reihe von Rechten, die durch Menschen verfügt wurden und irgendwo zwischen Privat- und staatlichem Eigentum angesiedelt sind. Dem Privateigentum gleich entsteht das Gemeineigentum dann, wenn es vom Staat Anerkennung erfährt. Anders als dieses ist es jedoch *inklusiv*, statt *exklusiv* zu sein – es ist darauf angelegt, Eigentümerschaft so weit wie möglich zu streuen, statt sie zu limitieren.
- Mit dem *Gemeinschaftsgütersektor* meine ich einen geregelten Bereich unserer Wirtschaft. Er umfasst einige der uns gemeinsam überkommenen Gaben, jedoch nicht alle davon. Eigentlich handelt es sich um den Teilbereich der uns zur Verfügung stehenden Gemeinschaftsgüter, den wir bewusst den Regeln der Gemeinschaftsgüter entsprechend organisieren. Gegenwärtig ist er von geringem Umfang; dieses Buch ist jedoch von der Absicht getragen, ihn zu vergrößern.

Die Tragödie der Gemeinschaftsgüter ist anders zu verstehen, als man landläufig denkt

Wer bereits vor der Lektüre dieses Buches etwas von den Gemeinschaftsgütern gewusst hatte, ist in seinen Vorstellungen vermutlich durch den Artikel »The Tragedy of the Commons« aus dem Jahre 1968 geprägt.

In diesem Artikel nutzt der Biologe Garrett Hardin das Bild vom unberührten Weideland, um auf eine der Grundursachen vieler planetarischer Probleme hinzuweisen.

»Wenn er die anteiligen Nutzwerte addiert, wird der rational denkende Viehhalter zu dem Schluß kommen, es sei für ihn das einzig Vernünftige, seiner Herde ein weiteres Tier hinzuzufügen und noch eins und so weiter. Aber zu diesem Schluß wird *jeder* rational denkende Viehhalter bei freier Nutzung der Gemeinschaftsgüter kommen, und darin liegt die Tragödie. Der einzelne ist in ein System eingeschlossen, das ihn nötigt, seine Herde in einer begrenzten Welt unbegrenzt zu vergrößern. – Indem die Individuen einer Gesellschaft, die an die freie Nutzung der Gemeinschaftsgüter glaubt, ihre eigenen Interessen verfolgen, bewegen sie sich in Richtung auf den Ruin aller. [...] Die Freiheit des in der Logik des Gemeinschaftsgut-Denkens eingeschlossenen Individuums besteht lediglich darin, den Ruin aller herbeizuführen.«⁸

Hardin übernimmt seinen Begriff der Tragödie vom Philosophen Alfred North Whitehead, der sich wiederum auf Aristoteles bezieht. Whitehead folgend ist die Tragödie im Wesentlichen das »unerbittliche Wirken der Dinge«.⁹ Hardin glaubt, die Gemeinschaftsgüter seien zur Selbstzerstörung verurteilt. Es gebe nichts, das Menschen im Bereich der Gemeinschaftsgüter zu tun in der Lage wären, um dieses unerbittliche Schicksal zu verhindern.

⁸ Garrett Hardin, a.a.O., hier S. 1244, die deutsche Übersetzung in: ders., Die Tragödie der Allmende, in ebd., S. 36, 47 (deutsche Übersetzung leicht geändert, A.d.Ü.). 25 Jahre nach Veröffentlichung dieses Artikels erläuterte Hardin, was er im Jahre 1968 hätte sagen müssen: »Verwaltete Gemeinschaftsgüter« meint entweder Sozialismus oder die Privatwirtschaft freien Unternehmertums. Ob das eine funktioniert, das andere versagt, hängt vom Detail ab, in dem der Teufel steckt. Was nichtverwaltete Gemeinschaftsgüter betrifft, so braucht man sich um den Teufel nicht zu kümmern. Bei einer Übernutzung von Ressourcen wird deren Entsorgungsvermögen gemindert und die Zerstörung unabwendbar« (*Science*, 1. Mai 1998, S. 683). Ich halte diese »Klarstellung« aber immer noch nicht für besonders erhellend. Wenn »nichtverwaltete Gemeinschaftsgüter« sich zwangsläufig selbst zerstören und es sich bei »verwalteten Gemeinschaftsgütern« per definitionem um Sozialismus oder Privatwirtschaft handelt, dann werden wir die drei Alternativen Tragödie, Plan- und Privatwirtschaft nicht los. In diesem Buch beschreibe ich eine vierte Alternative: Treuhänderschaft. Siehe: www.sciencemag.org/cgi/content/full/280/5364/682.

⁹ Alfred N. Whitehead, *Wissenschaft und moderne Welt*, Frankfurt/M. 1984, S. 22.

Im Hinblick auf die erbarmungslose Zerstörung der Natur durch den Menschen hatte Hardin recht; unrecht allerdings hinsichtlich ihrer Ursachen und ihrer Unerbittlichkeit. Er gibt den Gemeinschaftsgütern die Schuld, während die wirklich zerstörerischen Kräfte außerhalb der Gemeinschaftsgüter zu finden waren und weiterhin zu finden sind. Hardin zufolge tun die Gemeinschaftsgüter nichts, um sich gegen diese Kräfte zu schützen. Sie sind seiner Überzeugung nach ohne jegliche Verwaltung. Es gibt jedoch keinen Grund dafür, dass die Gemeinschaftsgüter als Gemeinschaftsgüter *nicht* zu verwalten wären.

Im Unterschied zu dem Bild, das Hardin zeichnet, waren mittelalterliche Gemeinschaftsgüter (die nicht nur Weideland umfassten, sondern auch Forsten und Flüsse) alles andere als unverwaltet. Sie hatten Regeln, die Fremden den Zugang verwehrten und Dorfbewohnern deren Nutzung beschränkten. So ist es z.B. heute noch in vielen schweizerischen Dörfern die Regel, dass nicht mehr Tiere auf der gemeinschaftlich genutzten Weide grasen dürfen, als die Dorfbewohner auf ihrem eigenen Land durch den Winter zu bringen in der Lage sind. Verwaltete Gemeinschaftsgüter sind nicht aus sich heraus zerstörerisch. Die eigentliche Gefahr erwächst ihnen aus der Einhegung und den Übergriffen durch Fremde.

Unser wirtschaftliches Betriebssystem

Ein Betriebssystem besteht aus einer Reihe von Instruktionen, welche die beweglichen Teile eines umfassenderen Systems kombinieren. Das bekannteste Beispiel ist das Betriebssystem für Computer, durch das Tastatur, Bildschirm, Prozessor usw. miteinander koordiniert werden. Die Instruktionen eines Betriebssystems sind in Codes verfasst, die sich in elektronischer (wie im Falle des Computers) oder chemischer Form (im Falle von Genen) oder in Gestalt sozialer Normen oder Gesetze finden. Häufig lassen sich Teile des Codes mathematisch wiedergeben.

Wie unsere Verfassung die Regeln unserer Demokratie festlegt, so bestimmt unser wirtschaftliches Betriebssystem die Regeln des Kapitalismus. Unser wirtschaftliches Betriebssystem wird aber nicht so umfassend verstanden wie unsere Verfassung; auch fehlt ihm die klare Darle-

gung in einem bündig verfassten Dokument. Es ist sichtbar, wenn man es bewusst wahrnimmt, und zugleich doch verborgen hinter einer Hülle von Satzungen und Gerichtsbeschlüssen. Gleich der Verfassung ist es vorhanden – und hält das Geschäftsleben unserer Nation am Laufen.

Gern vergleiche ich unser wirtschaftliches Betriebssystem mit den Regeln des Brettspiels *Monopoly*. Es schreibt solche Dinge fest wie die Ausgangsbedingungen und Regeln des Spiels sowie die Verteilung von Gewinnen und Risiken. Die Definition erfolgt dabei zum Teil durch Gesetze, zum Teil durch die Zuweisung fiktiver Dinge, die »Eigentum« und »Geld« genannt werden. Alle Betriebssysteme beinhalten Rückkopplungsschleifen. Rückkopplungsschleifen können gutartig (die Reaktion löst das Problem) oder schädlich sein (die Reaktion verschlimmert das Problem).¹⁰ Ein stabiles System hat eine Reihe gutartiger Rückkopplungsschleifen sowie das Vermögen, böartige auszumerzen.

In von Menschen gemachten Systemen müssen gutartige Rückkopplungsschleifen manchmal bewusst hinzugefügt werden. Nehmen wir z.B. die Dampfmaschine des Erfinders James Watt aus dem 18. Jahrhundert. Watts Konstruktion beinhaltete zwei entscheidende Mechanismen: die Dampfmaschine selbst und einen Fliehkraftregler, der die Maschine davor bewahrt, außer Kontrolle zu geraten. Wenn der Fliehkraftregler ein potenziell gefährliches Verhalten feststellt (zu hohe Geschwindigkeit), so korrigiert er dies automatisch.¹¹

Illth und Thneeds

Vor mehr als einem Jahrhundert hat der englische Ökonom John Ruskin erkannt, dass das gleiche Wirtschaftssystem, welches glanzvollen Reichtum schafft, auch das hervorbringt, was er *Illth* nennt – Elend, Um-

¹⁰ Aus irgendeinem Grunde nennen Wissenschaftler gutartige Rückkopplungen »negativ« und schädliche »positiv«. Hier werde ich mich an die intuitiv plausibleren Adjektive halten.

¹¹ Watts Regler funktioniert folgendermaßen. Wenn die Maschine an Geschwindigkeit zunimmt, rotiert eine Spindel immer schneller. Die Fliehkraft hebt zwei an Gelenkarmen befestigte Gewichte. Diese Bewegung mindert die Dampfzufuhr und reduziert die Geschwindigkeit der Maschine. Moderne Pendanten sind Thermostate an Heizgeräten, Absperrventile bei Toiletten und Geschwindigkeitsregler in Kraftfahrzeugen.

weltverschmutzung, Verzweiflung und Krankheit. Es macht das Leben für einige angenehmer, jedoch um den Preis erheblicher Unannehmlichkeiten für andere.¹²

Der moderne wirtschaftswissenschaftliche Terminus für *Illth* ist »negativer externer Effekt« (»negative externalities«). Damit sind die Kosten wirtschaftlicher Transaktionen gemeint, die den Beteiligten gegenüber »extern« sind. Das Standardbeispiel ist eine Fabrik, die ihre Abwässer in einem Fluss verklappt. Im Unterschied zu Hausbesitzern, die für die Müllentsorgung zahlen, entrichten die Fabrikbesitzer nichts für die Entsorgung ihrer Abfälle im Fluss. Menschen und andere stromabwärts lebende Geschöpfe müssen dafür zahlen. Pflanzen und Tiere leiden und sterben, während Städte teure Klärwerke errichten müssen. Aus der Sicht des Fabrikbesitzers ist das irrelevant; aus der Sicht von Natur und Gesellschaft handelt es sich um negative externe Effekte. (Es mag positive externe Effekte geben, wenn z.B. der Nachbar sein Haus neu streicht und damit den Wert des eigenen Hauses steigert.)

Viele Jahre über haben uns Ökonomen versichert, der von unserer Wirtschaftsmaschine produzierte Reichtum sei so enorm, *Illth* hingegen so unbedeutend, dass wir uns über negative externe Effekte keine Sorgen zu machen brauchen. Wahr ist diese These, wenn sie denn jemals gestimmt hat, sicherlich nicht mehr. So ist der gegenwärtige Klimawandel im Grunde ein Problem negativer externer Effekte. Wir zahlen Geld an Landbesitzer, unter deren Parzellen Erdöl lagert; wir bezahlen Bohrtrupps, Raffinerien, Transportunternehmen und Einzelhändler. Aber wir zahlen nichts der Natur oder irgendwem sonst dafür, dass wir Treibhausgase in der Atmosphäre deponieren. Wir verlagern diese Kosten auf unsere Kinder und fahren selbst schwarz. Wir zechen, sie zahlen.

Außerdem sind viele der negativen externen Effekte nicht einmal der Befriedigung wirklicher menschlicher Bedürfnisse zu schulden. Das

¹² John Ruskin, *Unto This Last. Four Essays on the First Principles of Political Economy*, London 1862, Essay IV: *Ad Valorem*. »*Illth*« ist eine Ableitung von »wealth« im Sinne von Reichtum und Wohlstand, allerdings als Antonym, wie die zweite Ableitung deutlich macht: »ill« im Sinne von nachteilig, moralisch schlecht, übel. »*Illth*« steht begrifflich in Verwandtschaft mit »impedimenta«, in der Bedeutung von hinderlicher Last, also etwas betreffend, das dem Gebrauch einer Sache abträglich ist, deren Gebrauchswert mindert etc. (A.d.Ü.)

Word *Thneed* taucht in keinem ökonomischen Lehrbuch auf, symbolisiert jedoch unsere moderne Zwangslage. Es wurde von Theodor Geisel – besser bekannt als Dr. Seuss – in seinem Kinderbuch »The Lorax« geprägt. Ein *Thneed* ist ein Ding, das wir zu haben wünschen, aber nicht wirklich benötigen. Wie sich viele Eltern erinnern werden, kämpft in »The Lorax« der Once-ler, ein dynamischer Unternehmer, gegen einen lästigen Lorax, der »für die Bäume spricht«. Der Once-ler produziert *Thneeds*, indem er Truffula-Bäume fällt. Als der Lorax dagegen protestiert, antwortet der Once-ler:

»Ich bin doch ganz nützlich. Das Ding ist ein *Thneed*.

Ein *Thneed* ist ein WAS-JEDERMANN-BRAUCHT, wie man sieht.«¹³ Ökonomen haben keinen *terminus technicus* für *Thneed*. Sie sind der Überzeugung, alle »Nachfrage« sei wirtschaftlich gesehen gleichwertig – so lange sie nur zahlungskräftig ist. Mit Sicherheit wäre es jedoch hilfreich, hierbei zu differenzieren. So lässt sich eine Längsachse denken, die von den Bedürfnissen (»needs«) zu den *Thneeds* läuft. Am einen Ende befinden sich Dinge wie Lebensmittel, Unterkunft, elementares Transportwesen und Gesundheitsfürsorge. Am anderen Ende finden sich Coca-Cola, iPods und Hummer-Automobile. Bedürfnisbefriedigung trägt mehr zum menschlichen Wohlbefinden bei als der Verkauf von *Thneeds*. Dennoch verwendet unser Wirtschaftssystem in zunehmendem Maße knappe Ressourcen für den Verkauf von *Thneeds*.

Warum haben wir so viel *Illth* und so viele *Thneeds*? Wir haben sie deshalb, weil unser wirtschaftliches Betriebssystem erheblich aus dem Ruder gelaufen ist. Auf der einen Seite gibt es mächtige Unternehmen, die sich der Profitmaximierung verschreiben und Kapitalbesitzer vertreten. Auf der anderen Seite befinden sich die nichtmenschlichen Arten und Millionen Menschen, die die künftigen Generationen vertreten. Deren Bedürfnissen wird jedoch nicht entsprochen, sie sind nahezu – nichts. Dem System fehlt es an Institutionen, die unseren gemeinsamen Nachlass vernünftig verwalten, Unternehmen für die Zerstörung der Natur belangen oder die »Nachfrage«-Seite derjenigen stärken, deren Grundbedürfnisse missachtet werden. So erzeugt

¹³ Theodor Seuss Geisel, *Der Lorax*, deutsche Nachdichtung: Hans A. Halbey, Ravensburg 1974. (Übersetzung leicht geändert. A.d.U.)

das System immer mehr *Illth*, Abfall, und vergrößert die Kluft zwischen Arm und Reich weiter.

Rüsten wir unser Betriebssystem nach

Lässt sich ein auf den neuesten Stand gebrachtes Betriebssystem, das diese Mängel behebt, vorstellen; lässt es sich gestalten und installieren? Das scheint ein weit hergeholter Traum zu sein. Wir sollten jedoch bedenken, dass Vergleichbares – mit der Inkraftsetzung der *Social Security*¹⁴ 1935 – schon geschehen ist.

Gleich den Änderungen, die ich hier vorschlage, handelt es sich bei der *Social Security* um einen ins System implementierten Vertrag zwischen Generationen. Erdacht, gestaltet und eingeführt wurde sie im frühen 20. Jahrhundert – und zwar als Antwort auf eine damals bedrohliche Krise: die Verelendung von Millionen für Erwerbsarbeit zu alter Menschen. Die Vertragsgrundlage war und ist simpel: Werkstätige im Ruhestand werden von aktiven Werkstätigen kollektiv unterstützt, und letztere erfahren im Alter von der nachfolgenden Generation Unterstützung. Über 70 Jahre lang wurde dieser Vertrag ohne jeglichen Skandal, ohne Verschwendung von einem Treuhandfonds, dem nie auch nur eine Zahlung entgangen ist, verwaltet. Dank dieser Aktualisierung des Betriebssystems gehört die einst erbarmungslos wütende extreme Altersarmut größtenteils der Vergangenheit an.

Was wir nun brauchen, ist eine vergleichbare Systemaktualisierung: dieses Mal, um die Ignoranz zu bekämpfen, mit welcher der Kapitalismus der Natur, künftigen Generationen und Armen, die nicht alt sind, begegnet.

¹⁴ Wenn hier und im Folgenden *Social Security* erwähnt wird, so ist immer die US-amerikanische Renten-, Hinterbliebenen- und Pflegeversicherung gemeint, nicht jedoch Sozialversicherung überhaupt. »Sozialversicherung« steht in all den Fällen, in denen es um das generelle Problem geht und nicht um das Versicherungssystem der Vereinigten Staaten. (A.d.U.)

Grundannahmen dieses Buches

Alles Denken läuft von Prämissen zu Konklusionen. Hier sind die Prämissen dieses Buches:

1. Wir haben einen Vertrag

Jede Generation steht mit der folgenden in einem Vertragsverhältnis, um ihr die gemeinsam empfangenen Gaben zu überantworten. Diese Gaben fallen in drei große Kategorien: Natur, Gemeinschaft und Kultur. Die erste umfasst Luft, Wasser und Ökosysteme; die zweite Gesetze, die Infrastruktur sowie viele Systeme, durch die wir uns miteinander in Verbindung bringen; die dritte beinhaltet Sprache, Kunst und Wissenschaft. All diese Gaben sind von erheblichem Wert. Sie sind anzureichern, zumindest aber zu wahren.

2. Wir sind nicht allein

Uns Menschen stünde etwas mehr Bescheidenheit gut zu Gesicht. Nicht allein unsere Kinder und Enkelkinder sind wichtig, sondern ebenso andere Wesen und deren Nachwuchs. Auch sie haben ein Existenzrecht, selbst wenn sie uns nicht von Nutzen sind. Das Wirtschaftssystem sollte ihre Interessen wie auch die unsrigen vertreten. Ein praktischer Weg ist zu finden, wie dies zu tun wäre.

3. Illth gibt es

Elend, Umweltverschmutzung, Verzweiflung und schlechte Gesundheit – John Ruskin hat das *Illth* genannt – ist die Schattenseite des Kapitalismus. Sie muss zum Thema werden.

4. Bring den Programmcode in Ordnung, kuriere nicht die Symptome

Wenn wir *Illth* im wirtschaftlich bedeutsamen Umfang reduzieren wollen, müssen wir den Code, der *Illth* erzeugt, ändern. Im Nachhinein Symptome zu kurieren, ist eine verfehlte Strategie. Solange wir nicht den Code ändern, wird unser Wirtschaftssystem mehr *Illth* produzieren, als es beseitigt. Darüber hinaus ist die Verhinderung von *Illth* billiger als dessen Beseitigung.

5. Korrigiere mit Bedacht

Von dem, was an unserem gegenwärtigen Kode in Ordnung ist, sollte man die Hände lassen. »Mach' das nicht ganz, was nicht kaputt ist« – das ist eine triftige Maxime. Was aber wirklich zu reparieren ist, sollte möglichst schrittweise, so gerecht es geht und zu den denkbar niedrigsten Kosten in Ordnung gebracht werden. Effizienz und Würde sind wichtig.

6. Geld ist nicht alles

Geld ist das Blut unseres Wirtschaftssystems, es sollte jedoch nicht seine Seele sein. Menschen haben Bedürfnisse und Wünsche, die durch den Austausch von Dollars nicht erfüllbar sind. Zu diesen Bedürfnissen gehören Familienbande und Gemeinschaftsbeziehungen, die Nähe zur Natur sowie Lebenssinn. Ein Wirtschaftssystem des 21. Jahrhunderts hat sich auch mit diesen Bedürfnissen zu beschäftigen. Was nicht heißen soll, dass es sie selbst zu befriedigen hat. Oftmals ist es das Beste, das System lässt Platz, damit sie auf nichtmonetärem Wege erfüllt werden. Es sollte ihrer Erfüllung nur nicht *im Wege* stehen.

7. Wähle die richtigen Anreize

Trotz des gerade Gesagten funktioniert ein Wirtschaftssystem dann am besten, wenn es erwünschtes Verhalten belohnt. »Ein Löffel Zucker«, hatte Mary Poppins einmal gesagt, »lässt die Medizin besser rutschen«. (Die beste Methode, die *Working Assets* hatte, um an Kunden zu kommen, war, wie ich nie vergessen werde, ein Eis von Ben & Jerry's anzubieten.) Während wir nach Wegen suchen, um die Natur und künftige Generationen zu schützen, brauchen wir auch die richtigen Anreize für heute lebende Menschen.

Wer mit einer dieser Prämissen nicht einverstanden ist, wird wahrscheinlich auch den Schlussfolgerungen keinen Glauben schenken. Wem andererseits diese Prämissen sinnvoll erscheinen, ist eingeladen, dieses Buch zu lesen. Ich werde nicht mit Statistiken langweilen oder – ein weiteres Mal – erzählen, unser Planet gehe zugrunde. Ich bin, und dies vermutlich nicht allein, der Zahlen und des Trübsinns müde. Auch werde ich keine simplen zehn Punkte zur Weltrettung aus der Tasche ziehen. Bekanntlich ist das nicht so einfach. Was ich wirklich vorhabe,

ist zu erzählen, wie unser Wirtschaftssystem neu ausgerüstet werden kann, Schritt für Schritt, sodass es nach angemessener Zeit die Natur wie die menschliche Seele respektiert und dennoch reichlich für unsere materiellen Bedürfnisse sorgt.

Vielleicht wird der Kapitalismus immer irgendeinen Faustischen Pakt beinhalten: Wer das Gute will, muss das Böse in Kauf nehmen. Falls wir aber mit dem Teufel paktieren müssen, dann ließe sich, so glaube ich, ein weit vorteilhafterer Vertrag schließen als jener, den wir gegenwärtig haben. Clever, zäh und kühn müssen wir sein. Wenn wir jedoch verstanden haben, wie ein besserer Vertrag zu schmieden wäre, so werden wir ihn, davon bin ich überzeugt, auch bekommen. Schließlich sind es unsere Kinder und andere Geschöpfe, die auf uns zählen.

Kapitel 2

Eine kurze Geschichte des Kapitalismus

*They hang the man and flog the woman
That steal the goose from off the common,
But let the greater villain loose
That steals the common from the goose.*

Englisches volkstümliches Gedicht, ca. 1750¹⁵

Ehe wir uns überlegen, wie unser wirtschaftliches Betriebssystem nachgerüstet werden könnte, sollten wir uns vor Augen führen, wie es überhaupt entstanden ist. Zwei parallel laufende Themenstränge werden ersichtlich: der Niedergang der Gemeinschaftsgüter und der Aufstieg privaten Unternehmertums.

Der Niedergang der Gemeinschaftsgüter

Zu Beginn gab es überall Gemeinschaftsgüter. Menschen und Tiere durchstreiften die Welt jagend und sammelnd. Anderen Arten gleich verfügten wir über Territorien – jedoch nicht als Individuen, sondern als Stammesmitglieder.

Vor ungefähr 10.000 Jahren entstanden Landwirtschaft und feste Siedlungen – und mit ihnen entstand das Privateigentum. Herrscher erteilten (üblicherweise männlichen) Familienvorständen Besitztitel an Grund und Boden. Oft gaben militärische Eroberer Land an ihre Statt-

¹⁵ In diesem Gedicht wird beklagt, dass denjenigen, welche ein diebisches Interesse an der Gans haben, drakonische Strafen drohen, sollten sie die Gans von der Wiese stehlen – aber der weit üblere Schurke straflos bleibt, der ein gleichgeartetes Interesse an diesem Gemeinschaftsgut hat, von dem die Gans lebt. (A.d.Ü.)

halter. Besitzrechte ließen sich somit vererben – im Normalfall erwarb der älteste Sohn alles. In Europa kodifizierte das Römische Recht viele dieser Praktiken.

Trotz der Zunahme des Privateigentums blieb ein großer Teil des Landes in Europa Gemeinschaftsgut. Zu Zeiten des Römischen Reiches wurden Gewässer, Küstenlinien, wild lebende Tiere und der Luftraum ausdrücklich als *res communes* gewertet, als allen zur Verfügung stehende Ressourcen. Im Mittelalter erhoben Könige und Lehnsherren Rechtsansprüche auf Flüsse, Wälder und Wildtiere, wobei diese Ansprüche regelmäßig zurückgewiesen wurden. Die Magna Charta, die Johann Ohneland 1215 zu unterzeichnen genötigt war, schrieb Wälder und Fischereizonen als *res communes* fest. Bedenkt man, dass Wildtiere und deren Lebensraum sowie Feuerholz, Baumaterial und Heilkräuter den Wäldern entstammen, so war dies eine nicht unerhebliche Änderung.

Im 17. Jahrhundert suchte John Locke, Gemeineigentum und Privateigentum in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen. Gleich anderen Zeitgenossen hatte Locke bemerkt, dass Privateigentum nicht im luftleeren Raum existiert – es existiert in einem fluktuierenden Verhältnis zum Gemeineigentum. Privateigentum gibt es wesentlich deshalb, weil es die Wirtschaft ankurbelt; jedoch hat das Gemeineigentum gleichfalls seine Existenzberechtigung: Es bietet allen Unterhalt. Beiden Seiten muss Anerkennung verschafft werden.

Gott habe, so glaubte Locke, die Erde den »Menschen gemeinsam gegeben«; Locke war aber auch von der Rechtmäßigkeit des Privateigentums überzeugt, denn es halte die Menschen zur Arbeit an. Wann immer der Mensch die Natur »mit seiner Arbeit gemischt [hat]«, habe er ihr »etwas eigenes hinzugefügt«. ¹⁶ Locke macht hier jedoch einen bedeutsamen Vorbehalt: »Denn da diese Arbeit«, so schreibt er, »das unbestreitbare Eigentum des Arbeiters ist, kann niemand außer ihm ein Recht auf etwas haben, was einmal mit seiner Arbeit verbunden ist. Zumindest nicht dort, wo genug und ebenso gutes den anderen

¹⁶ John Locke, Zwei Abhandlungen über die Regierung, hrsg. und eingeleitet von Walter Euchner, übersetzt von Hans Jörn Hoffmann, Frankfurt a.M. 1977, zweite Abhandlung, S. 215.

gemeinsam verbleibt.«¹⁷ Eine Person kann, anders gesagt, Eigentum erwerben, aber es gibt eine Grenze, bis zu welcher er oder sie rechtmäßig Eigentum erwerben kann. Diese Grenzziehung ist zwei Überlegungen geschuldet: Erstens sollte niemand mehr besitzen, als er mit seiner Arbeit vermitteln kann; zweitens habe »genug und ebenso gutes« für die anderen gemeinsam zu verbleiben. Dies entsprach dem seinerzeitigen englischen Gewohnheitsrecht, das z.B. einem Uferanlieger das Recht zusprach, Wasser zur eigenen Nutzung zu entnehmen, ihm aber nicht erlaubte, den anderen die Verfügung über das Wasser einzuschränken.

Trotz Lockes Suche nach einem Ausgleich – dem englischen Gemeineigentum war keine Dauer beschieden. Im 18. und 19. Jahrhundert wurde dessen Einhegung und Privatisierung immer forcierter betrieben. Dem Historiker Karl Polanyi zufolge war die Einhegung die gravierende Umwälzung, die das moderne Zeitalter auf den Weg brachte.¹⁸ Mit Rückendeckung des Parlaments zäunte die lokale Gentry dörflichen Grund und Boden ein und machte aus ihm privaten Grundbesitz. Das trieb verelendete Bauern in die Städte. Sie wurden dort zu Industriearbeitern. Die Grundbesitzer investierten ihre landwirtschaftlichen Gewinne in die (im Entstehen begriffene) Industrie. So begann, wirtschaftlich gesehen, die Moderne.

Ein Beobachter dieser Umgestaltung war Thomas Paine, der mit Pamphleten für die amerikanische Unabhängigkeit kämpfte. In Anbetracht der Tatsache, dass die Einhegung des Gemeineigentums eine Minderheit begünstigte, viele andere aber enteignete, schlug Paine eine Korrektur vor – keine Rücknahme der Einhegung, die er aus wirtschaftlichen Gründen für notwendig erachtete, aber doch eine Kompensation für sie.

Wie Locke so glaubte auch Paine, dass die Natur ein Geschenk Gottes an alle Menschen war. »Es gibt zwei Arten von Eigentum«, schrieb er. »Erstens, natürliches Eigentum, solches, das uns der Schöpfer der

¹⁷ Ebd., S. 217.

¹⁸ Karl Polanyi, *The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time*, Boston: Beacon Press, 1960 [Erstveröffentlichung 1944] (dt. *The great transformation: politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2004).

Welt übereignet hat – wie Erde, Luft und Wasser. Zweitens, künstliches oder erworbenes Eigentum – die Erfindung der Menschen.« Im letzteren Falle, fuhr er fort, sei Gleichheit unmöglich, im ersteren jedoch besäßen »alle Einzelnen legitime Ansprüche per Geburt«. Da dieses Geburtsrecht aller durch die Einhegung verletzt worden sei, solle es eine »Entschädigung für diesen Verlust« geben. Zu diesem Zweck schlug Paine einen Nationalfonds vor, der zwei Ziele zu erreichen habe: erstens »allen Bürgern ab dem 21. Geburtstag eine Summe von 15 Pfund Sterling als Entschädigung für die naturrechtlichen Ansprüche, die ihnen durch das System des Grundeigentums verloren gegangen sind, zu zahlen. Zugleich haben alle Bürger, die bereits das 50. Lebensjahr erreicht haben, und jene, die es noch erreichen werden, bis an ihr Lebensende jährlich einen Betrag von 10 Pfund Sterling zu erhalten.«¹⁹

Etwa 150 Jahre später wurde in den Vereinigten Staaten ein Nationalfonds geschaffen, um einiges von dem zu realisieren, was Paine vorgeschlagen hatte – wir nennen das *Social Security*. Das Übrige harrt noch der Umsetzung, aber das Grundprinzip, dass die Einhegung des Gemeineigentums zu kompensieren ist, gilt heute im gleichen Maße wie zu Paines Zeiten.

In den Jahren seit der europäischen Siedlerbewegung haben die Vereinigten Staaten ein eigenes Verhältnis zum Gemeineigentum entwickelt – das in unserem Fall das weite und offene Land einschloss, das wir den Eingeborenen sowie den Mexikanern nahmen. Einigen Amerikanern war unser Gemeineigentum der Boden, auf dem eine Nation gebildeter Kleineigentümer errichtet werden kann. Zu diesem Zwecke verabschiedeten sie Gesetze wie die *Land Ordinance* von 1785, den *Homestead Act*, den *Morrill Land Grant College Act* wie auch den *Reclamation Act*, durch welche Siedlern familientaugliche Parzellen kontingentierte und Schulen zu ihrer Ausbildung finanziert wurden. Viele schätzten das Land darüber hinaus wegen seiner Wildheit und Schönheit. Sie schufen Nationalparks und Naturschutzgebiete.

Gleichzeitig verleiteten andere den Kongress dazu, unentwegt Geschenke zu verteilen. Sie erwarben große Stücke Gemeineigentum für

¹⁹ Thomas Paine, *Agrarian Justice* (<http://geolib.pair.com/essays/paine.tom/agjst.html> [Erstveröffentlichung 1797]), Abschnitte i04, i05, 22 und 23.

eigene Zwecke und verdienten ein Vermögen damit. Zwei Begebenheiten, die mehr als 100 Jahre auseinander liegen, mögen die Kontinuität dieses Vorgangs illustrieren.

Im Jahre 1877 wurde vom Congress der *Desert Land Act* verabschiedet, der mehrere hundert Quadratmeilen Land freigab, das unter dem *Homestead Act* akquiriert worden war. Dieses Land wurde als wertlos deklariert und sollte für 25 Cent pro Acre²⁰ an jeden verkauft werden, der es zu bewässern versprach. Tatsächlich war ein großer Teil des Landes alles andere als wertlos. Ein großes Stück davon hatten James Haggin und Lloyd Tevis, zwei alte Freunde des kalifornischen Senators Aaron Sargent, ins Visier genommen – nahe dem Kern River gelegen und bereits teilweise besiedelt. Sie heuerten Landstreicher an und ließen sie falsche Ansprüche erheben, nur um diese dann auf sich selbst zu übertragen. Auf diese Weise erwarben Haggin und Tevis 150 Quadratmeilen, ehe irgendjemand sonst in Kalifornien auch nur vom *Desert Land Act* gehört hatte. Später fand man Öl in der Umgebung, was den Erben der beiden Landdiebe einen unverhofften Zugewinn einbrachte.

Im Jahre 1995 entschied der Kongress, dass es für die Amerikaner an der Zeit war, vom analogen zum digitalen Fernsehen zu wechseln. Das machte eine Reihe neuer Übertragungsfrequenzen erforderlich. Die überließ der Kongress pflichtgemäß und kostenlos denselben Medienunternehmen, denen er früher die analogen Frequenzen kostenlos überlassen hatte. Senator Bob Dole, der Führer der Republikaner, erklärte dazu: »Es ergibt keinen Sinn, dass der Kongress ein gigantisches Wohlfahrtsprogramm für Unternehmen auflegt ... Die Quintessenz ist, dass die Übertragungsfrequenzen im selben Maße wie unsere Nationalforsten nationale Ressourcen sind. Dies bedeutet, sie gehören jedem Amerikaner zu gleichen Teilen.«²¹ Die Medienunternehmen bekamen trotzdem und wie bisher ihre kostenlosen Frequenzen.

Wenn man eine Wirtschaftsprüfung durchführte, würde man feststellen, dass die Privataneignung von Gemeineigentum allein in Amerika einen Wert von mehreren Billionen Dollar hat. Das Schema ist

²⁰ Ein Acre entspricht ca. 4047 m². (A.d.Red.)

²¹ Bob Doles Erklärung zur Preisgabe der Sendefrequenzen ist nachzulesen unter www.anu.edu.au/mail-archives/link/link9601/0035.html. Siehe auch Ralph Kinney Bennett, *The Great Airwaves Giveaway*, Reader's Digest, Juni 1996.

nahezu immer das gleiche: Sobald ein Stück Gemeineigentum Handelswert erlangt, versucht jemand, es an sich zu reißen. In früheren Zeiten handelte es sich dabei um einzelne Personen mit Verbindungen zur Politik; heutzutage sind die Akteure mächtige Unternehmen. Verwunderlich an diesen Übernahmen ist nicht, dass sie geschehen, sondern die Tatsache, wie wenige Normalbürger sich ihrer bewusst sind. »Stiehlt man jemandem 10 \$ aus seiner Geldbörse, riskiert man«, so der frühere Innenminister Walter Hickel, »mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit eine Schlägerei. Stiehlt man jedoch Milliarden vom Gemeineigentum, das er sich mit seinen Nachkommen teilt, wird er das nicht einmal bemerken.«²²

Die Einhegung, bei der Eigentumsrechte buchstäblich weggegeben oder -genommen werden, ist nur einer der Gründe für den Niedergang der Gemeinschaftsgüter. Der andere ist eine Art Übertretung, die man »externalizing« nennt und die in der Verlagerung von Kosten auf das Gemeineigentum besteht. Das Externalisieren ist genauso brutal wie die Einhegung. Es findet jedoch in viel geringerem Maße Beachtung, weil es keiner aktiven politischen Hilfsleistung bedarf. Es geschieht im Stillen und mit Stetigkeit dadurch, dass Kapitalgesellschaften die Gemeinschaftsgüter mit *Il/ith* belasten – unerlaubterweise bzw. ohne dass dafür bezahlt wurde. Der Doppelschlag von Einhegung und Externalisierung ist besonders wirkungsvoll. Mit der einen Hand entreißen die Unternehmen dem Gemeineigentum wertvolles Material, um es zu privatisieren; mit der anderen verklappen sie dort gefährliches Zeug und bezahlen dafür nichts. Das Ergebnis sind Profite für die Gesellschaften um den Preis permanenten Wertverfalls der Gemeinschaftsgüter.

Der Aufstieg der Kapitalgesellschaften

Wenn ich in diesem Buch von Unternehmen spreche, so meine ich damit eine bestimmte Art von Institutionen: nämlich börsennotierte Kapitalgesellschaften. Das ist eine Institution mit Aufsichtsrat und Ge-

²² Walter Hickel, *Crisis in the Commons: The Alaska Solution*, Oakland: ICS Press, 2002, S. 217.

schäftsführung sowie einer wechselnden Zahl von Aktionären, denen gegenüber Aufsichtsrat und Geschäftsführung rechtlich gesehen rechenhaftspflichtig sind. Diese Unternehmen haben eine ausdrückliche Mission: den Aktionären die Rendite zu maximieren.

Als Adam Smith 1776 »The Wealth of Nations« schrieb, gab es in Großbritannien oder Amerika nicht einmal eine Handvoll Kapitalgesellschaften.²³ Die dominierende Geschäftsform war die Personengesellschaft, in der kleine Gruppen miteinander bekannter Leute ein Geschäft als gemeinsame Eigentümer leiteten. In der öffentlichen Meinung – wie in der von Adam Smith – waren Kapitalgesellschaften, in denen Manager Firmenanteile an Fremde verkauften, betrugsanfällig. Zahllose Skandale stützten diese Sicht der Dinge. Als jedoch der Umfang der Unternehmen wuchs, erwiesen sich Personengesellschaften als unfähig, hinreichend Kapital anzuhäufen. So war es der große Vorteil der Kapitalgesellschaften, dass sie Kapital von Fremden beschaffen konnten. Hierbei fanden sie Unterstützung durch Gesetze, die die Haftung der Aktionäre auf die von ihnen investierten Beträge beschränkten.

In den frühen Vereinigten Staaten behielt sich die Legislative ein Kontrollrecht über die Kapitalgesellschaften vor: Sie erteilte ihnen Konzessionen, eine nach der anderen. Charakteristischerweise betraf die jeweilige Konzession eine bestimmte gewerbliche Unternehmung – wie etwa den Bau eines Kanals und anschließend den Einzug von Nutzungsgebühren –, die eine Kapitalgesellschaft befugt war zu betreiben. Etwas anderes zu unternehmen, war der Gesellschaft nicht erlaubt, und nach einer bestimmten Anzahl von Jahren lief die Konzession aus.

Diese Einschränkungen waren nicht von Dauer. Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts können Kapitalgesellschaften unsterblich werden, jeder legalen Tätigkeit nachgehen und andere Kapitalgesellschaften kaufen oder mit ihnen fusionieren. Im Jahre 1886 erklärte der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten Kapitalgesellschaften zu »Personen«, denen nach dem 14. Zusatzartikel zur Verfassung der gleiche Schutz zu

²³ Adam Smith, *The Wealth of Nations*, London: Penguin Books, 1982; deutsch: *Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen*, Berlin 1984 [Erstveröffentlichung 1776].

gewähren sei wie lebenden Bürgern.²⁴ Tatsächlich wurden Unternehmenskonzessionen zum Siegel fortwährender Souveränität, wobei die herrschenden Gewalten in der Unvergänglichkeit dieser Institutionen, deren Selbstverwaltung und beschränkten Haftung bestanden.

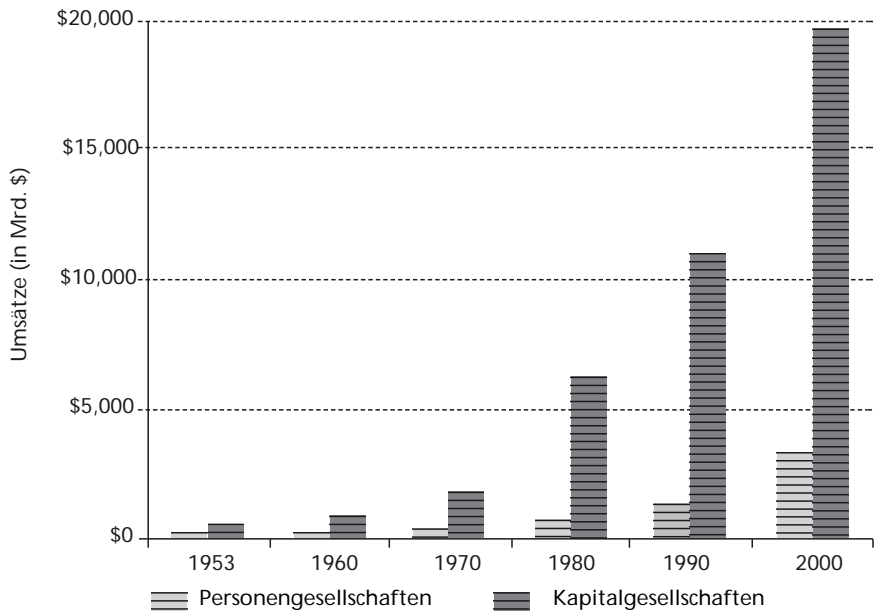
Den Unternehmen erbrachten diese Umwälzungen erhebliche wirtschaftliche, darüber hinaus aber auch politische Macht. Im Unterschied zum Durchschnittsbürger dirigieren Kapitalgesellschaften große Geldströme. Mittels dieser Geldmengen lässt sich die öffentliche Meinung beeinflussen, lassen sich Lobbyisten engagieren und Politiker reichlich beschenken. Kapitalgesellschaften können überdies, wann immer ihnen dies nützlich erscheint, andere verklagen oder drohen, dies zu tun. Allerdings können sie nicht wählen. Angesichts ihrer besonderen Macht ist dies auch kaum nötig.

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts sind Kapitalgesellschaften weltweit verbreitet – sowohl politisch als auch ökonomisch. Internationalen, von den Vereinigten Staaten gestützten Abkommen gemäß sanken nicht nur die Zölle, sondern es wurden die kapitalgesellschaftlichen Eigentümerrechte gestärkt und die Fähigkeit souveräner Staaten beschränkt, mit Kapitalgesellschaften auf andere Weise umzugehen. Letztere haben kurz gesagt im Wesentlichen das bekommen, was sie wollten, nämlich homogene Rahmenbedingungen weltweit, die sie in den Stand setzen, über Rohstoffe, Arbeitskräfte, Kapitale, Fertigprodukte, Steuerpflichten und Profite freizügig zu disponieren.

Dies alles mag gut und richtig sein, wenn da nicht zwei Dinge zu beachten wären. Erstens sind moderne Kapitalgesellschaften keine wirklichen Personen, auch wenn das Oberste Bundesgericht der USA dies anders sieht. Sie sind zum Zweck der Maximierung von Profiten für Aktionäre geschaffene Automaten. Sie externalisieren Kosten, so weit sie können – und zwar nicht deshalb, weil sie dies wollen, sondern weil sie so agieren *müssen*. Kapitalgesellschaften kennen keinen Schlaf und keine Pause. Nie erreichen sie ein Profitniveau, angesichts dessen sie sich entscheiden: »Jetzt ist es genug. Wir hören hier auf.«

²⁴ Der Beschluss des Obersten Gerichtshofes, der Unternehmen den juristischen Status von Personen verlieh, betraf den Fall Santa Clara County v. Southern Pacific Railroad, 118 U.S. 394 (1886).

Abb. 2.1: Wall Street versus Main Street



Quelle: Historical Statistics of the United States, Colonial Times to 1970, Washington, D.C.: U.S. Department of Commerce, Bureau of the Census, 1979. <http://www2.census.gov/prod2/stat-comp/documents/>; siehe 1970p2.zip. Statistical Abstract of the United States, Washington, D.C.: U.S. Department of Commerce, Bureau of the Census, 2005. <http://www.census.gov/prod/2005pubs/06statab/business>.

Das zweite Problem besteht darin, dass diese Automaten immer größer und mächtiger werden. Im Jahre 1955 umfassten die Umsätze der *Fortune 500* ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts der Vereinigten Staaten, im Jahre 2004 verfügten sie über zwei Drittel. Diese Unternehmen, einige hundert an der Zahl, umzingeln nicht nur die Gemeinschaftsgüter, sondern auch Millionen kleinerer Firmen, die als Personengesellschaften oder Einzelunternehmen organisiert sind (siehe Abb. 2.1).²⁵

²⁵ Die Jahresumsätze der Fortune 500 habe ich anhand von Daten berechnet, die (gegen Gebühr) auf der Website von Fortune verfügbar waren. Siehe http://money.cnn.com/magazines/fortune/fortune500_archive/full/1955/index.htm.

Vom Mangel- zum Überflusskapitalismus

Irgendwann in den 1950er Jahren trat der Kapitalismus in eine neue Phase. Bis dahin war Armut eine von vielen Amerikanern geteilte Erfahrung. Die Löhne waren niedrig, die Arbeitszeit lang und Arbeitslosigkeit eine beständige Gefahr für nahezu jeden. Im Jahre 1930 hatte sie 25% erreicht. Das änderte sich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Jahre 1958 schrieb der Ökonom John Kenneth Galbraith unter dem Titel *The Affluent Society* einen Bestseller, in welchem er darauf verwies, dass für die Mehrheit der US-Bürger Güterknappheit nunmehr der Vergangenheit angehört. Der »Durchschnittsbürger [hat] Zugang zu allen Annehmlichkeiten des Daseins: zu Nahrung und Genuß, zu Vergnügen, zu Reisen und zu allen Errungenschaften der Hygiene – zu Annehmlichkeiten, die vor einem Jahrhundert«, so Galbraith, »nicht einmal den reichen Leuten zur Verfügung standen. Die Veränderung, die inzwischen eingetreten ist, ist so tiefgreifend, daß heute der einzelne oft gar nicht mehr weiß, was er sich eigentlich noch wünschen soll. Das, was er »will«, muß erst durch Werbung und tüchtige Verkäufer künstlich geweckt, muß ihm nahegebracht, muß geradezu hochgepäppelt werden. So sind Werbefachleute und tüchtige Verkäufer zu den wichtigsten und gefragtesten Menschen unserer Zeit geworden.«²⁶

Das war ein bedeutsamer Phasenwechsel in der Geschichte des Kapitalismus. In der Zeit davor forderten die Menschen mehr Güter, als die Wirtschaft liefern konnte. Die Nachfrage übertraf – anders gesagt – das Angebot. Wir lebten sozusagen in einem *Mangel*kapitalismus, anders gesagt im Kapitalismus 1.0. Der Wechsel brachte uns in den *Überflus*skapitalismus, in meiner Terminologie: Kapitalismus 2.0. In dieser Version gibt es für Unternehmen keine Produktgrenzen. Ihr Problem besteht darin, Käufer zu finden. Ein erheblicher Teil des Bruttoinlandsprodukts wird ausgegeben, um Menschen dazu zu bringen, diese unnötigen Produkte zu begehren. Und Kredite werden großzügig erweitert, damit sie diese kaufen können.

Dieser historische Wandel lässt sich auch anders beschreiben: Vor einem Jahrhundert war der Hauptmangel, unter dem Menschen zu lei-

²⁶ John Kenneth Galbraith, *Gesellschaft im Überfluß*, München/Zürich 1959, S. 12.

Abb. 2.2: Leben im Mangel- und Überflusskapitalismus

	Mangelkapitalismus	Überflusskapitalismus
Umfang	lokal	global
Angebot und Nachfrage	Nachfrage übertrifft Angebot	Angebot übertrifft Nachfrage
Externe Effekte	gering	stark
Werbung	wenig	allgegenwärtig
Kredite	knapp	reichlich
Grenzwert zusätzlicher Produkte	hoch	niedrig
Mangel	akkumuliertes Kapital	Abfalldeponien, Zeit, Habitate, Einkommen, Kameradschaft, Gemeinschaft

den hatten, ein Mangel an Gütern. So war es sinnvoll, im Streben danach andere Dinge zu opfern. Der Kapitalismus war hierbei außerordentlich effizient. Heute jedoch stecken wir hüft hoch in *Thneeds*, und uns mangelt es an anderen Dingen – der Mittelschicht m.E. wesentlich an Zeit, Geselligkeit und Öffentlichkeit (siehe Abb. 2.2). Unter den Armen gibt es nach wie vor einen Mangel an Gütern. Der ist aber nicht zu geringer Produktivität geschuldet, sondern der Tatsache, dass die Armen sich diese Güter nicht leisten können. Der entscheidende Mangel bei ihnen ist: ein Mangel an Einkommen.

Gleichfalls gab es in frühkapitalistischen Zeiten Land, Ressourcen und Plätze zur Entsorgung von Müll im Überfluss – hauptsächlich fehlte es an akkumuliertem Kapital. Die Regeln und Praktiken für dessen Entwicklung waren wichtiger als alles andere. Im 21. Jahrhundert haben sich die Prioritäten geändert, wie der Ökonom Joshua Farley bemerkt: »Wenn wir zu wenig Fisch auf dem Teller haben, so mangelt es uns nicht an Fischerbooten, sondern an Fisch. Wenn wir nach mehr Nutzholz verlangen, so fehlt es nicht an Sägewerken, sondern an Bäumen.«²⁷

Als Geschäftsmann und Investor habe ich persönlich vom Primat des Kapitals profitiert. Ich möchte diese Vergünstigungen nicht missen. Als

²⁷ Siehe www.worldchanging.com/archives/004143.html.

Bürger jedoch muss ich anerkennen, dass sich die Zeiten geändert haben. Die Welt schwimmt im Kapital, das zumeist Spekulationszwecken dient. Intakte Ökosysteme findet man demgegenüber immer seltener. Wenn gegenwärtig etwas Priorität haben sollte, so ist es das Kapital der Natur. Der Kapitalismus jedoch macht weiter wie bisher, mit dem Finanzkapital als seinem König.

Vielleicht sollte ich noch bemerken, dass diese Aufzählung der Phasen kapitalistischer Entwicklung von mir nicht *definitiv* gemeint ist.²⁸ Manche Leute sagen, der Kapitalismus habe drei Stufen gehabt, andere reden von vier Stufen. Zählungen dieser Art sind zwangsläufig willkürlich. Mir geht es darum, dass der Kapitalismus sich ändert. Er ist unbeugsam in dem Sinne, dass die Privilegierten umfängliche Macht besitzen, um ihre Privilegien zu schützen. Aber er ist nicht unwandelbar. Zumindest zwei Versionen hatten wir von ihm. Eine weitere ist möglich.

Drei Pathologien des Kapitalismus

Die anachronistische Software, die den Kapitalismus gegenwärtig lenkt, führt wohl oder übel zu drei Pathologien: zur Zerstörung der Natur, der zunehmenden Ungleichheit und dem Unvermögen, Glück zu befördern – trotz gegenteiliger Beteuerung. Betrachten wir diese Pathologien jeweils für sich und untersuchen wir dann ihre gegenseitigen Verbindungen.

Zerstörung der Natur

Die Menschen begannen, weit vor der Zeit die Natur zu plündern, als der Kapitalismus Adam Smiths Augen zum Glänzen brachte. Der Überflusskapitalismus hat jedoch das Ausmaß dieser Plünderung exponentiell anwachsen lassen.

²⁸ Mit Freude habe ich festgestellt, dass der an Umweltfragen orientierte Ökonom Herman Daly ein Zwei-Stufen-Modell ähnlich meinem entwickelt hat. Der Schwerpunkt seiner Überlegungen liegt auf einer Welt, in welcher die menschliche Wirtschaft ihren Platz hat. In der Hauptsache unterscheidet er zwischen einer »leeren Welt« und einer »vollen Welt«. In der ersteren ist Natur im Überfluss vorhanden, in letzterer eine knappe Ressource.

Ich hatte versprochen, auf grausame Zahlen zu verzichten. Hier nenne ich aber doch eine: Im Jahre 2005 hat ein von den Vereinten Nationen gefördertes Forschungsteam berichtet, dass etwa 60% der irdisches Leben erhaltenden Ökosysteme nicht umweltverträglich genutzt werden. Eine derartige Übernutzung, so die *Millennium Ecosystem Assessment*, erhöht die Wahrscheinlichkeit abrupter, nichtlinearer Änderungen, die das menschliche Wohl erheblich beeinträchtigen. Zu den möglichen Auswirkungen gehörten Überschwemmungen, Dürreperioden, Hitzewellen, Überfischung, Umkippen von Küstengewässern, Erhöhung der Pegelstände und neue Krankheiten.²⁹

Nachdenkliche Menschen mögen darüber diskutieren, ob nicht Bevölkerungswachstum oder Technologie in größerem Maße zum Schwund unserer Ökosysteme und dem Niedergang der Artenvielfalt beitragen als der Kapitalismus. Zweifellos spielen alle drei eine Rolle. Aber den größten Schaden richten nicht die zahllosen Armen an, sondern die zahlenmäßig weit geringeren Reichen. Die Vereinigten Staaten z.B., die 5% der Weltbevölkerung umfassen, haben 26,6% Prozent der durch Menschen in der Atmosphäre angehäuften CO₂-Emissionen zu verantworten.³⁰ Unsere exzessive Konsumtion ist das umfassendere Problem, nicht die karge Nachlese der Armen. Der Überflusskapitalismus ist der Handlanger für diesen Exzess.

Natürlich verstärkt Technologie die Auswirkungen unseres Tuns auf die Erde enorm. Jedoch ist Technologie für sich betrachtet bloßes Know-how. Die *Wahl* der Technologien und das Ausmaß ihrer Verwendung hingegen bestimmen über die Schädigung unseres Planeten. Elektrizität z.B. kann auf verschiedene Weise erzeugt werden. Wenn Unternehmen darüber entscheiden, so wird die Wahl nicht der Maxime entsprechend getroffen, die Natur so wenig wie möglich zu schädigen, sondern jener folgen, aus dem Geld das meiste herauszuholen. In ihre Kostenkalkulationen geht die Natur mit dem Wert null ein. Deshalb

²⁹ Millennium Ecosystem Assessment, *Ecosystems and Human Well-Being: Synthesis Report*, Washington, D.C.: Island Press, 2005, S. 1.

³⁰ Die Gesamtmenge der durch Nutzung fossiler Brennstoffe und bei der Zementproduktion emittierten CO₂-Gase seit 1751 beträgt ungefähr 315 Milliarden Tonnen (http://cdiac.ornl.gov/trends/emis/tre_glob.htm). Die entsprechenden Emissionen der Vereinigten Staaten seit 1800 betragen 84 Milliarden Tonnen (<http://cdiac.ornl.gov/ftp/trends/emissions/usa.dat>). Ihr Anteil liegt somit bei etwa 26,6%. (A.d.Red.)

werden in so großem Maße fossile Betriebsstoffe verbrannt und Solar-, Wind- und Gezeitenenergie zu wenig genutzt.

Dem kapitalistischen Zugriff auf die Land- und Holzwirtschaft sowie viele andere Tätigkeitsfelder liegt die gleiche Bemessung zugrunde. Die Bilanz ist demütigend und abschreckend zugleich: Der Kapitalismus, so wie wir ihn kennen, verschlingt die Schöpfung. Er lebt vom Kapital der Natur und nennt dies »Wachstum«.

Die soziale Schere geht auseinander

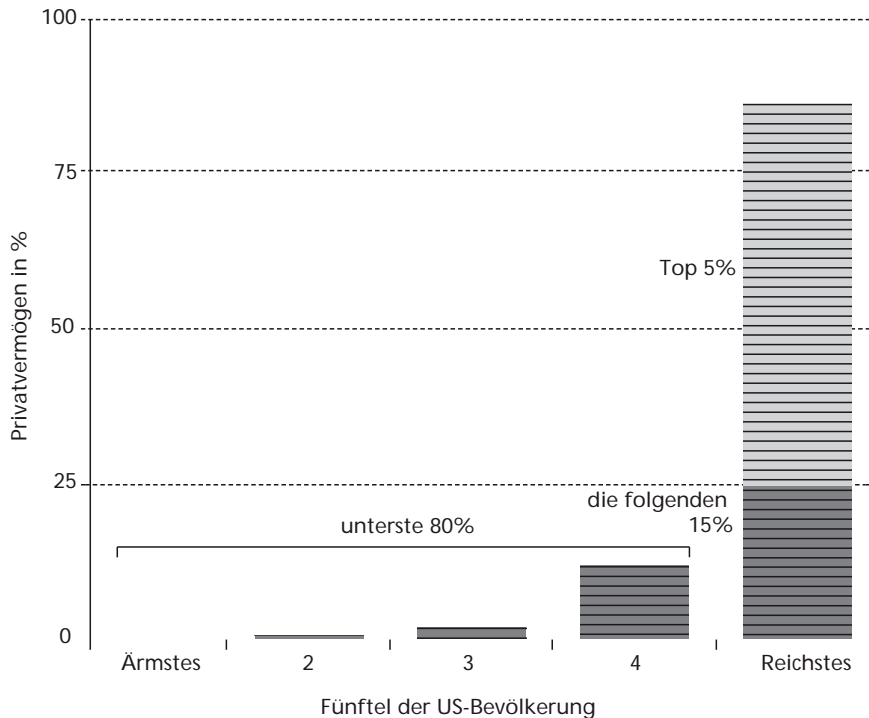
Die meisten Europäer, die Amerika besiedelten, glaubten, die feudalen Ungerechtigkeiten hinter sich gelassen zu haben. Sie zogen eine wettbewerbsorientierte Leistungsgesellschaft der Fortdauer der Aristokratie vor. Leider kam es anders. Die erste Besonderlichkeit war die Sklaverei. Ein Bürgerkrieg war nötig, um sie abzuschaffen. Es folgten umfangreiche Landnahmen, und es folgten Räuberbarone. Nichts davon ist rückgängig gemacht worden.

Doch nun schnell in die Zeit meiner Generation: Wenn es je eine gab, in der die Flut alle Boote hob, dann war sie es. Nach dem Zweiten Weltkrieg befanden sich die Vereinigten Staaten in einem nahezu ununterbrochenen Wachstumsrausch. Von 1950 bis zum Jahr 2000 hatte sich die Pro-Kopf-Produktion inflationsbereinigt verdreifacht. Der Aktienmarkt stieg um das 40fache. Investmentfonds und steuerbegünstigte Pensionsrücklagen brachten den Aktienbesitz unters Volk. In den 1960er Jahren begann die Bundesregierung einen umfassenden »Krieg gegen die Armut«. Und dennoch war zum Ende des Jahrhunderts die Verteilung privaten Vermögens ungleicher, als sie es 1950 gewesen war. In nackten Zahlen ausgedrückt besaßen die oberen 5% mehr als die übrigen 95% (siehe Abb. 2.3 auf der folgenden Seite).

Wie konnte das geschehen? Es gibt dafür viele Erklärungen. Eine davon besagt: Sozialhilfe lässt die Armen arm bleiben. Das hatte Charles Murray in seinem 1984 erschienenen Buch *Losing Ground* behauptet.³¹ Sozialhilfe ermuntere, so Murray, alleinerziehende Mütter, unverheiratet zu bleiben, führe zu einer erhöhten Zahl außerehelicher Geburten

³¹ Charles Murray, *Losing Ground: American Social Policy, 1950-1980*, New York: Basic Books, 1984.

Abb. 2.3: Reichtumsverteilung in den USA



Quelle: Edward Wolff, Ajit Zacharias und Asena Caner, Levy Institute Measure of Economic Well-Being: United States, 1989, 1995, 2000, and 2001, New York: Jerome Levy Economics Institute, Mai 2004, http://www.levy.org/default.asp?view=publications_view&pubID=fca3a440ee und http://students.washington.edu/ehirsh/documents/Inequality_figures.pdf.

und schaffe eine parasitäre Unterschicht. Für Murray (und andere) sind die Opfer oder bestimmte Strategien dafür verantwortlich, dass Armut weiterhin besteht. Der Frage, warum es überhaupt zur Armut kommt, widmen sie hingegen kaum Aufmerksamkeit.

Armut hat sicherlich viele Wurzeln. Meine Hypothese ist die folgende: Ein Großteil dessen, was wir Privatvermögen nennen, entstammt den Gemeinschaftsgütern oder ist gemeinsam mit ihnen produziert worden. Allerdings sind diese Einnahmen weit davon entfernt, gleich zu sein. Offen gesagt sind die Reichen reich, weil sie (mit Hilfe von Kapi-

talgesellschaften) den Löwenanteil des allgemeinen Reichtums erhalten. Die Armen sind arm, weil sie sehr wenig davon bekommen.

Man kann das auch so ausdrücken: Wie das Wasser den Berg hinab zum See fließt, so fließt Geld nach oben zum Eigentum. Vom Grundprinzip her maximiert der Kapitalismus die Erträge derjenigen, die bereits über Vermögen verfügen. Insbesondere begünstigt er jene, die Aktien eines erfolgreichen Unternehmens besitzen, wenn es noch jung ist. Sie können ihre Anfangsinvestition ins Hundert- oder Tausendfache steigern, wenn das Unternehmen sich entwickelt. Haben diese Aktionäre dann Reichtum angehäuft, können sie diesen durch Wiederanlage weiter steigern, ihren Erben überlassen und den Einfluss, den sie zwangsläufig auf Politiker haben, dazu nutzen, zusätzliche Vorteile zu erlangen – man denke z.B. an das stetige Senken der Steuern auf Kapitalgewinne, Dividenden und Nachlässe. Darüber hinaus gibt es während der letzten Jahrzehnte das »Globalisierung« genannte Phänomen. Der ganze Witz der Globalisierung besteht darin, Rekapitalisierung dadurch zu steigern, dass Kapitalbesitzer die weltweit niedrigsten Kosten aufspüren können. So kommt es zur Stagnation ganz unten und zu überschäumendem Reichtum ganz oben.

Ein entscheidender Aspekt dieser Analyse ist die Tatsache, dass kaum neue Aktienbestände ausgegeben werden.³² Die Autorin Marjorie Kelly hat dargelegt, dass die meisten etablierten Kapitalgesellschaften Wachstum durch Gewinnrücklagen und Schulden finanzieren. Sie kaufen mit der gleichen Wahrscheinlichkeit ausgegebene Aktien zurück, mit der sie neue ausgeben. So wird der Wert des Altvermögens kaum auf zusätzliche Anteilsscheine verteilt. Neues Geld kommt hauptsächlich zu dem Zweck auf den Aktienmarkt, den Reichtum der bestehenden Aktionäre und ihrer glücklichen Erben zu mehren. So ging in den Vereinigten Staaten mehr als die Hälfte der zwischen 1983 und 1998 aus börsengängigen Werten erzielten Gewinne an das oberste eine Prozent.³³

³² Marjorie Kelly, *The Divine Right of Capital*, San Francisco: Berrett-Koehler, 2001, S. 33.

³³ Edward N. Wolff, *The Rich Get Richer*, *American Prospect*, 12. Feb. 2001, http://www.prospect.org/cs/articles?article=the_rich_get_richer.

Unternehmen, die in der Tat neue Aktienbestände ausgeben, sind junge Unternehmen – die Microsofts, Apples und Googles. Abgesehen von Entertainern und Sportlern sind die meisten Multimillionäre frühzeitige Aktionäre in Unternehmen wie diesen. In solchen Fällen verteilen sich die Gewinne in derart starkem Maße zugunsten dieser frühen Aktionäre, dass sich das verzerrte Muster der Vermögensverteilung hier nur wiederholt. Neuer Reichtum fügt sich zu altem Reichtum, aber die Konzentration bleibt die gleiche. Es gibt keinen Mechanismus, Reichtum – nicht einmal neuen Reichtum – gerechter zu verteilen.

Warum sind die Amerikaner noch nicht glücklich?

Wären *Thneeds* der Weg zu Glück und Zufriedenheit, so müssten die meisten Amerikaner mittlerweile außer sich vor Glück sein. Jedoch ist die Anhäufung von Gütern nur eines der vielen Mittel beim Streben nach menschlicher Erfüllung. Alle scheinen das zu wissen, nur die Ökonomen nicht.

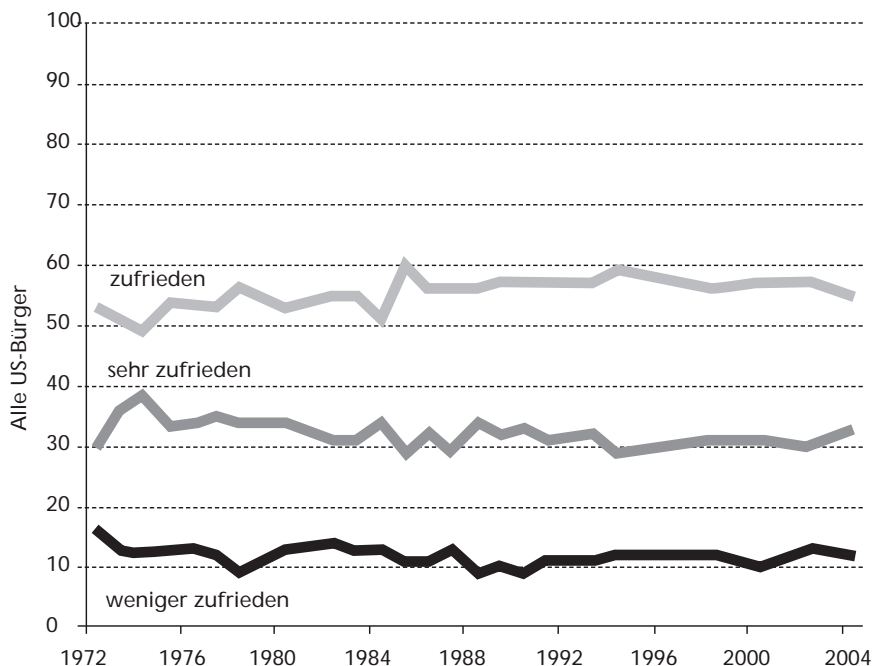
Für Ökonomen ist es eine Tatsache, dass der Verbrauch von zusätzlichen Gütern die Menschen zufriedener macht, und zwar nicht nur, wenn sie arm sind, sondern generell. Diese Annahme ist jedoch nicht nur unlogisch, ihr wird auch in vielen Erhebungen widersprochen. Das Ertragsgesetz sollte logischerweise auch hier Anwendung finden. Wenn Menschen immer mehr Güter erwerben, geht der Grenznutzen zusätzlicher Güter gegen null. Die Forschung bestätigt, dass dem so ist.

Seit den frühen 1970er Jahren stellt die *General Social Survey* den US-Bürgern die immer gleiche Frage: *Alles in allem, wie geht es Ihnen gegenwärtig? Sind Sie sehr zufrieden, ziemlich zufrieden oder weniger zufrieden?*³⁴ Obwohl wir seit dieser Zeit erheblich besser ausgestattet sind, haben sich die Antworten kaum geändert. Im Jahre 1972 betrachteten sich 31% der Amerikaner als sehr zufrieden, 2004 waren es 33% (siehe Abb. 2.4). Ein Nichtökonom würde schließen, dass wir, wenn Zufriedenheit unser Ziel ist, Billionen Dollar vergeudet haben.

Warum macht uns wirtschaftliches Wachstum nicht glücklicher und zufriedener? Es gibt viele Möglichkeiten dafür, und sie ergänzen sich,

³⁴ Richard Layard, Happiness: Has Social Science a Clue? Lionel Robbins Memorial Lecture, 3.-5. März 2003, London School of Economics, <http://cep.lse.ac.uk/events/lectures/layard/RL030303.pdf>.

Abb. 2.4 Zufriedenheit in den USA 1972-2004



Quelle: <http://pewresearch.org/pubs/?ChartID=37>. Abdruck mit freundlicher Erlaubnis des Pew Research Center.

statt dass sie einander ausschließen. Eine davon ist, dass Zufriedenheit eher von komparativen, statt absoluten Bedingungen abhängt – unter der Prämisse allerdings, dass die grundlegenden Bedürfnisse befriedigt sind. Haben Ihre Nachbarn ein größeres Haus als Sie, so wird die Tatsache, dass Ihres kleiner ist, Ihre Zufriedenheit schmälern, obwohl Ihr Haus an sich Ihren Bedürfnissen entspricht. Gleichfalls macht ein größeres Einkommen dann nicht zufriedener, wenn andere noch mehr bekommen. Aus diesem Grunde kann ein reiches Land reicher werden, ohne dass seine Bürger dadurch zufriedener sind.

Ein zweiter Grund ist, dass Überflusskapitalismus Ängste erzeugt. Millionen Menschen leben nur eine Lohnzahlung oder eine Krankheit von der Katastrophe entfernt. Wenn die Katastrophe eintritt, ist das

Sicherheitsnetz unter ihnen allerdings dünn. Jeder sieht die Arbeitsplätze schwinden, denn das Kapital durchkämmt den Planeten nach billiger Arbeit.

Ein weiterer Grund besteht darin, dass Überflusskapitalismus das Leben beschleunigt und zu enormer Anspannung führt. Menschen sind nicht dafür geschaffen, mehrere Dinge gleichzeitig zu tun, im Verkehrsstau zu sitzen und rund um die Uhr zu arbeiten, einzukaufen und Rechnungen zu zahlen. Wir brauchen Ruhe, Entspannung und Zeit für Geselligkeit und Kreativität. Von diesen Dingen bietet uns der Überflusskapitalismus nicht genug.

Ebenso erzeugt seine pausenlose Vermarktungsbotschaft – ohne Marke X bist du nichts – das Gegenteil von Dankbarkeit und Zufriedenheit, die gemeinhin als Anzeichen von Glück gelten. Der *Union of Concerned Scientists* zufolge begegnet der Durchschnittsamerikaner dieser Botschaft täglich etwa 3.000 Mal. So nimmt es nicht Wunder, dass wir Neid, Habgier und Unzufriedenheit erleben.³⁵

Warten auf 3.0

Fassen wir die bisherige Geschichte des Kapitalismus zusammen. Seit seinem Entstehen im 18. Jahrhundert hat der Kapitalismus Antlitz und Chemie der Erde verändert. Er tut dies weiterhin, trotz der Anzeichen planetarer Gefährdungen – er läuft wie eine außer Kontrolle geratene Dampfmaschine ohne Überdruckventil. Der Kapitalismus hat Unmengen privaten Reichtums angehäuft und erhebliche Teile davon den Gemeinschaftsgütern entnommen. Zu unserer Zufriedenheit trägt dieser Reichtum in seiner Masse kaum etwas bei. Die Hauptakteure des Kapitalismus – die gewinnmaximierenden Kapitalgesellschaften – sind aus dem Ruder gelaufen und die Erträge ihrer Strapazen äußerst ungleich verteilt.

Warum agiert der Überflusskapitalismus so? Stellen wir etwa immer wieder unfähige Geschäftsführer ein? Ich glaube nicht. Es ist das Be-

³⁵ Michael Brower und Warren Leon, *The Consumer's Guide to Effective Environmental Choices: Practical Advice from the Union of Concerned Scientists*, New York: Three Rivers Press, 1999, www.ucsusa.org/assets/documents/ucs/CG-Chapter-1.pdf.

triebssystem, das m.E. die Mehrzahl der Geschäftsführer veranlasst, mit der nächsten Quartalsbilanz im Kopf, nicht aber der nächsten Generation im Blick, zu handeln. Dies deutet darauf hin, dass das Betriebssystem aufgerüstet werden muss, wenn wir den Folgen von Kapitalismus 2.0 begegnen wollen.

In Teil 2 werde ich beschreiben, wie ein neues Betriebssystem aussehen könnte. Zuerst jedoch, in den folgenden zwei Kapiteln, lege ich dar, warum andere Gegenmittel, wie ein Mehr an Regulierung oder ein Mehr an Privatisierung, die Mängel unseres gegenwärtigen Systems nicht beheben können.

Kapitel 3

Die Grenzen des Staates

Soweit sie zur Sicherung des Eigentums begründet wurde, ist die zivile Regierung tatsächlich zur ... Verteidigung derer [eingesetzt worden], die einiges Eigentum besitzen, gegenüber denen, die überhaupt nichts haben.

Adam Smith, 1776³⁶

In seinem Essay »The Tragedy of the Commons« sieht Garrett Hardin nur zwei Wege, auf denen die Gemeinschaftsgüter gerettet werden können: *Plan-* und *Privatwirtschaft*. Entweder hält eine zwangsstaatliche Regierung hält die Menschen von der sinnlosen Zerstörung der Erde ab oder die auf dem freien Markt agierenden Privateigentümer müssen das tun. In den folgenden beiden Kapiteln werde ich zeigen, dass keiner der beiden Ansätze hinreicht. Wenn wir das Potenzial staatlicher Rechtsmittel abwägen, muss uns klar sein, was damit gemeint ist. Wir sprechen hier nicht von einer Tyrannei, sondern von legitimen Formen staatlichen Handelns, wie Regulation, Besteuerung und öffentlichem Eigentum. Lässt sich tatsächlich mit diesen traditionellen Methoden der allgemeine Reichtum für unsere Kinder erhalten?

Amerikas zwei Experimente

Die Vorstellung, dass die Regierung die Gemeinschaftsgüter schützen *müsse*, hat eine lange Geschichte. Es gibt Zeiten, da gilt diese Verpflichtung als so grundlegend, dass man sie für selbstverständlich nimmt. Zu

³⁶ Adam Smith, Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen, Berlin 1984, S. 91.

anderen Zeiten wird ihr ein Titel verliehen: die öffentliche Treuhand (»public trust«).

Verschiedene Bundesstaaten haben diese Verpflichtung schriftlich fixiert. So erklärt die Verfassung von Pennsylvania: »Pennsylvanias allgemeine Bodenschätze sind das gemeinsame Eigentum aller, einschließlich der zukünftigen Generationen. Das Gemeinwesen hat als dessen Treuhänder diese Lebensgrundlagen zum Nutzen aller zu schonen und zu erhalten.« Man bemerke, dass dieser Verfassungsdiktion zufolge die treuhänderische Verwaltung der Naturressourcen keine Wahlmöglichkeit ist, vor der das Gemeinwesens steht, sondern eine Verpflichtung, der es zu entsprechen hat.

Dennoch weichen hier wie überall Rhetorik und Wirklichkeit voneinander ab. Politische Institutionen arbeiten nicht im luftleeren Raum, sondern in einer Welt, in der Macht an Eigentum gebunden ist. Das war schon damals der Fall, als 55 Männer, weiße Privateigentümer, unsere Verfassung schrieben, und das ist es noch heute.

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind simultan mit zwei Experimenten beschäftigt: Das eine nennt sich Demokratie, das andere Kapitalismus. Es wäre schön, wenn beide Experimente unabhängig voneinander vollzogen würden. Aber das geschieht nicht. Sie laufen im selben Reaktionssystem ab und beeinflussen einander. Nach 200 Jahren lassen sich einige Konsequenzen ihres gegenseitigen Einwirkens ausmachen. Eine davon ist, dass der Kapitalismus die Demokratie stärker verändert als die Demokratie den Kapitalismus.

Der Grund dafür, warum der Kapitalismus die Demokratie geradezu entstellt, ist einfach. Demokratie ist ein offenes System und somit leicht durch wirtschaftliche Macht zu infizieren. Kapitalismus hingegen ist ein geschlossenes System. Sich Zutritt zu seinen Bastionen zu verschaffen, ist für die Massen nicht einfach. Das Primat des Kapitals ist somit weder Zufall noch die Schuld von George W. Bush. Es ist das, was geschieht, wenn der Kapitalismus in der Demokratie Einzug hält.

Damit ist nicht gesagt, die Regierung der Vereinigten Staaten zum Beispiel sei zu keinem Zeitpunkt, auch nicht hin und wieder, in der Lage, die Kapitalgesellschaften zu zügeln. Sie besitzt eine Reihe von Werkzeugen und hat sie in der Vergangenheit auch mit einigem Erfolg angewendet. Aber die ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen sind

der Aufgabe, die Erde für unsere Kinder zu schützen, gänzlich unangemessen. Untersuchen wir, warum das so ist.

Die Grenzen der Regulierung

Märkte sollten im Idealfall die größtmögliche Freiheit genießen. Manchmal jedoch müssen ihnen durch einen externen, also nicht durch Profitmaximierung motivierten Akteur Regeln zugunsten des Allgemeinwohls auferlegt werden. Das ist die Idee der Regulierung.

Hinsichtlich der Natur stehen der Regierung viele Regulatoren zur Verfügung. So kann sie die rechtzeitige Bekanntgabe toxischer Abgasemissionen zur Pflicht machen oder Nutzungsrechte für öffentliche Ressourcen gewähren, verkaufen oder verweigern. Auch kann sie die Emission bestimmter Schadstoffe generell verbieten, die anderer limitieren oder dem Verursacher die Nutzung bestimmter Technologien vorschreiben. Sie kann das Land in verschiedene Nutzungszonen unterteilen, bestimmte Aktivitäten besteuern und andere subventionieren.

Mit dieser breiten Palette von Werkzeugen – einschließlich der Macht, diejenigen zu belangen, die die Regeln verletzen – scheinen Regierungen ein enormes Gegengewicht zu den Kapitalgesellschaften darzustellen. Die Geschichte hat jedoch gezeigt, dass sie nicht so mächtig sind, wie sie zu sein scheinen. Versuchen Regierungen, ihre Macht auszuüben, treffen sie auf heftigen Widerstand der Unternehmen. Mit der Zeit werden die regulierenden Behörden in den USA dann von den Branchen übernommen, die zu regulieren sie ersonnen waren.

Der Prozess der Eroberung der Regulierungsbehörden ist von vielen Wissenschaftlern beschrieben worden.³⁷ Der Plot ist immer der gleiche, obwohl Einzelheiten sich unterscheiden mögen: Eine neue Behörde wird mit dem Ziel gegründet, eine die Öffentlichkeit schädigende Wirtschaftsbranche zu regulieren. Zu Beginn agiert die Behörde unerschro-

³⁷ Richard Posner, *Theories of Economic Regulation*, *Bell Journal of Economics and Management Science*, Autumn 1974; George Stigler, *The Theory of Economic Regulation*, *Bell Journal of Economics and Management Science*, Spring 1971; Gabriel Kolko, *The Triumph of Conservatism*, New York: Free Press, 1963; Mancur Olson, *The Logic of Collective Action*, Cambridge, Mass: Harvard University Press, 1965.

cken, mit der Zeit jedoch lässt der Eifer nach. Reformen, die anfangs der Behörde zugehörten, werden durch Leute ersetzt, die entweder früher in der betreffenden Branche beschäftigt waren oder die Absicht haben, dort nach ihrer Arbeit für die Regierung einen Job zu bekommen. Immer mehr »Beratungsausschüsse« entstehen, deren Berater der Industrie zugehören, während durch sie finanzierte »Denkfabriken« profitorientierten Vorschlägen die Fassade der Seriosität verschaffen. Lobbyisten und Behördenmitarbeiter sind in ständigem Kontakt, während die Öffentlichkeit im Dunkeln darüber bleibt, was eigentlich vorgeht.

In den letzten Jahren hat dieser Prozess extreme Ausmaße angenommen. Während ich diese Zeilen schreibe, ist der im Innenministerium der Vereinigten Staaten für die Verwaltung von öffentlichem Grund und Boden Verantwortliche ein ehemaliger Bergbaulobbyist, der Vorsitzende des Bereichs Luftverschmutzung der Umweltschutzbehörde *EPA* ein früherer Lobbyist der Stromindustrie, der stellvertretende Behördenleiter der *EPA* ein *Ex-Monsanto*-Lobbyist, während der Vorsitzende für *Superfund Cleanups* der *EPA* (welcher die Industrie veranlassen soll, ihre Giftabfälle zu beseitigen) in früheren Jahren Unternehmen als Berater dabei geholfen hat, *Superfund* aus dem Wege zu gehen. Obwohl die gegenwärtige Voreingenommenheit für die Interessen der Industrie das gewöhnliche Maß überschreitet, scheint die Abwesenheit von Empörung und Widerstand darauf zu deuten, dass sie nicht weitab der Norm liegt.³⁸ Es sind aber nicht die Regulierungsbehörden allein, die unterwandert werden. Selbst der Kongress, der diese Behörden kontrolliert und deren Kontrollgesetze verfasst, ist schwer von dieser Infektion betroffen. Dem *Center for Public Integrity* zufolge wendet die »Einflussindustrie« in Washington mittlerweile jährlich 6 Milliarden \$ auf und beschäftigt mehr als 35.000 Lobbyisten – etwa 200 von ihnen ehemalige Kongressabgeordnete, die zu ihren früheren Kollegen problemlos Zugang haben.³⁹

³⁸ Robert F. Kennedy Jr., *Crimes Against Nature: How George W. Bush and His Corporate Pals Are Plundering the Country and Hijacking Our Democracy*, New York: Harper Collins, 2004, S. 32.

³⁹ Alex Knott, *Special Report: Industry of Influence Nets More Than \$10 Billion*, Washington, D.C.: Center for Public Integrity, 2005, www.publicintegrity.org/lobby/report.aspx?aid=675.

Ein flüchtiger Blick auf das Lobbyistenspiel der Unternehmen zeigt, wie profitabel es ist. *MBNA*, die größte Kreditkartenbank der Vereinigten Staaten, hat in den Jahren von 1999 bis 2004 mehr als 17 Millionen \$ für Lobbytätigkeiten ausgegeben. Das sind Peanuts im Vergleich zu den Summen, die ihr aus einer von der Industrie entworfenen Revision der Insolvenzregelung zufließen werden.⁴⁰ Diese wurde 2005 verabschiedet und hindert jeden (ausgenommen die Ärmsten) daran, seine Schulden loszuwerden, um neu anzufangen. (Die meisten insolventen US-Amerikaner kommen aus dem Mittelstand und sind durch Arbeitslosigkeit, hohe Arztrechnungen oder Scheidung zahlungsunfähig geworden.) Ein Journalist der *New York Times* beschreibt die Szenerie während der Gesetzesänderung so: »Massen von Anwälten und Lobbyisten brachten die Verhandlungssäle des Kongresses zum Überlaufen ... In den Pausen gab es immer das gleiche, nahezu komische Verhaltensmuster. Die Lobbyisten in ihren Nadelstreifenanzügen rannten in die Vorhalle, holten winzige Mobiltelefone aus ihren Taschen oder Aktenkoffern und brachten ihre Klienten auf den neuesten Stand – nahezu immer mit den Nachrichten, die diese hören wollten.«⁴¹

Oder nehmen wir die gegenwärtig größte Lobbygruppe, die Pharmaindustrie, die sich rühmt, zwei Lobbyisten pro Kongressmitglied zu haben. »Es ist nahezu unmöglich, keinem Pharmalobbyisten über den Weg zu laufen«, sagt der ehemalige Vorsitzende des *Senate Finance Committee*, Senator Chuck Grassley – und dies mit gutem Grund. Profite von Pharmaunternehmen in Milliardenhöhe hängen von Entscheidungen ab, die der Kongress trifft – oder nicht. Im Jahr 2003 z.B. konnte die Pharmaindustrie den Markt für verschreibungspflichtige Medikamente für *Medicare*⁴² gewinnen und zugleich die Regierung daran hindern, die Preise herunterzuhandeln. Damit wurde der Import preisgünstigerer Medikamente aus Kanada verhindert und ein System geschützt,

⁴⁰ Courtney Mabeus, Big Donors Go for Broke with Bankruptcy Bill, *Bankruptcy Reform News*, 4. März 2005, www.bankruptcyfinder.com/article%20folder/bigdonors2005.html.

⁴¹ Philip Shenon, Lobbying Campaign Led by Credit Card Companies and Banks Nears Bankruptcy Bill Goal, *New York Times*, 13. März 2001.

⁴² *Medicare* ist eine von der Bundesregierung in Washington D.C. verwaltete Krankenversicherung für ältere bzw. behinderte Bürger. (A.d.Ü.)

das Unternehmensabgaben dafür verwendet, das Prozedere zur Freigabe von Medikamenten zu beschleunigen.⁴³

Dem lassen sich andere Zahlen hinzufügen. Kevin Phillips, ein früherer Strategie der Republikaner, hat das getan: »Die Holzverarbeitende Industrie hat 8 Millionen \$ an Werbemitteln dafür aufgebracht, den Bau von Straßen für den Holzeinschlag mit 458 Millionen \$ zu subventionieren. [...] *Glaxo Wellcome* investierte Werbemittel im Umfang von 1,2 Millionen \$, um eine Patentverlängerung um 19 Monate für *Zantac* im Wert von einer Milliarde \$ zu erwirken [...]. Die Tabakindustrie hat 30 Millionen \$ für Steuervergünstigungen im Wert von 50 Milliarden \$ investiert [...]. Für bescheidene 5 Millionen \$ an Werbemitteln konnte die Rundfunkindustrie kostenlose Lizenzen für digitales Fernsehen beschaffen – ein Geschenk aus öffentlichen Mitteln im Wert von 70 Milliarden \$ [...].«⁴⁴ Der Grund, warum unser politisches System so funktioniert, ist nicht, dass unsere Politiker besonders korrupt wären. Es handelt sich um ein strukturelles Problem. Geschäftsbranchen, die von staatlichen Gefälligkeiten profitieren, sind reich und gut organisiert. Sie ziehen hohe und unmittelbare Erträge aus Zahlungen für Lobbytätigkeiten und Werbekampagnen. Dass dieses Geld nicht allzu offenbar nach Bestechung riecht, heißt nicht, dass es keine Gegenleistung gäbe. Politiker und Kapitalgesellschaften pflegen eine symbiotische Beziehung. Politiker brauchen Geld, und Kapitalgesellschaften wünschen sich Gefälligkeiten. Keine der beiden Seiten ist auf den Kopf gefallen oder schüchtern. Karriereorientierte Politiker werden Leute mit Geld nicht allzu oft angreifen. Zumindest werden sie ihnen Zutritt gewähren, und in der Politik ist das schon fast alles, was man braucht.

Im Unterschied dazu haben die Normalbürger wenig Geld, sind unorganisiert und schlecht informiert. Gemächlich gehen sie zur Wahl, einige wenige Male pro Dekade – wenn überhaupt. Von allen politischen Akteuren lassen sie sich am leichtesten austricksen. Politiker lesen in der Tat Meinungsumfragen; diese betreffen aber kaum die geheimen, von den Unternehmen begehrten Gefälligkeiten. Folglich ist es diszi-

⁴³ Jim Drinkard, *Drugmakers Go Furthest to Sway Congress*, *USA Today*, 26. April 2005.

⁴⁴ Kevin Phillips, *Wealth and Democracy: A Political History of the American Rich*, New York: Broadway Books, 2002, S. 326.

plinierten und finanziell gut ausgestatteten Unternehmen ein Leichtes, sich gegenüber den Normalbürgern durchzusetzen.

Dafür gibt es sogar eine wirtschaftswissenschaftliche Deutung: Mancur Olsons »Logic of Collective Action«. Olson, ein Absolvent der Harvard University, behauptete, dass sich Menschen nur dann zur Verfolgung ihrer gemeinsamen Interessen verbünden, wenn die Anzahl der Akteure in der Gruppe sehr klein ist. Wollen z.B. die Geschäftsführer von fünf großen Fluggesellschaften von der Regierung eine Finanzspritze von 500 Millionen \$ haben, werden sie ihre Ressourcen zusammen tun und eine Lobbyfirma engagieren. Gemeinsam werden sie dann dem Kongress mitteilen, dass ihre Gesellschaften ohne diesen Zuschuss nicht überleben würden und die Konsequenzen dieser Zusammenbrüche schwerwiegend wären.

Wer würde dagegen angehen? Niemand, und zwar aus folgendem Grund: Jede der fünf Fluggesellschaften erhielte etwa 100 Millionen \$, während jeder Steuerzahler im Durchschnitt nur 5 \$ verlieren würde. Folglich wäre es für den Normalbürger nicht lohnend, sich zu erheben und zu kämpfen.

Obendrein gibt es ein noch viel gravierenderes Problem. Demokratie reagiert sehr gut auf Wählerstimmen und sehr schlecht auf Geld. Wähler wie Geldgeber sind lebende Menschen. Am Tisch der Demokratie aber fehlen die zukünftigen Generationen, Ökosysteme und nicht-menschliche Arten – sie sind weder organisiert noch wahlberechtigt, sie sind auch nicht Eigentümer. James Madison und seinesgleichen hatten diesen Mangel kaum vorhersehen können. Zu ihrer Zeit ging es in der Politik um den Kampf lebender Menschen untereinander – nicht aber um den Konflikt zwischen lebenden Menschen und deren Erben oder jenem zwischen der menschlichen Spezies und der übrigen Natur. Das jedoch hat sich mittlerweile geändert.

Das dieses Kapitel einleitende Zitat von Adam Smith ist damit noch bedeutsamer, als sein Verfasser dachte. Wenn Regierungen von sich aus den Eigentümern zuneigen, so sind nicht allein die Armen die Verlierer. Zu den Verlierern gehören auch künftige Generationen, Ökosysteme und nichtmenschliche Arten, denn keiner von ihnen besitzt etwas. Das einzig Positive hierbei ist darin zu sehen, dass auch das Gegenteil wahr sein könnte: Würden künftige Generationen, Ökosysteme und nicht-

menschliche Arten Eigentum besitzen, so hätten sie ein gewisses Maß an wirtschaftlicher Macht.

Die Grenzen der Besteuerung

Lassen wir für einen Moment die Frage auf sich beruhen, ob Regierungen von sich aus dem Eigentum zuneigen. Konzentrieren wir uns stattdessen auf eine rein mechanische Frage: Ist die Besteuerung ein probates Mittel zur Bewahrung der Gaben der Natur? Ich stelle diese Frage, weil Ökonomen seit mehr als 80 Jahren »grüne Steuern« befürworten. So ist es an der Zeit, dieses alte Patentrezept hinter sich zu lassen.

Der Gedanke, die Natur durch Besteuerung zu schützen, geht zurück auf das Jahr 1920, als Arthur Pigou, damals führender Ökonom der Universität von Cambridge, diesen Vorschlag unterbreitete. Auf den ersten Blick erscheint das sinnvoll: Wenn die Verschmutzung der Umwelt nichts kostet, wird sie enorm sein. Sie wird geringer ausfallen, wenn Steuern erhoben werden. Die Besteuerung zwingt die Umweltverschmutzer, einige der Kosten zu internalisieren, die sie andernfalls externalisieren würden.⁴⁵

So weit, so gut. Der Teufel steckt jedoch im Detail. Wer zum Beispiel legt die Steuern fest? Welche Berechnungsgrundlage wird herangezogen? Wie schnell kann man reagieren? Wem gegenüber ist man rechenpflichtig? Und wohin fließt das Geld?

Wenn die Bundesregierung Steuern festlegt, so sind die Hauptakteure das *House Ways and Means Committee* und das *Senate Finance Committee*. Ein jeder Beobachter des Kongresses wird darauf verweisen, dass der Prozess der Steuergesetzgebung unangenehm, konfliktgeladen und zeitraubend ist. Gesetzesentwürfe werden eingebracht, Anhörungen abgehalten und politische Machenschaften inszeniert. Mehr als alles andere ist es dies, was die Lobbyisten in Washington an ihren Mobiltelefonen hält.

⁴⁵ Arthur C. Pigou, *The Economics of Welfare*, London: Macmillan, 1920.

Welcher Kalkulation folgen die Komiteemitglieder beim Schreiben von Steuergesetzen? In den meisten Fällen kalkulieren sie mit Blick auf ihre Wiederwahl. Sie sind Politiker, keine Wirtschaftswissenschaftler und möchten Geldgebern und Wählern zu Diensten sein. Primär geht es ihnen also nicht um den Schutz der Natur oder künftiger Generationen. Somit wird die Besteuerung der Umweltverschmutzung nie die Bedeutung erlangen, die sie haben müsste.

Nehmen wir ein reales Beispiel – Treibhausgase, insbesondere Kohlendioxid. Die Besteuerung dieser Stoffe könnte theoretisch zu einer Verminderung der Erderwärmung führen. Um aber wirklich etwas zu bewirken, müsste die Steuer extrem hoch sein. Das würde bedeuten, der Kongress müsste die Preise für Benzin, Erdgas und Strom Jahr für Jahr anheben. Für jedes Unternehmen und jeden Konsumenten wäre das ein Schlag ins Kontor – ein unwahrscheinliches Szenarium.

Für die meisten dieser Fälle würden Mainstream-Ökonomen lautstark fordern, dass die Preise nicht durch Politiker, sondern die Märkte festgelegt werden sollen. Preise seien auch dazu da, allen mitzuteilen, was zu jedem gegebenen Zeitpunkt Käufer zu zahlen und Verkäufer zu nehmen willens sind. Sollte die Regierung diesen Prozess verfälschen oder verzögern, so würden knappe Ressourcen ineffizient verteilt. Zu diesen Ressourcen gehört nicht zuletzt die Zeit, über die der Kongress verfügt.

Warum haben dann Pigou und seine Schüler die Preisbildung in die Hände von Politikern legen wollen? Weil sie dachten, dass es keine Alternative gäbe. Jemand müsse die Kosten für die Verschmutzung der Umwelt festlegen, und niemand sonst sei dazu in der Lage. Allerdings gibt es Alternativen. Betrachten wir z.B. die Zentralbank (*Federal Reserve*), die 1913 geschaffen wurde, um den Geldumlauf der Vereinigten Staaten zu regulieren.⁴⁶ Die *Fed* ist eine Hybridorganisation. Technisch gesehen ist sie ein Unternehmen, dessen Kapital Eigentum ihrer Teilhaberbanken ist. Die sieben Mitglieder ihres Direktoriums werden jedoch durch den Präsidenten berufen und vom Senat in abgestuften Zeiträumen für 14 Jahre bestätigt. Das Geniale an der *Fed* ist, dass ihr Direktorium harte wirtschaftliche Entscheidungen treffen kann, ohne die Nie-

⁴⁶ Siehe www.federalreserve.gov/bios/default.htm.

derlage an den Wahlurnen fürchten zu müssen. Insbesondere kann sie Zinssätze erhöhen, was den Unternehmen steigende Kreditkosten beschert und Millionen Wählern höhere Hypotheken und Kreditkartenzahlungen. Kein Politiker möchte so etwas tun und – dank der *Federal Reserve* – ist auch niemand dazu gezwungen. Wenn sich Wählergruppen über zu hohe Zinsen beschweren, werden Kongressmitglieder auf die *Fed* verweisen: »Mit denen müsst Ihr reden.« Dieses Modell ist so vernünftig, dass es mittlerweile nahezu alle Staaten nutzen.

Analoge Institutionen für die Regulierung von Kohlenstoff- und anderen Schadstoffemissionen ließen sich denken. Deren Direktionsmitglieder hätten lange Amtszeiten und treuhänderische Verantwortung für künftige Generationen. Sie könnten schmerzliche Wirtschaftsentscheidungen treffen – wie die Erhöhung von Energiepreisen –, ohne politischen Selbstmord begehen zu müssen. Solche Institutionen wären auch für Politiker attraktiv – würden sie ihnen doch erlauben, Verantwortlichkeiten und Schuldzuweisungen zu delegieren.

Dies wäre nicht die einzige Alternative zur politischen Preisgestaltung. Vom Emissionsrechtehandel (*Cap-and-Trade*) her wissen wir, dass Märkte Preise für die Verschmutzung der Umwelt festzusetzen in der Lage sind. Dabei kommt Politikern eine bedeutende Rolle zu: Sie entwickeln das System und legen die anfänglichen Eigentumsrechte fest. Danach aber sind sie preispolitisch aus dem Schneider.

Zwei Fragen zur Emissionssteuer bleiben: Wer zahlt, und wohin fließt das Geld? Die Antwort auf die erste Frage ist klar: Die Konsumenten, d.h. nahezu jeder von uns, zahlen – auch wenn die Steuer erst einmal den Umweltverschmutzern in Rechnung gestellt wird. Denn die jeweiligen Unternehmen reichen ihre Emissionssteuer – als Erhöhung der Endverbraucherpreise – an ihre Kunden durch. Die Konsumenten können ihre Ausgaben reduzieren, indem sie weniger umweltschädigende Produkte kaufen. In diesem Maße sind sie in der Lage, die Steuer zu »hinterziehen«, und derartige »Hinterziehungen« nutzen der Natur. Viele Konsumenten haben jedoch kaum die Wahl, ihre Anschaffungen zu reduzieren oder zu ersetzen. Sie müssen zur Arbeit fahren und ihre Wohnungen heizen. Weil Haushalte mit niedrigem Einkommen nahezu ihre gesamten Einkünfte für den Grundbedarf ausgeben, lastet die Emissionssteuer unverhältnismäßig auf ihnen.

Zweitens, wohin fließt das Geld? Es fließt in die Staatskasse. Wie jede Steuer zieht die Emissionssteuer Geld aus den Taschen privater Eigentümer, um es dem Staat zu überantworten. Folglich obliegt es Politikern, über die Verwendung der Gelder zu entscheiden. Möglicherweise nutzen sie diese Einnahmen auf faire und vernünftige Weise. Garantien dafür gibt es jedoch nicht. Hält man sich an die Erfahrung der jüngsten Geschichte, so ist damit zu rechnen, dass sie Teile davon zum Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes nutzen werden sowie dazu, Wahlkampfspendern die Steuern zu senken.

Da ist aber noch ein weiterer, wesentlicherer Grund, warum Steuern wenig hilfreich sind, die Natur zu schützen. Denn was wir eigentlich wollen, sind weniger Emissionen, nicht aber höhere Preise dafür. Steuern sind bestenfalls ein Umweg, um dahin zu kommen. Wir vermuten, die Umweltverschmutzung nehme ab, wenn wir die Emissionspreise erhöhen. Jedoch könnten nicht einmal die klügsten Ökonomen absehen, wie schnell und in welchem Maße sie abnehmen würde. Dies ließe sich nur durch Versuch und Irrtum herausfinden. Die meiste Zeit über würden die Steuerpolitiker darüber debattieren, welches Maß an Steuererhöhung welches Maß an Emissionsverzicht erbringt, wohingegen wir eigentlich darüber diskutieren sollten, wie schnell wir die Umweltverschmutzung reduzieren wollen. Nach dem Ende dieser Diskussion könnten wir ein Ventil aufsetzen, das das Niveau regelt, auf das wir uns geeinigt haben. Mit Emissionssteuern lässt sich dieses Ziel nicht erreichen.

Emissionssteuern sind, kurz gesagt, besser als gar nichts, jedoch alles andere als der Königsweg zum Schutze der Natur. Sie würden Umweltverschmutzer dazu bringen, einige der Kosten zu internalisieren, die sie bisher auf andere abwälzen – das geschähe aber auf eine Art, die ungeschickt, rückwärtsgewandt und letztlich unwirksam wäre. Falls es einen anderen Weg der Internalisierung von Kosten gäbe, so sollten wir ihn in Erwägung ziehen.

Die Grenzen öffentlichen Eigentums

Die Vereinigten Staaten besitzen eine lange historische Tradition öffentlichen Eigentums an Grund und Boden. Als die ersten Europäer kamen, war Nordamerika der Gemeinbesitz vieler Stämme. Im Zuge der Enteignung dieser Stämme erwarb die Bundesregierung deren Territorien. Einige der Bundesanteile wurden den der Föderation beitretenden Staaten übereignet.

Obwohl der Großteil des von der Bundesregierung und den einzelnen Bundesstaaten angeeigneten Grund und Bodens später billig veräußert wurde, blieb ihnen doch viel davon erhalten. Gegenwärtig sind ein Drittel von Grund und Boden in den Vereinigten Staaten Staats-eigentum.

Wenn man sagt, Grund und Boden (oder andere Vermögen) seien »Staatseigentum«, so bedeutet das nicht automatisch, dass dieses Eigentum im Auftrag künftiger Generationen, nichtmenschlicher Arten oder der Durchschnittsbürger verwaltet wird. Schauen wir uns an, was die Bundesregierung sowie die Regierungen der Bundesstaaten mit ihrem Besitz an Grund und Boden angestellt haben.

Mit Ausnahme von Alaska sind etwa 5% des Staatseigentums an Grund und Boden als Naturschutzgebiet ausgewiesen. Menschen dürfen diese Areale nur zu Fuß, nicht aber motorisiert betreten. Bergbau, Holzwirtschaft und Jagen sind gleichfalls verboten. Die private und kommerzielle Nutzung der verbleibenden 95% des Staatseigentums wird durch verschiedene Behörden geregelt. Die nationalen Forste werden vom *U.S. Forest Service* verwaltet, die Weideflächen und Erz-lagerstätten vom *Bureau of Land Management* sowie Jagd- und Fischgründe durch den *U.S. Fish and Wildlife Service*.

Als generelle Regel lässt sich festhalten, dass politische Machenschaften und nicht treuhänderische Pflichten darüber bestimmen, welche Nutzung erlaubt und welche Preise verlangt werden. Ein klassisches Beispiel ist der *Mining Act* aus dem Jahr 1872. Mit dieser Regelung können Privatunternehmen für 5 \$ pro Acre Ansprüche auf Erzlagerstätten erheben, ohne jedoch Abgaben für die geförderten Bodenschätze entrichten zu müssen. Jeder Versuch, dieses antiquierte Gesetz zu reformieren, ist am politischen Einfluss der Bergbauindustrie gescheitert.

Gleichermaßen verkauft der *U.S. Forest Service* seit Jahrzehnten Bäume an holzverarbeitende Unternehmen, und zwar unterhalb des Marktpreises. Darüber hinaus investiert er Milliarden Dollar an Steuergeldern, um Straßen in bisher unberührte Forsten zu legen und der holzverarbeitenden Industrie so zu ermöglichen, im öffentlichen Eigentum befindliche Bäume abzuholzen. Wirtschaftlich gesehen, ist das natürlich Unsinn und eine enorme Bezuschussung der Privatwirtschaft. Auch werden dadurch die Bürger an billige Forstprodukte und zerstörerische Methoden der Abholzung gewöhnt. Diese Praktiken gibt es, weil der *U.S. Forest Service* kein auf den Erhalt der Ökosysteme verpflichteter Trust ist, sondern eine interessenpolitisch beeinflusste Behörde, die der Idee der »Mehrfachnutzung« (»multiple use«) staatlich angelegener Forsten folgt.

Es gibt Ausnahmen von diesem zerstörerischen Verhaltensmuster. Eines betrifft Treuhandland, das die Bundesregierung den Bundesstaaten überlässt. Diese Schenkungen wurden im Jahre 1785 durch den *Land Ordinance* initiiert, der eine Quadratmeile Grund und Boden pro Gemeinde zur Unterstützung öffentlicher Schulden vorsah. Später überantwortete der *Morrill Land Grant College Act* des Jahres 1862 den Bundesstaaten zusätzliches Land, um Landwirtschafts- und Handwerksfachschulen zu fördern. Im Jahr 1954 schließlich überließ der Kongress dem Staat Texas ölfreiche Küstenregionen unter der Bedingung, alle durch sie erzielten Einkünfte permanent einer Stiftung zur dauerhaften Finanzierung öffentlicher Schulen zuzuführen.

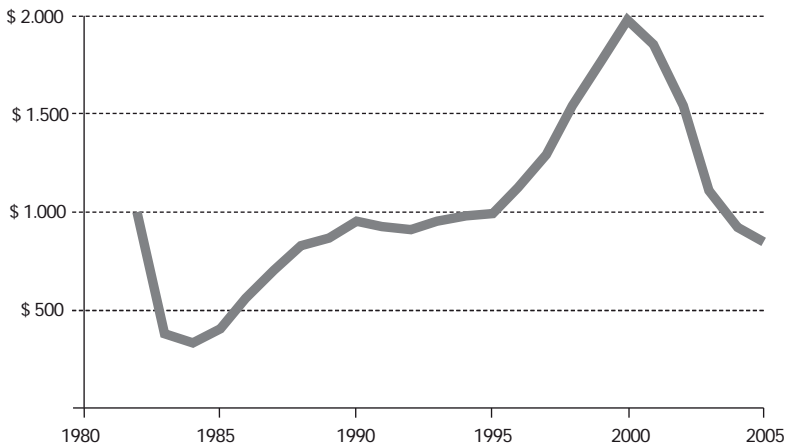
Gegenwärtig verfügen 22 Bundesstaaten treuhänderisch über 155 Millionen Acres Grund und Boden für öffentliche Schulen und Colleges – also für künftige Generationen. Gleich der Bundesregierung verpachten die Trusts der Bundesstaaten einen Großteil ihrer Ländereien zur Gewinnung von Öl, Nutzholz und als Weideland. Die Trusts haben nicht das Land selbst zu schützen, sondern die Einkünfte, die es erbringt. Das schafft Begünstigte, wie Erzieher, Schüler, Eltern, von denen die Verwalter der Ländereien scharf beobachtet werden. Sally Fairfax von der University of California zufolge führt das u.a. dazu, dass die Bundesstaaten ihre Ländereien besser verwalten als die Bundesregierung die ihrigen. Während der *U.S. Forest Service* »sich den Großteil des [vergangenen] Jahrhunderts hindurch hinsichtlich der Geldflüsse und Reinvest-

Der Alaska Permanent Fund

Der Verfassung Alaskas zufolge gehören die natürlichen Ressourcen des Bundesstaates seiner Bevölkerung. Jay Hammond, republikanischer Gouverneur während der 1970er Jahre, nahm diese Klausel ernst. Als das Öl am North Slope zu fließen begann, drängte er auf Förderabgaben, die unter den Bürgern verteilt werden sollten. Nach vielen Kämpfen willigte die Legislative in eine Abmachung ein: Die Regierung nutzt 75% der vom Staat einbehaltenen Einnahmen aus der Ölförderung, um Steuerzahlungen zu ersetzen. Die übrigen 25% fließen in den *Alaska Permanent Fund*, der im Auftrag aller Einwohner Alaskas gleichermaßen investiert.

Seit 1982 ist der *Fund* auf über 30 Milliarden \$ angewachsen. Jährlich erhalten alle Einwohner Alaskas einschließlich der Kinder Gewinnaufteile (siehe Abb. 3.1). Eigentlich handelt es sich hierbei um einen gigantischen Investitionsfonds, der im Auftrag aller Bürger Alaskas verwaltet wird – der gegenwärtigen wie der zukünftigen. Auch nach dem Versiegen der Ölquellen wird er weiterhin jedem zugutekommen. Vernon Smith, Nobelpreisträger, Gelehrter und liberalistischer Ökonom am Cato Institute, nannte den *Fund* ein »Modell, das die Regierungen aller Länder gut beraten wären nachzuahmen«.¹

Abb. 3.1: Dividenden des Alaska Permanent Fund



¹ Sean Butler, Life, Liberty, and a Little Bit of Cash, *Dissent*, Summer 2005, www.dissentmagazine.org/article/?article=211.

tionen bedeckt gehalten hat ..., wissen die Verwalter bundesstaatlicher Ländereien ihre Bücher zu führen und sie öffentlich zugänglich zu machen«.47 Und ein Weiteres: Obwohl die Trusts nicht auf den Schutz der Ökosysteme verpflichtet sind, wirken sie doch in diese Richtung. Denn sie kalkulieren langfristig.

Eine interessante Spielart dieses typischen bundesstaatlichen Boden-Trusts stellt der *Alaska Permanent Fund* (siehe Kasten, S. 73) dar. Dieser war im Jahre 1976 geschaffen worden, um einen Teil des Geldsegens aufzufangen, der dem Bundesstaat durch die Verpachtung staatseigener Ländereien an Ölfirmen entstanden war. Das Ziel bestand in der Gründung einer Stiftung, von der die Einwohner Alaskas auch dann noch profitieren würden, wenn die Ölquellen versiegt sein werden. Deshalb investiert der *Permanent Fund* in Aktien, Rentenpapiere und ähnliche Vermögenswerte und zahlt davon jedem Einwohner Alaskas jährliche Dividenden. Ursprünglich sollte die Höhe der Dividenden danach bemessen werden, wie lange die betreffende Person bereits in Alaska lebt. Unter Berufung auf den *Equal Protection Clause* des 14. Zusatzartikels zur Verfassung entschied der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten, dass Alaska Zuziehende nicht auf diese Weise benachteiligen dürfe.48 Die Anteilsformel wurde dann durch das Prinzip, jeder Person einen gleichen Anteil zuzumessen, ersetzt.

Lektionen für die Zukunft

Auf drei Dinge sollte an dieser Stelle hingewiesen werden. Erstens: Eigentum ist etwas anderes als Treuhänderschaft. Eigentümer – auch der Staat – haben große Freiheiten, mit ihrem Eigentum das zu tun, was sie wollen. Ein Treuhänder hat diese Freiheiten nicht. Er ist durch die Bedingungen seines Treuhandverhältnisses gebunden sowie durch die jahrhundertalten Grundsätze treuhänderischen Handelns, deren bedeutendstes die »ungeteilte Loyalität« gegenüber den Nutznießern ist.

⁴⁷ Sally Fairfax, *Lessons for the Forest Service from the State Trust Land Management Experience*, Washington, D.C.: Resources for the Future, 1999, Discussion Paper 99-16, S. 22-23, www.rff.org/Documents/RFF-DP-99-16.pdf.

⁴⁸ *Zobel v. Williams*, 457 U.S. 55, 1982.

Zweitens: In einer kapitalistischen Demokratie verteilt der Staat eine Menge wertvoller Prämien. Wer die größte politische Macht anhäuft, gewinnt die wertvollsten von ihnen. Als Vergütungen stehen Eigentumsrechte, wohlgesonnene Behörden, Fördermittel, Steuererleichterungen sowie die kostenlose oder preisgünstige Nutzung der Gemeinschaftsgüter zur Verfügung. Die Vorstellung, der Staat befördere das »Allgemeinwohl«, ist naiv.

Drittens, Vertreter der freien Marktwirtschaft behaupten gerne, Kapitalismus sei eine Voraussetzung von Demokratie, vergessen dabei aber hinzuzufügen, dass der Kapitalismus die Demokratie auch verfälscht. Analog zur Gravitation hat auch der Kapitalismus eine Konstante. Das führt dazu, dass mit der Größe der Kapitalmassen die Anziehungskraft zunimmt.

Wir stehen hier vor einem deprimierenden Dilemma: Unsere Wirtschaft wird von profitorientierten Unternehmen beherrscht, die ihrer Programmlogik folgend das Gemeinwesen umzingeln und schwächen. Das offenbar einzige Gegengewicht bildet der Staat, der wiederum selbst von diesen Unternehmen beherrscht wird.

Ein möglicher Ausweg bestünde darin, die Unternehmen umzuprogrammieren, d.h. sie auf andere Motive zu bringen als die Profitorientierung. Allerdings hieße dies, Elefanten zum Tanz aufzufordern, d.h. von ihnen etwas zu fordern, wozu sie nicht gemacht sind. Kapitalgesellschaften sind der Geldvermehrung wegen da, was wir als Gesellschaft in Wahrheit von ihnen auch zu tun verlangen. Wir werden uns im nächsten Kapitel damit beschäftigen.

Ein anderer Ausweg könnte darin bestehen, die Regierung von den Kapitalgesellschaften zu befreien – und zwar nicht nur momentan, sondern dauerhaft. Das ist leichter gesagt als getan. Die Kapitalgesellschaften haben ihren alten Gegenspieler, die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, geschwächt, und sie haben die Massenmedien zu ihrem Sprachrohr gemacht. Bisweilen wird ein Durchbruch bei der Wahlkampffinanzierung erzielt – z.B. ist es Kapitalgesellschaften nunmehr verwehrt, politischen Parteien so genanntes *soft money*⁴⁹ zu ge-

⁴⁹ *Hard* und *soft money* sind finanzielle Wahlkampfhilfen. Mit *hard money* werden Kandidaten direkt unterstützt. Diese Wahlkampfhilfe ist streng reglementiert. *Soft mo-*

ben. Allerdings findet das Geld der Gesellschaften schnell sein Ziel auf anderen Wegen. Der Gewinn solcher Investitionen ist einfach zu imens, um sie zu stoppen.

Bedeutet dies, dass es keine Hoffnung gibt? Ich glaube nicht. Das Zeitfenster ist nicht groß, aber es existiert. Durch die bisherige Geschichte der Vereinigten Staaten hindurch sind Gegner der Kapitalgesellschaften an die Macht gelangt – ein- oder zweimal pro Jahrhundert. Im 19. Jahrhundert gab es die Zeiten von Jackson und Lincoln, im 20. Jahrhundert die von Theodore und Franklin Roosevelt. Gleichwertiges wird sicherlich im 21. Jahrhundert geschehen. Irgendeine Tragödie mag nötig sein – ein weiterer Krieg, eine Wirtschaftskrise oder eine Umweltkatastrophe –, um den Gegnern der Kapitalgesellschaften erneut eine Vormachtstellung zu verschaffen. Früher oder später werden sie diese Position erreicht haben. Unsere Aufgabe besteht darin, uns darauf vorzubereiten.

Was bedeutet es, vorbereitet zu sein? Drei Dinge sind m.E. damit gemeint. Erstens müssen wir uns Klarheit über die Rolle des Staates verschaffen. Sie besteht nicht darin, die Wirtschaft zu leiten oder gar die Gemeinschaftsgüter direkt zu verwalten. Die Rolle des Staates ist es, öffentliche Eigentumsrechte einem vertrauenswürdigen Paten zu überantworten, der dies tut. Zweitens sollten wir einen Plan haben, wie unser wirtschaftliches Betriebssystem in Ordnung zu bringen wäre. Flicker zur Behandlung von Symptomen reichen nicht. Und drittens haben wir der Tatsache entgegenzusehen, dass die Dauer jedweder antikapitalgesellschaftlichen Vorherrschaft kurz sein wird und wir das kleine Zeitfenster nutzen müssen, um Institutionen zu errichten, die sie überdauern.

Gesetze, Verordnungen und Steuern können leicht außer Kraft gesetzt oder verwässert werden, wenn die Kapitalgesellschaften sie nicht mögen. Im Unterschied dazu sind Eigentumsrechte tendenziell dauerhafter, wie auch die Institutionen, deren Rechte sie sind. Wir sollten uns also darauf konzentrieren, solche Institutionen zu schaffen und mit permanenten Eigentumsrechten auszustatten.

ney wird nicht direkt den Kandidaten gespendet, sondern den Parteien. Diese Zuwendungen werden weniger stark beschnitten. (A.d.Red.)

Machen wir uns nichts vor: Um den Kapitalismus in Übereinstimmung mit Natur und menschlicher Psyche zu bringen, bedarf es mehr als einiger weniger Schläge mit dem Zauberstab. Das ist ein 30 bis 50 Jahre dauerndes Projekt. In dieser Zeit müssen wir unbeirrt Kurs halten. Deshalb würde ich nicht auf dünne und schwankende Mehrheiten im Kongress bauen. Vertrauen sollte, wie zu zeigen sein wird, den Treuhändern der Gemeinschaftsgüter entgegengebracht werden, die, ausgestattet mit Eigentumsrechten, so weit wie menschenmöglich zukünftigen Generationen verpflichtet wären.

Kapitel 4

Die Grenzen der Privatisierung

Die Kapitalgesellschaft ist auf die gleiche Weise eine Externalisierungsmaschine, wie ein Hai eine Tötungsmaschine ist. Dabei handelt es sich nicht um eine Frage der Boshaftigkeit oder des Willens. Kapitalgesellschaften haben gleich den Haien jene Eigentümlichkeiten in sich, die ihnen das zu tun ermöglichen, wofür sie gemacht sind.

Robert Monks, 1998

Man ist versucht zu glauben, Privateigentümer wären fähig, ein gemeinsam geteiltes Erbe zu bewahren, indem sie allein ihrem Eigeninteresse folgen. Keiner möchte von anderen gesagt bekommen, was er zu tun hat. Worte wie *Planwirtschaft* rufen Ängste hervor – wenn nicht die Furcht vor Tyrannei, so doch zumindest die vor Bürokratie. Privatwirtschaft hingegen bedeutet Freiheit.

In diesem Kapitel beschäftigen wir uns mit Garrett Hardins zweiter Alternative zur Rettung der Gemeinschaftsgüter: Privatwirtschaft oder Privatisierung. Ich werde darlegen, dass Privatunternehmen, die auf freien Märkten agieren, Ressourcen effektiv *zuweisen*, sie jedoch nicht *erhalten* können. Die letztere Aufgabe erfordert, einen Teil der Ressourcen für künftige Generationen zurückzulegen – etwas, das weder Märkte noch Kapitalgesellschaften, wenn man sie sich selbst überlässt, tun werden. Das liegt an den Algorithmen und Ausgangsbedingungen unseres gegenwärtigen Betriebssystems.

Die Algorithmen von Kapitalismus 2.0

Wer jemals am Computer eine Tabellenkalkulation benutzt hat, weiß, was ein Algorithmus ist. Jede Zelle der Tabellenkalkulation beinhaltet eine Reihe von Informationen: Nimm die Daten aus anderen Zellen, lasse sie in eine Formel eingehen und zeige das Ergebnis. Die Instruktionen innerhalb der Zellen sind *Algorithmen*.

Versteht man die Wirtschaft als eine gigantische Tabellenkalkulation, in der jede Zelle einen Produzenten, Konsumenten oder Eigentümer repräsentiert, so kann man sehen, dass die in den Zellen befindlichen Algorithmen das Ganze antreiben. Unser gegenwärtiges Betriebssystem wird von drei Algorithmen und einer Ausgangsbedingung beherrscht. Die Algorithmen sind: 1. Maximiere den Gewinn; 2. verteile das Einkommen auf Grundlage der gehaltenen Anteile; 3. setze den Preis der Natur mit null an. Die Ausgangsbedingung ist, dass die oberen 5% der Leute mehr Anteile halten als die übrigen 95%.

Der erste Algorithmus ist das, was die Kapitalgesellschaften antreibt. Dieser Algorithmus weist sie an, so viel wie möglich zu verkaufen, so wenig wie möglich für Arbeit, Ressourcen und Abfallbeseitigung zur Verfügung zu stellen sowie in jedem Quartal die Anleger zufriedenzustellen. Das ist die tagtägliche Obsession der Manager. Sind sie im Marketing beschäftigt, so denken sie schon beim Aufwachen daran, den Absatz zu erhöhen oder Nachfrage dort zu erzeugen, wo sie fehlt. Arbeiten sie im Bereich Finanzen, so kümmern sie sich um Margen und das Verhältnis von Eigenkapitaldecke und Fremdkapitalaufnahme. Als für Personalkosten Verantwortliche verhandeln sie hart, ersetzen Langzeitbeschäftigte durch Kurzarbeiter oder verlagern Arbeitsplätze dorthin, wo die Löhne billiger sind. Währenddessen füttert der Hauptgeschäftsführer die Wall Street mit guten Bilanzen.

Der zweite und dritte Algorithmus sind mit dem ersten verknüpft. Es ist deren Kombination, was die Maschine des Kapitalismus die Natur verschlingen und die Ungleichheit zwischen den Menschen vergrößern lässt. Andererseits werden Kapitalgesellschaften durch die Algorithmen weder angewiesen noch darin bestärkt, irgendetwas zu bewahren.

Das heißt nicht, dass Leute, die in Kapitalgesellschaften arbeiten, nicht über den Schutz der Natur nachdenken, die Löhne ihrer Beschäf-

tigten erhöhen oder der Gesellschaft etwas zurückgeben. Häufig tun sie dies. Es heißt hingegen, ihr diesbezüglicher Handlungsspielraum ist dafür zu klein, tatsächlich etwas zu bewirken. Auch ist damit nicht gesagt, dass sich nicht immer mal wieder einige unerschrockene Außenseiter kurzfristig über die kapitalgesellschaftlichen Algorithmen hinwegsetzen. Auch das geschieht. Ich meine jedoch, dass in der großen Mehrzahl der Fälle diesen Algorithmen und ihresgleichen gefolgt wird. Praktisch gesehen, sind die börsennotierten Kapitalgesellschaften Sklaven ihrer Algorithmen.

Sozial verantwortungsvolle Unternehmen

Um zu überleben, müssen Organisationen mehr Geld einnehmen, als sie ausgeben. (Die einzig vorstellbare Ausnahme scheint die Regierung der Vereinigten Staaten zu sein.) Das heißt, auch gemeinnützige Organisationen haben in gewisser Hinsicht Profite zu realisieren. Aber Profite zu realisieren und Profite zu maximieren sind verschiedene Dinge. Im ersteren Fall sind Profite Mittel zu einem Zweck, im letzteren sind sie selber Zwecke, die alle anderen ausstechen. Millionen Organisationen erwirtschaften Geld in hinreichenden Mengen, um am Leben zu bleiben, sind jedoch nicht profitorientiert, weil sie andere Ziele verfolgen. Könnten börsennotierte Kapitalgesellschaften auch so agieren? Könnten sie verschiedenen Grundprinzipien folgen? Wären sie, anders gesagt, in der Lage, über ihre Algorithmen der Profitmaximierung hinauszuwachsen?

Es gibt dafür verschiedene mögliche Wege: So könnten sich aufgeklärte Manager an einem höheren Ziel als dem Profit orientieren, Aktionäre auf diesem mit Nachdruck bestehen und Regierungen es zur Pflicht machen. Betrachten wir jede der Möglichkeiten.

Aufgeklärte Manager

Manager sind menschliche Wesen. Ihnen geht es nicht nur ums Geld. Sie interessieren sich auch für die Welt jenseits davon. Leider sind sie in einem kaltherzigen System gefangen. Manager werden dafür bezahlt, eine Sache zu machen, und dies so gut wie möglich. Allenfalls können

sie ihrer sozialen Gesinnung folgen, solange dies nicht den Reingewinn beeinträchtigt. Sie haben damit ein gewisses Maß an Handlungsfreiheit – zum Beispiel Recyclingpapier zu benutzen, solange dies ohne Qualitätsverlust möglich ist und die Kosten kaum erhöht. Sollte dies aber zu einer wesentlichen Erhöhung der Kosten führen, dann werden – genauer gesagt, *können* – Manager den Gewinn nicht einigen Bäumen zuliebe opfern. Was letzten Endes zählt, sind nicht die persönlichen Wertmuster des jeweiligen Managers, sondern der Preisunterschied zwischen Recyclingpapier und solchem Papier, das nicht aus Altpapier, sondern aus frisch gefällten Bäumen gewonnen wurde.

Es gibt andere Gründe, warum man nicht mit der spontanen Güte der Führungskräfte von Kapitalgesellschaften rechnen sollte. So schrieb der *Economist*: »Der große Vorteil eines einzigen Grundprinzips besteht darin, dass Manager dadurch verantwortlich gemacht werden können. Mit drei Prinzipien ist das nicht möglich. Es ist keine Lizenz zum Handeln, sondern im Gegenteil ein Freibrief zur Verschleierung.«⁵⁰

Als Geschäftsmann überzeugt mich dieses Argument. Um eine große Organisation effektiv zu leiten, bedarf es einer Mission. Diese sollte so klar wie möglich sein. Es ist schon schwer genug, entsprechend einem Prinzip zu agieren, aber mehr als dreimal so schwer, sich an drei Prinzipien zu orientieren. Wie sollen Manager die externen Konsequenzen ihres Handelns erkennen, geschweige denn quantifizieren? Selbst wenn sie diese erkennen würden, was sollten sie tun, wenn die Zielvorstellungen einander widersprechen? Sticht Profit die Natur aus oder umgekehrt? Wenn Manager den Aktionären gegenüber profitbezogen rechenschaftspflichtig sind, wem gegenüber dann hinsichtlich der Gemeinwohlorientierung?

Sicherlich lassen sich hypothetische Antworten auf diese Fragen entwerfen. In der realen Welt würde, so befürchte ich, jedoch das geschehen, was der *Economist* vermutet: Die Profitmaximierung wäre vorherrschend, begleitet von Verschleierungstaktiken in Bezug auf andere Ziele. Die PR-Abteilungen der Unternehmen würden den Anschein größtmöglicher sozialer Verantwortlichkeit zu möglichst niedrigen Istkosten wahren. Wir hätten beeindruckende Werbekampag-

⁵⁰ Clive Cook, *The Good Company*, *The Economist*, 20. Januar 2005.

nen und Berichte, jedoch kaum eine Änderung im Kernverhalten zu registrieren.

Wir sollten uns daran erinnern, dass der Algorithmus der Gewinnorientierung nicht allein durch Gesetze erzwungen wird, sondern auch durch verschiedene Formen von Zuckerbrot und Peitsche. So erfolgt die Vergütung von Hauptgeschäftsführern üblicherweise anhand einer Reihe von Zielvorgaben des Aufsichtsrates. Dazu gehören oftmals auch solche nicht finanzieller Art. Worauf aber das größte Gewicht liegt und was kaum verschleiert werden kann, ist der Profit. Darüber hinaus erhalten der Hauptgeschäftsführer und andere Topmanager für gewöhnlich Aktienanteile. Da die Aktienkurse von den vierteljährlichen Gewinnmeldungen abhängen, sind Aktien oder Aktienanteile besitzende Manager bestrebt, diese Gewinne zu maximieren.

Wenn das Zuckerbrot seine Wirkung verfehlt, kommt die Peitsche zum – manchmal brutalen – Einsatz. Ein »hinter den Erwartungen zurückbleibendes« Unternehmen verliert auf dem Aktienmarkt an Wert. Das wiederum macht es für Übernahmen anfällig. Ein gutes Beispiel ist die kalifornische *Pacific Lumber Company*, der größte Privateigentümer alter Bestände von Redwood-Bäumen in der Welt. Bis zum Jahre 1985 war *Pacific Lumber* ein auf Nachhaltigkeit eingestelltes Familienunternehmen. Beim Holzeinschlag wurden bis zu 50% der Bäume stehen gelassen, wodurch das natürliche Regendach der Baumkronen erhalten blieb, was wiederum dem Erdreich zugute kam. Auch zu seinen Arbeitern war *Pacific Lumber* großzügig. Die Firma vermietete Wohnungen unterhalb der marktüblichen Miete und nahm von Entlassungen auch dann Abstand, wenn die Geschäfte nicht gut liefen.

Leider wurde *Pacific Lumber* durch sein verantwortliches Verhalten leichte Beute für eine Übernahme. Die Sorge um die Natur wie auch die Angestellten ging zulasten seiner Gewinne und damit seines Aktienkurses. Seiner Holzschlagmethoden wegen verfügte *Pacific Lumber* über enorme Bestände an unberührten Redwood-Bäumen, die sich schnell abholzen ließen. Hinzu kam, dass sein Pensionsplan überfinanziert war. Derjenige, der dies alles aufmerksam verfolgt hatte, war Charles Hurwitz, ein »Corporate Raider«, Unternehmensplünderer. Im Jahre 1985 machte Hurwitz das Angebot, das Unternehmen durch eine Holding namens *Maxxam* zu kaufen. Zu Anfang lehnte das

Direktorium ab. Als Horwitz jedoch drohte, sie wegen Verletzung ihrer Treuepflicht gegenüber den Aktionären zu verklagen, gaben die Direktoren nach.⁵¹

Hurwitz finanzierte seinen Kauf mit Junk Bonds, Schrottanleihen, deren Zinsen höher waren als die früheren Gewinne des Unternehmens. Um diese Schulden bedienen zu können, erklärte er den Pensionsplan der Mitarbeiter für nichtig und begann, Bäume im doppelten Umfang fällen zu lassen. Das waren die Früchte des aufgeklärten Handelns der früheren Manager.

Ein Unternehmen kann verschiedenen Prinzipien folgen, wenn es geschlossen von einer Gruppe gleichgesinnter Gesellschafter gehalten wird – wie dies bei meiner früheren Firma *Working Assets* der Fall war. Sobald ein Unternehmen jedoch an die Börse geht – also Aktienkapital an Fremde veräußert –, sind die Würfel eigentlich schon gefallen. Fremde suchen ihr Geld in Aktien mit steigenden Kursen anzulegen. Der Garant für steigende Kurse ist die Steigerung von Gewinnen. Es ist dann nur eine Frage der Zeit, bis der Algorithmus der Profitmaximierung seine Wirkung entfaltet.

Ich habe in meinem Leben oft und lange mit Leuten gesprochen, die es tatsächlich gern gesehen hätten, dass börsennotierte Unternehmen sozial verantwortungsvoll agieren – nicht kosmetisch gesehen, sondern in einem Maße, das dazu hinreicht, wirklich etwas zu ändern. Früher seien Unternehmen, so behaupten sie, öffentlichen Zwecken verpflichtet gewesen, hätten dann aber ihren Rahmen gesprengt und müssten nun wieder reintegriert werden. Sie erinnern sich einer Zeit, als Unternehmen kommunal verwurzelt waren, Arbeitskräfte auf Lebenszeit anstellten und zur lokalen Wohlfahrt beitrugen. Das Problem ist nur, dass diese Zeiten endgültig vorbei sind. Heutzutage leben die Eigentümer nicht in der Nachbarschaft ihrer Arbeiter, Arbeit und Natur sind Kalkulationsposten, die zu minimieren sind. Was Profitmaximie-

⁵¹ Ned Daly, Ravaging the Redwoods: Charles Hurwitz, Michael Milken, and the Costs of Greed, *Multinational Monitor*, September 1994, www.multinationalmonitor.org/hyper/issues/1994/09/mm0994_07.html. Siehe auch David Harris, *The Last Stand: The War Between Wall Street and Main Street Over California's Ancient Redwoods*, San Francisco: Sierra Club Books, 1997.

rung als Organisationsprinzip börsennotierter Unternehmen ersetzen könnte, lässt sich schwer abschätzen.

Sozial verantwortungsvolle Gesellschafter

Manager sind letztlich den Aktionären rechenschaftspflichtig. Wenn also Aktionäre soziale Verantwortlichkeit verlangen, sollten dem nicht die Manager Aufmerksamkeit zollen? Das ist der Gedanke, der hinter dem Projekt sozial verantwortungsvollen Investierens steht. Wäre vielleicht diese Taktik geeignet, Kapitalgesellschaften zu zähmen?

Anhänger, die dieser Idee folgen, setzen auf zwei Methoden: geprüfte Investitionen – d.h. solche in »gute« Unternehmen, nicht jedoch in »schlechte« – und Shareholder-Aktivismus. Auf geprüften Investitionen beruhende Fonds haben sich beachtlich entwickelt, seitdem ich im Jahre 1983 den *Working Assets Money Fund* mitbegründet hatte. Nahezu aus dem Nichts heraus sind sie auf eine Vermögenssumme von mehr als 2 Billionen \$ angewachsen – das sind ca. 10% des in den Vereinigten Staaten professionell verwalteten Geldes. Diese Fonds durchleuchten die Unternehmen, deren Wertpapiere sie kaufen, nicht nur hinsichtlich ihrer finanziellen Effizienz, sondern auch unter dem Gesichtspunkt ihres sozialen und ökologischen Verhaltens. Das Prüfverfahren schließt üblicherweise Firmen aus, die Alkohol und Tabak verkaufen, Umweltschutzaufgaben verletzen, Minderheiten diskriminieren, ihre Arbeiter schlecht behandeln oder Waffen produzieren. Würden genügend Leute auf diese Weise investieren, könnten sie theoretisch Kapitalgesellschaften dazu verführen, sich besser zu verhalten als sonst.⁵²

Realistisch gesehen hat das jedoch so nicht funktioniert und wird vermutlich auch so nicht funktionieren. Ein Grund dafür ist, dass auf soziale Verantwortlichkeit hin geprüfte Investmentfonds (bis auf wenige Ausnahmen) nicht bereit sind, eine niedrigere finanzielle Ertragsrate zu akzeptieren. »Gut vorankommen, indem man Gutes tut«, das ist ihr Mantra, und sie versuchen, die Gewinne jener Fonds zu übertreffen oder zumindest doch zu erreichen, die nicht auf Sozialverträglichkeit geprüft sind. Wenn ihnen das gelingt (was oft geschieht), so

⁵² Report on Socially Responsible Investing Trends in the United States, Washington, D.C.: Social Investment Forum, 2005, <http://www.socialinvest.org/pdf/research/Trends/2005%20Trends%20Report.pdf>.

»beweist« dies, dass Sozialverträglichkeit und Geschäftssinn vereinbar sind. Das heißt aber auch, dass die Fonds von den Unternehmen nur dann »gute« Taten verlangen können, wenn diese den Reingewinn mehren. Insofern sitzen sie in demselben engen Boot wie jene Manager, die Gutes tun möchten, das aber, wenn das ihren Gewinnen schadet, nicht tun können.

Einen tiefer liegenden Grund für die mangelnde Wirksamkeit der Fonds zeigt der folgende widersprüchliche Zusammenhang: Je größer die Fonds, desto fadenscheiniger die Prüfung. Wer ein paar Millionen Dollar investiert, kann hinsichtlich seiner nichtfinanziellen Kriterien wählerisch sein. Wer hingegen Milliarden hat, findet – nimmt er es peinlich genau – kaum noch Anlagemöglichkeiten. So erscheinen, wie Paul Hawken bemerkt hat, mehr als 90% der im *Fortune 500* gelisteten Unternehmen in Portfolios, die sich selbst als sozial verantwortungsvoll bezeichnen. Die Manager solcher Portfolios werden eher nicht an dem Ast sägen, auf dem sie sitzen. So führt der Erfolg in den Ruin.⁵³

Die zweite Methode – Shareholder-Aktivismus – fand während der letzten Jahre ebenfalls wachsenden Zuspruch. Shareholder-Aktivismus heißt, dass sich engagierte Aktionäre mit den Topmanagern treffen und diese drängen, den Kurs des Unternehmens zu ändern. Falls sich die Manager weigern, bringen die Aktionäre Resolutionen ein, die die unternehmerische Strategie für den Fall korrigieren, dass die Resolution die Zustimmung der jährlichen Aktionärsversammlung findet. Im Jahr 2003 wurden mehr als 300 Resolutionen eingereicht, die Themen von der Vorstandsvergütung bis hin zu Arbeits- und Umweltschutzfragen betrafen. Keine davon wurde jedoch angenommen, weil die große Mehrheit der Anteile von Managern mit Hilfe von Stellvertretern kontrolliert wird. In einigen Fällen führte die öffentliche Wahrnehmung dann doch zu Änderungen.⁵⁴

Eine grandiosere Vision des Shareholder-Aktivismus zielt auf die Pensionsfonds für Belegschaftsmitglieder, die gemeinsam mehr als die

⁵³ Paul Hawken, *Is Your Money Where Your Heart Is? The Truth About SRI Mutual Funds*, *Common Ground*, Okt. 2004, S. 14, www.responsibleinvesting.org/database/dokuman/SRI_10-04_DragonflyMed.pdf.

⁵⁴ Siehe den Report on Socially Responsible Investing Trends in the United States, a.a.O.

Hälfte aller Anteile an vielen U.S.-amerikanischen Unternehmen halten. Die amerikanischen Arbeiter könnten, so die Vorstellung, durch ihre Pensionsfonds börsennotierte Unternehmen dazu bringen, die Sorge für Arbeiter, Gemeinden und Natur als solche Ziele der Unternehmensführung anzuerkennen, die den kurzfristigen Gewinnerwartungen ebenbürtig sind. Heute spielen Pensionsfonds in der Tat eine bedeutendere Rolle auf dem Kapitalmarkt – ironischerweise aber als Wechselwähler: dann nämlich, wenn so genannte Raider versuchen, schlecht aufgestellte Unternehmen zu übernehmen. In solchen Situationen halten sich die Fonds oftmals an die Raider, um das Anteilsvermögen zu mehren. Unlängst ist auch seitens der Pensionsfonds auf eine Optimierung der Unternehmensführung gedrängt worden. Die Beauftragten der Pensionsfonds sind allerdings alles andere als Sansculotten in Nadelstreifen. Sie sind als Treuhänder eng an ihre Klientel der Pensionäre gebunden und haben die höchsten Renditen anzustreben. Andernfalls ziehen sie die Vergeltungsmaßnahmen des Arbeitsministeriums auf sich, das sie kontrolliert.

Es wäre eine schöne Ironie der Geschichte, wenn aus Kapitalmärkten Kontrollinstanzen eines aus dem Ruder laufenden Kapitalismus würden. Aber Kapitalmärkte leiden an derselben Krankheit wie die Kapitalgesellschaften – der unheilbaren Hingabe an das Prinzip der Profitmaximierung. Was nicht heißt, dass Versuche, die unternehmerische Verantwortlichkeit zu stärken, Zeitverschwendung wären. Derartige Bestrebungen heben das Bewusstsein und sind zunehmend hilfreich. Und sicherlich sind sie eine Form rechtschaffener Existenz. Aber bieten sie eine grundlegende Lösung der Mängel des Kapitalismus? Ich bezweifle das stark.

Vorgeschriebene Verantwortlichkeit

Obwohl ich nicht glaube, dass dies jemals geschehen wird, sollten wir uns folgendes Szenario vorstellen: Der Kongress verabschiedet ein Gesetz, das jede Kapitalgesellschaft – im Austausch für beschränkte Haftung – zwingt, sich an allen drei Prinzipien zu orientieren. Das Gesetz fordert auch, dass zumindest ein Drittel aller Direktoren die Arbeiter, Natur und Gemeinschaften repräsentieren, in deren Kontexten die Unternehmen operieren. Darüber hinaus schützt es die Direktoren vor ju-

ristischen Klagen, sollten sie der Natur gegenüber dem Profit den Vorzug geben. Sie sind der Geschäftsführer des Unternehmens XY. Was würden Sie nach Inkrafttreten dieses Gesetzes ändern?

Sie würden vielleicht damit beginnen, ihr Finanzbudget zu erhöhen. Schließlich müssen Sie nunmehr nicht nur das Geld im Auge behalten, sondern auch die nichtmonetären Auswirkungen Ihres Unternehmens auf Gesellschaft und Natur. Das ist nicht einfach, obwohl sich vermutlich Wege abkürzen lassen. Als Nächstes weisen Sie Mitarbeiter an, nach Methoden zu suchen, die negativen Auswirkungen Ihres Unternehmens auf Natur und Gesellschaft zu mindern. Sie listen die Vorschläge entsprechend der Anzahl der Jahre auf, die für die Rückerstattung gebraucht würden. Nun veranschlagen Sie einen moderaten Betrag für die rentabelsten Projekte und präferieren davon diejenigen mit dem größten Öffentlichkeitswert. Sie lassen Werbung und Berichte publizieren und klopfen sich selbst dafür auf die Schulter, dass Sie das tun, was das Gesetz von Ihnen verlangt. Ihren Aufsichtsrat erinnern Sie daran, dass er bei seiner Auswahl Leute vom Schlage eines Charles Hurwitz und deren Angebote kurz abfertigen und auf große Kapitalgewinne für die Aktionäre verzichten kann.

All das wäre gut und schön. Gesetz aber, die Algorithmen würden nach wie vor gelten: Was hätte sich geändert? Auch wenn sich etwas geändert hätte: Wäre das eine Änderung auf die richtige Weise und wäre sie Änderung genug? Es könnte sein, dass Sie letzten Endes mit Ihrem schmalen grünen Budget auf eine Sache gesetzt haben, während die Natur dringend etwas anderes braucht.

Stellen wir uns ersatzweise vor, der Preis für die Naturnutzung wäre nicht gleich null. Mit einem Schlag würde es eine Menge Geld kosten, Ökosysteme zu verschmutzen und auszubeuten. Von einem Tag zum anderen balgen sich Ihre Manager darum, Schadstoffe und Abfall zu minimieren. Je höher der Preis, desto schneller ihre Verhaltensänderung. Und diese Änderung erfolgt in Reaktion auf die Verknappung von Naturressourcen verschiedener Art, angezeigt durch den jeweiligen Preis.

Es fragt sich nun, welche der beiden Methoden bessere Resultate erzielte – die Vorschrift sozialer Verantwortlichkeit oder steigende Preise für die Natur? Die Antwort lautet zweifellos: die letztere.

Öko-Liberalismus

Eine weitere Version des Privatismus ist erwägenswert. Sie geht davon aus, dass die Natur geschützt und die Umweltverschmutzung vermindert werden kann, indem man Privateigentumsrechte erweitert. Das ist die Idee des Öko-Liberalismus – genannt »free market environmentalism« –, die von liberalen Denkfabriken wie dem Cato Institute propagiert wird.

Diese Idee geht auf einen einflussreichen Text zurück, den Ronald Coase, ein Ökonom an der Universität Chicago, im Jahre 1960 verfasst hatte. Coase fordert dort die damals vorherrschende, orthodoxe Meinung heraus, der zufolge allein staatliche Regulation in der Lage sei, die Natur zu schützen. In Wahrheit jedoch, so behauptete er, könne die Natur durch Eigentumsrechte geschützt werden – vorausgesetzt, diese sind klar definiert und die Kosten ihrer Durchsetzung gering.

Dem Modell von Coase zufolge⁵⁵ ist Umweltverschmutzung eine zweiseitige Angelegenheit, in die sowohl ein Schadensverursacher als auch ein Geschädigter verwickelt sind. Wenn die eine Seite mit klaren Eigentumsrechten versehen ist (wenn z.B. der Verursacher ein Recht auf die Emission von Schadstoffen hat oder der Geschädigte ein Recht, nicht geschädigt zu werden) und die Transaktionskosten niedrig sind, dann sind dieser Idee nach beide Seiten in der Lage, eine Vereinbarung zu treffen, welche die Umweltverschmutzung vermindert.

Wie soll das funktionieren? Nehmen wir an, der Geschädigte hat einen Anspruch auf saubere Luft. Er könnte nach dem Gewohnheitsrecht den Verursacher der Luftverschmutzung verklagen. Um Verluste zu vermeiden, die letzterem dadurch entstehen könnten, erklärt dieser sich bereit, dem Geschädigten eine bestimmte Summe im Voraus zu zahlen. Der Geschädigte wiederum ist bereit, diese Kompensation für Unannehmlichkeiten und Verdruss zu akzeptieren, die ihm durch die Abgasemission entstehen. Sie einigen sich auf ein bestimmtes Maß an Luftverschmutzung und eine Kompensationssumme zur beiderseitigen Zufriedenheit.

⁵⁵ Ronald Coase, The Problem of Social Cost, *Journal of Law and Economics*, Oktober 1960, S. 1-44, www.sfu.ca/~allen/CoaseJLE1960.pdf.

Das funktioniert auch in entgegengesetzter Richtung. Hat der Verursacher der Luftverschmutzung das Recht, die Luft zu verschmutzen, so kann der Geschädigte ihm Geld dafür bieten, weniger Schadstoffe zu emittieren.

Somit wird die gleiche Abmachung erzielt. Dieses Maß an Umweltverschmutzung – größer als null, aber geringer, als es wäre, wenn Umweltverschmutzung nichts kosten würde – ist, in der Sprache der Ökonomen gesprochen, *optimal*. (Ob dies auch die beste Lösung für die Natur wäre, steht auf einem anderen Blatt.) Auf dieses Maß hat man sich geeinigt, weil hier externe Effekte internalisiert worden sind.

Für die Anhänger der Privatwirtschaft bedeutete das Coase-Theorem einen intellektuellen Durchbruch. Denn es verlieh der Idee die Weihe theoretischer Glaubwürdigkeit: dass der Markt, nicht aber der Staat, der richtige Ort zur Lösung von Umweltproblemen sei. Statt also die Unternehmen Paragraph für Paragraph mit immer neuen Vorschriften zu belasten, braucht der Staat nun nichts weiter zu tun, als Eigentumsrechte zu verleihen. Alles Übrige regelt dann der Markt.

Die Idee des Öko-Liberalismus ist ein in mehrfacher Hinsicht attraktiver Gedanke. Alles, was den Geschäftsleuten das Leben einfacher macht, ist meiner Meinung nach erstrebenswert – und zwar nicht allein des Geschäfts wegen, sondern auch der Natur und Gesellschaft im Ganzen genommen. Denn Dinge, die von Managern einfach zu erledigen sind, werden erledigt, und zwar oftmals schnell – wohingegen komplizierte Sachen möglicherweise nie erledigt werden. Im Augenblick geht es darum, unsere Wirtschaftsaktivitäten in Einklang mit der Natur zu bringen. Wir müssen dies schnell und zu den niedrigsten Kosten tun. Wenn Geschäftsleute am einfachsten auf Preise bezogen handeln können, so sollten sie mit Preisen konfrontiert werden, nicht aber mit Vorschriften und Ermahnungen.

Gleichwohl fehlen dem Öko-Liberalismus entscheidende Dinge. Vor allem mangelt es ihm an einem soliden Prinzip für die Zuerkennung von Eigentumsrechten an der Natur. Coase hat behauptet, der Verschmutzungsgrad sei davon unberührt, wie diese Rechte zugemessen werden. Dies mag theoretisch so sein, es macht jedoch für jedermanns Geldbeutel einen großen Unterschied, ob die Geschädigten Geld an Umweltverschmutzer zahlen oder umgekehrt.

Die meisten Anhänger der freien Marktwirtschaft scheinen der Meinung zu sein, dass Verschmutzungsrechte den Verursachern kostenlos zustehen. Aus ihrem Blickwinkel wird das Recht der Bürger, in einer nichtverschmutzten Umwelt zu leben, von dem der Verursacher ausgestochen, Schadstoffe zu emittieren. Die entgegengesetzte Perspektive nimmt Robert F. Kennedy Jr. ein. Als Anwalt des *Natural Resources Defense Council* argumentiert er, Umweltverschmutzer hätten seit langem das Gemeineigentum über Gebühr beansprucht. Diese Übertretung, die als Subvention zu verstehen sei, müsse beendet werden.⁵⁶

An dieser Stelle ist m.E. zu fragen, wie sich, gemessen an unserem Ziel, jedermanns Geburtsrecht zu wahren, Eigentumsrechte optimal zumessen lassen. Das ist, wie sich gezeigt hat, eine komplizierte Angelegenheit, die dennoch untersucht werden muss. Einen lehrbuchartigen Pfad der Natur-»Aneignung« gibt es nicht. (Wenn ich von »Aneignung« spreche, so meine ich damit die Behandlung eines Aspekts der Natur als Eigentum, von dem somit Besitz ergriffen werden kann. Privatisierung bedeutet mehr als dies, insofern sie dieses Eigentum Kapitaleignern zuerkennt.) Tatsächlich gibt es verschiedene Wege der Aneignung der Natur, mit grundlegend verschiedenen Resultaten. Da wir mit diesen neuen Eigentumsrechten leben werden – und ihren Besitzern Abgaben zahlen –, beides für lange Zeit, sollten wir diese Rechte genauestens verstanden haben.

Überlegen wir, wer die Geschädigten vertreten soll. Coase bietet uns sein Modell in einfachster Gestalt: ein einzelner Schadensverursacher gegen einen einzelnen Geschädigten. In der realen Welt gibt es für gewöhnlich einige wenige große Schadensverursacher und Millionen Menschen, die von deren Umweltverschmutzung betroffen sind. Für einzelne Geschädigte ist es unerschwinglich, große Schadensverursacher zu verklagen; gleiches gilt für große Schadensverursacher, wenn sie individuell mit Geschädigten verhandeln.

Damit das Modell von Coase funktioniert, müssen alle Geschädigten gemeinsam von einem Bevollmächtigten vertreten werden. Darüber hinaus ist es von Bedeutung, wem gegenüber der Bevollmächtigte rechenschaftspflichtig ist und nach welchen Prinzipien er handelt. Wenn

⁵⁶ Siehe dazu Kennedy Jr., *Crimes Against Nature*, a.a.O.

mit seiner Verantwortlichkeit oder seinen Prinzipien etwas nicht stimmt, wird der Bevollmächtigte früher oder später falsch handeln. Sind sie jedoch in Ordnung, so haben wir vielleicht wirklich ein Mittel gegen die Neigung des Kapitalismus in der Hand, die Umwelt zu schädigen. Zu diesem Zweck müsste der Bevollmächtigte zum Treuhänder gegenwärtiger und künftiger Generationen zugleich werden.

Des Weiteren ist fraglich, wer die ersten Eigentumsrechte erhält und ob für diese bezahlt werden muss. Nehmen wir den Schadstoffhandel, wie er bisher praktiziert wird. Die Regierung vergibt Konzessionen für die Entsorgung eines bestimmten Schadstoffes im Bereich der Gemeinschaftsgüter. Große Umweltverschmutzer erhalten diese Konzessionen kostenlos und auf Basis ihrer bisherigen Emissionsmengen. Sollten sie zukünftig weniger Schadstoffe emittieren, so könnten sie durch den Verkauf der von ihnen nicht mehr benötigten Konzessionsanteile profitieren.

Diese Art von Schadstoffhandel beinhaltet sowohl Aneignung als auch Privatisierung. Zuerst wird eine neue Art Eigentum geschaffen: ein Rechtstitel, bestimmte Chemikalien in die Gemeinschaftsgüter zu emittieren. Dann wird dieses Recht Privatunternehmen übergeben. Mit dem ersten Teil dieses Verfahrens, der Aneignung, habe ich keine Probleme. Sorgen macht mir der zweite, die Privatisierung.

Das Verschenken von Eigentumstiteln – statt ihrer Veräußerung an die Meistbietenden – gleicht der kostenlosen Vermietung von Büroräumen. Damit nicht genug: Der Empfänger ist nicht allein durch die kostenlose Miete begünstigt, sondern auch dadurch, dass er als Trittbrettfahrer andere zur Untermiete einziehen lassen und sich die Mietzahlungen unter den Nagel reißen kann. Hier aber geht es nicht um Kleingeld. Im Falle von CO₂-Emissionen entscheidet die Zumessung von Eigentumstiteln möglicherweise über Milliarden Dollar – Geldsummen, die dann zwangsläufig von den Konsumenten in Form höherer Energiepreise bezahlt werden. Wer der Zahlungsempfänger ist, hängt davon ab, wem das Eigentumsrecht an der Atmosphäre zugestanden wird.

Aneignung, nicht aber Privatisierung

Wenn man die Gemeinschaftsgüter einfach den Kapitalgesellschaften überlässt, ohne Kompensation und weitere Umstände, so ist das, als ob man die Hühner dem Fuchs anvertraut. Eine Sicherheit dafür, dass die Unternehmen das ihnen überlassene Vermögen wahren oder gar dessen Erträge gerecht verteilen werden, gibt es nicht. Wir sollen glauben, dass die Unternehmen das Richtige tun, weil das in deren Eigeninteresse liege oder weil sie sozial verantwortungsvoll seien. Die historische Erfahrung wie die innere Logik der Kapitalgesellschaften lässt das Gegenteil vermuten.

Dennoch ist es möglich, ein natürliches Erbe anzueignen, ohne es zu privatisieren. Im folgenden Kapitel werde ich zeigen, wie das praktiziert werden kann. Die Grundidee ist, Teile der Gemeinschaftsgüter in *gemeinschaftliches* Eigentum statt in das der Kapitalgesellschaften zu überführen. Wir wären damit in der Lage, höhere (und angemessenere) Preise für die Nutzung der Gemeinschaftsgüter zu verlangen und zugleich die damit verbundenen Gewinne umfänglich zu verteilen. Das würde auch garantieren, dass die Anzahl der verkauften Nutzungsrechte – d.h. das bewilligte Ausmaß der Schadstoffemission – vor allen Dingen mit Blick auf die Interessen künftiger Generationen festgelegt wird.

Teil 2

Eine Lösung

Kapitel 5

Die Wiedererfindung der Gemeinschaftsgüter

Phantasie ist wichtiger als Wissen.

Albert Einstein, 1929

Bisher habe ich erörtert, dass der Kapitalismus in der Version 2.0 – also der Überflusskapitalismus – mit drei tragischen Mängeln behaftet ist: Er vernutzt die Natur, vergrößert die Ungleichheit und macht uns letztendlich nicht glücklicher. Es ist das Programm, das ihn so handeln lässt. Weil seine Algorithmen ihn veranlassen, so zu agieren, muss er *Thneeds* erzeugen, Eigentümer überdurchschnittlich honorieren und uns von den Wegen zu einem wirklich erfüllten Dasein abbringen. Weder aufgeklärte Manager noch vereinzelt, engagierte Regulierungsbehörden können ihn zu einem anderen Verhalten bringen.

In diesem Teil des Buches werde ich eine Lösung vorlegen. Sie besteht im Wesentlichen darin, das kapitalistische Betriebssystem in Ordnung zu bringen, indem ihm ein Gemeinschaftsgut-Sektor mit dem Ziel hinzugefügt wird, ein Gegengewicht zum Unternehmenssektor zu schaffen. Der neue Sektor würde das System durch wirksame Rückkopplungsschleifen sowie durch Vertreter für Anspruchsberechtigte ergänzen, die bisher nicht repräsentiert sind: künftige Generationen, durch Umweltverschmutzung Geschädigte und nichtmenschliche Arten. Auch könnte er den negativen externen Effekten der Unternehmenspraxis positive externe Effekte in vergleichbarem Umfang entgegensetzen. Die vom Unternehmenssektor vernutzte Natur würde er schützen, die durch ihn vergrößerte soziale Kluft vermindern und uns wieder mit Natur, Gemeinschaft und Kultur in Verbindung bringen, nachdem uns der Unternehmensbereich zu selbstsüchtigen Konsumenten gemacht hat. Nach Errichtung des Gemeinschaftsgut-Sektors geschähe all dies

automatisch. Schließlich hätten wir eine ausgewogene Wirtschaft und verfügten über die Vorzüge der beiden Sektoren, ohne deren negative Seiten zu teilen.

Einen Wirtschaftssektor aus dem Nichts heraus zu schaffen, wäre sicherlich eine gewaltige Aufgabe. Glücklicherweise muss der Gemeinschaftsgut-Sektor nicht von Grund auf errichtet werden. Er besitzt einen potenziell enormen Vermögensbestand, der nur darauf wartet, in Anspruch genommen zu werden. Dieser Vermögensbestand sind die Gemeinschaftsgüter selber, die natürlichen und gesellschaftlichen Gaben, die wir gemeinsam erben und schaffen. Diese Gaben sind, wie wir sehen werden, von größerem Wert als alle Privatvermögen zusammengenommen. Es ist die Aufgabe des Gemeinschaftsgut-Sektors, diese Gaben zu organisieren und zu bewahren und so den Kapitalismus vor sich selbst zu schützen.

Unsere gemeinsamen Vermögen

Jeder weiß, was Privatvermögen ist, auch wenn er wenig davon besitzt. Es ist das Eigentum, das jeder für sich erbt oder anhäuft, einschließlich der minimalen Anteile an Kapitalgesellschaften und Anlagefonds. In den Vereinigten Staaten des Jahres 2005 umfasste dieses Privatvermögen (abzüglich der Hypotheken und anderer Verbindlichkeiten) 48,5 Billionen \$, von denen – wie bereits erwähnt – die oberen 5% der Bürger mehr besitzen als die übrigen 95%.⁵⁷

Es gibt aber noch einen anderen, weniger bekannten Vermögensschatz: unser *gemeinsames* Vermögen. Ein jeder von uns ist Empfänger eines umfangreichen Erbes. Zu diesem gemeinsamen Erbe gehören Luft und Wasser, Lebensräume und Ökosysteme, Sprachen und Kulturen, Wissenschaft und Technologie, gesellschaftliche und politische Systeme und noch einiges mehr.

Das gemeinsame Vermögen ist die dunkle Materie des Wirtschaftsuniversums – es ist überall, aber niemand kann es sehen. Ein Grund da-

⁵⁷ Statistical Abstract of the United States, 2006, Washington, D.C.: U.S. Census Bureau, 2006, Table 703, www.census.gov/prod/2005pubs/06statab/income.pdf.

für besteht darin, dass es buchstäblich unsichtbar ist. Wer kann schon die Luft sehen, einen Aquifer oder das Vertrauen, auf dem Finanzmärkte gründen? Der triftigere Grund ist jedoch unsere eigene Blindheit. Die einzige Wirtschaftsmaterie, die wir registrieren, ist jene, die im Dollar-Zeichen glänzt. Wir übersehen das gemeinsame Vermögen, denn ihm fehlen Preisschilder und Eigentumsrechte.

Dieses gemeinsame Vermögen begann ich zu schätzen, als *Working Assets* seinen sozialverantwortlichen Geldmarktfonds gründete. Meine Aufgabe bestand damals darin, Anzeigen zu schreiben, die Leute dazu bringen sollten, uns große Geldbeträge zu überantworten. Im Gegenzug versprachen wir, dieses Geld – ohne Investition in wirklich fragwürdige Unternehmen – zu mehren, und einschließlich der Gewinne, aber abzüglich der Verwaltungsgebühren, dem Investor zu überweisen, wann immer er dies wünscht. Für mich war es ziemlich erstaunlich, dass uns völlig fremde Leute erhebliche Teile ihrer Ersparnisse überließen. Warum, so fragte ich mich, vertrauen sie uns?

Die Antwort war natürlich, dass sie nicht uns ihr Vertrauen schenkten; sie vertrauten dem System, in dem wir arbeiteten. Sie bauten darauf, dass wir ihr Ersparnis deshalb vernünftig verwalten, weil uns andernfalls die *Securities and Exchange Commission* oder irgendein Staatsanwalt aufliegen lassen würde, nicht aber deshalb, weil wir persönlich ihr Zutrauen erlangt hätten. Darüber hinaus vertrauten sie darauf, dass die Unternehmen, in die wir investierten, penibel ihre Einkünfte registrierten und verlässlich ihre Verbindlichkeiten bedienten. Dieses Vertrauen und das umfänglichere System, auf dem es gründet, sind über viele Generationen hinweg entstanden. Mit diesem Prozess hatten wir nichts zu tun. Obwohl *Working Assets* eine bereitwillig in Anspruch genommene Dienstleistung anbot, profitierten wir, kurz gesagt, von einem umfassenderen System, das wir einfach ererbt hatten.

Eine weitere Vorstellung von der Bedeutung unseres gemeinsamen Vermögens bekam ich zu spüren, als *Working Assets* Aktien an Fremde verkaufte, also an die Börse wollte. Unser Investmentbanker erklärte uns, dass allein durch den Börsengang der Kapitalwert unseres Unternehmens um 30% steigen würde. Er nannte dieses Wunder einen »Liquiditätsbonus«. Damit meinte er, dass ein Geschäftskapital, welches auf einem millionenschweren Markt veräußert werden kann, mehr

wert ist als eines, für das es nahezu keinen Markt gibt. Dieser Mehrwert ergibt sich nicht aus irgendetwas, was wir getan haben, sondern aus dem gesellschaftlich erzeugten Bonus für Liquidität. Wir hätten die Früchte der Arbeit anderer geerntet. (Letztlich entschieden wir uns, doch nicht an die Börse zu gehen. Wir wollten uns nicht dem Kalkül der Wall Street unterwerfen.)

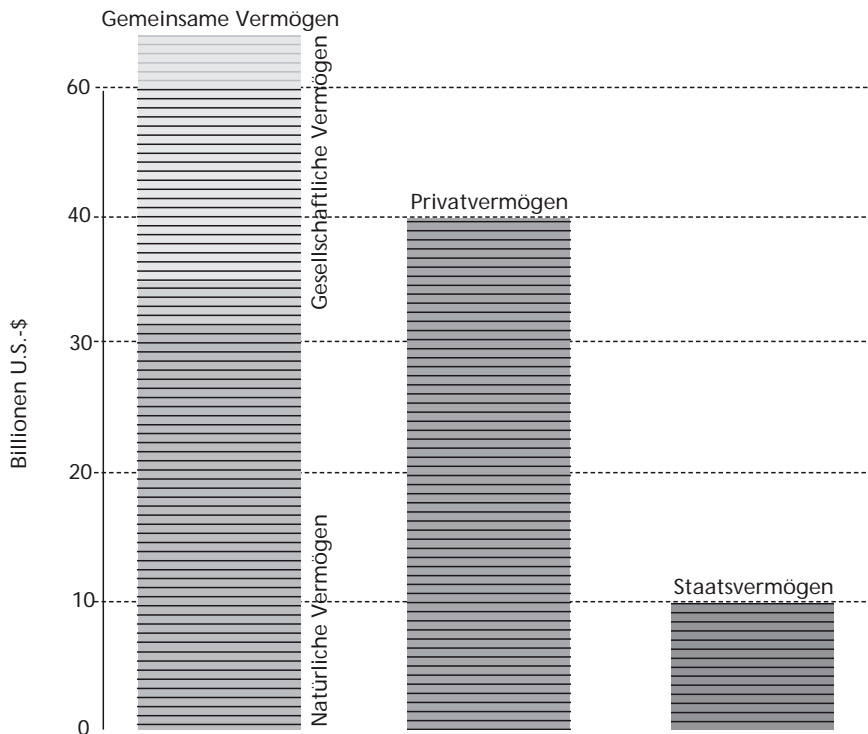
Vertrauen und Liquidität sind, wie mir letztlich klar wurde, nur zwei kleine Bäche, die in den gewaltigen Fluss gemeinsamer Vermögen fließen, der Natur, Gemeinschaft und Kultur umfasst. Die Gaben der Natur sind all die wundersamen Dinge, belebt und unbelebt, die wir mit unserer Erschaffung erben. Zur Gemeinschaft gehören die unzähligen fassbaren und unfassbaren Bindungen, die wir effektiv zu anderen Menschen haben. Kultur wiederum verkörpert unseren umfänglichen Bestand an Wissenschaften, Erfindungen und Künsten.

Der Wert unseres gemeinsamen Vermögens ist – trotz seiner Unsichtbarkeit – immens. Was in etwa ist sein Wert? Privatvermögen lassen sich in Dollars messen. Da diese regelmäßig gehandelt werden, ist ihr Tauschwert – wenn nicht ihr innerer Wert – leicht auszumachen. Mit dem gemeinsamen Vermögen verhält es sich anders. Ein gemeinsam geteiltes Erbe ist oftmals unendlich wertvoll. Andere Erbschaften mögen hinsichtlich ihres Wertes quantifizierbar sein, aber es gibt keinen Markt für sie.

Zum Glück sind Ökonomen kluge Leute. So haben sie Methoden entwickelt, um den Wert von Dingen zu bestimmen, die nicht gehandelt werden. Wenn man diese Methoden nutzt, dann lässt sich eine Größenordnung für den Wert des gemeinsamen Vermögens ermitteln. Aus zahllosen Studien kann geschlossen werden, dass der Wert der monetär erfassbaren Teile dieses Vermögens den Wert aller Privatvermögen zusammengenommen übersteigt – obwohl ein Großteil des gemeinsamen Vermögens monetär gar nicht bewertet werden kann (siehe Abb. 5.1).

Es ist zu beachten, dass in Abb. 5.1 der Abstand zwischen dem gemeinsamen und dem Privatvermögen nicht hinlänglich erfasst ist. Einerseits ist das der Tatsache zu schulden, dass der nicht quantifizierbare Teil des gemeinsamen Vermögens unberücksichtigt bleibt, andererseits sind auch Werte, die dem Privateigentum zugeschlagen werden, dem

Abb. 5.1 Annähernder Wert der gemeinsamen, privaten und staatlichen Vermögen, 2001 (in Billionen US-\$). Berücksichtigt wurden nur quantifizierbare Vermögen.



Quelle: Friends of the Commons, State of the Commons 2003–04, <http://friendsofthecommons.org/understanding/worth.html>. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung.

Gemeineigentum entnommen. Wenn man diesen falsch etikettierten Anteil vom Privatsektor abzieht und dem Gemeineigentum zuerkennt, wird der Abstand zwischen beiden noch größer.

Ein Beispiel mag das verdeutlichen. Stellen Sie sich vor, Sie kaufen ein Haus für 300.000 \$ und verkaufen es einige Jahre später, ohne es irgendwie renoviert zu haben, für 400.000 \$. Sie zahlen die Hypothek und ziehen mit einem Haufen Geld davon. Ihr Privatvermögen ist gestiegen. Was aber hat zur Wertsteigerung des Hauses geführt? Nichts, was Sie getan hätten. Die Wertsteigerung ist stattdessen der Tatsache

geschuldet, dass sich Ihre Wohngegend mittlerweile einer größeren Beliebtheit erfreut. Das wiederum hat sich aus Veränderungen in der Einwohnerschaft ergeben, vielleicht dem Bau einer neuen Schnellstraße, einer verbesserten Schule, den Verschönerungsmaßnahmen der Nachbarn. Der gestiegene Wert Ihres Privatvermögens ist erbogter gesellschaftlich geschaffener Wert. Er erscheint als Privatvermögen, ist in Wirklichkeit aber eine Gabe der Gesellschaft.

Diese Zahlen, so unvollständig sie sein mögen, teilen uns etwas Bedeutsames mit. Trotz unserer Besessenheit vom Privatvermögen ist dasjenige, was wir am meisten schätzen, ein solches, an dem andere teilhaben. Dies zu ignorieren, gleicht der Vorstellung, nichts an der Schönheit einer Blume sei dem Nährboden, der Sonnenenergie und den Bienen zu schulden.

Es ist an der Zeit, die gemeinsam geteilten Gaben zur Kenntnis zu nehmen. Mehr als das: Es ist Zeit, sie beim Namen zu nennen, sie zu schützen und zu organisieren. Die praktische Frage ist: Wie soll das geschehen?

Wie viel gehört uns?

Natürliche Vermögen

Die Ökonomen Robert Constanza und Paul Sutton¹ veranschlagten im Jahre 2002 den Beitrag der Ökosysteme zur US-Wirtschaft auf zwei Billionen \$. Es handelt sich dabei um Dienstleistungen der Ökosysteme bzw. den Nutzen, den Menschen aus ihnen ziehen: Das umfasst Nahrungsmittel aus wild wachsenden Pflanzen und Wildtieren, die natürliche Regulation des Klimas, Abfallaufnahme, Süßwasserregeneration, Bodenbildung, Nährstoffkreislauf, Hochwasserschutz, Bestäubung, Rohstoffe und mehr.

Unter Hinzuziehung von Daten vieler früherer Untersuchungen sowie Satellitenbildern veranschlagten Constanza und Sutton den Wert der Ökosysteme per *Biom* (z.B. einen Acre Regenwald, Grünland oder Wüste). Danach multiplizierten sie diesen Wert entsprechend der Gesamtfläche eines jeden Bioms und bildeten schließlich die Gesamtsumme aller Dienstleistungen und Biome.

Wenn der jährliche Beitrag der Natur zur Wirtschaft der Vereinigten Staaten einen Wert von zwei Billionen \$ hat, wie groß ist dann der zugrundeliegende natürliche Vermögenswert? Eine Möglichkeit, diesen zu erfassen, besteht darin, dass man die jährlichen

Dienstleistungen der Ökosysteme als »Gewinne« natürlicher »Kapital«-bestände versteht. Diese Gewinne kann man dann mit dem durchschnittlichen Kurs-Gewinn-Verhältnis an der Börse gehandelter Kapitale über die letzten 50 Jahre multiplizieren (16,5/1), womit man einen Wert natürlicher Vermögen in Höhe von rund 33 Billionen \$ erhält. Diese Zahl ist, wenn sie überhaupt etwas besagt, eine Untertreibung, denn sie ignoriert einen außergewöhnlichen Aspekt der Natur: ihre Unersetzbarkeit. Wenn das Unternehmen X vom Markt geht, wird sein gesellschaftlicher Nutzen umgehend durch ein anderes Unternehmen erbracht. Sollte jedoch ein natürliches Ökosystem verschwinden, wäre es nicht so leicht ersetzbar. Folglich sollte den 33 Billionen \$ ein *Unersetzlichkeitsbonus* unbestimmter Größe hinzugefügt werden.

Gesellschaftliche Vermögen

Der Wert gemeinschaftlicher und kultureller Güter ist weniger gut untersucht als jener der natürlichen Güter. Jedoch kann ihre Größenordnung erfasst werden, wenn man folgende Beispiele betrachtet.

Seit den 1990er Jahren trägt das Internet in erheblichem Maße zur Wirtschaft der Vereinigten Staaten bei. Es hat viele neue Unternehmen hervorgebracht (*America Online, Amazon, Ebay*, um nur einige zu nennen), den Verkauf und die Produktivität bestehender Unternehmen kräftig angekurbelt wie auch den Bildungs-, Kultur- und Informationsaustausch belebt. Was ist all dies wert?

Auf diese Frage gibt es keine befriedigende Antwort. Jedoch hat *Cisco Systems* gemeinsam mit der University of Texas eine Untersuchung vorgelegt, der zufolge das Internet im Jahre 2000 Einkünfte in Höhe von 830 Milliarden \$ erzielte. Unterstellt man, dass der Vermögenswert des Internets das 16,5fache des jährlich erzeugten Einkommens ist, so ergibt sich ein geschätzter Wert von 13 Billionen \$.²

Ein weiteres wertvolles gesellschaftliches Vermögen wird durch das komplexe System der Börsen, Gesetze und Kommunikationsmedien gebildet, das US-Bürgern den Verkauf von Aktien erleichtert. Wenn man annimmt, dass dieser gesellschaftlich erzeugte »Liquiditätsbonus« 30% der Marktkapitalisierung bildet, dann betrug sein Wert im Jahre 2006 etwa fünf Billionen \$. Brächte man diesen Kapitalanteil in einen Kapitalanlagefonds, dessen Anteile allen US-Bürgern gehören, so wäre der durchschnittliche Haushalt um 45.000 \$ reicher.

Auch gemeinnützige kulturelle Aktivitäten pumpen Milliarden Dollar in die Wirtschaft der Vereinigten Staaten. Einer im Jahre 2002 durchgeführten Untersuchung der *Americans for the Arts* zufolge schaffen gemeinnützige Aktivitäten im Bereich von Kunst und Kultur

ein Wirtschaftsvermögen von jährlich 134 Milliarden \$, einschließlich 89 Milliarden \$ an Haushaltseinkommen und 24 Milliarden \$ an Steueraufkommen. Unter Rückgriff auf den 16,5-Multiplikator kann man vermuten, dass die Kulturgüter der Vereinigten Staaten mehr als zwei Billionen \$ wert sind.³

Schon diese drei Beispiele ergeben etwa 20 Billionen \$. Die lange Reihe weiterer gesellschaftlicher Vermögen – einschließlich des wissenschaftlichen und technischen Wissens, unseres politischen und Rechtssystems, der Universitäten, Bibliotheken, Buchhaltungsverfahren und der Verkehrsinfrastruktur – deutet darauf hin, dass der Gesamtwert unserer gesellschaftlichen Vermögen in einer den natürlichen Vermögen vergleichbaren Größenordnung liegt.

¹ Robert Costanza und Paul Sutton, Global Estimates of Market and Non-Market Values Derived from Nighttime Satellite Imagery, Land Cover, and Ecosystem Service Valuation, *Ecological Economics*, Juni 2002, S. 509-527, http://www.geography.du.edu/sutton/SuttonHome_files/PDFsOfPapers/EcolEconMarketNonMarket.pdf.

² Measuring the Internet Economy, Austin: Cisco Systems and the University of Texas, Januar 2001, www.momentumresearchgroup.com/downloads/reports/Internet-indicators-2001.pdf.

³ Arts and Economic Prosperity: The Economic Impact of Nonprofit Arts Organizations and Their Audiences, Washington, D.C.: Americans for the Arts, 2002. (Inzwischen liegt eine weitere Studie vor – Arts and Economic Prosperity III. Ausgehend von den im Jahr 2000 erwirtschafteten 134 Milliarden \$ veranschlagt diese das Wirtschaftsvermögen gemeinnütziger Aktivitäten im Bereich von Kunst und Kultur bis zum Jahr 2005 auf 166,2 Milliarden \$. Siehe ebd., S. 1, 3, insbesondere aber S. 6, http://www.artsusa.org/pdf/information_services/research/services/economic_impact/aepiii/national_report.pdf.) (A.d.Ü.)

Auch Gemeineigentum ist Eigentum

In Dr. Seuss' *Lorax* ist es der gleichnamige Charakter, der »für die Bäume spricht«; sein Gegenspieler, der Once-ler, jedoch spricht für Industrie, Jobs und Wachstum. Obwohl beide jeweils eine clevere Sprache benutzen, ist ihr Kampf alles andere als ausgewogen. Der Once-ler verfügt über Eigentumsrechte, der Lorax hingegen nur über Worte.

Am Ende der Geschichte hat der Once-ler alle Truffula-Bäume gefällt; der Lorax protestiert eloquent, aber wirkungslos. Die offensichtliche Moral der Geschichte: Auch Bäume brauchen Eigentumsrechte.

Und warum nicht? Eigentumsrechte sind nützliche menschliche Erfindungen – gesetzlich einklagbare Übereinkünfte, durch welche die

Gesellschaft Eigentümern spezifische Rechte verleiht. Zu diesen Rechten gehören die Rechte, ein bestimmtes Vermögen zu nutzen, abzusondern, zu verkaufen, zu pachten, zu verleihen, einzutauschen und zu vererben. Diese verschiedenen Privilegien können in nahezu jeder möglichen Weise zusammengefügt wie auch entflochten werden.

Volkswirtschaften werden wesentlich durch Eigentumsrechte geprägt. Das feudalistische Wirtschaftssystem basierte auf dem Grundbesitz, den die Adligen ihren ältesten Söhnen vererbten, wie auch auf den Gemeinschaftsgütern, die das Volk ernährten. Das gemeine Volk musste auf die eine oder andere Weise für die Adligen arbeiten, die von dieser Arbeit und der Freigiebigkeit der Bodens lebten. Die Gesamtkonstruktion gründete im so genannten Gottesgnadentum der Könige.

In ähnlicher Weise ist der Kapitalismus durch Eigentumsrechte geprägt, die wir heute schaffen und würdigen. Seine größte Erfindung ist das Netz von Eigentumsrechten, das wir »Kapitalgesellschaft« nennen. Dieses fiktive Gebilde erfreut sich unbefristeten Daseins, beschränkter Haftung und – gleich dem Feudalbesitz vergangener Zeiten – nahezu grenzenloser Herrschaftsgewalt. Sein zweckdienlicher Eigentumstitel ist in handelbare Anteile zerlegt, die selbst wiederum eine Art von Eigentum sind. Eigentumsrechte sind jedoch nicht von vornherein dazu bestimmt, in profitmaximierende Hände zu gehören. Man könnte z.B. einen Trust gründen, um sich einen Wald oder bestimmte Rechte an ihm im Auftrag künftiger Generationen zu sichern. Diese Eigentumsrechte wären so deutlich vernehmbar wie die Anteile am Kapitalstock von *Pacific Lumber* – jedoch verbunden mit einer völlig anderen Zielsetzung: nämlich den Wald zu schützen, statt ihn auszubeuten. Hätte Lorax über einige dieser Rechte verfügt, so wäre Dr. Seuss' Geschichte (und der von *Pacific Lumber*) ein glücklicheres Ende beschieden gewesen.

Man stelle sich eine Reihe solcher Eigentumsrechte vor. Nennen wir sie allgemein »*Gemeineigentumsrechte*«. Würden solche Eigentumsrechte nicht existieren, gäbe es gute Gründe dafür, sie zu erfinden. Glücklicherweise gibt es sie bereits in verschiedener Gestalt – z.B. als Territorien oder Nutzungsrechte, die sich in permanenter Treuhandschaft (z.B. der *Nature Conservancy*) befinden, oder auch in Form von Körperschaftlichen Vermögen, die im Namen großer Gemeinschaften (z.B. durch den *Alaska Permanent Fund*) verwaltet werden.

Einige Formen des Gemeineigentums beinhalten individuelle Anteile (auch hierfür ist der *Alaska Permanent Fund* ein Beispiel). Diese individuellen Anteile unterscheiden sich jedoch von den Anteilen, die man an Privatunternehmen halten kann. Es handelt sich hierbei nämlich nicht um Wertpapiere, die auf einem Markt gehandelt werden können. Sie sind daran gebunden, dass man Gemeinschaftsmitglied ist. Wer emigriert oder stirbt, verliert seinen Anteil. Wer umgekehrt in diese Gemeinschaft hineingeboren wird, erwirbt ihn als Geburtsrecht.

Ich akzeptiere, dass für einige die Umwandlung gemeinsamen Vermögens in Eigentum – egal welcher Art – ein Sakrileg ist. »Wie kann man den Himmel kaufen oder verkaufen, die Wärme des Landes?«, hatte Chief Seattle, Häuptling des Stammes der Suquamish, gefragt. Diese Gefühlsregung vermag ich nachzuempfinden. Andererseits bin ich zu der Überzeugung gekommen, dass es dem Himmel gegenüber respektloser wäre, ihn grenzen- und kostenlos zu verschmutzen, statt ihn in treuhänderischer Verwaltung für künftige Generationen zum Gemeineigentum zu machen. Folglich befürworte ich Aneignung, nicht aber Privatisierung.

Organisationsprinzipien des Gemeinschaftsgütersektors

Eigentumsrechte, insbesondere die Gemeineigentum betreffenden, erfordern zu ihrer Verwaltung qualifizierte Institutionen. Neben einem Mehr an Gemeineigentum benötigen wir heute folglich – und zwar in Abgrenzung von Kapitalgesellschaften und Regierung – eine Reihe von Institutionen, deren spezifische und ausdrückliche Aufgabe darin besteht, das Gemeineigentum zu verwalten.

Ich sagte »eine Reihe«, weil es eine Vielfalt von ihnen geben wird und geben muss. Der Gemeinschaftsgut-Sektor darf keine Monokultur sein, wie es der Unternehmenssektor ist. Jede Institution sollte ihrem besonderen Vermögen und jeweiligen Ort angemessen sein.

Die Vielfalt bemisst sich unter anderem daran, ob das zugrundeliegende Vermögen begrenzt oder unerschöpflich ist. Charakteristischerweise sind die Gaben der Natur beschränkt: Die Atmosphäre verkraftet ohne Einbuße nur soundso viel CO₂, die Ozeane nur soundso viele

Treibnetze. Natürliche Vermögen verwaltende Institutionen müssen deshalb in der Lage sein, deren Inanspruchnahme einzuschränken. Im Unterschied dazu lassen sich Ideen und kulturelle Kreationen endlos entwickeln und wiederverwenden. Institutionen, die diese Gemeinschaftsgüter verwalten, müssen den öffentlichen Zugang erweitern und den Zutritt gegen Bezahlung einschränken.

Trotz ihrer Unterschiede haben die Institutionen, die den Gemeinschaftsgütersektor verwalten, eine Reihe gemeinsamer Prinzipien; die grundlegenden seien hier genannt:

Lass' genug und ebenso gutes allen gemeinsam

Locke hatte behauptet, es sei in Ordnung, Teile der Gemeinschaftsgüter zu privatisieren, solange nur »genug und ebenso gutes«⁵⁸ für alle übrigen für immer übrig gelassen werde. »Genug« im Falle eines Ökosystems meint hinreichend, um es am Leben und gesund zu halten. Zumindest so viel sollte den Gemeinschaftsgütern zugehören, auch wenn Teile des Ökosystems Privateigentum sind. »Genug« im Falle von Kultur und Wissenschaft meint hinreichend für ein dynamisches öffentliches Leben. Ausschließlichkeitsgenehmigungen wie Patente und Copyrights sollten die Ausnahme bleiben.

Künftigen Generationen gebührt die erste Stelle

Kapitalgesellschaften stellen die Interessen der Aktionäre obenan, Regierungen die der Wahlkampfspender und Wähler. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es niemanden, der die Interessen künftiger Generationen favorisiert. Das wäre der Job Nummer Eins für den Gemeinschaftsgütersektor. Praktisch würde dies bedeuten, dass Treuhänder künftigen Generationen gegenüber im juristischen Sinne rechenschaftspflichtig wären. (Wie das funktionieren könnte, wird Kapitel 6 zeigen.) Diese sollten auch durch das Vorbeugeprinzip gebunden sein, im Zweifelsfalle auf Nummer sicher zu gehen. Angesichts eines Konflikts zwischen kurzfristigem Gewinn und langfristiger Bewahrung sollte von ihnen gefordert werden, letztere zu wählen.

⁵⁸ John Locke, Zwei Abhandlungen über die Regierung, a.a.O., S. 217.

Je mehr, desto glücklicher

Während Privateigentum weitgehend *ausschließt*, wirkt Gemeineigentum *einschließend*. Denn Gemeineigentum strebt nach *zusätzlichen* Miteigentümern oder Teilnehmern, was mit dem Ziel, das betreffende Vermögen zu bewahren, in Einklang steht.

Dieses Organisationsprinzip ist klar auf Gemeinschaftsgüter wie Kultur oder das Internet anwendbar, bei denen es keine physischen Grenzen gibt und zunehmende Nutzung Synergieeffekte zuhauf produziert. Es gilt auch für Sozialverträge wie *Social Security* und *Medicare*, die allgemeine Teilnahme voraussetzen. Die Finanzmechanismen dieser Verträge sind Ausdruck unserer Solidarität mit anderen Mitgliedern unserer Nation. Sie sind effizient und fair, weil sie einen jeden einschließen. Gründeten sie auf den Prinzipien der Profitmaximierung, würden sie unweigerlich die Armen (die sich die Teilnahme dann nicht leisten könnten) sowie jene ausschließen, die den Privatversicherern zu riskant erschienen.

Ein Anteil pro Person

Moderne Demokratien gründen auf dem Prinzip, jeder Person eine Stimme zu geben. Analog würde der moderne Gemeinschaftsgütersektor auf dem Prinzip beruhen, jeder Person einen Anteil zuzumessen. Im Falle knapper Naturressourcen ist es erforderlich, zwischen Nutzungs- und Ertragsrechten zu unterscheiden. Dass jeder ein begrenztes Gemeinschaftsgut in gleichem Maße *nutzt*, ist unmöglich. Jedoch sollte ein jeder gleiche Anteile an den *Erträgen* erhalten, die aus dem Verkauf beschränkter Nutzungsrechte entstehen.

Liquidität ist kein Nachteil

Gegenwärtig erfreuen sich Privateigentümer nahezu monopolartig des Privilegs, Erträge aus ihrem Eigentum zu erwirtschaften. Wie jedoch der *Alaska Permanent Fund* zeigt, ist es auch Anteilseignern am Gemeineigentum möglich, Erträge zu erzielen. Eine Ertragsbeteiligung brächte das Privateigentum nicht nur um sein Liquiditätsmonopol, sondern nähme ihm auch die ausschließliche Aufmerksamkeit. Die Menschen würden auf das Gemeineigentum *aufmerksam*, wenn sich Erträge damit erwirtschaften ließen. Sie würden sich darum kümmern, darüber

nachdenken und sprechen. Die Anteilnahme für unsichtbare Gemeinschaftsgüter nähme zu.

Liquidität lässt sich vom Gemeineigentum jedoch nicht umstandslos fordern. Da Gemeineigentumsrechte Geburtsrechte sind, dürfen sie nicht wie Kapitalanteile gehandelt werden. Das heißt, Gemeineigentümer könnten keine Veräußerungsgewinne einheimsen. Sie würden stattdessen ihre erworbenen Anteile ihr Leben lang behalten und durch diese Beteiligungen Anteile an Pacht- und anderen Zinsen, Tantiemen und Dividenden erwerben.

Ein Blick voraus

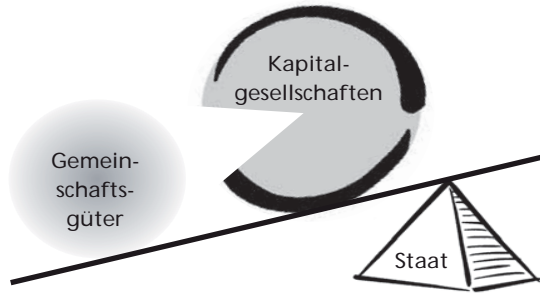
Im Unterschied zu einem Computerbetriebssystem steht der Kapitalismus 3.0 nicht auf einer CD-Rom oder DVD zur Verfügung. Auch lässt sich dieses Betriebssystem nicht herunterladen. Es muss stattdessen in der realen Welt aufgebaut werden: ein Vermögensbestand nach dem anderen, ein Gemeinschaftsgut nach dem anderen. Der Vorgang ist in Abbildung 5.2 zusammengefasst und in Kapitel 9 ausführlicher beschrieben.

Im Kapitalismus der Version 2.0 verzehren Privatunternehmen mit Hilfe des Staates die unorganisierten Gemeinschaftsgüter. Die Wettbewerbsbedingungen sind äußerst ungleich. Während einer darauf folgenden Übergangsphase erkennt der Staat den Institutionen für gemeinsame Vermögen Rechtstitel zu, wie er das auch im Falle der Privatunternehmen tut. Die Wettbewerbsbedingungen gleichen sich an. Im Kapitalismus der Version 3.0 schließlich stärken und beschränken die privatwirtschaftlichen Unternehmen und die organisierten Gemeinschaftsgüter einander. Der Staat sorgt dafür, dass die Wettbewerbsbedingungen ausgewogen bleiben.

Abb. 5.2: Auf dem Weg zum Kapitalismus 3.0

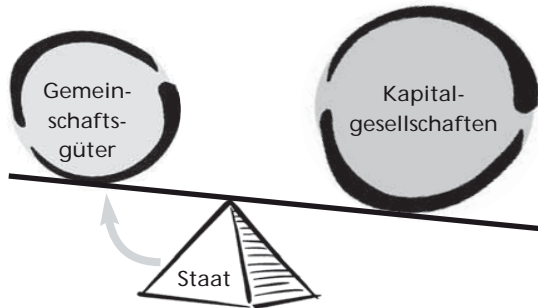
I: Kapitalismus 2.0

Privatunternehmen verzehren mit Hilfe des Staates die unorganisierten Gemeinschaftsgüter. Die Wettbewerbsbedingungen sind äußerst ungleich.



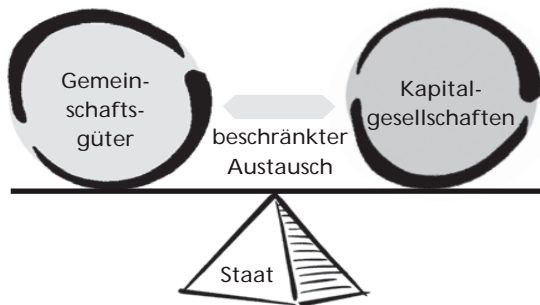
II: Die Wiedererfindung der Gemeinschaftsgüter

Den Institutionen für gemeinsame Vermögen werden, analog den Privatunternehmen, Rechtstitel durch den Staat zuerkannt.



III: Kapitalismus 3.0

Privatwirtschaftliche Unternehmen und die organisierten Gemeinschaftsgüter stärken und beschränken einander. Der Staat sorgt dafür, dass die Wettbewerbsbedingungen ausgewogen bleiben.



Kapitel 6

Eine Treuhandschaft für die Schöpfung

Gott legte das Schicksal seiner Erde und ihrer Lebensformen in die Hände unserer Stammeltern. Diese Verantwortung ist nun uns übertragen.

National Association of Evangelicals, 2004

Gaben der Schöpfung werden nur einmal erzeugt und sind unersetzlich. Im Unterschied dazu sind Produkte, die auf Märkten gehandelt werden, in der Regel hochgradig disponible Massenwaren. Schwerlich vorstellbar wäre ein göttliches Wesen, das solch vergänglichen Dingen den gleichen Wert wie der eigenen, fortdauernden Schöpfung zuerkennen würde. Man kann fragen, ob die unersetzlichen Gaben der Schöpfung hinreichend verschieden sind, um ihnen durch unser wirtschaftliches Betriebssystem eine andersgeartete Behandlung zukommen zu lassen. Es lassen sich triftige Gründe dafür anführen, dass sie es sind.

Die Gründe sind moralischer wie auch wirtschaftlicher Art. Moralisch kann argumentiert werden, dass wir die Pflicht haben, unersetzliche Gaben der Schöpfung zu schützen, während wir keinen vergleichbaren Pflichten im Hinblick auf vergängliche Handelsgüter unterliegen. Das wirtschaftliche Argument besagt, dass eine Gesellschaft, die ihr natürliches Kapital erschöpft, im Laufe der Zeit unweigerlich verarmen wird. Beide Argumente scheinen mir überzeugend zu sein.

Wie aber sieht es in der Wirklichkeit aus? Hier begegnen wir zwei beunruhigenden Tatsachen. Die erste besteht darin, dass nur sehr wenige Eigentumsrechte zum Schutze der Gaben der Natur vorhanden sind. Mit Ausnahme einiger weniger besonderer Areale wie Parks oder Naturschutzgebiete unterwerfen wir die Natur den gleichen Regeln, die für die Waren von Wal-Mart gelten. Zweitens ist es Tatsache, dass das

unternehmerische Recht auf Profitmaximierung alle anderen Rechte aussticht.

Es ist an der Zeit, mit den Gaben der Schöpfung anders umzugehen, sie anders zu »etikettieren«, damit sie von den Märkten erkannt und anderen Regeln folgend behandelt werden. Dieses Kapitel zeigt, wie das getan werden kann.

Das heilige Recht des Kapitals

Die Straßenverkehrsordnung von Kalifornien besagt folgendes: »An einer Kreuzung hat das Fahrzeug Vorfahrt, das zuerst die Kreuzung erreicht, oder das Fahrzeug zu Ihrer Rechten, falls es zur selben Zeit wie Sie an der Kreuzung ankommt.« (Ich las das, als mein Sohn, als er Teenager war, die Fahrschule machte.)⁵⁹

Warum hat das von rechts kommende Fahrzeug den Vorzug vor dem von links kommenden? Das ist unklar. Möglicherweise ist die Regel völlig willkürlich. Allerdings muss jemand die Vorfahrt haben, oder die Fahrzeuge kollidieren. Gleiches gilt für Schiffe auf dem Meer, für bewegliche Objekte in einem komplexen System.

Es gilt damit auch für die Marktwirtschaft. Wenn zwei Eigentumsrechte aufeinandertreffen, muss eine das andere übertrumpfen. Entweder kann Kapital Arbeit hinauswerfen oder Arbeit Kapital. Entweder dominiert das Recht des einen, die Umwelt zu verschmutzen, das Recht des anderen, nicht durch Umweltverschmutzung geschädigt zu werden, oder umgekehrt. Jemand muss – wie im Vorspann des Hollywood-Films – ganz oben stehen.

Aber wer? Marjorie Kelly hat ein brillantes Buch geschrieben. Es trägt den Titel »The Divine Right of Capital«, zu Deutsch: »Das heilige Recht des Kapitals«. ⁶⁰ »Heilig« meint bei ihr nicht »gottgegeben«, sondern den Sachverhalt, dass im gegenwärtigen Betriebssystem die Rechte des Kapitals alle anderen übertrumpfen. Die Rechte von Ar-

⁵⁹ California Drivers Handbook, Sacramento: California Department of Motor Vehicles, 2006, S. 16. (in der Ausgabe für das Jahr 2008, S. 12, siehe: www.dmv.ca.gov/pubs/dl600.pdf, A.d.Ü.).

⁶⁰ Siehe M. Kelly, The Divine Right of Capital, a.a.O.

beitern, Gemeinden, der Natur und künftiger Generationen sind angesichts des Vorrechts des Kapitals, kurzfristige Gewinne zu maximieren, sekundär. Aber diese Hierarchie ist weder das Werk Gottes noch ein erbarmungsloses Naturgesetz. Es ist im Gegenteil das Ergebnis einer politischen Wahl.

Die Frage, wer in einer gegebenen Gesellschaft das Vorrecht hat, ist immer interessant. Diejenigen, die das Sagen haben, erklären zu allen Zeiten das gleiche, nämlich: Es gebe keine Alternative. Könige sagten das vor 300 Jahren, Kapitaleigner sagen es heute. Sie engagieren Priester und Ökonomen, um ihren Ansprüchen die Aura des Moralischen oder pseudowissenschaftliche Glaubwürdigkeit zu verleihen. Die Wahrheit ist jedoch, dass die Gesellschaften darüber befinden, wer privilegiert ist. Wir aber können uns, wenn wir dies wünschen, anders entscheiden.⁶¹

Kelly findet viele Stellen, an denen die Vorherrschaft des Kapitals in unsere Kodizes eingeschrieben ist. So sind Geschäftsführer von Kapitalgesellschaften per Gesetz verpflichtet, dem finanziellen Gewinn der Aktionäre höchste Priorität einzuräumen. Wenn also ein Raider ein börsennotiertes Unternehmen über Marktwert aufkaufen will, so bleibt dem Geschäftsführer kaum eine andere Wahl, als zu verkaufen – egal, welche Konsequenzen dies für Arbeiter, Gemeinden und die Natur hätte. In ähnlicher Weise ist es die treuhänderische Pflicht der Investmentfonds, Pensionsfonds und anderer institutioneller Investoren, für ihre Anteilseigner oder Anspruchsberechtigten die höchsten Gewinne zu realisieren. Diese Verpflichtung ist u.a. im *Employee Retirement Income Security Act* des Jahres 1974 fixiert. Die Verordnung ist in harmloser Sprache abgefasst: Ein Pensionsfondsmanager solle, wie jeder andere Sachwalter auch, »einzig im Interesse der Teilnehmer und Anspruchsberechtigten handeln«. Im Resultat ergibt sich jedoch, dass die Pensionszahlungen vieler Arbeiter durch Investitionen in Unternehmen finanziert werden, die Arbeitsplätze ihrer Beschäftigten aus-

⁶¹ Um den Vergleich zum Straßenverkehr etwas weiterzuführen: Im 20. Jahrhundert änderten 30 Staaten die Fahrtrichtung (die meisten gingen vom Links- zum Rechtsverkehr über). Die Entscheidung, auf welcher Straßenseite gefahren werden soll, ist wie jene über die vorherrschenden Eigentumsrechte eine gesellschaftliche Entscheidung. Eine Gesellschaft aber kann ihre Meinung ändern.

lagern. Bringt man nun noch die WTO und das Freihandelsabkommen NAFTA ins Bild, so sieht man, wie die Rechte des Kapitals komfortabel über all den anderen thronen.

Was ist falsch an diesem Bild? Das Problem ist nicht, dass Unternehmen nach Profiten streben. Dafür sind sie konstruiert, und es ist das, was wir von ihnen wollen. Das Problem besteht darin, dass das Privatkapital auf den besten Plätzen sitzt, während alle anderen mit den restlichen vorlieb nehmen müssen.

Gegenwärtig gibt es in den USA ein Gesetz, das den Gaben der Schöpfung ein Vorrecht einräumt: das *Endangered Species Act*. Es besagt, das Überlebensrecht einer Art stehe höher als das Recht des Kapitals auf kurzfristigen Gewinn. Das Gesetz kommt allerdings erst dann ins Spiel, wenn eine Art schon so geschädigt ist, dass sie auszusterben droht. Und auch dann wird es von den Gerichten nicht in jedem Falle exekutiert. Vor nicht allzu langer Zeit wurde in einem sehr trockenen Jahr von der kalifornischen Regierung die Lieferung subventionierten Wassers an Farmer mit dem Argument reduziert, gefährdete Fischbestände bräuchten das Wasser zum Überleben. Einige Farmer gingen gerichtlich gegen diese Entscheidung mit dem Argument vor, die Regierung habe ihnen verfassungswidrig ihr Eigentum »genommen«. Ein Bundesgericht stimmte dem zu, die Regierung von George Bush lehnte es ab, Einspruch zu erheben, und die Farmer erhielten 13 Millionen \$ Schadensersatz.⁶²

Wenn es etwas Heiliges gibt, so sind es, wie ich glaube, die Gaben der Schöpfung. Moralisch gesehen handelt es sich dabei um Gaben, die wir gemeinsam erben und den künftigen Generationen ungeschmälert zu überantworten haben. Wirtschaftlich gesehen sind sie unersetzliches und unbezahlbares Kapital. Der Schutz dieser geteilten Vermögen sollte über den vergänglichen Privatprofiten stehen, der umfassende Nutzen über dem beschränkten, die Gemeinschaftsgüter über dem Kapital. Dies wäre ins ökonomische Betriebssystem zu schreiben und mittels der Gerichte durchzusetzen.

⁶² Juliet Eilperin, Water Rights Case Threatens Species Protection, *Washington Post*, 7. Dezember 2004, S. A 18, www.washingtonpost.com/ac2/wp-dyn/A41450-2004Dec6?language=printer.

Von Gärten zu Ökosystemen

Trebah Garden ist ein eindrucksvolles Stück Paradies in Cornwall, England, eine Schlucht mit einer großen Vielfalt an Bäumen und Büschen, die den gewundenen Weg hinunter zum Ufer des Helford-Flusses wachsen.⁶³ Vor einigen Jahren habe ich diesen Garten besucht, um seine Schönheit zu genießen. Schnell habe ich begriffen, dass seine Geschichte und Verwaltung so interessant wie seine Flora sind.

Das Grundstück wurde erstmals im *Domesday Book* aus dem Jahre 1086 erwähnt. Darin steht, es gehöre dem Bischof von Exeter. Es wechselte vieler Eigentümer Hände, von Gutsbesitzern und Bauern, bis es schließlich im Jahre 1831 von einer reichen Quäkerfamilie erworben wurde, die diesen außergewöhnlichen Garten anlegte. Im 20. Jahrhundert wechselte das Grundstück wiederum mehrmals den Eigentümer und verfiel dabei zunehmend. Die letzten Privateigentümer haben ein kleines Vermögen in die Wiederherstellung des Gartens gesteckt und ihn dann dem *Trebah Garden Trust* überantwortet. Er wurde so der Öffentlichkeit zugänglich und für künftige Generationen bewahrt.

Heute kann ein jeder für eine Spende von 250 £ Trust-Mitglied auf Lebenszeit werden. Mitglieder haben freien Zutritt zum Garten (andere Besucher bezahlen eine Eintrittsgebühr) und wählen einen Vorstand, der das Eigentum verwaltet. Sie erhalten einen Jahresbericht, testierte Abschlüsse und Ankündigungen von Versammlungen, auf welchen sie ihre Stimme einbringen und Entschlüsse vorlegen können. Gegenwärtig hat der Trust etwa eintausend stimmberechtigte Mitglieder.

Als ich durch die mit Farnen und Rhododendren bewachsenen Fluren wanderte, wurde mir klar, dass Trebah ein Mikrokosmos für die Ideen dieses Buches ist. Trebah war Privateigentum und wurde zu einer Art Gemeineigentum. Es kann somit gemeinsam benutzt und bewahrt werden. Wenn wir uns die Welt als eine Ansammlung von Gärten vorstellen – d.h. von Ökosystemen, in denen Menschen aktive Rollen spielen –, dann wird das Trebah-Modell besonders interessant. Es erhellt sowohl den Prozess, durch den natürliche Gaben aus Privatbesitz in Gemeinbesitz übergehen können, als auch das Institutionenmodell – den

⁶³ Weitere Informationen bietet www.trebahgarden.co.uk.

Trust –, der solche Gaben als beständige Teile der Gemeinschaftsgüter zu verwalten vermag.

Trusts sind jahrhundertealte Institutionen, erdacht, um Eigentum für Anspruchsberechtigte zu erhalten und zu verwalten. Der Trust ist im Wesentlichen eine treuhänderische Beziehung. Weder Trusts noch ihre Treuhänder dürfen jemals aus ihrem Eigeninteresse heraus agieren. Sie sind rechtlich verpflichtet, allein im Namen der Anspruchsberechtigten zu handeln.

Trusts sind an eine Vielzahl von Regeln gebunden. Zu diesen gehören:

- Die Treuhänder haben mit ungeteilter Treue den Anspruchsberechtigten gegenüber zu handeln.
- Sie haben das Stammkapital des Trusts zu erhalten, es sei denn, sie sind anderweitig autorisiert. Einkünfte können ausgegeben, das Grundkapital hingegen darf nicht reduziert werden.
- Die Treuhänder haben Transparenz zu wahren, indem sie den Anspruchsberechtigten pünktlich Finanzinformationen vorlegen.⁶⁴

Diese Regeln sind einklagbar. Der grundlegende Weg ist der: Mittels Zwangsdurchsetzung verklagt der geschädigte Anspruchsberechtigte oder der jeweilige Justizminister des Bundesstaates den Treuhänder. Dieser hat dann den Nachweis zu erbringen, dass er umsichtig gehandelt hatte. Bleiben Zweifel bestehen, dann wird der Treuhänder mit einem Bußgeld belegt oder gefeuert. Wie der frühere Richter am Obersten Gerichtshof Benjamin Cardozo einmal gesagt hat: »Ein Treuhänder ist durch etwas gebunden, das strenger ist als die Sitten des Marktplatzes. Nicht allein Ehrlichkeit, sondern moralische Empfindsamkeit in höchstem Sinne ist der Maßstab des Verhaltens.«⁶⁵

Treuhänder sind keine einfachen Verwalter. Verwalter kümmern sich um einen bestimmten Vermögensgegenstand. Aber ihre Verpflichtungen sind freiwillig und vage. Im Gegensatz dazu sind die Verpflichtungen, denen Treuhänder unterliegen, verbindlich und genau definiert.

⁶⁴ Eine Beschreibung der Pflichten von Treuhändern findet sich auf www.trustland.org/publications/trustlands-responsibility.pdf.

⁶⁵ Diese Erklärung über die Pflicht, der Treuhänder unterliegen, hatte Cardozo abgegeben, als am New Yorker Berufungsgericht der Fall *Meinhard v. Salmon*, 249 N.Y. 458 (1928) verhandelt wurde.

niert. Treuhänderschaft bedeutet somit eine weit formalere und strengere Verantwortlichkeit als das Amt eines Verwalters.

Trusts können sowohl für finanzielle als auch für physische Vermögen verantwortlich sein. In diesem Kapitel beschäftige ich mich mit natürlichen Vermögen – den Gaben, die wir von der Schöpfung ererben. Eine meiner Grundüberzeugungen lautet, dass eine jede Generation vertraglich gebunden ist, diese Gaben ungeschmälert den noch Ungeborenen zu überantworten. Wenn wir zu diesem Vertrag stehen, so müssen wir jemanden finden, der als Treuhänder der Gaben der Natur handelt oder zumindest der am stärksten gefährdeten unter ihnen. Wer aber soll das tun?

Die Kandidaten dafür sind: die Regierung, Unternehmen und Trusts. Wie ich bereits dargelegt habe, können weder Unternehmen noch die Regierung diese Funktion übernehmen: Beide sind in zu starkem Maße kurzfristigen Privatinteressen verpflichtet. Es bleiben somit nur die Trusts.

Trusts für Gemeineigentum

Der Trebah Garden Trust ist keine Seltenheit. Der *National Trust* – eine im Jahre 1895 gegründete, Wohltätigkeitszwecken verpflichtete Nicht-regierungsorganisation – besitzt in Großbritannien mehr als 600.000 Acres Landfläche, 600 Meilen Küstenstreifen sowie 200 historische Gebäude und Gärten. Er umfasst mehr als drei Millionen Mitglieder, von denen die eine Hälfte des aus 52 Personen bestehenden Verwaltungsrates gewählt wird (die andere wird durch gemeinnützige Organisationen ernannt, welche die Ziele des Trusts teilen). In den Vereinigten Staaten gibt es gegenwärtig über 1.500 Trebah-ähnliche Trusts, die mehr als neun Millionen Acres Landfläche schützen. Darüber hinaus gibt es die 1951 gegründete *Nature Conservancy*, die mehr als 15 Millionen Acres beschützt.⁶⁶

⁶⁶ Informationen zum britischen National Trust bietet www.nationaltrust.org.uk, zur Nature Conservancy siehe www.nature.org. Daten über andere Land Trusts in den Vereinigten Staaten finden sich im Census 2005 der National Land Trust Alliance unter folgender Adresse: www.lta.org/census/.

Stellen wir uns eine generische Institution vor: den *Trust für Gemeineigentum*. Es handelt sich dabei um eine spezielle Art von Treuhandanstalt: Sie verwaltet Vermögen, die den Gemeinschaftsgütern entstammen und als Gemeinschaftsgüter erhalten werden sollen. Trusts für Gemeineigentum verwalten diese Vermögen in erster Linie im Namen künftiger Generationen. Weitere Anspruchsberechtigte sind möglich – etwa die Volksbildung oder Bewohner einer bestimmten Gegend. Lebende Anspruchsberechtigte sitzen aber in der hinteren Reihe, die noch Ungeborenen vor ihnen. Diese Trusts erfüllen ihre Aufgabe, indem sie eine Vielzahl von Eigentumstiteln erwerben und gemeinsam verwalten. Hier sind zwei Beispiele aus meiner Umgebung: der *Marin Agricultural Land Trust* (MALT) und der *Pacific Forest Trust* (PFT).

Der Niedergang von Familienfarmen und die Verringerung von Freiflächen nahe der Städte sind scheinbar unaufhaltbare Trends. Doch in Marin County, nördlich, aber nicht unweit von San Francisco gelegen, haben familiengeführte Molkereien, Schafs- und andere Viehfarmen überlebt. Der entscheidende Grund dafür: der Verkauf von Nutzungsrechten an MALT im Sinne ökologischer Grunddienstbarkeiten («conservation easement»). Beim *conservation easement* handelt es sich um eine freiwillige Übereinkunft zwischen einem Landeigentümer und einem Trust mit dem Ziel, die Nutzung des Bodens dauerhaft zu beschränken. Der Eigentümer behält seinen Besitz und kann ihn weiterhin nutzen, verkaufen oder seinen Erben überlassen. Er verzichtet jedoch auf einige der Ansprüche an Grund und Boden – z.B. das Recht weiterer Bebauung oder des Kahlschlags. Der Trust, der diese Nutzungs-(beschränkungs)rechte erwirbt, sichert die Vertragserfüllung durch gegenwärtige wie zukünftige Grundeigentümer.

MALT hat in Marin County nahezu 40.000 Acres Farmland durch den Kauf von Grunddienstbarkeiten erhalten. Das umfasst etwa ein Drittel des gegenwärtigen Farmlands. Die Farmer erhalten im Gegenzug die Differenz zwischen dem Wert, den der Grund und Boden hätte, wäre er erschlossen worden, und dem, den er als bewirtschafteter Hof hat. Letztlich werden die Farmer dafür bezahlt, Landverwalter zu sein und auf künftige Kapitalgewinne zu verzichten.

Der Großteil des Geldes für MALT kommt aus öffentlichen Quellen. Was die Öffentlichkeit dafür erhält, sind keine altertümlichen All-

menden mit gemeinsam verwalteten Weideflächen, sondern eine idyllische Landschaft mit funktionsfähiger Landwirtschaft. Das ist keine schlechte Alternative zur Zersiedelung der Vorstädte.

Auf ganz ähnliche Weise erwirbt der *Pacific Forest Trust* von privaten Forstbesitzern das, was er *working forest conservation easements* nennt. Einige dieser Grunddienstbarkeiten werden den Eigentümern abgekauft, andere im Austausch gegen Steuervergünstigungen gestiftet. Auch in diesem Fall behalten die Eigentümer ihren Grund und Boden, erklären sich aber bereit, forstwirtschaftlich irrelevante Investitionen zu unterlassen und den Holzeinschlag nachhaltig zu gestalten.

Das Ziel von PFT ist nicht allein der Schutz der Forsten, sondern auch der Arten, die sie bewohnen, wie auch die Wahrung der nutzbringenden Effekte der Ökosysteme – wie etwa die Bereitstellung sauberen Wassers oder die CO₂-Absorption –, welche die Forsten bieten. Gleich MALT bezieht auch PFT einen Teil seines Geldes aus öffentlichen Quellen. Im Gegenzug erhält die Öffentlichkeit intakte Forste und zwar zu wesentlich günstigeren Konditionen, als Komplettkauf und direkte Verwaltung kosten würden.

Ventile und ihre Kontrolleure

Eine Aufgabe der Trusts für Gemeineigentum besteht im Schutz der Lebensräume und Landschaften. Die Trusts können aber noch mehr, nämlich den Zustrom von Schadstoffen in Ökosysteme regulieren. In diesem Falle würden sie nicht die Ökosysteme selbst verwalten, sondern menschliche Wirtschaftstätigkeiten um die Ökosysteme herum. In diesem Sinne ähnelten sie eher der *Federal Reserve* als der *Nature Conservancy*.

An dieser Stelle möchte ich kurz einen Blick in meine Vergangenheit werfen. Als ich noch am College studierte, erzählten meine Wirtschaftsprofessoren von steuerlichen und monetären »Hebeln«, die kluge Politiker zwecks wirtschaftspolitischer Feinabstimmung nutzen könnten. Das war in den frühen 1960er Jahren, damals noch die Hochzeit des Keynesianismus. Ich stellte mir also einen ökonomischen Kontrollraum vor, voller Messgeräte und Ventile, die von gelassenen Aka-

demikern bedient werden. Gutaussiehende, gescheite Männer (damals handelte es sich ja hauptsächlich um Männer) lesen Anzeigen ab, ziehen an ihren Tabakspfeifen und drehen an einigen Zifferscheiben. Andere murmeln anerkennende Worte. Alles bleibt ruhig.

Als ich älter wurde, merkte ich, dass die Welt viel chaotischer ist. In Wirklichkeit gibt es keinen ökonomischen Kontrollraum, sondern nur ein großes Ventil – das Geldangebot – und eine Person, die (gemeinsam mit einigen Helfern) daran dreht: der Chairman der *Federal Reserve*. Dieses Ventil hat eine bestimmte Wirkung auf die Wirtschaftstätigkeit in den USA: Wenn es geöffnet ist, fallen die Zinssätze und die Wirtschaftstätigkeit belebt sich; ist es geschlossen, so steigen die Zinssätze und die Wirtschaftstätigkeit lässt nach. Aber die Tätigkeit der *Federal Reserve* kontrolliert unsere Wirtschaftsmaschine nicht vollständig. Insbesondere hat sie kaum Einfluss auf die Menge der Schadstoffe, mit denen wir die umgebenden Ökosysteme belasten. Um dieses Problem anzugehen, brauchen wir zusätzliche Ventile.

Nehmen wir z.B. Kohlendioxid. Gegenwärtig emittiert unsere Wirtschaftsmaschine viel zu viel CO₂ in die Atmosphäre und destabilisiert damit das Klima. Wir benötigen also dringend ein Ventil, das den CO₂-Ausstoß reduziert. Unterstellen wir hier, wir wären in der Lage, ein solches Ventil zu konzipieren und zu installieren. (Wie das getan werden kann, habe ich in meinem Buch »Who Owns The Sky«⁶⁷ erläutert. Dazu gehört u.a. der Verkauf einer begrenzten Menge von »Upstream«-Konzessionen an Unternehmen, die fossile Treibstoffe in die Wirtschaft einbringen.) Die Frage ist dann, wer dieses Ventil bedienen soll.

Freie Märkte können diese Verantwortung nicht tragen. Sie sind, wie wir gesehen haben, nicht in der Lage, die Umweltverschmutzung einzuschränken. Somit bleiben uns zwei Optionen: die Regierung oder Trusts. Regierungen sind politische Geschöpfe, ihr Zeithorizont ist kurz, und künftige Generationen haben in ihnen keinen Einfluss. Trusts für Gemeineigentum hingegen sind treuhänderische Institutionen. Sie haben einen langfristigen Zeithorizont und sind künftigen Generationen rechtlich verantwortlich. Angesichts dieser Wahlentscheidung würde

⁶⁷ Peter Barnes, *Who Owns the Sky? Our Common Assets and the Future of Capitalism*, Washington, D.C.: Island Press, 2001.

ich als Kontrolleur des CO₂-Ventils einen Trust für Gemeineigentum einsetzen, der sein Handeln an gutachterliche Empfehlungen von Wissenschaftlern bindet. Die Treuhänder können gravierende Entscheidungen treffen, ohne politischen Selbstmord riskieren zu müssen. Sie könnten, analog den Gouverneuren der *Federal Reserve*, durch den Präsidenten ernannt werden, ohne dass er ihnen gegenüber, anders als gegenüber seinen Ministern, weisungsberechtigt wäre. Mit ihrer Ernennung wären sie juristisch gesehen allein künftigen Generationen rechenschaftspflichtig.

Stellen wir uns jetzt vor, eine beträchtliche Anzahl von Ventilen seien auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene installiert worden, nicht allein für den CO₂-Ausstoß (hier wäre nur ein Ventil auf nationaler Ebene erforderlich), sondern für eine Vielzahl weiterer Schadstoffe. Unterstellen wir darüber hinaus, dass die Kontrolleure der Ventile Treuhänder im Auftrag zukünftiger Generationen wären. Sie hätten die Macht, einige der negativen Externalitäten – *Illth* – zu reduzieren, den Unternehmen in den Bereich der Gemeinschaftsgüter verlagern. Sie hätten auch die Macht, eine begrenzte Anzahl an Verschmutzungsrechten an den Meistbietenden zu verkaufen und diese Einnahmen unter den Eigentümern der Gemeinschaftsgüter zu verteilen. So etwas zu tun, dazu ist weder die *Federal Reserve* noch die *Environmental Protection Agency* in der Lage.

Trusts dieser Art würden unser wirtschaftliches Betriebssystem grundsätzlich ändern. Was gegenwärtig nicht ausgepreiste Externalitäten sind, würden unter der Ägide zurechnungsfähiger Verwaltung Eigentumsrechte werden. Falls ein Unternehmen Schadstoffe emittieren möchte, so kann es das tun. Es hätte nur einem Trust für Gemeineigentum die Eigentumsrechte abzukaufen. Der Preis für Umweltverschmutzung würde steigen, die Produktion von *Illth* durch Unternehmen sinken. Ökosysteme könnten so für künftige Generationen geschützt werden. Die Normalbürger hätten mehr Einkommen. Nichtmenschliche Arten würden gedeihen, die Ungleichheit zwischen den Menschen nähme ab. Der Staatsapparat wiederum würde nicht aufgebläht. Unsere Wirtschaftsmaschine täte das Notwendige von selbst.

Eine letzte Bemerkung zu den Ventilen: Es ist nicht allzu wichtig, wie sie zu Anfang eingestellt sind. Weit wichtiger ist es, sie an den richtigen

Stellen zu installieren und den richtigen Leuten die Verantwortung zu übergeben. Diese können dann die Einstellungen anpassen.

Eine vollständigere Buchführung

Gedankenmodelle beginnen mit Annahmen. Gegenwärtig nehmen die meisten Ökonomen an, es gebe nur zwei Arten von Eigentum: Privateigentum (d.h. Unternehmens- oder individuelles Eigentum) und Staats-eigentum. Diesem Modell zufolge gibt es keine gemeinsamen Vermögen, keine inter- oder intragenerationalen Verpflichtungen und keine anderen nichtmenschlichen Wesen außer jenen, die wir verzehren.

Nun geht, wie wir gesehen haben, in diesem Modell vieles verloren. Die größte Unterschlagung ist die der großen Naturwirtschaft, in deren Kontext das menschliche Unternehmen arbeitet. Wir borgen in großem Stile von dieser Wirtschaft, allerdings ohne die Kredite zu registrieren. Gleichfalls abwesend sind die künftigen Generationen, bei denen wir uns genauso fahrlässig wie betrügerisch bedienen.

Eine ordentliche Buchführung bilanziert Kredite zweimal; sie tauchen in der Bilanz des Kreditnehmers wie der des Kreditgebers auf. Des einen Schuld ist des anderen Vermögen. Für das gegenwärtige Wirtschaftssystem gilt dies jedoch nicht. Wächst die Wirtschaft, so steigen die Vermögen auf den Konten der Unternehmen und Individuen, ohne dass es irgendwo einen Schuldposten gäbe. In der Tat gibt es keine Konten, die belastet werden *könnten*. Es gibt nur das Wachstum auf der einen Seite des Kontos. Auf der anderen hingegen steht nichts – und so wachsen *Illth* und Verbindlichkeiten unbemerkt und unregistriert immer weiter.

In den letzten Jahren haben Ökonomen dieses abstrakte Modell um einige Aspekte erweitert. So erkennen sie mittlerweile an, dass öffentliche Güter und Dienstleistungen der Ökosysteme zur ökonomischen Wertbildung beitragen. Öffentliche Güter sind Dienstleistungen wie etwa nationale Verteidigung, Bildung und Hochwasserschutz, die jedermann nützen, ohne dass sie umstandslos gewinnbringend verkauft werden könnten. Weil Märkte diese Güter nicht in angemessener Weise zu liefern in der Lage sind, treten Regierungen an ihre Stelle und tun

dies. Ökonomen diskutieren manchmal darüber, ob der Wert dieser öffentlichen Güter die »Belastungen« übertrifft, die sie dem Steuerzahler auferlegen. Dass die Ausgaben den Konten und Vermögen eines jeden Werte hinzufügen, sehen sie jedoch nicht.

Gleichfalls anerkennen Ökonomen mittlerweile Dienstleistungen der Ökosysteme als wertvollen volkswirtschaftlichen Input. Die Ökosysteme jedoch, die diese Dienste liefern, haben weder Eigentümer noch Bilanzstellungen. Sie sind einfach da, freischwebend im Raum, ohne eine Verbindung zu den Menschen. Worauf ich hinaus will, ist, dass Ökonomen diese Ökosysteme so verstehen sollten, als ob es sich dabei um treuhänderisch zu verwaltes Gemeineigentum handelte. Diese simple Annahme würde nicht nur Ökosysteme in die Bilanzen bringen, womit sie leichter zu kontrollieren wären. Sie würde darüber hinaus wirklichen Eigentumsrechten den Weg ebnen, solchen, die diese Ökosysteme tatsächlich auch schützen.

Über Coases Vorschläge hinaus

»Stellen wir uns vor«, schrieb der Ökonom Ronald Coase im Jahre 1960, »ein Farmer und ein Viehzüchter arbeiten auf nebeneinandergelegenen Grundstücken«. ⁶⁸ Coase nahm weiterhin an, dass die Tiere des Viehzüchters auf das Grundstück des Farmers laufen und dessen Ernte schädigen. Ausgehend von dieser hypothetischen Situation untersuchte er das Problem negativer externer Effekte und schlug eine Lösung vor – die Schaffung von Rechten, die Umwelt zu schädigen, und solchen, nicht geschädigt zu werden. Heute werden Verschmutzungsrechte auf der ganzen Welt genutzt. In der Tat hat Coase eine Klasse von Eigentumsrechten hervorgezaubert, die es bis dato nicht gegeben hatte, und sein Sprung in die Phantasie führte letztlich zu einer Reduktion tatsächlicher Umweltverschmutzung.

»Stellen wir uns vor«, ist eine wundervolle Art für jedermann, Ökonomen eingeschlossen, mit dem Denken zu beginnen. Wir können so Vorannahmen neu justieren und sehen, was dann passieren könnte.

⁶⁸ Siehe R. Coase, The Problem of Social Cost, a.a.O., S. 2.

Wir sind auf diese Weise auch fähig, Dinge zu sehen, die nicht existieren, aber existieren *könnten* – und in manchen Fällen späterhin tatsächlich existieren werden, weil wir sie uns vorgestellt haben.

Coase nahm an, dass ein einzelner Umweltverschmutzer oder sein geschädigter Nachbar ein Recht darauf haben, die Umwelt durch Schadstoffe zu belasten bzw. nicht durch Schadstoffe geschädigt zu werden. Darüber hinaus nahm er an, dass die in den Verhandlungen der beiden Nachbarn implizierten Transaktionskosten vernachlässigenswert sind. Coase stellte diese Überlegungen vor einem halben Jahrhundert an, zu einer Zeit, als unser Planet, anders als heute, noch nicht von *akkumulierter Umweltverschmutzung* bedroht wurde. Angesichts der veränderten Realität mag es sinnvoll sein, Coases Annahmen zu aktualisieren, um sie thematisch auf dieses Akkumulationsproblem beziehen zu können. Hier sind die m.E. angemessenen neuen Annahmen:

- Statt eines Umweltverschmutzers gibt es viele und statt eines Geschädigten gibt es Millionen Geschädigte – von denen viele noch nicht einmal geboren sind.
- Die Geschädigten (künftige Generationen eingeschlossen) werden gemeinsam durch Trusts vertreten.
- Die anfänglichen Verschmutzungsrechte erhalten die Trusts von der Regierung durch Rechtsübertragung.
- Die Entscheidung über die Anzahl zu verkaufender Verschmutzungsrechte wird von den Trusts nicht an die Maximierung ihrer Einkünfte gebunden, sondern an die Bewahrung eines Ökosystems für künftige Generationen. Zu diesem Zweck werden Schwellenwerte der Umweltbelastung festgesetzt und die Anzahl der Berechtigungen allmählich reduziert, bis diese Niveaus erreicht sind.
- Die Einkünfte aus dem Verkauf von Verschmutzungsrechten werden zur einen Hälfte als Pro-Kopf-Dividenden verteilt (analog zum *Alaska Permanent Fund*), zur anderen in öffentliche Güter wie Bildung und Umweltschutz investiert.

Was haben wir mit diesen Annahmen erreicht? Zunächst steht uns nun ein Wirtschaftsmodell mit vollständigerer Buchführung zur Verfügung. Nicht alle, aber doch viele Externalitäten tauchen in den neuen Hauptbüchern auf. Bedeutsamer ist jedoch, dass dadurch eine Welt vorstellbar wird, in der Natur und künftige Generationen in Echtzeit-Trans-

aktionen vertreten sind, Unternehmen bislang externalisierte Kosten internalisieren, Preise für *IIIth* produzierende Güter steigen und ein jeder zusätzliche Einkünfte durch Gewinnanteile hat. Und so könnte eine solche Welt aussehen:

- Die Vernutzung wesentlicher Ökosysteme wird allmählich durch eine nachhaltig tragbare Belastung ersetzt, weil die Treuhänder, welche die Nutzungsgrade der Gemeinschaftsgüter festlegen, künftigen Generationen gegenüber verpflichtet sind, nicht aber lebenden Anteilseignern oder Wählern. Sie werden verklagt, sollten sie die Anspruchsberechtigten nicht schützen.
- Dank der Pro-Kopf-Dividenden wird Einkommen recycelt, d.h. von exzessiven Nutzern der wesentlichen Ökosysteme auf moderate Nutzer umverteilt. Damit entstehen Anreize zur Nachhaltigkeit wie auch ein größeres Maß an Gerechtigkeit.
- Saubere Energie und ökologische Landwirtschaft werden wettbewerbsfähig, da Preise für fossile Treibstoffe und Agrarchemikalien nunmehr entsprechend hoch sind.
- Technologische Investitionen nehmen zu und neue Arbeitsplätze im Umland entstehen, weil die gestiegenen Preise für Treibstoffe und Abfallbeseitigung die Nachfrage nach sauberer Energie und Abfallverwertung spürbar stimulieren.
- Öffentliche Güter werden durch Einkünfte aus der Vergabe von Berechtigungen befördert.

Was ist hier geschehen? Wir sind von einer Reihe realistischer Annahmen ausgegangen, davon also, wie die Welt *ist* – mit einer Vielzahl von Umweltverschmutzern und Geschädigten, Gebührenfreiheit für Schadstoffemissionen, einem gefährlichen Ausmaß kumulativer Umweltverschmutzung –, und sind zu einer Reihe sinnvoller Erwartungen gekommen, wie die Welt sein *könnte*, wenn bestimmte Arten von Eigentumsrechten eingeführt wären. Diese Eigentumsrechte gehen über jene von Coase hinaus, sind aber mit marktwirtschaftlichen Prinzipien völlig kompatibel. Die Ergebnisse dieses Gedankenexperiments machen deutlich, dass die Einführung von Trusts für Gemeineigentum signifikant und nachhaltig die Auswirkungen wirtschaftlichen Handelns ändern können, und zwar ohne weitere staatliche Intervention.

Gemeinschaftsrente

Man darf nicht denken, die Gemeinschaftsgüter seien ein geldfreier Bereich oder sollten dies sein. Vielmehr gibt es einen bedeutenden Gegenstand, den Ökonomen (wie alle übrigen) begreifen müssen. Es handelt sich dabei um die »Commons Rent«, die »Gemeinschaftsrente«.

Wenn hier jetzt von Rente die Rede ist, so meine ich nicht den monatlichen Scheck, den man dem Grundbesitzer schickt. Wirtschaftswissenschaftlich gesehen hat Rente eine exaktere Bedeutung: Es ist Geld, das der Knappheit wegen gezahlt wird. Wer kein Ökonom ist, mag das verwirrend finden. Man bedenke aber folgendes Beispiel: Einer Stadt stehen eine Million Wohnungen zur Verfügung. Absolut gesehen sind hier Wohnungen nicht rar. Aber die Stadt ist in der Fläche beengt, und die Wohnungsnachfrage erheblich. In diesem ökonomischen Sinn genommen sind Wohnungen hier tatsächlich knapp. Man kann sich nun wieder des Schecks erinnern, den man dem Grundbesitzer schickt, oder an die Hypothek denken, die man der Bank bezahlt. Ein Teil davon bildet die Betriebskosten des Grundbesitzers ab bzw. die Verwaltungskosten der Bank. Ein anderer Teil ist jedoch reine Miete oder Pacht – das heißt Geld, das der Knappheit wegen gezahlt wird. Aus diesem Grunde zahlen Leute in New York und San Francisco ihren Hausbesitzern und Banken so viel, Leute in Nebraska hingegen viel weniger.

Die Rente steigt, wenn steigende Nachfrage auf ein beschränktes Angebot trifft. Rente, die durch solch einen Zusammenstoß entsteht, ist weder gut noch schlecht. Sie ist einfach *da*. Wir können über die Verteilung dieser Rente diskutieren (und sollten dies tun), die Rente selbst jedoch entsteht automatisch. Und es ist wichtig, dass sie das tut. Denn dies hilft der Wirtschaft, knappe Ressourcen effizient zu verteilen. Andere Methoden der Zuteilung sind möglich. Wir können knappe Güter nach dem Verfahren vergeben »Wer zuerst kommt, mahlt zuerst«, nach dem Lotterieprinzip, der Stärke der politischen Macht, dem Alter oder der Ethnie. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, dass der Verkauf knapper Ressourcen auf dem freien Markt für gewöhnlich der beste Weg ist. Damit entsteht die Rente.

Für frühere Ökonomen – wie u.a. Adam Smith, David Ricardo und John Stuart Mill – war die Rente von besonderem Interesse. Denn sie

brachte den Grundbesitzern einen Großteil ihrer Einkünfte ein – und der Boden war damals ein Hauptkostenpunkt der Produktion. Das Angebot an Grund und Boden ist, wie diese Ökonomen erwähnten, beschränkt. Die Nachfrage nach ihm aber steigt beständig – und somit auch seine Rente. Grundeigentümer profitieren folglich von dem, was John Stuart Mill »unverdienten Vorteil« genannt hatte: der Wertsteigerung des Bodens, die nicht den Bemühungen der Eigentümer zuzuschreiben ist, sondern allein der gesellschaftlich erzeugten Nachfrage, die auf ein beschränktes Angebot guten Bodens trifft.

Noch weiter ging der unterschätzte amerikanische Ökonom Henry George. In Anbetracht von Glanz und Elend des *Gilded Age*⁶⁹ kam er zu der folgerichtigen Frage: Warum gibt es trotz des Wirtschaftswachstums nach wie vor Armut? Die Antwort lag, wie er dachte, in der Aneignung der Bodenrente durch Grundeigentümer. Auch wenn die Wirtschaft wachse, lenke das System der Eigentumsrechte und der Mangel an Grund und Boden die Gewinne in die Taschen einer Minderheit von Grundeigentümern. Während der Wettbewerb die Gewinne von Arbeitern schmälere, gebe es nichts, was die Gewinne der Grundeigentümer beschneide. Der Wert ihres Bodens stieg, wie Mill bemerkt hatte, immer weiter. George befürwortete eine starke Besteuerung von Grundbesitz und die Abschaffung aller übrigen Steuern. Sein Bestseller »Progress and Poverty« machte ihn in den 1880er Jahren mit einem Schlag berühmt. Die Mainstream-Ökonomie hat ihn hingegen niemals ernstgenommen.⁷⁰

Im 20. Jahrhundert hatten die Ökonomen das Interesse an dieser Grundrente weitgehend verloren. Im Vergleich zu Kapital und Arbeit schien sie ein belangloser Faktor der Vermögensbildung zu sein. Aber die ökologische Krise des 21. Jahrhunderts rückt die Rente wieder in den Mittelpunkt des Interesses. Nur ist es nunmehr nicht allein der Boden, der knapp ist. Rar sind nun auch sauberes Wasser, ungestörte Le-

⁶⁹ Der von Mark Twain stammende Terminus »Gilded Age« (»vergoldetes Zeitalter«) bezieht sich auf die wirtschaftliche Blütezeit in den Vereinigten Staaten zwischen dem Ende des Bürgerkrieges 1865 und dem neuen Jahrhundert. Sie war zugleich eine Zeit großer sozialer Gegensätze, wachsender Armut und enormen Reichtums. (A.d.Ü.)

⁷⁰ Henry George, *Progress and Poverty*, New York: Cosimo Classics, 2005; Erstveröffentlichung 1880.

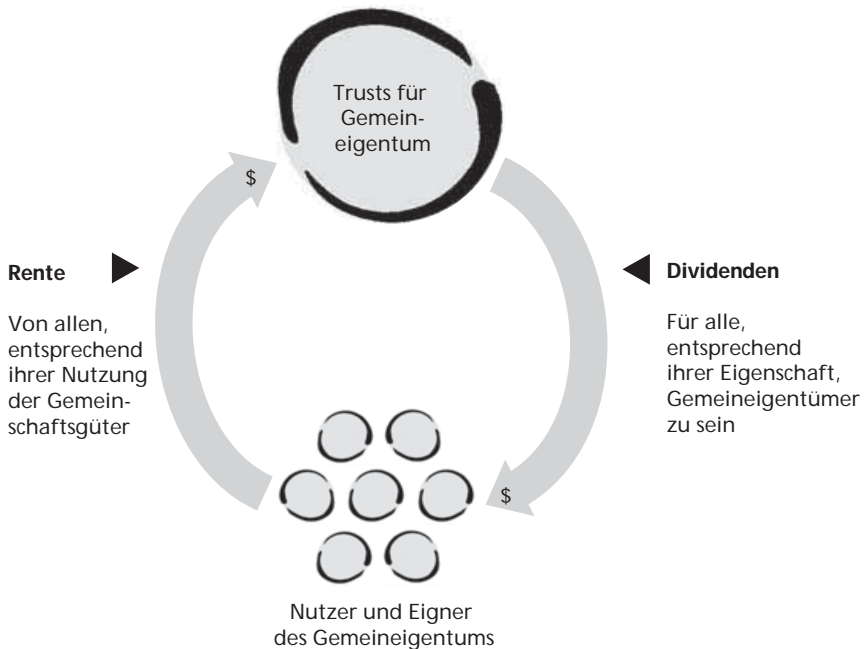
bensräume, Artenvielfalt, Müllaufnahmevermögen und unversehrte Ökosysteme.

Das bringt uns zu den Gemeineigentumsrechten zurück. Die Festlegung und Zumessung von Eigentumsrechten sind die wichtigsten Dinge bei der Bestimmung, wer wem wofür etwas zahlen soll. Wenn z.B. Verschmutzungsrechte den früheren Emittenten kostenlos überlassen werden, dann wird ihnen auch die Rente auf die schadstoffbelasteten Ökosysteme zufallen. Das ist deshalb so, weil die Preise für schadstoffbelastete Produkte steigen, während die Verschmutzung beschränkt ist (wir erinnern uns: bei konstanter Nachfrage wird eine Verknappung des Angebots die Preise erhöhen), und diese Preiserhöhung kommt den Produzenten zugute (das heißt also: den Emittenten). Würden Verschmutzungsrechte hingegen Trusts übertragen, welche die Geschädigten und künftige Generationen vertreten, und würden diese Trusts den Emittenten jene Rechte verkaufen, dann fiel die Gemeinschaftsrente nicht den Emittenten, sondern den Trusts zu. Teilten die Trusts dieses Geld dann einerseits in Pro-Kopf-Dividenden und andererseits in Investitionen in öffentliche Güter, so hätte jeder etwas davon.

Gegenwärtig erhalten Unternehmen, die die Umwelt verschmutzen, den Großteil der Gemeinschaftsrente – der bisherigen Vergabepraxis von Verschmutzungsrechten wegen. Die Gründe dafür, künftig den Trusts die Gemeinschaftsrente zu geben, sind allerdings zwingend. Würde dies geschehen, so hätten die Konsumenten die Gemeinschaftsrente nicht den Unternehmen oder der Regierung zu zahlen, sondern sich selbst, insofern sie Anspruchsberechtigte der Trusts für Gemeineigentum wären. Jeder Bürger erhielte die gleiche Dividende, seine Zahlungen jedoch wären davon abhängig, in welchem Umfang er schadstoffbelastete bzw. umweltbelastende Produkte kauft. Starke Umweltverschmutzer würden weniger zurückbekommen, als sie hineingesteckt haben, weniger starke Umweltverschmutzer hingegen erhalten mehr zurück. Die mikroökonomischen Anreize wären, anders gesagt, perfekt (siehe Abbildung 6.1).

Die makroökonomischen Anreize wären ebenfalls perfekt – was gleichfalls bedeutsam, aber weniger offensichtlich ist. Das heißt, es wäre im Interesse eines jeden, die Gesamthöhe der Umweltverschmutzung zu reduzieren. Erinnern wir uns, wie die Rente für knappe Gü-

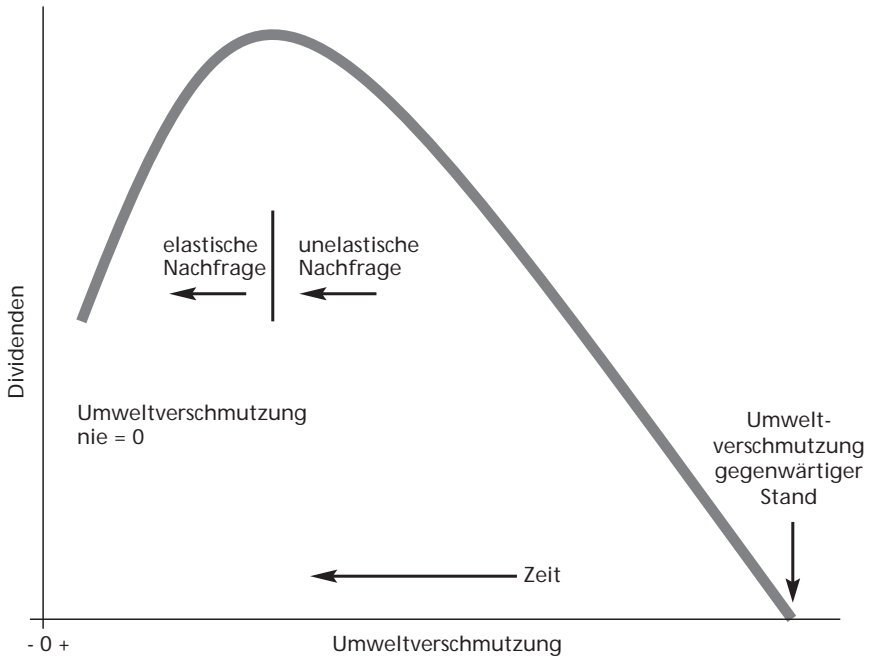
Abb. 6.1: Der durch Trusts vermittelte Kreislauf der Gemeinschaftsrente



ter funktioniert: Je geringer das Angebot, desto höher die Rente. Nun stellen Sie sich vor, Sie seien Treuhänder eines Ökosystems, wobei wir um des Arguments willen hier davon absehen, dass Sie verpflichtet sind, das Vermögen künftiger Generationen zu wahren. Hier interessiert, dass Sie die Dividenden erhöhen wollen. Werden Sie nun zu diesem Zweck die Anzahl der zu verkaufenden Verschmutzungsgenehmigungen erhöhen oder werden Sie diese reduzieren? Die korrekte, jedoch kontraintuitive Antwort lautet: Sie werden die Anzahl der Genehmigungen vermindern. Sie drehen die Umweltverschmutzung zurück – und wundersamerweise steigt die Rente wie auch jedermanns Dividende (siehe Abbildung 6.2).

Dieser makroökonomische Zusammenhang – weniger Umweltverschmutzung führt zu einem höheren Bürgereinkommen – ist der letzte K.-o.-Schlag, den die Trusts für Gemeineigentum austeilen. Er schließt die Interessen der heute Lebenden mit denen künftiger Generationen

Abb. 6.2: Weniger Umweltverschmutzung = höhere Dividende



zusammen, statt sie gegen diese zu stellen. Dadurch können wir einen Wandel hin zur Nachhaltigkeit planen, wobei der politische Nachdruck auf einer schnelleren Emissionsreduktion liegt.

Es gibt ein weiteres Argument für einen treuhandvermittelten Kreislauf der Gemeinschaftsrente. Die Rente geht von denen, die die Gemeinschaftsgüter übernutzen, an jene, welche diese moderat nutzen. Einkommen wird von den Reichen zu den Armen umverteilt. Dieser Zusammenhang ergibt sich, weil vermögende Haushalte im Durchschnitt die Gemeinschaftsgüter stärker in Anspruch nehmen, als diese durch die Haushalte der Armen beansprucht werden. Vermögende fahren schwere Geländewagen, nutzen Flugzeuge und müssen große Wohnungen heizen bzw. klimatisieren – sie verlagern also mehr Abfall in die Biosphäre. Untersuchungen des US-Kongresses und unabhängiger Ökonomen haben gezeigt, dass nur ein Rentenumlaufsystem wie das gerade beschriebene die Armen zu schützen vermag. Ohne ein solches

System werden *sie* die Gemeinschaftsrente bezahlen und dafür nichts bekommen. Sie werden, anders gesagt, noch ärmer.

Wie überall, so müssen auch hier einige Vorbehalte gemacht werden. Erstens sind die einkommensbezogenen Umverteilungseffekte gering, wenn die Gemeinschaftsrente – statt für Pro-Kopf-Dividenden genutzt zu werden – für öffentliche Güter genutzt wird.⁷¹ Das wird jedoch etwas wettgemacht, weil öffentliche Güter jedermann von Nutzen sind. Zweitens funktioniert der Mechanismus, demzufolge weniger Umweltverschmutzung die Dividende erhöht, nicht endlos. Nachdem schadstoffarme Technologien breite Verwendung gefunden haben, wird ab einem gewissen Punkt die Nachfrage nach Schadstoffaufnahmekapazitäten elastisch. Wird die Anzahl der zu verkaufenden Verschmutzungsrechte weiter reduziert, so sinken die Erträge der Bürger. Allerdings liegt dieser Punkt weit in der Zukunft, und wenn er einmal erreicht sein sollte, wird die Welt intakter sein. Aber auch dann werden die Treuhänder die Anzahl der Verschmutzungsberechtigungen nicht erhöhen können, ohne künftigen Generationen gegenüber unverantwortlich zu handeln.

Auswirkungen auf die Armut

Nunmehr kann ich eine kühne Behauptung aufstellen: Die gemeinsame Nutzung der Gemeinschaftsrente per Pro-Kopf-Dividenden ist nicht nur die beste Methode, unsere Wirtschaft in Einklang mit der Natur zu bringen, sondern auch der beste Weg, die Armut zu bekämpfen. Der Grund dafür besteht darin, dass kein anderer Geldtopf vergleichbarer Größe für die berechtigten Ansprüche der Armen zur Verfügung steht.

Die marktwirtschaftliche Vorstellung, der zufolge die am unteren Ende der Leiter es schon irgendwie, ohne Kapital oder Eigentum, schaf-

⁷¹ Ich gestehe, ich mag öffentliche Güter – jedoch nicht die Vorstellung, diese über die Gemeinschaftsrente zu finanzieren. Meiner Meinung nach sollte die Gemeinschaftsrente analog zu den Unternehmenseinkünften an die Eigentümer verteilt werden und alle persönlichen Einkünfte, egal welchen Ursprungs, dann einer progressiven Besteuerung unterliegen, womit schließlich öffentliche Güter bezahlt werden könnten. Die Zuweisung der Gemeinschaftsrente an öffentliche Güter ist eine versteckte Besteuerung der Armen und ein Zusatzgeschenk an die Reichen.

fen werden, sich aus der Armut zu befreien, ist einfach nicht mehr glaubwürdig. Gegen unser ökonomisches Betriebssystem haben sie schon lange keine Chance mehr. Daran hat auch die Globalisierung nichts geändert. Die Aussichten, die Armen durch Steuern und Ausgaben aus der Armut zu holen, sind nicht besser. Strategien dieser Art hatten wohl in der Johnson-Ära der 1960er Jahre ihren Höhepunkt. Ihr Ziel haben sie jedoch nicht erreicht.

Es ist machbar und effektiv, die Gemeinschaftsrente zu teilen, weil diese Maßnahme nicht allein – nicht einmal hauptsächlich – durch das Mitgefühl für die Armen motiviert ist. Der Impuls ist primär die Notwendigkeit, gefährdete Ökosysteme zu schützen. Wird dieses Problem in Angriff genommen, so stellt sich notgedrungen die Frage, wer die Gemeinschaftsrente erhalten soll. Wir können das erste Problem nur dann lösen, wenn wir uns auch mit dem zweiten beschäftigen. Dann wird zu entscheiden sein, ob wir den Armen – erneut – die Gemeinschaftsgüter wegnehmen oder sie an unserem gemeinsamen Erbe teilhaben lassen.

Der Anspruch der Armen auf die Gemeinschaftsrente ist natürlich kein anderer als der, den Mittelständler oder Vermögende erheben: Sie gebührt einem jeden. Jedoch würde die voll ausbezahlte Gemeinschaftsrente den Lebensstandard der Armen weit stärker heben als den der übrigen. Im Unterschied zu anderen Formen der Hilfe für die Armen kann die Gemeinschaftsrente auch nicht als Wohlfahrt verspottet werden. Technisch gesehen ist das unverdientes Einkommen, genauso wie auch ererbte Gewinnanteile aus Privatbesitz unverdientes Einkommen sind. Es handelt sich um Einkünfte aus Eigentum, die als universale Rechtsansprüche Anerkennung finden sollten. Das ist eine erfolversprechende politische Strategie wie auch ein solides ökonomisches Verfahren.

Verantwortlichkeit und Demokratie

Die Frage, die mir hinsichtlich der treuhänderischen Verwaltung der Gemeinschaftsgüter am häufigsten gestellt wird, lautet: *Wie sicher können wir sein, dass Treuhänder sich nicht wie Politiker dem Einfluss der*

Kapitalgesellschaften beugen? Obwohl es dafür keine Garantie gibt, sind doch, so ist meine Antwort, die Chancen, den Fängen der Unternehmen zu entgehen, im Falle der Treuhänder viel besser als im Falle gewählter Politiker.

Der hauptsächliche Grund dafür ist die Verantwortlichkeit. In der Welt der Kapitalgesellschaften sind Verantwortlichkeiten klar geregelt: Die Geschäftsführer haben den Aktionären gegenüber loyal zu sein. In der Welt der Regierung ist das weniger deutlich. Gewählte Amtsträger haben sich an die Verfassung zu halten, das ist aber auch alles. Auf welcher Seite sollten Politiker stehen im Falle von Konflikten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Umweltverschmutzern und Geschädigten, Wählern und Spendern, künftigen und gegenwärtigen Generationen? Hierfür gibt es weder Anforderungen noch Richtlinien. Als souveräne politische Akteure können gewählte Amtsträger tun, was sie wollen.

Es ist kein Zufall, dass Politiker auf diese Weise handeln. Die Gründungsväter wollten das so. Politiker hätten nicht die Funktion, beständig für diese oder jene Seite Partei zu ergreifen. Stattdessen sei es ihre Aufgabe, Streitigkeiten zwischen politischen Lagern zu schlichten, ohne Minderheiten zu benachteiligen. James Madison hat das in den »Federalist Papers« deutlich gemacht. Wähler könnten in regelmäßigen Abständen gewählte Amtsträger »feuern«, wenn eine Mehrheit sich so entscheiden sollte.⁷² Zwischen den Wahlen indes dürften sie Loyalität gegenüber einer bestimmten Anhängerschaft nicht erwarten. Dieser innersystemische Mangel an Loyalität ist es, der dem unternehmerischen Einfluss Tür und Tor öffnet – einem Machtfaktor, den die Gründungsväter nicht vorhersehen und nicht vorhersehen konnten.

Die Entscheidungsfindung von Richtern ist, das sollte betont werden, nicht in gleichem Maße ungebunden wie die von Mitgliedern der Legislative und Exekutive. Sind sie doch nicht allein dem Rahmenwerk der Verfassung verpflichtet, sondern darüber hinaus dem konkreten In-

⁷² Siehe dazu insbesondere Federalist Paper #10, The Union as a Safeguard Against Domestic Faction and Insurrection, New York Packet, 23. November 1787, www.foundingfathers.info/federalistpapers/fed10.htm. Hier werden die durch Fraktionsbildung hervorgerufenen Gefahren diskutiert sowie deren Minderung durch verfassungsmäßig verordnete »checks and balances«.

halt von Gesetzen, der diesen Rahmen füllt – mit seinen Tausenden von Seiten und Interpretationen. Sie mögen gelegentlich eine neue Interpretation wagen, jedoch bedürfen alle Neuinterpretationen der Überprüfung – es sei denn, die betreffenden Richter gehörten dem Obersten Gerichtshof an und wären dort in der Mehrheit.

Treuhänder sitzen mit den Richtern im selben Boot, statt wie Politiker frei in offenen Gewässern zu segeln. Ihnen sind die Hände gebunden, sowohl durch das Gesetz als auch durch die treuhänderischen Pflichten gegenüber den Anspruchsberechtigten. Was nicht heißt, dass sich damit alles von selbst versteht: Treuhänder, die in gleichem Maße loyal sind, können doch darüber uneins sein, was eher im Interesse der Anspruchsberechtigten wäre. Dennoch unterliegen sie gerichtlicher Überprüfung und können die Anspruchsberechtigten nicht allzu dreist betrügen.

Vertrackt hierbei nur, dass die Anspruchsberechtigten, denen gegenüber die Treuhänder loyal sein sollen – künftige Generationen, nicht-menschliche Arten und Ökosysteme –, stumm und machtlos sind. Wir müssen deshalb besondere Vorsicht walten lassen, wenn wir die Trusts für Gemeineigentum aufbauen. So sollten wir z.B. Treuhändern und Verwaltern strikte Befangenheitsregeln auferlegen und die freie Verfügbarkeit aller relevanten Informationen über die Trusts (einschließlich der geprüften Finanzberichte) via Internet zur Bedingung machen. Auch sollte für den Fall, dass ein Trust versagt, sichergestellt sein, dass die Vermögen nicht privatisiert, sondern einem ähnlichen Trust überantwortet werden. Trusts benötigen interne Kontrollinstanzen und Ombudsmänner. Externe Advokaten wie etwa gemeinnützige Organisationen müssen autorisiert sein, nicht lebende Anspruchsberechtigte zu vertreten, die ihrer Natur nach nicht in der Lage sind, Treuhänder zu verklagen. Die meisten Staaten übertragen diese Funktion ihren Generalbundesanwälten. Das aber ist angesichts des politischen Drucks, der auf Generalbundesanwälten lastet, eine untaugliche Entscheidung.

Für die Auswahl der Treuhänder gibt es keine Standardmethode. Sie können gewählt werden, von Außenstehenden ernannt werden, oder sie können sich selbst konstituieren und in ihrer Stellung erhalten, wie dies für Gremien vieler gemeinnütziger Organisationen gilt. So, wie es ist, ist das in Ordnung. Denn zu unserer Welt passt keine Einheitskon-

fektion. Wichtig ist nur, dass Treuhänder, sind sie erst einmal gewählt, eine sichere und (analog Richtern) sehr lange Amtszeit haben. Auch in anderen Hinsichten sollten Treuhänder den Richtern gleichen: Sie haben sachkundig zu sein, tadellos und rechtschaffen, gut vergütet und geehrt. Die Tätigkeit als Treuhänder eines Trusts für Gemeineigentum sollte als angesehene und ansprechende Berufung gelten.

Man könnte folgenden Einwand erheben: Indem wir Treuhänder vor einem direkten politischen Einfluss schützen, werden sie – und die Trusts allgemein – undemokratisch. Gleiches gälte dann allerdings auch für unsere Gerichte. Tatsache ist jedoch, dass es bestimmte Entscheidungen gibt, wirtschaftlicher und gerichtlicher Art, die vor Politik und Markt geschützt werden sollten. Überdies vertreten weder Regierung noch Unternehmen die Bedürfnisse künftiger Generationen, der Ökosysteme und nichtmenschlicher Arten. Trusts für Gemeineigentum hingegen können das leisten. So verstanden würden sie die Grenzen der Demokratie erweitern, anstatt sie zu verengen.

Kapitel 7

Universelle Geburtsrechte

*Wir halten diese Wahrheiten für ausgemacht,
dass alle Menschen gleich erschaffen wurden,
dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen
Rechten begabt wurden,
worunter Leben, Freiheit und das Streben nach Glück sind.*

*Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten
von Amerika, 1776*

Kapitalismus und Gemeinschaft sind keine natürlichen Verbündeten. Der Kapitalismus legt Nachdruck auf individuellen Erwerb und Konsum, womit er üblicherweise im Gegensatz zu den Bedürfnissen einer Gemeinschaft steht. Während es dem Kapitalismus um das Eigeninteresse und dessen Verwirklichung zu tun ist, geht es der Gemeinschaft um die Verbindung mit anderen, zuweilen auch um deren Unterstützung. Sie zieht ihre Impulse nicht aus Geldgewinn, sondern aus der Fürsorge, dem Überlassen und Teilen. Die Verwirklichung des individuellen Eigeninteresses ist der Glückseligkeit so wesentlich, wie es auch die Gemeinschaft ist. Niemand ist eine Insel, und keiner vermag ohne die Verbindung mit anderen glücklich zu werden. Damit stellt sich die Frage, wie sich Gemeinschaftlichkeit befördern lässt. Eine Ansicht ist, Gemeinschaftlichkeit lasse sich nicht befördern: Entweder sie entsteht spontan oder gar nicht. Einer anderen Vorstellung zufolge lässt sie sich durch öffentliche Schulen, Bauernmärkte, wohlthätige Gaben u.ä. stärken. Dass Gemeinschaftlichkeit in unser wirtschaftliches Betriebssystem integriert werden kann, wird hingegen kaum erwogen. In diesem Kapitel werde ich zeigen, wie das unter der Bedingung möglich ist, dass unser Betriebssystem einen intakten Gemeinschaftsgütersektor hat.

Die Spielregeln

Das sich konstanter Beliebtheit erfreuende Brettspiel *Monopoly* ist ein treffendes Abbild des Kapitalismus. Zu Beginn bewegen sich Spieler um ein Feld von Gemeinschaftsgütern und versuchen, so viel wie möglich davon zu privatisieren. Der Spieler, der das meiste privatisiert, gewinnt ausnahmslos.

Monopoly besitzt jedoch zwei Merkmale, die dem amerikanischen Kapitalismus gegenwärtig fehlen: Alle Spieler haben das gleiche Startkapital, und ein jeder erhält mit jeder Umrundung des Spielbretts 200 \$. Ohne diese Merkmale wäre das Spiel weder fair noch besonders aufregend. Kaum jemand würde es spielen.

Stellen wir uns zum Beispiel eine *Monopoly*-Version mit 20 Teilnehmern vor, bei der einer der Spieler mit 50% des Gesamtkapitals beginnt. Dieser Spieler würde nahezu immer gewinnen, andere fast augenblicklich aussteigen. Dennoch ist das, in nuce, der gegenwärtige US-Kapitalismus: Die oberen 5% der Bevölkerung besitzen mehr als die übrigen 95%.

Stellen wir uns jetzt ein Regelwerk vor, das den Kapitalismus den tatsächlichen *Monopoly*-Regeln annähert. Dieser Spielart zufolge erhielte jeder Spieler zwar kein gleiches Startkapital, wohl aber genug, um zwischen verschiedenen respektablen Karrieren wählen zu können. Jeder Spieler erhielte darüber hinaus einmal pro Jahr eine Gewinnausschüttung sowie eine einfache, erschwingliche Krankenversicherung. Diese Spielart des Kapitalismus brächte mehr Menschen mehr Glückseligkeit als unser gegenwärtiger Kapitalismus, und zwar ohne das Spiel in irgendeiner Weise zu ruinieren. Durch die Minderung ungleicher Ausgangsbedingungen und die Entlastung der Arbeitgeber von den Kosten der Krankenversicherung würde unsere Wirtschaft an Wettbewerbskraft und Produktivität gewinnen.

Wer diesen Vorschlag bezweifelt, möge sich die wirtschaftlichen Betriebssysteme des Profisports (im Baseball, Football und Basketball) anschauen. Jede Liga transferiert Geld von den reichsten zu den ärmsten Mannschaften und gibt Verlierermannschaften die Vorzugschance, neue Spieler einzusetzen. Sogar der konservative Kolumnist George Will findet dies vernünftig: »Es geht nicht darum, den Mannschaften

gleiche Einnahmen zu verschaffen, sondern solche, die ihnen immer wieder den Gewinn ermöglichen, wenn sie diese Mittel klug investieren.«⁷³ Ohne eine solche Einnahmeteilung hätten, so Will, die Mannschaften von 20 der 30 Städte der *Major League* keine Gewinnchance. Die Fans würden ihnen den Rücken kehren und auch die reichen Mannschaften zu Schaden kommen. Ein Zuviel an Ungerechtigkeit ist, anders gesagt, schlecht für jeden.

Die Idee der Geburtsrechte

Dem Anspruch des Königtums auf das Gottesgnadentum stellte John Locke die Idee entgegen, ein jeder Mensch habe ein ihm innewohnendes Recht auf *Leben, Freiheit* und *Besitz*. Thomas Jefferson hat, als er die Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten entwarf, daraus die Trinität von *Leben, Freiheit* und dem *Streben nach Glück* gemacht. Jefferson und seine Mitarbeiter waren sich einig, dass es sich dabei um unveräußerliche Gaben des Schöpfers handelte – leicht abgewandelt gesagt: *allgemeine Geburtsrechte*.

Die Verfassung und ihre Zusatzartikel haben diesen eleganten Rahmen ausgefüllt. Sie garantieren Geburtsrechte wie freie Rede, Rechtsstaatlichkeit, Habeas Corpus, zügige Gerichtsverfahren, die Sicherheit der Wohnung und des Eigentums. Vernünftigerweise bekräftigt der 9. Zusatzartikel der Verfassung der Vereinigten Staaten, dass die »Aufzählung bestimmter Rechte in der Verfassung ... nicht dahingehend ausgelegt werden [darf], dass durch sie andere, dem Volke vorbehaltene Rechte versagt oder eingeschränkt werden«. Ganz in diesem Geist sind seitdem weitere Rechte hinzugefügt worden.

Wenn wir die Erweiterung des Katalogs amerikanischer Geburtsrechte analysieren sollen, lassen sich mehrere Wellen ausmachen. Die erste bestand in Rechten gegenüber dem Staat. Die zweite beinhaltete Rechte gegen Ungleichbehandlung wegen der Rasse, der Nationalität, des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung. Die dritte Welle – die, historisch gesprochen, gerade erst beginnt – betrifft nicht Rechte ge-

⁷³ George Will, Field of Dollars, *Washington Post*, 28. Februar 1999, S. B 7.

gen Dinge, sondern Rechte *auf* Dinge, wie etwa öffentliche Bildung, Tarifverträge und Alterssicherheit. Man kann diese Rechte als notwendige Bedingungen für das Streben nach Glück betrachten.

Diese letzte Welle von Geburtsrechten stärkt Gemeinschaftlichkeit wegen des allgemeinen Charakters dieser Rechte. Kämen nur einige Amerikaner in den Genuss freier öffentlicher Bildung, so würden die damit verbundenen Ungerechtigkeiten uns spalten, statt uns als Nation zu einen.

Dank der Allgemeinheit dieser Rechte sitzen alle in einem Boot. Sie verteilt Risiken, Verantwortlichkeiten, Möglichkeiten und Lohn über Rassen, Geschlechter, soziale Klassen und Generationen hinweg. Sie bildet uns zur Nation aus, statt uns zu einer bloßen Ansammlung einzelner Individuen zu machen.

Die Allgemeinheit ist es auch, die den Bereich der Gemeinschaftsgüter vom unternehmerischen Bereich unterscheidet. Die Ausgangsposition im unternehmerischen Bereich besteht, wie wir gesehen haben, darin, dass die oberen 5% mehr Anteile halten als alle übrigen. Im Unterschied dazu ist die Ausgangsposition im Bereich der Gemeinschaftsgüter, dass alle gleiche Anteile besitzen: *one person, one share*.

Der Standardeinwand gegen diese dritte Welle allgemeiner Geburtsrechte besteht darin, dass gesagt wird, das sei ja theoretisch ganz nett, praktisch gesehen aber zu teuer. Würde dies doch »der Wirtschaft« eine untragbare Last aufbürden – d.h. den Gewinnern auf dem freien Markt. Viel besser sei es deshalb, jeder würde sich selbst zu helfen wissen, einschließlich der Kranken und der Kinder der Armen. Tatsächlich ist aber oftmals das Gegenteil wahr: Allgemeine Geburtsrechte können, wie zu zeigen sein wird, kostengünstiger und effizienter sein als individuelle Akquisition. Überdies sind sie in jedem Fall gerechter.

In welchem Maße sich der Katalog allgemeiner Geburtsrechte verlängern lässt, kann nur vermutet werden. Allerdings sind wir mittlerweile an dem Punkt angelangt, an dem wir es uns ökonomisch leisten können weiterzugehen. Ohne größere Schwierigkeiten lassen sich unserem wirtschaftlichen Betriebssystem drei weitere Geburtsrechte hinzufügen: Das erste würde einem jeden eine jährliche Dividende zahlen, das zweite einem jeden Kind ein Startkapital und das dritte die Behandlungskosten im Krankheitsfalle mindern und teilen. Ob wir diese Ge-

burtsrechte hinzufügen, ist keine Frage wirtschaftlicher Möglichkeit, sondern eine Frage der Grundhaltung und der Politik.

Warum Grundhaltung? Amerikaner leiden an einer Reihe von Verwirrungen. So glauben wir, es sei »falsch«, jemandem etwas »umsonst« zu geben, trotz der Tatsache, dass der Reichtum der Gemeinschaftsgüter von den Unternehmen ständig als etwas betrachtet wird, das umsonst zu haben ist. Auch sind wir der Überzeugung, die Armen seien arm und die Reichen reich, weil sie das jeweils so verdient hätten. Dabei sehen wir nicht, dass Millionen von US-Bürgern in zwei oder drei Jobs arbeiten und dennoch nicht über die Runden kommen. Auch denken wir, dass das Herumpfuschen an der »natürlichen« Einkommensverteilung »Sozialismus« wäre, einer riesigen Bürokratie oder irgendeiner anderen Manifestation des Bösen zu schulden sei – trotz der Tatsache, dass unsere gegenwärtige Einkommensverteilung überhaupt nicht »natürlich« ist, sondern von Beginn an aus unausgewogenen Eigentumsverhältnissen heraus arrangiert worden war.

Der vor einigen Jahren verstorbene John Rawls, einer der führenden Philosophen der Vereinigten Staaten, hatte zwischen *Prädistribution* von Eigentum und *Redistribution* des Einkommens unterschieden.⁷⁴ Bei der *Redistribution* von Einkommen wird Geld der »Gewinner« an die »Verlierer« gegeben. Unter den Gewinnern, die danach streben, Regierung und Medien zu kontrollieren, ist das nicht beliebt. Bei der *Prädistribution* von Eigentum hingegen werden gleiche Rahmenbedingungen dadurch geschaffen, dass Eigentumstitel verteilt werden, *ehe* Einkommen entsteht. Danach gibt es keine Notwendigkeit mehr für die *Redistribution* von Einkommen: Das Eigentum allein verteilt Einkünfte an alle. Während die *Redistribution* von Einkommen Abhängigkeiten erzeuge, stärke, so Rawls, die *Prädistribution* von Eigentum die eigene Befähigung.

Wie aber lassen sich Eigentumstitel verteilen, ohne dass man jemandes Eigentum einem anderen gäbe? Die Antwort liegt in den Gemeinschaftsgütern – ein Vermögen, das ohnehin einem jeden gehört.

⁷⁴ John Rawls, *A Theory of Justice*, Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1971; dt. *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. 15. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2006.

Durch die Aneignung (nicht jedoch Privatisierung) eines Teils davon kann aus einem jeden ein Eigentümer werden.

Interessant daran ist, dass wir aus rein ökologischen Gründen *gezwungen* sind, einen Teil des natürlichen Vermögens jetzt anzueignen (nicht jedoch zu privatisieren). Dieses Erfordernis des 21. Jahrhunderts gibt uns die Chance, den Planeten zu retten und – als Bonus – ein allgemeines Geburtsrecht draufzuschlagen.

Dividenden aus gemeinsamen Vermögen

Ein Polster aus sicherer Einkommensquelle ist eine wunderbare Sache. Es kann als Rücklage für schlechte Zeiten dienen wie auch dazu, in guten seinem Glück nachzujagen. Andere können dadurch animiert werden, Risiken zu übernehmen, sich um Freunde oder Verwandte zu kümmern oder freiwillig in der Gemeinde tätig zu sein. Familien mit geringem Einkommen wiederum hilft es dabei, lebensnotwendige Güter zu kaufen.

Fehlt jedoch ein sicheres Einkommen, so ist das eine schreckliche Sache. Unbehagen und Furcht nehmen dann zu. Wir werden der Fähigkeit beraubt, mit Krisen und Umstellungen zurechtzukommen. Viele Familien bringt das an den Rand der Armut. Armen wiederum wird es dadurch schwerer, vorwärts zu kommen.

Warum also geben wir nicht einem jeden, wie beim *Monopoly*, ein regelmäßiges Einkommen – nicht jedoch durch Redistribution von Einkommen, sondern durch die Prädistribution von Gemeineigentum? Ein Bundesstaat – nämlich Alaska – tut dies bereits. Wie vorne bereits bemerkt nutzt der *Alaska Permanent Fund* Einnahmen aus den Leasingvereinbarungen zur Ölgewinnung, investiert diese in Aktien, Rentenpapiere und ähnliche Vermögenswerte und zahlt aus diesen Beteiligungen jedem Einwohner jährliche Dividenden. Das Modell Alaskas lässt sich in jedem Staat und jeder Nation nutzen, ob es dort nun Öl gibt oder nicht. So ließe sich z.B. ein *American Permanent Fund* einrichten, der Alteingesessenen aller 50 Bundesstaaten gleiche Gewinnanteile auszahlt. Dies ließe sich damit begründen, dass wir gemeinsam viele wertvolle Vermögen besitzen.

Erinnern wir uns an unsere Erörterung zu den Trusts für Gemeineigentum. Diese Trusts sind in der Lage, die Verschmutzung zu reduzieren und Einnahmen aus sukzessive verknappten Verschmutzungsrechten zu erzielen. Je knapper letztere werden, desto teurer werden sie sein. Ein Weniger an Verschmutzung wäre gleichbedeutend mit höheren Einnahmen.⁷⁵ Mit der Zeit könnten dem *American Permanent Fund* so Dollarbeträge in Billionenhöhe zufließen.

Was könnten wir mit solchen gemeinsamen Einkünften anfangen? Die Abmachung hinsichtlich der Einnahmen aus dem Öl in Alaska lautet: Die Regierung erhält 75%, die Bürger 25%. Für einen *American Permanent Fund* würde ich eine Teilung zu gleichen Hälften vorziehen, und zwar deshalb, weil die Gewinnausschüttung an die Bürger von besonderer Bedeutung ist. Und ein Weiteres: Wird der Wert knapper Ökosysteme über Null angesetzt, so treibt das die Lebenshaltungskosten in die Höhe – wofür die Leute eine Kompensation benötigen. In Alaska war und ist das nicht der Fall. Auch würde ich dafür plädieren, die Gelder, die an die Regierung gehen, an spezifische öffentliche Güter zu binden, statt sie pauschal dem Finanzministerium zu überlassen. Damit wäre garantiert, dass öffentliche Beihilfen erkennbar sind. Auch würde dies Wählerschaften konstituieren, die willens sein werden, das System gemeinsam geteilter Einkünfte zu verteidigen.

Die Abfallentsorgung ist nicht die einzige Quelle, die ein *American Permanent Fund* anzapfen könnte. Man bedenke z.B. den substanziellen Beitrag, den die Gesellschaft zu den an der Börse gehandelten Werten beisteuert. Wie schon erläutert, lässt sich der Wert von Privatunternehmen erhöhen, indem Anteile auf dem organisierten Kapitalmarkt verkauft werden. Dieser Extrawert entsteht dem Unternehmen durch den erweiterten Markt möglicher Investoren, die nunmehr Anteile an ihm erwerben können. Wenn wir den Aktienmarkt im Ganzen mit 15 Billionen \$ bewerten, so beträgt der sozial geschaffene Liquiditätsbonus etwa fünf Billionen \$.

⁷⁵ Gegenwärtig erhalten Unternehmen von der US-Regierung wie auch verschiedenen Staaten Gratisrechte dafür, Schadstoffe in die Atmosphäre zu emittieren. Würden Politiker ein gemeinsam geteiltes Erbe mit neuen Eigentumstiteln belegen und diese wertvollen Vermögen dann einigen wenigen Unternehmen überlassen, so wäre dies schockierend. Aber genau das geschieht.

Gegenwärtig fließt der Großteil dieser 5-Billionen-\$-Gabe in die Taschen der 5% der Bevölkerung, die mehr als die Hälfte des gesamten privaten Reichtums besitzen. Wenn wir aber wollen, können wir das umfassender verteilen. Das lässt sich machen, indem wir Unternehmen dafür zur Kasse bitten, dass sie das öffentliche Handelssystem benutzen – so wie dies Investmentbanker tun. (Für jene, die noch nie in einen Börsengang involviert waren, sei gesagt: Während die Öffentlichkeit nahezu nichts für die Nutzung der Kapitalmärkte verlangt, fordern Investmentbanker saftige Gebühren. Sie sind wie noble Türsteher vor einem kostenfreien Palast.)

Die öffentlichen Gebühren könnten in bar oder durch Aktien entrichtet werden. Sagen wir, wir würden von börsennotierten Unternehmen verlangen, über eine zehnjährige Dauer jährlich ein Prozent ihrer Anteile in den *American Permanent Fund* einzuzahlen – also insgesamt 10% ihrer Anteile. Das wäre unser Preis nicht allein für die Nutzung des organisierten Kapitalmarkts, sondern auch für all die anderen Privilegien (beschränkte Haftung, permanentes Fortbestehen, Copyrights, Patente usw.), die wir gegenwärtig den Privatunternehmen gratis geben. Zu gegebener Zeit hätte der *American Permanent Fund* ein breit gefächertes Portfolio im Wert von mehreren Billionen \$ zusammengetragen. Wie sein Gegenstück aus Alaska könnte es jedem eine gleiche jährliche Dividende ausbezahlen. Der Wert des Schecks, den jeder bekäme, würde im Börsenwert steigen und sinken, ein Anstieg der Flut alle Boote heben. Die Vereinigten Staaten wären dann wahrlich eine »Gesellschaft von Eigentümern«. ⁷⁶

Ein Trust für die Chancengleichheit der Kinder

Vor nicht allzu langer Zeit, als ich in historischen Dokumenten für dieses Buch recherchierte, stolperte ich über folgenden Satz aus der *Northwest Ordinance* des Jahres 1787: »[D]as Vermögen jener Eigentümer, ob auf

⁷⁶ »Ownership society« – polemische Bezugnahme auf George W. Bushs im Jahre 2003 so genanntes Projekt einer primär durch Steuerkürzungen, allgemeiner aber durch den Ausbau marktwirtschaftlicher Mechanismen zu realisierenden Gesellschaftsreform. (A.d.Ü.)

dem genannten Territorium ansässig oder nicht, die, ohne ein Testament zu hinterlassen, sterben, soll auf deren Kinder und die Nachkommen eines verstorbenen Kindes übergehen und zu gleichen Teilen unter ihnen verteilt werden.«⁷⁷ Worum, so fragte ich mich, geht es hier?

Die Antwort war, wie mir bald bewusst wurde, das *Erstgeburtsrecht* – genauer gesagt die Abschaffung desselben in den Vereinigten Staaten. Jefferson, Madison und andere frühe Siedler glaubten, dass die feudale rechtliche Praxis, dem ältesten Sohn alles oder nahezu alles Eigentum zu vererben, in der Neuen Welt keinen Platz habe. Es ging nicht um die Gleichberechtigung von Frauen, diese kam erst später. Stattdessen ging es darum, wirtschaftliche Rahmenbedingungen anzugleichen und eine Daueraristokratie zu vermeiden.

Eine Nation, in welcher jeder etwas Eigentum besäße – in jener Zeit: Landeigentum –, war das, was Jefferson und seine Zeitgenossen im Sinn hatten. Eine solche Gesellschaft würde Arbeit und Verdienst honorieren, ererbte Vorrechte jedoch einschränken. Diese Vorstellung von Amerika war keine aus dem Ruder gelaufene Romantik, sondern schien angesichts der Weite des Westens realistisch. Was ihre Umsetzung später vereitelte, war die Landvergabe an Spekulanten und Eisenbahngesellschaften, der Aufstieg der Monopole und die gigantischen un versteuerten Vermögen der Räuberbarone des amerikanischen Industriekapitalismus.

Doch nun ins 21. Jahrhundert: Nicht länger Land-, sondern Kapitalbesitz bildet die Grundlage für den Großteil des Reichtums. Dennoch bleibt Jeffersons Vision einer Eigentümergesellschaft umsetzbar. Die Mittel dafür liegen nicht, wie George W. Bush irrtümlich behauptete, in der Privatisierung von *Social Security* und Krankenversicherung, sondern in der Garantie einer Erbschaft für jedes Kind. Ein im Übermaße reiches Land wie das unsrige kann überhaupt keinen Grund dafür geltend machen, dies nicht zu ermöglichen. (In der Tat wurde das in Großbritannien bereits umgesetzt. Jedes nach dem Jahr 2002 geborene britische Kind erhält einen von der Regierung ausgesetzten Trustfonds

⁷⁷ Für den Text aus der *Northwest Ordinance* des Jahres 1787 siehe: www.historicaldocuments.com/NorthwestOrdinance.htm. Das Zitat entstammt dem zweiten Teil.

von 440-880 \$ für Kinder der ärmsten 40% der Familien. Der durch den Fonds verdiente Zins ist steuerfrei.⁷⁸⁾

An dieser Stelle möchte ich eine kurze persönliche Bemerkung einflechten. Meine Eltern hatten nicht viel. Sie waren Kinder mittelloser Zuwanderer, arbeiteten hart, sparten und investierten – und bezahlten alle Gebühren für mein Studium an der Harvard-Universität. Später halfen sie mir, meine eigenen vier Wände zu kaufen und ein Unternehmen zu gründen. Ohne ihre finanzielle Hilfe hätte ich den Erfolg, den ich habe, nicht gehabt. Ich wiederum habe Trustfonds für meine beiden Söhne gebildet. Damit steht ihnen Geld für das College zur Verfügung, dafür, sich die eigenen vier Wände zu kaufen und, sollten sie das wünschen, ihr eigenes Unternehmen zu gründen. Anders gesagt, Geld für all das, was man braucht, um in einer kapitalistischen Gesellschaft vorwärts zu kommen.

Für mein Glück in wirtschaftlichen Belangen bin ich sehr dankbar – und hoffe, dass auch meine Söhne dies sein werden. Zugleich ist mir schmerzlich bewusst, dass das Schicksal meiner Familie alles andere als die Norm ist. Viele US-Amerikaner der zweiten, dritten oder sogar der siebten Generation haben wenige oder gar keine Rücklagen, die sie vererben können. Diese Kinder empfangen die Liebe und Fürsorge der Eltern, nicht jedoch das Geld, das sie heutzutage für eine vorzügliche Ausbildung benötigen, die Anzahlung eines Hauses oder die Realisierung einer Geschäftsidee. Einige wenige werden, ihres außergewöhnlichen Talents oder Glücks wegen, aufsteigen, die Mehrheit jedoch wird ihr Leben in der Treitmühle verbringen, Rechnungen zahlen und es dabei vielleicht schaffen, ein wenig für den Lebensabend auf die Seite zu legen. Ihren Söhnen und Töchtern wiederum droht das gleiche Schicksal.

Das muss nicht sein. Verschiedene Regierungsprogramme lassen sich vorstellen, um Menschen zu helfen, im Leben vorwärts zu kommen –

⁷⁸ Zu den britischen »Baby Bonds« siehe: Saving from Birth: Baby Bonds Are a Great Radical Idea, The Guardian, 11. April 2003; <http://society.guardian.co.uk/publicfinances/comment/0,,934537,00.html>. Siehe auch: Stuart White (Hrsg.), The Citizen's Stake: Exploring the Future of Universal Asset Policies, Bristol, U.K.: Policy Press, 2006.

kostenloser Zugang zu Colleges und Universitäten, G.I. Bills,⁷⁹ Wohn- geld usw. Diese Programme kommen und gehen, wie wir wissen, und ich hätte lieber mehr davon als weniger. Aber der einfachste Weg, Menschen beim Vorwärtskommen zu helfen, besteht darin, ihnen das zu geben, was meine Eltern mir gegeben hatten und ich meinen Söh- nen gebe: ererbte Geldmittel. Und der sicherste Weg, dies zu tun, be- steht darin, ein solches Erbe – gleich der *Social Security* – in unser wirt- schaftliches Betriebssystem einzubauen.

Als Jefferson Lockes *Besitz* durch das *Streben nach Glück* ersetzte, tat er das nicht, weil er die Bedeutung des Eigentums schmälern wollte. Ohne den Anspruch zu erheben, Jeffersons Gedanken lesen zu kön- nen, glaube ich doch, dass er Lockes Formulierung deshalb änderte, weil er darauf hinweisen wollte, dass Eigentum kein Zweck in sich selbst ist, sondern nur ein Mittel für das höhere Ziel der Glückseligkeit. Und in der Tat lässt sich die Bedeutung, die er und andere Gründungsvä- ter dem Eigentum beimaßen, im ganzen Verfassungstext sowie in den ersten Zusatzartikeln nachweisen. Glück, so dachten sie offensichtlich, mag das oberste Ziel sein, aber Eigentum ist von enormer Bedeutung dafür, es zu erreichen.

Wenn dies für das 18. Jahrhundert gegolten hat, so umso mehr für das 21. Jahrhundert. Das unveräußerliche Recht, nach Glück zu stre- ben, ist unter kapitalistischen Verhältnissen eher bedeutungslos, wenn man nicht zu Beginn eine gehörige Portion Geld hat. Und während *So- cial Security* ein Polster für den Lebensabend bereitstellt, bietet sie für den Beginn des aktiven Lebens nichts. Aus diesem Grunde benötigen wir hier etwas Neues.

Eine gemeinsame Kasse für den Start ins Leben muss anders als die *Social Security* finanziert werden. Kinder können ja nicht im Voraus ihr eigenes Erbe ansparen. Jedoch kann das gleiche Prinzip der Solidarität zwischen den Generationen Anwendung finden. Stellen wir uns einen intergenerationalen Überweisungsfonds vor, durch welchen die Ver-

⁷⁹ *G.I. Bill*, eigentlich *Servicemen's Readjustment Act* war ein gegen Ende des Zweiten Weltkrieges erlassenes Gesetz zur Wiedereingliederung ehemaliger Soldaten in das Berufs- und Zivilleben. Es beinhaltete eine Reihe unterstützender Maßnahmen wie erleichterte Kreditvergabe, Zahlung von Arbeitslosengeld und den erweiterten Zugang zu Bil- dungseinrichtungen, insbesondere Universitäten. (A.d.Ü.)

storbenen Geld nicht nur ihren eigenen, sondern *allen* Kindern hinterlassen. Der Fonds könnte die gegenwärtige Erbschaftssteuer ersetzen, die ohnehin unter Beschuss steht. Allerdings wäre, so glaube ich, die Abschaffung der Erbschaftssteuer ein schrecklicher Gedanke: Es ist die im ökonomischen Sinne am wenigsten störende und zugleich die denkbar beste progressive Steuer. Auch scheint es mir eine traurige Ironie zu sein, dass eine Nation, die mit der Abschaffung des Erstgeburtsrechts ins Leben trat, nunmehr kurz davor steht, eine dauerhafte Aristokratie des Reichtums zu kreieren. Abgesehen davon wäre ein Überweisungsfonds zwischen den Generationen ein passender Ersatz für den Fall, dass die Erbschaftssteuer tatsächlich abgeschafft würde.

Die Grundidee gleicht dem der Einkommensumverteilung im Profisport. Gewinner – also Millionäre und Milliardäre – zahlen Geld in eine Kasse (nennen wir diese »Trust für die Chancengleichheit der Kinder«), um es unter allen Kindern gleich zu verteilen und ihnen in der nächsten ökonomischen Spielrunde mehr Wettbewerb zu ermöglichen. Die Gewinner würden sich in diesem Fall ein Leben lang, statt nur für eine Spielzeit, ihres Reichtums erfreuen. Scheiden sie dann aus dem Leben, ginge z.B. die eine Hälfte ihrer Güter an ihre eigenen Kinder, während die andere unter alle Kinder verteilt würde. Ihr eigener Nachwuchs könnte immerhin noch vom dritten »Base«⁸⁰ aus starten, die übrigen wären damit aber zumindest im Spiel.

Diesem Plan zufolge würde kein Geld an die Regierung gehen. Stattdessen flösse jeder Penny zurück auf den Markt – vermittelt über die Bank oder ein von den Eltern verwaltetes Brokerage-Konto für neugeborene Kinder. Ich würde diese neuen Konten »Individuelle Erbschaftskonten« nennen. Zu den bereits bestehenden *Individual Retirement Accounts*⁸¹ wären sie das Gegenstück für den Start ins Leben. Nach Vollendung ihres 18. Lebensjahrs könnten die Kinder von diesen

⁸⁰ Barnes bezieht sich hier auf die Regeln des Baseballspiels: Wenn der Schlagmann (*Hitter*) den Ball ins Feld geschlagen hat, versucht er, die vier *Bases* auf dem Spielfeld im Kreis abzulaufen. Gelingt ihm dies, erzielt er einen Punkt (*Run*). Bekommt zwischenzeitlich die gegnerische Mannschaft den Ball unter Kontrolle, muss er auf der nächstliegenden *Base* verharren. Wer auf der dritten *Base* steht, ist also besser dran als jemand auf der zweiten Base. (A.d.Ü.)

⁸¹ *Individual Retirement Accounts* sind für die Altersvorsorge geschaffene, steuerbegünstigte Konten. (A.d.Ü.)

Konten Geld abheben, um ihre weitere Bildung, eine erste Wohnung oder den Einstieg ins Geschäftsleben zu finanzieren.

Beiträge für den Trust für Chancengleichheit der Kinder wären obligatorisch, zumindest für Vermögen oberhalb einer bestimmten Größe (sagen wir ein oder zwei Millionen \$). Aber solche Gaben, die man zum Lebensabend der Gesellschaft überlässt, sind völlig angemessen, wenn man bedenkt, wie viel vom Reichtum eines Millionärs in Wirklichkeit eine *Gabe der Gesellschaft* ist. Niemand hat dies treffender formuliert als Bill Gates Sr., der Vater eines der reichsten Menschen der Welt. »Wir leben in geordneten Verhältnissen. Die Märkte funktionieren, weil es ein Rechtssystem gibt, das sie stützt. Wir leben in Verhältnissen, in welchen Menschen Eigentum erwerben und sichern können. Menschen, die Glück haben, die befähigt sind und die Chance ergreifen können, in unserem Lande zu Reichtum zu kommen, stehen einfach in der Schuld gegenüber der Quelle ihrer Möglichkeiten.«⁸²

Ich mag dieses Band zwischen dem finanziellen Rücklauf am Lebensabend und dem Erbe für den Start ins Leben – wird dadurch doch auf schöne Weise das Hinscheiden einer Generation mit dem Heraufkommen einer neuen verbunden. Auch verknüpft es die Menschen, denen die Gesellschaft viel gegeben hat, mit jenen, die wenig erhalten haben. Darin steckt Gerechtigkeit wie Symmetrie.

Um die Sache abzurunden, gehe ich davon aus, dass die Beitragenden – die alle Millionäre oder Milliardäre sind – weniger verärgert über die Begleichung ihrer gesellschaftlichen Schulden sein werden, wenn ihre Rückzahlungen direkt an die Kinder gehen, statt an den *Internal Revenue Service*.⁸³ Den Trust für die Chancengleichheit der Kinder verstehen sie vielleicht als eine Art Wagniskapitalfonds, der in den zukünftigen Erfolg der Kinder investiert. Bei Wagniskapitalfonds wird angenommen, dass sich neun von zehn Investitionen nicht auszahlen, die zehnte sich jedoch in so hohem Maße rentiert, dass sie die Verluste der anderen mehr als ersetzt. Das würde auch für den Trust für die Chancengleichheit der Kinder gelten. Wenn jedes zehnte Kind ir-

⁸² Bill Gates Sr. auf einer Podiumsdiskussion am Urban Institute, 14. Januar 2003. Siehe: <http://taxpolicycenter.org/publications/template.cfm?PubID=8248>.

⁸³ Der *Internal Revenue Service* ist die für die Einziehung von Steuern sowie die Durchsetzung der Steuergesetze verantwortliche Behörde der US-Regierung.

gendwann in der Zukunft schließlich aus dieser Welt scheidet und dabei ein Vermögen hinterlässt, das groß genug ist, um die Investition »doppelt heimzuzahlen«, dann hat der Trust seine Existenz verdient. Und wer weiß? Vielleicht haben ja manche ein gutes Gefühl dabei, das Geld zurückzuzahlen.

Geteiltes Gesundheitsrisiko

Die gemeinsame Risikovorsorge (oder Sozialversicherung) hat gegenüber der individuellen Risikovorsorge einige Vorteile. Ein Vorteil ist ihre Allgemeingültigkeit: Ein jeder ist von ihr erfasst und sichert sich dadurch ein würdevolles Dasein. Ein weiterer besteht in ihrer Fairness. Sind nämlich die Risiken individualisiert, dann geht es manchen gut, anderen aber nicht. Es gibt dann Gewinner und Verlierer, wobei die Unterschiede erheblich sein können.

Die Prinzipien der Sozialversicherung gelten in den Vereinigten Staaten für die Risiken von Altersarmut, kurzzeitiger Arbeitslosigkeit und Erwerbsunfähigkeit. In jeder anderen westlichen Demokratie gelten diese Prinzipien für diese wie auch für die Gesundheitsrisiken. Die Vereinigten Staaten bieten eine allgemeine Krankenversicherung nur für Menschen, die 65 Jahre und älter sind. Der Einschluss aller Bürger in die Krankenversicherung wäre eine weitere Säule des Sektors der Gemeinschaftsgüter und würde uns als Nation stärken.

Für die Leser in den Vereinigten Staaten ist es sinnvoll zu wissen, wie eine allgemeine Krankenversicherung funktioniert. Nehmen wir als typischen Fall unseren nördlichen Nachbarn. Im Jahre 1984 verabschiedete das kanadische Parlament einstimmig den *Canada Health Act*, der zu dem Zweck konzipiert worden war, allen Einwohnern Kanadas notwendige Dienstleistungen der Krankenhäuser und Ärzte zugänglich zu machen – und zwar auf Grundlage der Vorauszahlung. Nunmehr unterhält jede Provinz ihr eigenes Versicherungsprogramm auf der Basis von fünf bundesweit geltenden Prinzipien.

- *Allgemeingültigkeit*: Alle Einwohner sind erfasst.
- *Vollständigkeit*: Alle medizinisch erforderlichen Dienstleistungen werden abgedeckt.

- *Gemeinnützigkeit*: Der Plan einer jeden Provinz ist gemeinnützig.
- *Zugänglichkeit*: Beiträge sind erschwinglich oder subventioniert.
- *Übertragbarkeit*: Die Leistungen bleiben garantiert, auch wenn eine Person verweist.

Auch verbietet der *Canada Health Act* praktischen Ärzten, Sonderzahlungen zu verlangen. Somit ist das System unglaublich einfach. Für Routineuntersuchungen brauchen Kanadier nur ihre Gesundheitskarte vorzuweisen. Es müssen keine Formulare ausgefüllt und keine Rechnungen bezahlt werden. Finanziert wird das System durch eine Kombination von Geldmitteln des Bundes und der Provinzen. Die Provinzen wiederum bringen ihre Gelder zum Teil dadurch auf, dass sie monatliche Beiträge verlangen.

Ich habe die monatlichen Aufschläge im Jahre 2005 für eine vierköpfige Familie in Kalifornien (auf Grundlage von *Aetna*⁸⁴) und in British Columbia (auf Grundlage des Gesundheitsplans der Provinz) miteinander verglichen. Für die kalifornische Familie betrug bei einem Alter des Familienvorstandes von 45 Jahren die Rate 1.045 \$; eine kanadische Familie hingegen musste 88 \$ bezahlen, unabhängig vom Alter der Eltern (siehe Abb. 7.1). Nachlässe für Familien mit niedrigem Einkommen sind möglich.

Bemerkenswert ist, dass es (im Unterschied zu Großbritannien) in Kanada keinen staatlichen Gesundheitsdienst gibt. Alle im Gesundheitssystem Beschäftigten arbeiten selbständig oder für private Kliniken. Die Patienten können ihre Ärzte, das übrige Personal sowie Krankenhäuser frei wählen. Einzig die gemeinsame Risikovorsorge wird hier den Gemeinschaftsgütern hinzugefügt.

Im Resultat erhalten alle Kanadier medizinische Leistungen und damit einen Teil ihrer Seelenruhe zu Pro-Kopf-Kosten, die etwa 45% niedriger liegen als unsere. Kanada verwendet weniger als zehn Cent eines jeden in das Gesundheitswesen investierten Dollars für die Verwaltung, wir hingegen geben dafür nahezu 30 Cent aus (ohne dass dies die Zeit und Kraft einschliesse, welche den Patienten durch Schreibarbeiten und andere Formalitäten abverlangt wird). Wichtiger noch: Un-

⁸⁴ *Aetna* ist einer der bedeutendsten Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen in den Vereinigten Staaten. Das Unternehmen ist im *Standard & Poor's*-Index der 500 größten börsennotierten Unternehmen gelistet. (A.d.Ü.)

Abb. 7.1: Gesundheitsfürsorge in Zahlen; die USA und Kanada

	USA	Kanada
Geschätzte Aufwendungen pro Kopf (2004, in US-\$)*	6.040 \$	3.326 \$
Ausgaben für die Verwaltung (prozentual, 1999)**	26%	10%
Monatliche Aufschläge für eine vierköpfige Familie	1.045 \$	88 \$
Lebenserwartung Männer (in Jahren)***	75,29	78,65
Lebenserwartung Frauen (in Jahren)	81,13	83,81
Kindersterblichkeit (pro 1000 Geburten)	6,4	4,7

* Stephen Heffler/Sheila Smith/Sean Keehan/Christine Borger/M. Kent Clemens/Christopher Truffer, U.S. Health Spending Projections for 2004–2014, *Health Affairs*, 23. Februar 2005.

** Steffie Woolhandler/Terry Campbell/David Himmelstein, Costs of Health Care Administration in the U.S. and Canada, *New England Journal of Medicine*, 21. August 2003.

*** *CIA World Factbook*, 2006, für die Lebenserwartung der Männer wie der Frauen (Kanada: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/ca.html#People>, USA: <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/us.html#People>). (Zahlen aktualisiert, A.d.U.)

ser Gesundheitssystem erhält uns nicht einmal gesund. Die Kindersterblichkeitsrate ist bei uns höher als in Kanada, unsere Lebenserwartung niedriger, und wir haben anteilsmäßig mehr Menschen, die an Übergewicht, Krebs, Diabetes und Depressionen leiden. Dies alles wird durch die Tatsache gekrönt, dass 45 Millionen von uns überhaupt nicht krankenversichert sind.⁸⁵

Was lehrt uns dieser Vergleich? Die Sozialversicherung gibt den Mitgliedern einer Gesellschaft die Möglichkeit, normale Risiken kostengünstiger und effizienter zu minimieren, als eine Privatversicherung dies vermag. Aus diesem Grund ist sie ein wichtiges Stück der gesellschaftlichen Infrastruktur, insbesondere dann, wenn die Absicherung umfassend sein soll. Einige der Einsparungen verdanken sich dem Skaleneffekt sowie den geringen Vermarktungs- und Verwaltungskosten. Andere ergeben sich aus der Unkompliziertheit und der Abwesenheit von Profit.

⁸⁵ Für Informationen zu Fettleibigkeit, Diabetes und Depression siehe: www.newstarget.com, zum Krankenversicherungsschutz in den Vereinigten Staaten: <http://www.census.gov/prod/2006pubs/p70-106.pdf>. Zu den Kosten des Gesundheitswesens in den Vereinigten Staaten siehe: Paul Krugman, The Medical Money Pit, *New York Times*, 15. April 2005, op. ed. Seite.

Dividenden für jedermann?

Behauptung: Gewinnausschüttungen an jedermann untergraben die Arbeitsethik.

Erwiderung: Dies mag für den Fall sehr hoher Dividenden stimmen, nicht aber dann, wenn sie auf eher moderatem Niveau liegen. Solche Dividenden würden das Arbeitseinkommen nicht ersetzen, sondern nur ergänzen. Gleichwohl hätten die Menschen dann mehr Zeit für unvergütete Arbeit zu Hause oder in ihren Gemeinden. Eigentlich lassen sich sogar Gründe dafür anführen, die Arbeitsethik nicht mehr ganz so wichtig zu nehmen. Da immer mehr Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden, ist nicht zu erwarten, dass alle US-Amerikaner ihre Jobs behalten werden. Sollten sich einige von ihnen für weniger Arbeit entscheiden, so wäre das möglicherweise eine gute Idee.

Behauptung: Jemandem Geld »umsonst« zu geben, schadet der Wirtschaft.

Erwiderung: Unsere Wirtschaft bezahlt ja bereits viele Leute fürs Nichtstun oder dafür, dass sie ziemlich nutzlose Sachen machen. Andererseits bezahlt sie manchen viel zu viel dafür, dass sie nützliche Sachen machen. Nichts davon schadet der Wirtschaft, solange das gezahlte Geld nur ausgegeben oder investiert wird. In der Tat könnte es unsere Wirtschaft befördern, Leute »für nichts« zu bezahlen – wir müssen dazu nur begreifen, dass zur Wirtschaft mehr gehört als das, was im Bruttoinlandsprodukt auftaucht. Gäbe es ein kleines Polster nichterarbeiteter Einkünfte, würden viele Menschen wieder zurück an die Schule gehen, ein Kleinunternehmen gründen, mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen, ihren künstlerischen Impulsen nachgehen oder sich am Gemeindeleben beteiligen. Eine jede dieser Aktivitäten trüge zum Wohl unserer Nation bei.

Behauptung: Höhere Preise für Naturgüter mindern den Lebensstandard.

Erwiderung: Sicherlich würden die Preise für viele Dinge einschließlich Benzin und Strom steigen, wodurch viele, insbesondere arme Menschen, gezwungen wären, davon weniger zu konsumieren. Allerdings würde der Preisanstieg durch die Dividenden aufgewogen. Viele ständen am Ende besser da. Auch könnte es Beihilfen für Härtefälle geben, wie auch Zuschüsse, die Menschen dabei helfen, ihre Häuser zu isolieren. Schließlich würden neue, naturverträgliche Technologien die gegenwärtig genutzten ersetzen. Der Lebensstandard bliebe gewahrt oder würde steigen.

Kapitel 8

Auf dem Weg zu einer gemeinsam geteilten Kultur

*Wer durch meinen Gedanken belehrt wird,
nimmt ihn mir damit nicht,
wie auch jemand, der seine Kerze an meiner entzündet,
Licht empfängt, ohne das meine zu trüben.*

Thomas Jefferson, 1813

Bislang habe ich mich mit den Gemeinschaftsgütern der Natur und der Gemeinschaft beschäftigt. In diesem Kapitel nun möchte ich den dritten Arm des breiten Flusses der Gemeinschaftsgüter erkunden – die Kultur. Damit meine ich die von uns ererbten Gaben von Sprache, Kunst und Wissenschaft, wie auch die Beiträge, die wir während unseres Lebens dazu leisten.

Kultur ist ein gemeinsames Unterfangen – eine Koproduktion – von Individuen und Gesellschaft. Mozarts Sinfonien sind wie die Songs von Lennon und McCartney Werke enormer Begabung. Zugleich entstammen diese Werke auch der Gesellschaft, in welcher der Begabte lebt. Die Instrumentierung, das Notationssystem und die vorherrschenden musikalischen Formen sind der Teig, aus dem die Komponisten ihre Kuchen backen. Gleiches gilt für Ideen. Alle Denker und Schriftsteller greifen auf Geschichten und Entdeckungen zurück, die von zahllosen Männern und Frauen vor ihnen erzählt bzw. gemacht worden sind. Isaac Newton paraphrasierend könnte man sagen, dass jede Generation deshalb etwas weiterzublicken vermag, weil sie auf den Schultern ihrer jeweiligen Vorgänger steht. In diesem Sinne bedient sich jede Neuerung der Gemeinschaftsgüter, um diese späterhin selbst zu bereichern. Um Kunst und Wissenschaft lebendig zu halten, haben wir sicherzustellen, dass für sie Sorge getragen wird.

Darüber hinaus sind kulturelle Gemeinschaftsgüter – im Unterschied zum Großteil der natürlichen – unerschöpflich. Shakespeares Stücke lassen sich wieder und wieder »nutzen«, ohne sie dadurch zu mindern. Das Gleiche ließe sich über die Ideen Newtons, Beethovens Streichquartette wie auch die Informationen des *World Wide Web* sagen. Es ist sogar so, dass der Wert, den wir diesen Gaben zumessen, im Ausmaß ihrer Nutzung steigt. Und dank der Technik – von Gutenbergs Druckerpresse über Marconis Radio bis hin zum weltumspannenden Internet – ist es zunehmend einfacher, an diesem Reichtum teilzuhaben.

Leider werden diese Gemeinschaftsgüter heute, gleich denen der Natur und der Gemeinschaft, von den privaten Kapitalgesellschaften umstellt. Es besteht die Gefahr, dass diese den Boden auszehren, auf dem Kultur wächst. Das Gegenmittel wäre, die Gemeinschaftsgüter der Kultur wieder zu Kräften zu bringen.

Wer zahlt für Kultur?

Künstler und Wissenschaftler müssen essen. Früher wurden sie von Mäzenen unterstützt. Mäzene fördern sie auch heute noch, gleiches tun Regierungen und Universitäten. Diese Gaben reichen in der Summe allerdings nicht hin. Woher also kann zusätzliches Geld kommen? Die möglichen Antworten haben nicht nur Auswirkungen auf die Quantität von Kunst und Wissenschaft, sondern tangieren auch deren Qualität.

Betrachten wir zuerst die Literatur. In der Zeit vor Gutenberg wurden Bücher von Hand kopiert, hauptsächlich von Mönchen. Auch gab es nicht viele. Als dann der Buchdruck Verbreitung fand, verkauften Autoren den Druckereien ihre Schriften für einen Pauschalpreis. Die Druckereien wiederum verkauften davon so viele Exemplare wie möglich und kassierten den Gewinn.

Der Erlass von Queen Anne, der vom englischen Parlament im Jahre 1710 verabschiedet worden war, gab den Autoren ein Anrecht auf ihre Werke, zu Ungunsten der Druckereien.⁸⁶ Das Anrecht bestand in einem

⁸⁶ Zum Erlass von Queen Anne siehe: de.wikipedia.org/wiki/Statute_of_Queen_Anne, der Erlass im Wortlaut auf www.copyrighthistory.com/anne.html. Weitere Hinweise zur

Exklusivrecht für die Dauer von 14 Jahren, verbunden mit der Option einer Verlängerung um die gleiche Dauer. Danach fielen Werke in die Rubrik, die wir heute »lizenzfrei« (bzw. »Public Domain«) nennen. Ein jeder konnte diese dann neu drucken, ohne dem Autor dafür einen Ausgleich zahlen zu müssen. Dahinter stand der Gedanke, Autoren hinreichend zu bezahlen, um sie zum Weiterschreiben zu animieren. Nachdem sie jedoch ordentlich entlohnt worden waren, sollte das Schrifttum preiswert eine möglichst weite Verbreitung finden.

Ein maßgeblicher Fürsprecher dieser neuen Anordnung war John Locke. Wie im Falle des Grundeigentums suchte Locke die Interessen des Arbeiters, der Wert anreichert, mit denen der Gemeinschaftsgüter, die diesen Wert speichern und teilen, ins Gleichgewicht zu bringen. In einem Memorandum an das Parlament behauptete er, es sei »der Gelehrsamkeit gegenüber ungebührlich und schädlich«, Exklusivrechte für den Druck klassischer Texte zu vergeben. Die »Freiheit eines jeden, diese zu drucken, ist mit Sicherheit der Weg, sie preiswerter und in höherer Qualität zu erhalten«. Was die »heute lebenden und schreibenden Autoren« betrifft, schlägt Locke vor, »deren Eigentum auf eine bestimmte Anzahl von Jahren ... nach der Erstauflage des Buches zu beschränken«.

In diesem Geiste autorisierte die Verfassung der Vereinigten Staaten den Kongress, »den Fortschritt der Wissenschaft und nützlichen Künste zu befördern, indem er Autoren und Erfindern für beschränkte Zeit das ausschließliche Recht auf ihre jeweiligen Schriften und Erfindungen gewährt«. Kurz danach, im Jahre 1790, verschaffte das erste Urheberrechtsgesetz der Vereinigten Staaten den Autoren die gleichen Abmachungen wie in Großbritannien: ein Exklusivrecht für die Dauer von 14 Jahren mit der Option einer Verlängerung für weitere 14 Jahre. Danach wurden ihre Werke lizenzfrei, also Teil der »Public Domain«.⁸⁷ Es ging hierbei weniger darum, die Rechte auf geistiges Eigentum zu erweitern, als ihnen vielmehr Grenzen zu setzen. In der Tat wurde das, was wir heute »geistiges Eigentum« nennen, damals als ein durch den

»Public Domain« finden sich auf der Website des Center for the Study of the Public Domain an der Duke Law School, www.law.duke.edu/cspd/index.html.

⁸⁷ Zur »Public Domain« siehe: Paul Starr, *The Creation of the Media*, New York: Basic Books, 2004, S. 118.

Staat gewährtes Alleinverkaufsrecht betrachtet, nicht jedoch als ein Recht, das einem Urheber zusteht.

Über nahezu zwei Jahrhunderte funktionierte dieses Arrangement glänzend. Auf keiner Seite des Atlantiks mangelte es an Schöpferkraft. Allerdings begannen vor etwa 30 Jahren große Unterhaltungsunternehmen, dieses Gleichgewicht zwischen dem lizenzfreien, öffentlichen Geltungsbereich und dem privaten zugunsten des letzteren zu ändern. Unter Führung der Walt Disney Company drängten Unternehmen den Kongress, die Geltungsbedingungen des Urheberrechts zu erweitern: erst auf 75 Jahre, danach auf 95 Jahre. (Die Erweiterungen erfolgten immer dann, wenn Micky Maus kurz davor stand, lizenzfrei zu werden.) Eine Konsequenz dessen ist die Marginalisierung der »Public Domain«; die Unternehmen profitieren von den Gemeinschaftsgütern, ohne ihnen etwas zurückzugeben. Eine weitere besteht in einem Wandel der Kulturerfahrung: Heutzutage konsumieren wir Kultur, statt an ihr zu partizipieren.

Was nicht heißt, dass kommerzielle Kunst schlechte Kunst ist: Vieles von dem, was Hollywood produziert, ist erstaunlich gut. Das Problem besteht darin, dass die massiven Werbe- und Vertriebsbudgets kommerzieller Kunst in der Tendenz dazu führen, lokale und lebendige Kunst zu verdrängen. Diese Kunstformen sind intimer, spontaner und experimentierfreudiger; lokale Kunst erzeugt überdies nicht nur unter Künstlern Gemeinschaftlichkeit, sondern auch im Publikum. Die große

Disney-Filme, die dem öffentlichen Geltungsbereich, der »Public Domain«, entzogen sind:

Aladin, Atlantis – Das Geheimnis der verlorenen Stadt, Die Schöne und das Biest, Cinderella/Aschenputtel, Davy Crockett, Sleepy Hollow, Hercules, Der Glöckner von Notre Dame, Das Dschungelbuch, Oliver Twist, Pinocchio, Robin Hood, Schneewittchen und die sieben Zwerge, Dornröschen, Die drei Musketiere, Die Schatzinsel, Der Wind in den Weiden

Disney-Filme, die dem öffentlichen Geltungsbereich, der »Public Domain«, hinzugefügt wurden:

Keine

Herausforderung besteht darin, über beides – diese Kunst wie auch die kommerzielle Kunst – verfügen zu können.

Man kann sich eine Kultur mit freien Konzerten in öffentlichen Parks vorstellen, mit Lesungen in Schulen und Bibliotheken, unabhängigen Theatern und Filmemachern, Wandgemälden und Skulpturen, die lokale Künstler in öffentlichen Räumen ausstellen – und das alles im gedeihlichen Nebeneinander mit kommerzieller Kunst. Es gäbe keinen Mangel an Künstlern, die an einer solchen Kultur teilnehmen würden, und es gäbe ein Publikum, das sie zu schätzen wüsste. Die Frage ist allein, wie man das bezahlt.

Wir benötigen eine Parallelwirtschaft für nichtkommerzielle Kunst. Glücklicherweise gibt es dafür Beispiele, wie das *San Francisco Grants for the Arts*-Programm, das aus einer Steuer auf Hotelzimmer finanziert wird. Seit dem Jahre 1961 hat dieses Programm mehr als 145 Millionen \$ an Hunderte von gemeinnützigen Kulturorganisationen verteilt. Dies ist ein Hauptgrund für das pulsierende Leben dieser Stadt, mit freien Konzerten, Wandgemälden, Filmfestivals und Theateraufführungen in öffentlichen Parks.

Dann gibt es den im Jahre 1948 eingerichteten *Music Performance Trust-Fonds*. Um einen Streit mit der Musikergewerkschaft beizulegen, hatte sich die Musikindustrie bereit erklärt, minimale Geldsummen in einen Fonds einzuzahlen. Diese Beträge stammen aus Verkaufsgebühren von Musikproduktionen und dienen der Unterstützung von Konzerten in Parks, an Schulen und anderen öffentlichen Orten. Der Fonds wird bis heute von einem unabhängigen Treuhänder verwaltet. Im Jahre 2004 förderte er mehr als 11.000 öffentliche Konzerte überall in den Vereinigten Staaten und Kanada. Dank dieses Systems unterstützt die kommerzielle Musik mit den von ihr erzielten Umsätzen die nichtkommerzielle Kultur, von der die Musikindustrie letztlich abhängt.

Nach diesem Prinzip könnte man fortfahren. Auf der Suche nach möglichen Einkommensquellen ließe sich in Betracht ziehen, was Unternehmen wie Walt Disney dank ihrer Urheberrechte so alles erhalten. Sie erhalten – über einen Zeitraum von 95 Jahren – einen Urheberrechtsschutz für ihre Filme, sie erhalten die FBI-Warnungen auf unseren DVDs, die Hilfe der US-Regierung bei der globalen Ausdehnung geistiger Urheberrechte und die Hilfe der Polizei, die die Straßenhändler

verhaftet, die Raubkopien von DVDs verkaufen. Diese Art Schutz ist einen Haufen Geld wert. Aber der ausgewiesene Preis dafür ist exakt Null. (Natürlich bezahlen die meisten Unternehmen Steuern, aber das tut jeder andere auch.)

Wie wäre es, wenn man statt des kostenlosen Urheberrechtsschutzes eine Nutzungsgebühr auf Verkäufe von elektronisch reproduzierter Musik, Filmen und Videospielen einforderte? Ergänzen ließe sich dies durch Auflagen, die man Rundfunkstationen und Werbefirmen dafür machte, dass sie exklusive Sendelizenzen erhalten bzw. in unsere Hirne eindringen (siehe dazu das folgende Kapitel). Die Milliardenbeträge, die das einbrächte, könnten mittels eines *National Arts Trusts* unter lokalen Kunstgremien verteilt werden, die wiederum damit künstlerische Einrichtungen in den Gemeinden sowie Künstler unterstützen würden.

In diesem System würden die Unternehmen den Gemeinschaftsgütern, deren sie sich bisher gebührenfrei bedienen, etwas zurückgeben. Es gäbe mehr lebendige und lokale Kunst, eine größere Anzahl von Künstlern könnte engagiert werden. Wie hätten kommerzielle und authentische Kunst zugleich.

Wie mit Werbung umzugehen wäre

Mußzeit ist mir kostbar. So ärgert es mich, wenn mir Außenstehende aufs Geradewohl irgendwelche *Thneeds* andrehen, in mein Gehirn eindringen wollen. Mein Ärger nimmt zu, sollten sie versuchen, die Köpfe meiner Kinder zu okkupieren. Was sie für sich als Freiheit der Rede beanspruchen, erfahre ich als Angriff auf die Freiheit meiner Gedanken. Millionen andere sehen dies ähnlich. Wie Kalle Lasn geschrieben hat, ist »unsere geistige Umwelt ein Gemeinschaftsgut wie die Luft und das Wasser. Wir müssen sie vor missliebigem Zugriff schützen.«⁸⁸

Die Werbung – damit meine ich alle Formen kommerzieller Sensationgier – gehört zur dunklen Seite des Überflusskapitalismus. (Das

⁸⁸ Kalle Lasn, *Culture Jam: The Uncooling of America*, New York: William Morrow, 1999, S. 13.

sage ich als jemand, der während seiner Unternehmerkarriere in geringem Maße zu dem Lärm beigetragen hat.) Es handelt sich dabei um eine dieser Grenzgängeraktivitäten, die bis zu einem bestimmten Grade notwendig oder zumindest akzeptabel sind, jedoch gefährlich werden, wenn sie außer Kontrolle geraten. Das Problem besteht darin, dass Werbung unaufhaltsam eskaliert. Jedes neue Produkt muss sich anzeigen. Und schlimmer: Je lauter das Umgebungsgeräusch ist, desto mehr hat jede Werbung zu schreien, um überhaupt nur gehört werden zu können. Falls irgendetwas eine »Tragödie der Gemeinschaftsgüter« ist, dann dies (obwohl auch in diesem Falle die Gemeinschaftsgüter Opfer, nicht aber Ursache sind).

Hier sind einige wenige statistische Angaben, die bestätigen, was ohnehin jeder weiß. Kinder in den Vereinigten Staaten haben bis zum Alter von fünf Jahren im Durchschnitt 100.000 Fernseh-Werbeanzeigen gesehen. Bis zu ihrem Lebensende kommen dann noch zwei Millionen dazu. Im Jahre 2002 haben Werbeleute mehr als 87 Milliarden Postwurfsendungen verschickt, 51 Milliarden Telemarketing-Anrufe getätigt und 84 Milliarden Spams versandt. Einer im Jahre 2004 von Yankelovich durchgeführten Umfrage zufolge fühlen sich 65% der US-Amerikaner »permanent durch ein Übermaß an Werbung und Vermarktung bombardiert«.⁸⁹

Werbung ist keine zufällige Beeinträchtigung, die einem durch einen anderen geschieht, sie ist der anhaltende Übergriff vergleichsweise weniger Unternehmen (das heißt der ca. 100, die den Großteil der Werbung fabrizieren) auf alle übrigen Menschen. Diese Unternehmen möchten ihre Umsätze erhöhen – und sind tatsächlich auch *gezwungen*, dies zu tun –, wozu sie den Zugriff auf unsere Köpfe brauchen. Allerdings ist Muße eine knappe Ressource. Wir haben davon nur soundso viele Stunden pro Tag und nur soundso viele Tage im Leben. Dieser Knappheit wegen ist jede durch Werbung belegte Neurominute eine weniger für unsere eigenen Gedanken und Gefühle. Jede

⁸⁹ Stuart Elliott, New Survey on Ad Effectiveness, *New York Times*, 14. April 2004, www.nytimes.com/2004/04/14/business/media/14adco.html?ex=1146110400&en=89e6a892cb8b31c8&ei=5070. Weitere Informationen zur Werbung finden sich unter www1.medialia-teracy.com/stats_advertising.jsp#perceptions.

Werbung produziert somit eine Gelegenheitseinbuße, die die Werbewirtschaft uns jedoch nicht vergütet.

Werbung hat noch andere Nebeneffekte. Sie lenkt unsere Aufmerksamkeit auf teure Markenprodukte, lässt uns Schnellgerichte dem gesunden Essen vorziehen und Geld ausgeben, statt zu sparen. Sie schädigt unser Selbstwertgefühl, indem sie uns suggeriert, nie genug zu haben oder nicht gut genug auszusehen. Und letzten Endes mindert sie unseren natürlichen Reichtum durch zunehmende Umweltverschmutzung und die Erschöpfung der Ressourcen.

Als Individuen können wir einiges tun, um uns vor der Werbung zu schützen. So können wir unseren Fernseher abstellen, Spams löschen und Werbepost in die Umwelttonne werfen. Das dämpft jedoch nicht den kollektiven Lärm und mindert auch kaum die externen Kosten, die durch Werbung entstehen. Um hier etwas zu ändern, bräuchten wir gesamtwirtschaftliche Lautstärkereglung.

Gegenwärtig gibt es solche Regler nicht. Obwohl die Übertragungsfrequenzen dem Volk gehören, gibt es keine Behörde, die der Fernsehwerbung zeitliche Schranken auferlegt. Bis zum Jahre 1982 hielten sich die großen Sendeanstalten freiwillig an den Verhaltenskodex, in der Hauptsendezeit die Werbung auf 9,5 Minuten pro Stunde zu beschränken. Danach übernahm die Profitmaximierung das Ruder und die Sendeanstalten ließen den Kodex fallen. Heute beinhaltet eine Stunde zur Hauptsendezeit etwa 42 Minuten Inhalt und 18 Minuten Werbung – also nahezu das Doppelte der Werbeintensität von vor zwei Jahrzehnten.⁹⁰

Warum verwalten wir Werbung nicht so, wie wir physische Umweltverschmutzung verwalten oder verwalten könnten? Wenn Unternehmen unsere Köpfe verschmutzen wollen, so müssten sie für das Recht, dies zu tun, bezahlen. Wie im Falle physischer Verschmutzung könnte die Transaktion durch einen Trust ausgehandelt werden. Der Hüter unserer mentalen Gemeinschaftsgüter würde Obergrenzen für die Gesamtstörmengemenge festlegen und den Unternehmen dann handelbare Werbeerlaubnisse verkaufen. Unsere psychischen Kosten fänden ihren

⁹⁰ Gary Levin, Ad Glut Turns Off Viewers, *USA Today*, 12. Oktober 2005, www.usatoday.com/printedition/life/20051012/d_cover12.art.htm.

Niederschlag in den finanziellen Kosten der Werbeagenturen. Dies ergäbe ein Weniger an Werbung und ein Mehr an Seelenfrieden, aber auch mehr Geld für werbefreie Sender und die Kunst – sollten wir die Einkünfte dafür verwenden wollen.

Ein solcher Emissionsrechtehandel für Werbung könnte noch in anderer Hinsicht von Nutzen sein. Gegenwärtig gibt es nur ein makroökonomisches Ventil zur Regulation der Gangart der Wirtschaft: den Zugriff der Zentralbank auf das Geld. Droht die Wirtschaft heißzulaufen, erhöht sie die Zinssätze; droht die Wirtschaft an Schwung zu verlieren, senkt sie diese. Das Problem mit diesem Ventil ist nur: Es hat unliebsame Nebenwirkungen. Steigen nämlich die Zinssätze, dann steigen auch die Kreditkartenrechnungen und Hypotheken, worunter Millionen Haushalte zu leiden haben. Würden wir jedoch eine heißlaufende Wirtschaft durch die Reduktion des Werbevolumens dämpfen, so hätten wir den Nutzen höherer Zinssätze, ohne deren Nachteile in Kauf nehmen zu müssen. Die Haushalte würden weniger kaufen und dabei sogar noch Geld sparen.

Die Übertragungsfrequenzen

Übertragungsfrequenzen, auch bekannt als Ätherwellen, sind eine Gabe der Natur, die dank moderner Technik zu einer wertvollen Ressource geworden sind. Als Medium für die Verbreitung von Informationen und Ideen bieten Übertragungsfrequenzen gegenüber Papier und Kabeln erhebliche Vorteile. In der Frühzeit dieser Technik gab es das Problem, dass Radiosignale einander oftmals überlagerten. Wenn zwei benachbarte Sendeanlagen dieselben oder nahezu dieselben Frequenzen nutzten, hörte man die beiden Sender gleichzeitig. Die Vereinigten Staaten haben dieses Problem (anders als Großbritannien und Kanada) durch die exklusive Vergabe von Frequenzen an private Radiosender gelöst, wobei diese Zuteilung der periodischen Anhörung und Erneuerung bedarf.

Das Quidproquo für diese Gabe bestand laut dem *Communications Act* des Jahres 1934 darin, dass Radiosender dem »öffentlichen Interesse, Nutzen und Bedürfnis« dienen sollten – was immer das bedeutet.

Die Übertragungsfrequenzen selbst würden – zumindest theoretisch – öffentliches Eigentum bleiben, wobei die *Federal Communications Commission* (wiederum theoretisch) als Treuhänder zu agieren hätte.

Dieses Arrangement ließ die Privatsender wachsen, machte sie groß und profitabel. Als dann mit der Zeit die Einnahmen wuchsen, schwand ihre Verpflichtung, dem öffentlichen Interesse zu dienen. In den 1980er Jahren verzichtete die *Federal Communications Commission* auf die Fairness-Verpflichtung, die Sendestationen anwies, in einer kontroversen Angelegenheit beiden Seiten Gehör zu verschaffen. Bildungsprogramme verloren gleichfalls an Bedeutung.

In den 1990er Jahren sorgte die Verbreitung von Mobiltelefonen erneut für eine enorme Nachfrage nach Übertragungsfrequenzen. Statt den Mobiltelefongesellschaften diese Frequenzen gratis zu überlassen, entschied sich der Kongress klugerweise für deren Versteigerung und verschaffte dem Bundesfinanzministerium damit Dollarbeträge in Milliardenhöhe. Jedoch kämpften die Sendeanstalten hart um weitere Senderfrequenzen, die sie dann im Jahre 1996 vom Kongress auch erhielten, angeblich für das Digitalfernsehen. Dies war das 70-Milliarden-\$-Geschenk, das ich weiter oben erwähnt hatte.

Mittlerweile macht es die Digitaltechnik »intelligenten« Empfängern möglich, allein die Signale auszulesen, die sie brauchen. Signalüberlagerung gehört damit (bald) der Vergangenheit an – womit dann exklusive Sendelizenzen überflüssig sind. Übertragungsfrequenzen könnten somit zu öffentlich zugänglichen Gemeinschaftsgütern mit nahezu unbegrenzter Kapazität werden. Angesichts dessen sind Sendeanstalten, Telefon- und Fernmeldeunternehmen äußerst besorgt.

Einige Sendeanstalten haben eine andere Idee. Sie sähen die Übertragungsfrequenzen gern privatisiert und sich selbst als deren Eigentümer. Diesem Plan zufolge würden aus den freien Lizenzen, die sie für das Digitalfernsehen erhalten hatten, schließlich permanente, für jeden Zweck nutzbare Ansprüche. Diese Ansprüche könnten sie dann den Mobiltelefongesellschaften verkaufen und den unverdienten Geldsegen in die eigene Tasche stecken. Die großen Gewinner wären *General Electric (NBC)*, *Disney (ABC)* und Rupert Murdoch (*Fox*). Zu den übrigen Nutznießern gehörten Pat Robertson (*Christian Broadcasting Network*) und Lowell »Bud« Paxon. Als er von einem Reporter gefragt wurde,

warum er Dollarbeträge in Millionenhöhe für den Verkauf öffentlicher Übertragungsfrequenzen erhalten solle, antwortete Paxson: »Ich war ein Farmer und hatte Erfolg. Jetzt wollen sie ein Einkaufszentrum auf meinem Farmland errichten. Gott segne Amerika!«⁹¹

Würde der Kongress die Übertragungsfrequenzen als gemeinsames Vermögen betrachten, so könnte der Großteil dieser Frequenzen zu Marktkonditionen befristet an die Meistbietenden vermietet und die damit erbrachten Beträge in Milliardenhöhe dazu genutzt werden, politischen Kandidaten freie Sendezeit zu geben, gemeinnützige Fernseh- und Rundfunkstationen zu finanzieren sowie die Künste zu unterstützen.

Andererseits könnte der Kongress die Übertragungsfrequenzen auch zu frei zugänglichen Gemeinschaftsgütern erklären, wie dies Verkehrsstraßen schon sind. Mit Hilfe von Technologien wie etwa Wi-Fi (bzw. WLAN) wäre es jedem dann nahezu kostenlos möglich, einen Breitband-Internetzugang zu erwerben. Zu Anfang des Jahres 2006 setzen nahezu 150 Städte in den Vereinigten Staaten Wi-Fi-Netzwerke ein oder planen deren Aufbau. Diese Bestrebungen werden allerdings dadurch behindert, dass die den Wi-Fi-Netzwerken zugewiesenen Frequenzen weniger weit reichen als jene, die an die Sendeanstalten vergeben worden sind, und auch Hauswände weniger gut durchdringen. Eine Gruppe Senatoren hat einen Gesetzesentwurf eingebracht, um ungenutzte Fernsehkanäle für Wi-Fi zu öffnen – der jedoch auf den hartnäckigen Widerstand von Sendeanstalten, Telefon- und Fernmeldeunternehmen trifft.

Das Internet

Das Internet ist ein von Menschen gemachtes Gemeinschaftsgut, das in jeder Hinsicht unbegrenzt nutzbar ist. Es ist wohl die bemerkenswerteste technologische Errungenschaft des 20. Jahrhunderts – denn es revolutioniert auf einen Schlag Handel, Gesellschaft und Kultur. Wie andere wertvolle Gemeinschaftsgüter auch wird es von privaten Kapi-

⁹¹ www.tvtechnology.com/features/Bigpicture/f-FB-DTV.shtml.

talgesellschaften begehrt. Der Kampf wird in den kommenden Jahren zwischen denen ausgefochten werden, die große Teile des Internets privatisieren wollen, und jenen (unter ihnen viele Unternehmen), die möchten, dass es so frei, universell und offen wie möglich bleibt. Ungewöhnlich ist dabei, dass dies eines der wenigen Schlachtfelder ist, auf denen die Gemeinschaftsgüter einen Anfangsvorteil haben. Eine der möglichen Konfliktlinien betrifft den Zugang – insbesondere die Überbrückung des »letzten Kilometers« zwischen dem Internet und den Millionen Menschen (weltweit Milliarden), die es noch nicht nutzen, es aber nutzen *könnten*. Zu Beginn des Internetzeitalters wurde der letzte Kilometer normalerweise durch das Telefon realisiert. Der Nutzer wählte sich bei einem Internetprovider ein und meldete sich dort an. Weil jedoch Telefonkabel für die menschliche Sprache ausgelegt sind, können sie keine großen Datenmengen mit hoher Geschwindigkeit übertragen. Zur rechten Zeit begannen Fernmeldeunternehmen, Internetnutzern stärkere Kabel anzubieten. Telefongesellschaften ließen sich ebenfalls etwas einfallen: ein »DSL« genanntes System, das mehr Daten durch ihre dünnen Kabel presst. Es gibt also heute zwei gute Wege, um einen Breitbandzugang zum Internet zu bekommen – falls man es sich leisten kann, ca. 30 \$ pro Monat dafür zu zahlen, respektive 360 \$ im Jahr. Weil sich das aber nicht jeder leisten kann, sind wir mit dem konfrontiert, was manche eine »digitale Kluft« nennen – eine finanzielle Barriere, die den allgemeinen Zugang verhindert.

Hier kommen nun die Übertragungsfrequenzen ins Spiel. Mit Digitalsignalen ist es mittlerweile möglich, den letzten Kilometer zum Internet durch die der Öffentlichkeit zugehörigen Übertragungsfrequenzen zu überbrücken. Darüber hinaus wäre dies unglaublich kostengünstig, würde man Techniken wie Wi-Fi dafür nutzen. Gleichzeitig steht uns ein weiterer technischer Durchbruch bevor: Das Internet – einschließlich des letzten kabellosen Kilometers – wird bald »dick« genug sein, um Daten, Telefongespräche und Fernsehbilder übermitteln zu können. Mit einer kleinen öffentlichen Investition ließen sich theoretisch all diese Dienstleistungen bis vor die Tür eines jeden bringen. Es gäbe dann keinen Bedarf mehr an privaten Fernsehsendern, Telefongesellschaften und Fernmeldeunternehmen. Die so genannte Datenautobahn wäre, analog öffentlichen Straßen, wirklich offen und frei.

Das ist eine außergewöhnliche Chance. Die US-Bürger zahlen ca. 300 Milliarden \$ pro Jahr für Telefon und Kommunikationsverbindungen. Davon ließe sich vielleicht die Hälfte einsparen – was etwa einer Netto-lohnerhöhung um ca. 1.000 \$ jährlich für jeden Werktätigen entspräche. Wäre das nicht ein Grund zum Feiern?

Auch würde die unternehmerische Seite der Volkswirtschaft vom allgemeinen Internetzugang profitieren, womit wir ein weiteres Beispiel dafür hätten, dass Gemeinschaftsgüter positive externe Effekte haben. Man stelle sich eine städtische Einkaufsstraße vor oder die Hauptstraße einer Kleinstadt. Die Verkäufer auf diesen Straßen sind auf Laufkundschaft angewiesen: je mehr Passanten, desto höher die Umsätze. Sollte irgendjemand Eintrittsgebühren erheben wollen, würden die Händler Alarm schlagen. Gleiches gilt für das Internet. Jeder, der über das Internet Geschäfte abwickelt, möchte ein Mehr an Datenverkehr. Das Internet allen zugänglich zu machen, wäre das Beste, was Händlern passieren könnte.

Eine Ausnahme ist natürlich das Telefon- und Kabel-Duopol. Diese mächtigen Unternehmen haben in verschiedenen Bundesstaaten Gesetze durchgedrückt, die es den Städten untersagen, kabellose Internetdienste anzubieten. Auch haben sie ein gleichartiges Verbot im Kongress unterstützt. Die Unternehmen sind der Meinung, ihr Recht auf Profit steche das Recht der Konsumenten aus, Geld zu sparen, wie auch das der Städte, ihren Bürgern zu dienen. Immer noch kaufen ihnen viele Politiker dieses Argument ab. Somit ist das Ende dieser Geschichte noch offen. Ein ähnlicher Angriff droht möglicherweise dem, was »Netzneutralität« genannt wird. Gegenwärtig behandelt das Internet alle Inhalte wie das Telefonsystem: nämlich gleich. Niemandes Daten werden benachteiligt, keiner genießt bevorzugte Behandlung – eines jeden Website wird genauso behandelt wie die von *Google*. Dennoch möchten Fernsprech- und Telefonunternehmen ein zweistufiges Internet schaffen, wobei einige Inhalte-Anbieter sich dann mit geringerer Datengeschwindigkeit begnügen müssten, während andere – die den Telefon- und Fernsprechgesellschaften dafür Geld zahlen – High-speed-Zugänge erhalten könnten. Den Gesellschaften würde dies größere Erträge verschaffen. Die digitale Kluft zwischen kommerziellen Inhalte-Anbietern und allen übrigen wäre dann jedoch permanent.

Patentiert unwissenschaftlich

Auch die Wissenschaft ist mit der Einhegung von Gemeinschaftsgütern konfrontiert. Die Absichten der Gründungsväter waren auch auf diesem Feld klar. Benjamin Franklin, der nicht auf den Kopf gefallen war, wenn es ums Geld ging, hatte jedoch nie die Absicht, seine berühmteste Erfindung – den »Franklin-Ofen« – patentieren zu lassen. »Wie uns die Erfindungen der anderen zu großem Vorteil gereichen«, schrieb er, »sollten wir uns gleich ihnen glücklich schätzen, anderen mit unseren Erfindungen nützlich zu sein.«⁹² Für Thomas Jefferson, den ersten Leiter der US-Patentbehörde, bestand das Ziel seines Amtes darin, Patente *publik* zu machen, nicht jedoch darin, diese zu schützen. So hat er während seiner Amtszeit fast die Hälfte aller Anträge abgelehnt. (Eli Whitneys *Cotton Gin*⁹³ schaffte es jedoch.)

Wie im Falle des Urheberrechts funktionierte der strenge Umgang mit dem Patentrecht lange Zeit reibungslos. Das 19. und frühe 20. Jahrhundert hindurch mangelte es den US-Bürgern nicht an Erfindungs-gabe (auch wenn nicht vergessen werden sollte, dass wir während der Anfangsjahre technologisch vieles von den Briten gestohlen hatten). Allerdings ist von der Jahrhundertmitte an bis zur Gegenwart aus dem Patentieren so etwas wie ein nationaler Zeitvertreib geworden. Dank dem *Bayh-Dole Act* aus dem Jahre 1980 konnten sich Universitäten mit Steuermitteln subventionierte Forschungen patentieren lassen, um dann Unternehmen Lizenzgebühren für diese Patente in Rechnung zu stellen. Das hat die Schleusen geöffnet: Das Geld der Unternehmen drängte massenhaft in die Forschungslabore und mit ihm kam die Unternehmermentalität. Während Wissenschaftler in früherer

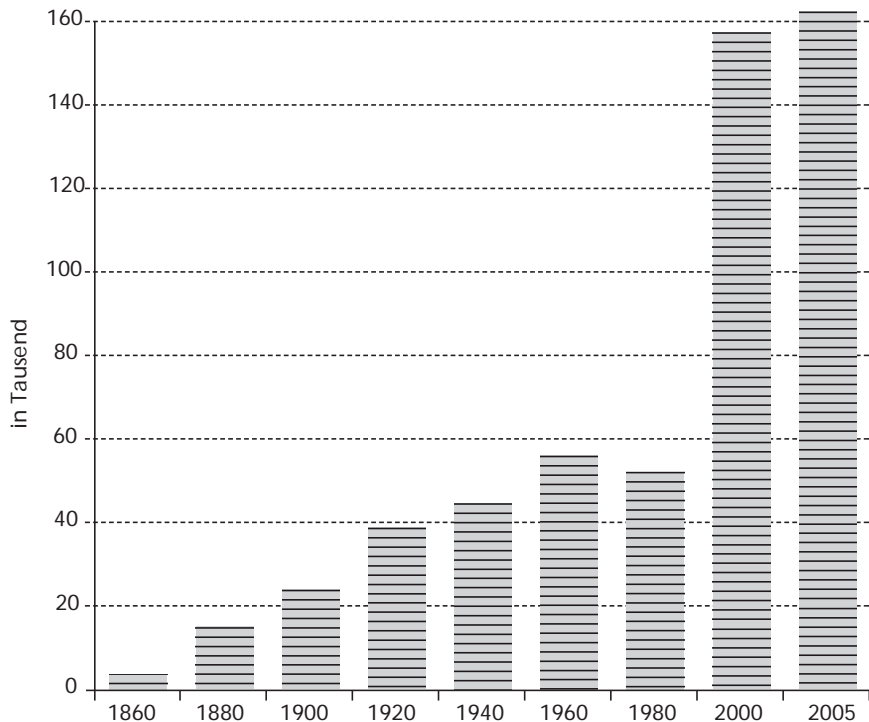
⁹² Der *Franklin stove* war ein mit Metall ausgeschlagener, zur Frontseite hin offener Kamin, der weniger Rauch, jedoch mehr Wärme produzierte als sonstige – zumeist offene – Feuerstätten im 18. Jahrhundert. Hierzulande weit bekannter dürfte eine andere Erfindung Franklins sein: der Blitzableiter. Das Zitat findet sich unter http://en.wikipedia.org/wiki/Franklin_stove. (A.d.Ü.)

⁹³ *Cotton Gin* war eine durch den Erfinder Eli Whitney konstruierte Maschine zur mechanischen Reinigung der Baumwollfasern von Samenkapseln und Samen. Dieses auch »Egreniermaschine« genannte und damals von Hand oder mit Pferdekraft betriebene Gerät hat im 19. Jahrhundert die Baumwollproduktion erheblich verbessert, weil es das manuelle Auslesen der Fasern überflüssig machte. (A.d.Ü.)

Zeit ihre Entdeckungen öffentlich mitteilten, fürchten nun viele deren öffentliche Diskussion. Denn sie wollen verhindern, dass ihnen jemand beim Patentamt zuvorkommt. Heute, so sagen einige, sei die Geheimniskrämerei so groß und das eigentumsrechtliche Paragrafengestrüpp so dicht, dass sich der Fortschritt akademischer Forschung spürbar verlangsamt habe.

Die US-Patentbehörde zieht mit und verleiht Patente für alles mögliche – vom Interneteinkauf mit einem Klick bis hin zu 99% natürlichen Genen. Oft erwerben Unternehmen Patente nicht, um sie zu entwickeln, sondern um gegen andere prozessieren zu können, die das möglicherweise tun. Abb. 8.1 zeigt die dramatische Zunahme von Patenten, die in den letzten Jahrzehnten erteilt worden sind.

Abb. 8.1: Patente in den USA, 1860-2005



Quelle: U.S. Patent and Trademark Office

Konsumenten und Steuerzahler sind gleichfalls betroffen. Dank der Patente können Pharmaunternehmen über einen Zeitraum von bis zu 20 Jahren nach Einführung eines neuen Medikaments Monopolpreise verlangen. Angeblich sei das zum Nutzen der Gesellschaft, denn dies stimuliere den Forschungsbetrieb. Dem *Center for Economic Policy Research* zufolge übertreffen die Kosten den Nutzen bei weitem. Pharmaunternehmen geben pro Jahr etwa 25 Milliarden \$ für Forschung aus. Von denen gehen jedoch ca. 70% in die Entwicklung von Nachahmermedikamenten – die ohne eigene signifikante Heilwirkung produziert werden.

Die US-Regierung könnte 100% der Forschung, die Neuland betritt, allein aus den Rücklagen von *Medicare* und *Medicaid* finanzieren – und die resultierenden Medikamente dann für lizenzfrei erklären. Darüber hinaus würde die Kostensenkung für Medikamente den Konsumenten Einsparungen bringen, die auf einen Betrag im dreistelligen Milliardenbereich pro Jahr hinausliefen.⁹⁴

Um die Wissenschaft von dieser Kontrolle durch die Unternehmen zu befreien, bedarf es einer zweifachen Herangehensweise: Erforderlich sind striktere Standards für die Patentvergabe und eine größere Anzahl öffentlicher Forschungsfonds (verbunden mit dem Vorbehalt, dass mit öffentlichen Mitteln geförderte Entdeckungen gemeinnützig bleiben). Die Erfolgsgeschichte öffentlich geförderter Forschung ist in der Tat phänomenal. Die gesamte Computerindustrie ist vom *US Army Ordnance Corps* hervorgebracht worden, das im Jahr 1945 den ersten Digitalrechner produzierte. Gleichfalls wurde das Internet in den 1980er Jahren von der *Defense Advanced Research Projects Agency* und der *National Science Foundation* geschaffen. Die moderne Welt ist ohne einen dieser Durchbrüche schwer vorstellbar, wie es auch schwer vorstellbar wäre, dass das Internet z.B. *Verizon* oder *Time Warner* gehörte.

⁹⁴ Dean Baker, The Reform of Intellectual Property, *Post-Autistic Economics Review*, Juli 2005, www.paecon.net/PAEReview/issue32/Baker32.htm.

Erst stärken, dann ausbauen

Die Lehre aus diesem Kapitel ist, dass alle drei Sektoren der Gemeinschaftsgüter – Natur, Gemeinschaft und Kultur – gleichermaßen von den Kapitalgesellschaften angegriffen werden und daher zu stärken sind. Wie man dies tut, hängt von der Besonderheit der jeweiligen Gemeinschaftsgüter ab. Wenn die Gemeinschaftsgüter knapp oder bedroht sind, dann sollten wir deren gehäufte Nutzung beschränken, Eigentumsrechte auf Trusts übertragen und Nutzern Marktpreise abverlangen. Sind die Gemeinschaftsgüter jedoch unbegrenzt (wie etwa Kultur, Internet oder Übertragungsfrequenzen), so stehen wir vor der entgegengesetzten Herausforderung: nämlich den größten Nutzen für die größte Anzahl zu geringst möglichen Kosten zu gewährleisten. Knappheit dort zu erzeugen, wo dies nicht notwendig ist, wird unserem Wohl nicht zuträglich sein, sondern es schmälern.

Sowohl bei den begrenzten wie den unbegrenzten Gemeinschaftsgütern stehen die Algorithmen der Unternehmen und der Gemeinschaftsgüter im Konflikt miteinander. Bezogen auf die begrenzten Gemeinschaftsgüter fordert der unternehmerische Algorithmus: Nimm davon, so viel du willst und so schnell wie möglich, weil andernfalls andere statt deiner dies tun werden. Der Algorithmus der Gemeinschaftsgüter hingegen besagt für diesen Fall: Schütze die Gaben für künftige Generationen, erweitere sie, so weit dir das möglich ist, und lebe vom Einkommen statt vom Grundkapital. Auf die unbegrenzten Gemeinschaftsgüter bezogen, fordert der unternehmerische Algorithmus: Reduziere den Gebrauch und verlange soviel, wie der Markt hergibt. Im Unterschied dazu sagt der Algorithmus der Gemeinschaftsgüter: Je mehr Nutzer und je billiger, desto besser. In beiden Fällen stößt der Algorithmus der Gemeinschaftsgüter frontal auf den unternehmerischen. Das ist in Ordnung, denn genau darum geht es.

Die Algorithmen der Gemeinschaftsgüter müssen auf den Echtzeitmärkten freigesetzt werden, auf denen sie es mit ihrem unternehmerischen Gegenüber aufnehmen können. Die Manager beider Sektoren werden wissen, was zu tun ist, und die Öffentlichkeit weiß, was sie zu erwarten hat. Falls die Unternehmen weiterhin siegreich sein sollten, dann müsste den Gemeinschaftsgütern mehr Eigentum zuge-

fügt werden. Letztlich werden wir von beiden Welten das Beste bekommen wie auch im Falle neuer Konflikte bessere Lösungen erzielen, als das heute der Fall ist. Außerdem werden wir eine größere Klarheit über die wirklichen Kosten unserer gegenwärtigen Handlungsweise erlangen.

Wir müssen den Gemeinschaftsgütern etwas zurückerstatten, nachdem wir von ihnen genommen haben, und so sollten wir sie auch ausbauen, nachdem wir sie gestärkt haben. Kunst und Musik lassen sich von Unternehmen reproduzieren – aber sie *entspringen* ihnen nicht, sie entspringen den Gemeinschaftsgütern. Folk-Musik, Country-Musik, Jazz, Blues, Garagenbands – das sind die Wurzeln unseres musikalischen Erbes. Den Boden, dem dieses Erbe entwächst, müssen wir hegen. Dies, und nicht die Erweiterung des Urheberrechts, ist der Weg zu einer reichhaltigeren Kultur.

Teil 3

Die Realisierung

Kapitel 9

Die Errichtung eines Gemeinschaftsgütersektors

*Wenn du nicht weißt, wo du hinwillst,
wirst du wahrscheinlich nicht dort ankommen.*

Yogi Berra

Meine Söhne spielen ein Computerspiel namens »Sim City«. *Sim City* ist eine brillante Erfindung, mit der man die eigene virtuelle Metropolis entwerfen, ausbauen und verwalten kann. Man baut Straßenzüge, Abwasserleitungen, Stromnetze und U-Bahnlinien, unterteilt das Territorium in Handels-, Wirtschafts- und Wohngebiete und platziert Schulen, Krankenhäuser und Feuerwachen. Schon erwacht eine Stadt zum Leben. Man kann Kinder damit stundenlang beschäftigen.

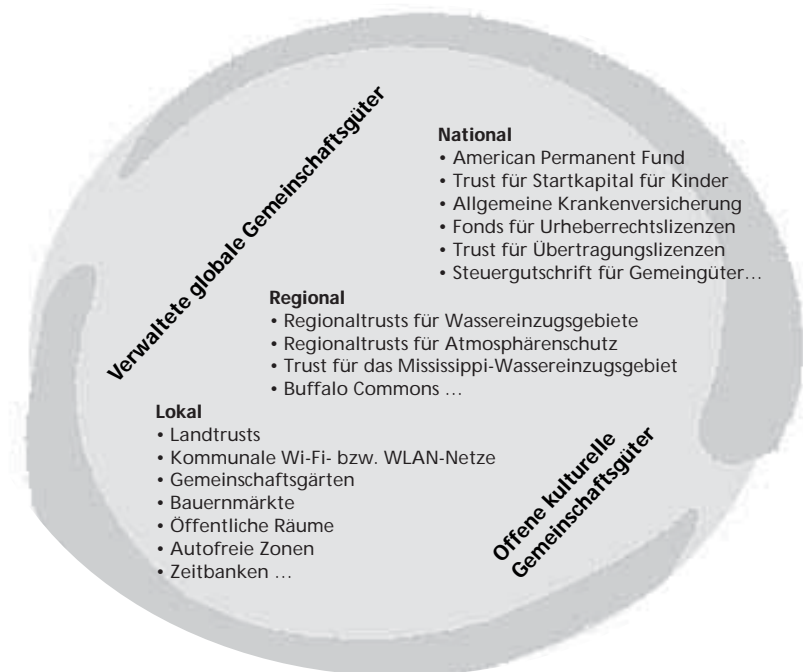
Nun stelle man sich ein Spiel für Erwachsene namens »Sim Commons« vor, mit dem sie den eigenen virtuellen Wirtschaftssektor entwerfen und ausbauen können. Das Ziel des Spiels besteht darin, das größte Maß an Zufriedenheit bei dem geringsten Grad der Naturzerstörung zu erreichen. Man baut Trusts für Gemeinschaftsgüter und wählt mittels einfacher Befehlsmenüs Eigentumsformen, erkennt Eigentumsrechte zu und überträgt Verwaltungsalgorithmen. Während des Spiels stellt der Rechner den Punktestand in Bezug auf Zufriedenheit und den Zustand der Natur dar. Durch Versuch und Irrtum lernt man, welche Schrittkombinationen am besten funktionieren.

Der Aufbau eines neuen Gemeinschaftsgut-Sektors in der wirklichen Welt würde dem ähneln. Während wir auf einen historischen Wechsel auf nationaler Ebene warten, können wir auf unteren Ebenen bereits bauen und experimentieren. So lassen sich verschiedene Arten von Trusts, gemeinnützigen Organisationen und informellen Vereinigungen daraufhin testen, wie eng sie sich den Prinzipien der Gemein-

schaftsgüter anpassen lassen. Ist eines Tages die Geschichte für größere Änderungen bereit, sind wir es dann auch.

In diesem Kapitel werde ich einige Modelle beschreiben, die wir reproduzieren und verfeinern wollen. Ich werde auf der lokalen Ebene beginnen und von da aus aufsteigen, wobei ich mir Gedanken, die den globalen Zusammenhang betreffen, für den Schluss aufhebe. Mir geht es um ein doppeltes Ziel: Erstens möchte ich tatsächliche Ansätze würdigen, also bereits keimhaft vorliegende Entwicklungen; zweitens möchte ich einige Vorschläge unterbreiten, wie diese Ansätze, zusammengenommen und vermehrt, zu einem Sektor werden könnten, der hinreichend mächtig wäre, ein Gegengewicht zum unternehmerischen Sektor zu sein. Die Abbildung 9.1 vermittelt einen Eindruck davon, wie der Sektor für Gemeinschaftsgüter auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene aussehen könnte.

Abb. 9.1: Der neue Sektor der Gemeinschaftsgüter



Lokale Initiativen

»Where's the action?« fragen die Glücksspieler in *Guys and Dolls*.⁹⁵ Wenn es um den Aufbau lokaler Institutionen für Gemeinschaftsgüter geht, ist »action« in jeder Beziehung angesagt. Hier folgt eine Auswahl.

Boden-Trusts

Der *Marin Agricultural Land Fund* und der *Pacific Forest Trust* wurden von mir schon erwähnt. Das Ziel solcher Trusts besteht darin, Ländereien vor agrarwirtschaftlicher Entwicklung und Auszehrung zu schützen. Sie setzen dieses Ziel entweder als unmittelbare Landeigner oder durch Vergabe von (beschränkten) Nutzungsrechten um.

Boden-Trusts sind nicht nur etwas für die Provinz. In Boston haben Einwohner rund um die Dudley Street im Jahre 1988 einen solchen gebildet, um brachliegende Flächen zu kaufen und über deren besten Nutzen für die Gemeinschaft zu befinden.⁹⁶ Heute gibt es dort 600 neue und rekonstruierte Wohnungen – versehen mit einer Preisobergrenze für den Fall des Weiterverkaufs – einschließlich Gärten, einem Gemeinschaftsbereich, Parks und Spielplätzen. Diese Bestrebungen haben zu einer Wiederbelebung der Gegend geführt. Die Alteingesessenen sind dabei nicht verdrängt worden, was bei Privatisierung und Gentrifizierung geschähen wäre.

Trusts für das Oberflächenwasser

Der im Jahre 1993 gegründete *Oregon Water Trust*⁹⁷ erwirbt Nutzungsrechte für Oberflächenwasser, um Lachse und andere Fischarten zu schützen. Bisher hat er mit über 300 Landeigentümern zusammengearbeitet, um Wasser zurück in die Flüsse zu bringen, von denen einige mittlerweile völlig ausgetrocknet waren. Mitunter lassen sich Wassernutzungsrechte käuflich erwerben, weil Farmer durch den Wech-

⁹⁵ *Guys and Dolls* ist ein 1950 uraufgeführtes Musical von Frank Loesser. Handlungs-ort ist das Glücksspielermilieu der New Yorker Unterwelt. (A.d.Ü.)

⁹⁶ Weitere Informationen zur *Dudley Street Neighborhood Initiative* unter: www.dsni.org.

⁹⁷ Zum *Oregon Water Trust* siehe: www.owt.org.

sel der Getreideart auf Wasser verzichten können oder ihre Flächen nur im Frühjahr bewässern, wenn in den Flüssen sowohl für Farmer als auch für Fische hinreichend Wasser zur Verfügung steht. Zu anderen Zeiten beruhen die Abmachungen darauf, das Wasser den Fischen zu lassen und den Farmern die benötigte Menge aus anderen Quellen zu beschaffen. Unlängst sind ähnliche Trusts in Montana, Colorado, New Mexico, Texas, Washington und Nevada entstanden.

Trusts für das Grundwasser

Grundwasser – die Quelle für die Hälfte des Trinkwassers in den Vereinigten Staaten – wird schneller abgepumpt, als es sich auf natürlichem Wege regenerieren kann. Dieses Problem ist insbesondere in den High Plains akut, wo Farmer den Ogallala-Aquifer aufbrauchen, wie auch im Südwesten, wo viele Städte mit Wassermangel konfrontiert sind. In San Antonio, das 99% seines Wassers aus dem Edwards-Aquifer bezieht, beschränkt die zuständige Behörde mittlerweile die Grundwasserentnahme, indem sie Konzessionen verteilt. Ein ähnlicher Trust für den Ogallala-Aquifer wäre eine Lösung, die noch aussteht.

Gemeinschaftsgärten

Geht man in Manhattan um die Ecke, so kann man eine grüne Oase entdecken, die auf den Trümmern einer leerstehenden Parzelle wächst. Inmitten von Bohnenpflanzen und Tomatenstöcken befinden sich Skulpturen, Schreine, Werkzeugschuppen – dies alles auf Grundstücken, die von den Gärtnern reklamiert worden sind, nachdem man die Gebäude abgerissen hatte. New York City ist übersät mit 700 Gemeinschaftsgärten. Etwa 150 von ihnen werden letztendlich Bebauungsmaßnahmen weichen, die übrigen jedoch bleiben.

Das betrifft aber nicht nur New York: Die *American Community Gardening Association* hat 70 große Städte gezählt, die Gemeinschaftsgärten besitzen. In Seattle erzeugen mehr als 1.900 Familien Nahrungsmittel in diesen Nachbarschaftsvierteln, in Philadelphia sparen Gärtner schätzungsweise 700 \$ jährlich auf ihrer Lebensmittelrechnung, in Boston werden vom *Food Project* mehr als 120.000 Pfund Gemüse auf 21 Acres erzeugt – der Großteil davon für Bedürftige. In gleichem Maße bedeutsam ist, dass durch diese Gärten aus Fremden Nachbarn werden.

Bauernmärkte

Bis zum Bürgerkrieg gab es in den meisten Städten der Vereinigten Staaten öffentliche Nahrungsmittelmärkte. Während der 1940er Jahre lebten diese wieder auf, weil Farmer nach höheren Preisen und Kunden nach frischerer Kost verlangten. Dann kamen die Interstate Highways und der Markt für saisonale und lokale Landwirtschaftserzeugnisse brach zusammen. Nun werden diese gewerblichen Gemeinschaftsgüter wieder ins Leben gerufen. Vom Union Square in New York City bis hin zum Ferry Building in San Francisco haben die Städter wieder ihre Freude daran entdeckt, einander zu treffen – wie auch die Leute, die ihre Nahrungsmittel herstellen. Gegenwärtig gibt es fast 4.000 Bauernmärkte in den 50 Bundesstaaten, doppelt so viel wie zehn Jahre zuvor.

Öffentliche Räume

Vom Bryant Park in New York City über den Pioneer Square in Portland/Oregon bis zum Copley Square in Boston erwachen städtische Plätze zu neuem Leben. Sogar Detroit, als Automobilstadt entstanden, belebt sein Geschäftsviertel, indem es die Autos um einen auferstandenen öffentlichen Platz – den Campus Martius Park – fahren lässt. Der Platz ist sommers wie winters voller Leben und hat 500 Millionen \$ an Neuinvestitionen in die Umgebung gelockt. In Portland haben informelle Nachbarschaftsgruppen die Straßenkreuzungen zurückerobert. Sie malen farbenfrohe Muster aufs Pflaster, um darauf hinzuweisen, dass der Platz ihnen gehört. Oft zieht das gemeinschaftsbildende Einrichtungen an, wie etwa Marktstände und Spielplätze.⁹⁸

Zeitbanken

Nachbarschaftshilfe ist Tradition in den Vereinigten Staaten. Der zunehmenden Mobilität wegen wird es für die Menschen immer schwieriger, darauf zu vertrauen, dass die Hilfe, die sie anderen erweisen, ihnen vergolten wird. Eine Lösung für dieses Problem sind Zeitbanken. Die Lösung ist äußerst einfach: Wer einem Nachbarn Hilfe für eine Stunde

⁹⁸ Weitere Informationen zu Portlands Straßenkreuzungen unter: <http://cityrepair.org/about.html>.

leistet, verdient einen »Zeit-Dollar«. Braucht er dann selbst Hilfe, so kann er seine angesparten Beträge dafür nutzen. In Brooklyn, New York City, haben Mitglieder einer *HMO*⁹⁹ für alte Menschen solch eine Zeitwährung genutzt, um einander bei Wohnungsreparaturen, Transportarbeiten und Geselligkeitsaktivitäten zu helfen. Das ist ein Modell, das darauf wartet, nachgeahmt zu werden.¹⁰⁰

Kommunale WLAN- bzw. Wi-Fi-Netze

Das Internet ist der Bürgersteig des 21. Jahrhunderts. So ist es nicht verwunderlich, dass Städte damit beginnen, kabellose Hochgeschwindigkeitsnetzwerke so einzurichten, wie man früher Straßen gebaut hatte. Viele unterhalten kabellose »hot zones«, die einen freien Zugang über Dutzende von Straßen hinweg bieten. In San Francisco und New Orleans ist der freie Zugang auch stadtweit möglich. Andere Städte wie Philadelphia führen entsprechende Dienstleistungen kostengünstig in der ganzen Stadt ein.

Regionale Initiativen

Einige Gemeinschaftsgüter sind von ihrer Größe her regional begrenzt und erfordern somit eine regionale Verwaltung. Die hier folgenden Beispiele befinden sich in den Frühstadien des Entwurfs, der Planung und Einführung.

Air Trusts (Atmosphärenschutz)

Während die Bundesregierung in Sachen Klimawandel auf die Bremse tritt, haben einige Bundesstaaten die Initiative ergriffen. Am weitesten fortgeschritten ist die *Regional Greenhouse Gas Initiative*, die von sieben nordöstlichen Staaten (von Maine bis Delaware) in Gang gesetzt

⁹⁹ *HMO* steht für *Health Maintenance Organization*, d.i. ein umfassendes medizinisches Versorgungssystem. Leistungsbezieher (Patienten) sind »Abonnenten«, weil sie sich verpflichtet haben, ausschließlich medizinische Dienstleistungen dieses Systems in Anspruch zu nehmen, und zwar für eine im Voraus ausgehandelte Gebühr. (A.d.Ü.)

¹⁰⁰ Weitere Informationen zum Elder-Plan in Brooklyn und den »Zeit-Dollars« allgemein unter: www.timedollar.org.

worden ist. Ihrem Plan zufolge soll der CO₂-Ausstoß der Kraftwerke reduziert und Energieversorgern auferlegt werden, Emissionslizenzen zu beziehen. Immer noch¹⁰¹ nicht beantwortet ist die entscheidende Frage, ob die Verschmutzer für ihre Lizenzen zahlen müssen oder den Großteil davon gratis erhalten.

Dutzende Bürgerinitiativen fordern den Staat auf, Emissionsrechte zu versteigern und mit den Einnahmen die Kosten der Konsumenten zu senken. »Historisch gesehen haben die Emittenten unsere Luft kostenlos genutzt«, sagt Marc Breslow vom *Massachusetts Climate Action Network*. »Es gibt aber keine Rechtfertigung dafür, dies weiterhin zuzulassen. Die Atmosphäre ist Gemeineigentum.«¹⁰²

Während ich dies schreibe, sind einige Politiker aufmerksam geworden. Die Legislative von Vermont hat dafür gestimmt, 100% der Emissionslizenzen des Staates zu versteigern, statt sie den Emittenten kostenlos zu geben. In Massachusetts hat ein Schlüsselkomitee einer fünfjährigen Übergangsperiode bis zur vollständigen Auktionierung zugestimmt, obwohl der Bundesstaat unter Gouverneur Mitt Romney unerwartet aus der Regionalinitiative ausgetreten ist.

Trusts für Wassereinzugsgebiete

In den 1930er Jahren gab es die *Tennessee Valley Authority*. Ihre Hauptaufgabe bestand in der Hochwasserregulierung und der Versorgung der aus sieben Bundesstaaten bestehenden Region mit Elektrizität. Heutige Trusts für Wassereinzugsgebiete hätten eine andere Aufgabe: den Schutz von Flüssen und Fischen und die Beförderung nachhaltiger Landwirtschaft.

Nehmen wir unser größtes, Missouri, Mississippi und Ohio umfassendes Einzugsgebiet, das Wasser und Abfall von 25 Bundesstaaten in den Golf von Mexiko fließen lässt. Mitte der 1980er Jahre beobachteten Fischer am Golf eine zunehmende »Todeszone« in den Sommermonaten, während der Fisch- und Schalentierpopulationen zurückgingen. Der EPA zufolge ist diese Todeszone mittlerweile auf ca. 5.000 Quadratmeilen angewachsen. Das Problem ist *Hypoxie*, d.h. das Feh-

¹⁰¹ Stand Mitte 2006.

¹⁰² Siehe: www.rggi.org – das Zitat von Marc Breslow dort unter: www.rggi.org/docs/mcc_auctions_letter.pdf.

len gelösten Sauerstoffs. Als direkte Ursache gilt übermäßiges Algenwachstum, das eine Kaskade von Wirkungen auslöst, die letztlich dem Wasser den Sauerstoff entziehen.¹⁰³

Was bringt Wasserpflanzen zu einer solchen Vermehrung, dass ein ganzes Ökosystem dadurch überwältigt wird? Es sind, mit einem Wort gesagt, Nährstoffe – dieselben Nährstoffe (Stickstoff und Phosphor), mit denen Farmer ihre Feldfrüchte düngen. Überschüssige Mengen werden aus dem Boden ausgewaschen und den Mississippi hinunter gespült. Im Jahre 1997 wurde eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe gebildet, um das Problem zu analysieren und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Im Jahre 2001 rief sie Industrie und Regierung zu »freiwilligen, praktischen und rentablen« Maßnahmen auf. Leider ist bisher kaum etwas geschehen.

Warum erklären wir nicht die Böden und das Wasser des Mississippi-Beckens zum Gemeinschaftsgut, das für künftige Generationen bewahrt werden muss? Wir könnten dann einen *Mississippi Soil and Water Trust* schaffen. Dieser Trust hielte alle Rechte für den Einsatz von Düngern (und möglicherweise auch Pestiziden und Herbiziden) innerhalb des Beckens. Er hätte den Auftrag, die Zufuhr von Chemikalien auf einem vernünftigen Maß zu halten sowie Farmern (und anderen) die ordnungsgemäße Verwaltung ihres Landes zu honorieren.

Der Trust würde jedes Jahr eine geringere Anzahl handelbarer Bodenverschmutzungsrechte verkaufen; Hersteller würden für diese bieten, der Trust dann wiederum aus dem Verkauf erzielte Einkünfte jenen Landeigentümern überlassen, die ihren Verpflichtungen als Verwalter des Bodens nachkommen. Damit würden die Kosten chemieintensiver Landwirtschaft steigen, zugleich aber Farmer dafür honoriert, ihr Land gut zu verwalten. Deren Getreideerträge würden eine Zeitlang sinken, ihr Einkommen jedoch nicht. Zehn oder zwanzig Jahre später wäre der Golf dann wieder zum Leben erwacht und die Landwirtschaft im Herzen der Vereinigten Staaten weit ökologischer. Die Übergangszeit hinge vom Tempo ab, in dem die ausgegebenen Verschmutzungsrechte verknappt werden.

¹⁰³ Zum Mississippi-Einzugsgebiet und zur Hypoxie siehe: www.epa.gov/msbasin.

Buffalo Commons

Die Great Plains werden Amerikas verlorene Serengeti genannt. Einstmals durchstreiften Millionen Bisons, Antilopen und Wapitis diese Gebiete. Eingeborene Stämme jagten sie, ohne allerdings deren Bestände zu gefährden. Mit den europäischen Kolonisatoren kamen Rinder, Weizen und Zäune ins Land. Es dauerte nicht lange, und die großen, wilden Tiere waren nahezu ausgerottet.

Die Great Plains erlebten eine kurze Blütezeit, verfielen aber nach den 1920er Jahren. Die Bevölkerungszahl war bis 1980 stark abgefallen, die Bodenerosion erreichte das Niveau der »Dust Bowl«-Zeiten,¹⁰⁴ und der Wasserspiegel des Ogallala-Aquifer sank schnell. Im Jahre 1987 stellten die Geographen Deborah und Frank Popper einen langfristigen Sanierungsplan vor, den sie »Buffalo Commons« nannten.¹⁰⁵

Die Metapher weckte die Phantasie der Region. Veranstaltungen wurden abgehalten, Untersuchungen durchgeführt und Arbeitskreise gebildet. Letztlich entstand eine Bewegung für die Wiederherstellung eines Landkorridors, groß genug dafür, dass sich Bisons und andere einheimische Wildtiere frei bewegen können. Diese nicht eingezäunte Prärie im Umfang von etwa 10 oder 20 Millionen Acres würde nicht nur den Bisons einen Teil ihres verlorenen Lebensraums wiedergeben. Darüber hinaus entstünden qualitativ anspruchsvolle Wohn- und Lebensräume. Die *Nature Conservancy* und ähnliche Einrichtungen versuchen gegenwärtig, dieses Gemeinschaftsgut Stück für Stück zu errichten.

¹⁰⁴ »Dust Bowl« wurden die von schweren Sandstürmen heimgesuchten Präriegebiete der Vereinigten Staaten und Kanadas während der 1930er Jahre genannt (deshalb auch die Bezeichnung »Dirty Thirties«). Verursacht wurde diese ökologische Katastrophe durch intensive Agrarwirtschaft, die nach langjähriger Trockenheit zu gravierender Bodenerosion führte. Die »Dirty Thirties« waren nicht nur ein ökologisches, sondern auch ein soziales Desaster, weil sie zu massiver Arbeitslosigkeit und Migration in andere Gebiete der ohnehin durch die Weltwirtschaftskrise schon schwer geschädigten Vereinigten Staaten führten. (A.d.Ü.)

¹⁰⁵ Frank and Deborah Popper, *The Great Plains: From Dust to Dust*, *Planning*, Dezember 1987, www.planning.org/25anniversary/planning/1987dec.htm.

Nationale Initiativen

Die Organisationsprinzipien für Gemeinschaftsgüter lassen sich skalieren: Die gleichen Regeln, die auf lokaler und regionaler Ebene funktionieren, können auch auf nationaler Ebene Anwendung finden. Generell ist es am besten, die Gemeinschaftsgüter auf der niedrigst möglichen Ebene zu organisieren. Denn das führt zu einer verstärkten Einbeziehung der Gemeinden und Gemeinschaften sowie zu einer größeren Transparenz. Bisweilen jedoch ist der Umfang der zugrunde liegenden Gemeinschaftsgüter so groß, dass eine nationale oder internationale Verwaltungsstruktur erforderlich ist. Hier folgen Beispiele möglicher nationaler Institutionen.

Ein American Permanent Fund

Ein *American Permanent Fund* wäre das Kernstück des neuen Gemeinschaftsgut-Sektors, der in diesem Buch vorgeschlagen wird. Der Fonds eröffnet einen Weg, den Fehler des Kapitalismus zu beseitigen oder zumindest zu minimieren, die Masse des Privateigentums unter einer extremen Minderzahl der Bevölkerung zu konzentrieren. Er könnte das tun, indem er – analog zum *Alaska Permanent Fund* – Erträge des Gemeineigentums auf alle Bürgerinnen und Bürger gleichmäßig verteilt. Dies würde einen dritten Satz von »Rohrleitungen« hinzufügen, durch welche hindurch Bürgerinnen und Bürger Einkommen erhielten (die ersten beiden sind Löhne und Privateigentum).

Wie in Kapitel 7 erläutert, würde der *American Permanent Fund* seine Einkünfte zum einen Teil aus dem Verkauf von Emissionslizenzen (in der Hauptsache für CO₂) erzielen, zum anderen durch den Anteil der Gemeinschaftsgüter an den Unternehmergewinnen. Die erste Einkommensquelle stände in direkter Beziehung zu unseren Bemühungen, die Erderwärmung zu drosseln. Sollten wir uns entscheiden, die CO₂-Emissionen z.B. um 3% pro Jahr über die nächsten drei Jahrzehnte hinweg zu reduzieren – was wir, wie uns Wissenschaftler sagen, tun müssten –, dann würde dies einen beträchtlichen Einkommenszuwachs für den *American Permanent Fund* erbringen. Ein Teil dessen ließe sich in öffentliche Güter investieren oder für diese aufwenden, ein weiterer als Pro-Kopf-Dividenden ausschütten. Je schneller wir die Emissionen re-

duzieren, desto höher wären diese Dividenden. Tatsächlich wären Dividenden wie auch öffentliche Güter ein Bonus, den Bürgerinnen und Bürger dafür erhielten, dass sie ökologisch gesehen das Richtige tun.

Schließlich, wenn dann eine »Post Carbon«-Infrastruktur aufgebaut wäre, würden sich Kohlenstoffemissionen auf einem niedrigen Niveau stabilisieren und somit auch diese Einkommensquelle für den *American Permanent Fund*. Das wäre der Zeitpunkt, an dem die zweite Einkommensquelle – Dividenden durch Anteile an börsennotierten Unternehmen – ihre Wirkung zu entfalten begännen. Diese Einkommensquelle gäbe jedem einen Anteil an den zunehmenden Gewinnen der Kapitalgesellschaften, so wie die erste Quelle ihnen einen Anteil an der Verminderung der Umweltverschmutzung verschafft hätte. Wer könnte etwas gegen diese Kombination einwenden?

Den *Permanent Fund* aufzubauen und funktionsfähig zu machen, wäre, selbst wenn er im kleinen Maßstab begännen, ein entscheidender Präzedenzfall und ein Signal. Gleich dem *Social Security Trust Fund* würde er als eine Art Rohrleitung fungieren, durch die mit der Zeit immer mehr Geld flösse, und zugleich ein Grundprinzip des Gemeinschaftsgut-Sektors verwirklichen: gleiche Anteile für alle. Auch würde er die Vorstellungen vieler Bürgerinnen und Bürger über den wirtschaftlichen Aspekt ihrer Beziehung zur Natur ändern: Jeder Penny, der vom Umweltverschmutzer *nicht* gezahlt wird, wäre ein Penny weniger in der Geldbörse eines jeden. Somit würden nicht nur künftige Generationen die Schwächung der Natur als Verlust empfinden, sondern auch die Bankkonten der heute Lebenden wären in Mitleidenschaft gezogen. Ein verantwortungsloses Verhalten der Zukunft gegenüber hätte seinen unmittelbar und weithin spürbaren Preis.

Ein Trust für die Chancengleichheit der Kinder

Ein Trust für die Chancengleichheit der Kinder ist das zweite Kernstück der nationalen Infrastruktur der Gemeinschaftsgüter. Mit ihm ließe sich die andere Unart des Kapitalismus in den Griff bekommen: nämlich Klassenprivilegien von Generation zu Generation zu vererben.

Anders als der auf Erbaristokratie beruhende Feudalismus ist der Kapitalismus theoretisch gesehen eine wettbewerbsorientierte Leistungsgesellschaft, zumindest jedoch eine Gesellschaft gerechten Glücksver-

sprechens: Spieler sollten faire, wenn nicht gleiche Gewinnchancen haben, und der Sieg sollte durch harte Arbeit, Talent und Glück entschieden werden, statt durch den Zufall der Geburt. Wie wir jedoch wissen, vermag der Kapitalismus 2.0 diesem Ideal nicht zu entsprechen.

Ein Trust für die Chancengleichheit der Kinder würde für jedes Kind als Finanzausschuss das Geburtsrecht eines Startkapitals verwirklichen – eine Art *Social Security* für den Start ins Leben. Die finanziellen Mittel des Trusts kämen, wie in Kapitel 7 erläutert, durch Lebensabend-Rückzahlungen zustande. Dieser Finanzierungsmechanismus ist, so glaube ich, besser als der Griff in die Kassen des Finanzministeriums. Es knüpft die Starthilfe ins Leben unmittelbar an die zum Lebensabend einzulösende Verpflichtung, etwas zurückzugeben – womit eine Art zeitlich bedingtes Gemeinschaftsgut geschaffen wäre, das diejenigen aneinander bindet, die kommen und gehen.

Ein Trust für Übertragungsfrequenzen

Ein Trust für Übertragungsfrequenzen hätte eine bestimmte Aufgabe: den Einfluss der Kapitalgesellschaften auf unsere Demokratie zu reduzieren. Seine wirtschaftlichen und ökologischen Effekte wären erheblich (viele Verfahren würden verbessert), was jedoch gegenüber der politischen Zielvorgabe zweitrangig wäre.

Einer Untersuchung der *New America Foundation* zufolge beträgt der Marktwert der Übertragungsfrequenzlizenzen, die wir den Privatsendern kostenlos zur Verfügung stellen, ungefähr 500 Milliarden \$. Möglicherweise werden sie etwas an Wert verlieren, sollten sich die konzessionslosen *Wi-Fis* ausbreiten. Einstweilen jedoch verkaufen die Sender unsere Übertragungsfrequenzen an Werbeagenturen und streichen dafür Milliarden ein, die zumindest teilweise uns allen gehören.¹⁰⁶

Ein Teil davon stammt von kandidierenden Politikern, die Fernseh- und Radiowerbung kaufen müssen, um gewählt zu werden. Das Problem ist nicht so sehr der unverdiente Geldsegen, den die Medienleute

¹⁰⁶ Eine Einschätzung des Werts der öffentlichen Übertragungsfrequenzen, die den Sendeanstalten kostenlos überlassen werden, findet sich im *Citizen's Guide to the Airwaves* der *New America Foundation* auf http://www.newamerica.net/files/spectrum_front.pdf.

einstreichen, sondern die Tatsache, dass Politiker zu zahlen gezwungen sind. Sie müssen dann nämlich vor den Unternehmen einen Kottau machen, damit die ihnen das Geld dafür geben. In anderen Demokratien erhalten die Kandidaten Sendezeiten kostenlos, wir aber schützen uns vor dem Zugriff der Sendeanstalten auf unsere Übertragungsfrequenzen. Mit der Privatisierung unserer Übertragungsfrequenzen haben wir quasi unsere Demokratie privatisiert. Ein solcher Trust hätte die Aufgabe, durch Wiederaneignung der Übertragungsfrequenzen unsere Demokratie zurückzugewinnen.

Dies könnte auf verschiedenen Wegen geschehen. Einer von ihnen würde nicht einmal einen echten Trust erforderlich machen: Der Kongress könnte einfach fordern, dass Sendestationen im Austausch für freie Frequenzlizenzen politischen Kandidaten eine bestimmte Sendedauer zur Verfügung stellen müssen. Alternativ könnten Sendeanstalten auch für ihre Lizenzen zahlen, wobei die Gelder einem unparteiischen Trust zufließen. Dieser Trust würde dann Kandidaten Gelder zuteilen, mit denen diese Fernseh- und Radiowerbung kaufen könnten. Die Zuteilungsformel würde Kostenunterschiede zwischen Medienmärkten und anderen relevanten Variablen in Betracht ziehen. Nichts davon müsste die Unternehmen davon abhalten, Einfluss zu nehmen oder für andere Ausgaben der Kandidaten aufzukommen. Aber es würden *faire Rahmenbedingungen* geschaffen, und zwar dadurch, dass man die Summen erheblich reduzierte, die Kandidaten für ihre Wahl aufzubringen hätten.

Steuergutschriften auf Gemeinschaftsgüter

Einige Gemeinschaftsgüter werden Einkünfte durch den Verkauf von Nutzungskonzessionen erzielen – viele andere hingegen Einkommen benötigen, um Eigentumsrechte zu erwerben, zerstörte Lebensräume wiederherzustellen oder Kinder mit einem Startkapital auszustatten. Deshalb ist es wichtig, eine Vielzahl von Einkommensquellen zu erschließen. Der beste Weg dazu sind Steuergutschriften des Bundes auf Gemeinschaftsgüter.

Als ich während der 1970er Jahre im Solarenergiegeschäft tätig war, profitierten unsere Kunden von einer Kombination aus Steuergutschriften für Solarenergie des Bundesstaates und der Regierung in

Washington. Eine Steuergutschrift ist, wie ich damals oft erklärte, nicht das gleiche wie ein Steuerabzug – sondern mehr: Ein Steuerabzug reduziert das zu versteuernde Einkommen und damit auch die Steuer. Beträgt Ihr Grenzsteuersatz z.B. 30%, so wird Ihnen ein Dollar Steuerabzug dreißig Cent Steuerersparnis sichern. Im Unterschied dazu wird eine *Steuergutschrift* von der zu zahlenden Steuermenge abgezogen, unabhängig von Ihrem Steuersatz. Die Steuergutschrift sichert Ihnen, wenn Sie Steuern zahlen müssen, in jedem Fall 100 Cent pro Dollar.

Die Voraussetzung für eine Steuergutschrift auf Gemeinschaftsgüter ist, dass vermögende Bürgerinnen und Bürger den Gemeinschaftsgütern mehr schulden, als sie gegenwärtig der Regierung in Steuerform zahlen. Ist dem so, funktioniert eine Steuergutschrift auf Gemeinschaftsgüter folgendermaßen. Die Regierung hebt den obersten Steuersatz um wenige Prozentpunkte an. Gleichzeitig stellt sie die betroffenen Steuerzahler vor die Wahl, entweder die zusätzliche Summe an die Regierung zu zahlen oder sie einen oder mehreren der spezifizierten Trusts zukommen zu lassen. Entscheiden sich die Leute für Letzteres, erhalten sie eine hundertprozentige Steuergutschrift und gehen damit zusätzlichen Steuern aus dem Wege. Die Botschaft an die Vermögenden ist also: *Du musst mehr zurückgeben. Ob du den zusätzlichen Betrag an die Steuerbehörde zahlst oder direkt an die Gemeinschaftsgüter, ist deine Entscheidung. Willst du den staatlichen Zwischenhändler umgehen, ist das in Ordnung.*

Was kennzeichnet einen Trust für Gemeinschaftsgüter? Es ist ein Trust, der entweder allen Bürgern in mehr oder weniger gleichem Maße nützt, oder der Geld einnimmt, um ein gefährdetes Gemeinschaftsgut wiederherzustellen. *Social Security*, der *American Permanent Fund*, der *Trust für die Chancengleichheit der Kinder* sowie die Mehrzahl der Boden-Trusts und Trusts für Wassereinzugsgebiete würden dazugehören – ein normaler Wohlfahrtsverband hingegen nicht. Spenden an Wohlfahrtsverbände wären weiterhin vom steuerpflichtigen Einkommen abzugsfähig, nicht aber von den geschuldeten Steuern.

Globale Initiativen

Der nahezu einmütigen Ansicht der Wissenschaftler nach steht die Welt – was den Kohlenstoff in der Atmosphäre betrifft – kurz vor einem irreversiblen Wendepunkt. Wir müssen die Verbrennung fossiler Rohstoffe drastisch einschränken – oder unser Klima geht bald zum Teufel. Das heißt, jeder Staat muss gesamtwirtschaftliche Ventile für die Reduktion der Kohlenstoff-Nutzung installieren. Oben hatte ich beschrieben, wie die Vereinigten Staaten dies mittels eines CO₂- oder *Sky Trusts* umsetzen könnten. Da wir die globale Erwärmung jedoch nicht allein zu stoppen in der Lage sind, benötigen wir zur Ergänzung eines nationalen Trusts einen globalen. Ein globaler Karbon-Trust würde den nationalen Regierungen das Bekenntnis abverlangen, dass sie, wie sie binnenstaatlich Pflichten an Trusts delegieren können und dies auch tun sollen, ebenso globale Treuhandpflichten übertragen müssen. Die Alternative dazu würde m.E. darin bestehen, angesichts einer deutlichen und gegenwärtigen Gefahr nichts zu tun.

Betrachten wir die langen und umständlichen Klimaverhandlungen, die in den frühen 1990er Jahre begannen. Zuerst brachten sie die unverbindliche Zusage aller Staaten hervor – nämlich die Klimakonvention von Rio aus dem Jahre 1992 –, den Ausstoß von Treibhausgasen bis zum Jahr 2010 auf das Niveau von 1990 zu senken. Fünf Jahre später folgte das etwas verbindlichere Protokoll von Kyoto, das weitere fünf Jahre brauchte, um ratifiziert und in handhabbare Regelungen umgesetzt zu werden. Gleichfalls langwierige Verhandlungen stehen dem Nachfolger von Kyoto ins Haus, das 2012 ausläuft.

Zweifellos hätten diese Verhandlungen schneller vonstatten gehen können, wenn die gegenwärtige US-Administration sich ihnen nicht so stur widersetzt hätte. Das grundsätzliche Problem besteht jedoch darin, dass nahezu 200 souveräne Staaten ein Abkommen aushandeln wollen, das jedermann zufrieden stellt. Der Prozess ist schon an sich mühselig, und so überrascht es nicht, dass die Resultate weit von dem entfernt sind, was Wissenschaftler für notwendig erachten. Aus diesem Grund ist es vielleicht an der Zeit, Vollmachten zu erteilen.

Ich könnte mir einen globalen Atmosphären-Trust vorstellen, der etwa folgendermaßen funktioniert: Geleitet würde er von einem klei-

nen Treuhänder- und einem allgemeinen Mitgliederausschuss, dem alle Signatarstaaten zugehören. Der allgemeine Mitgliederausschuss würde die Treuhänder ernennen. Analog dem UN-Sicherheitsrat ließe sich eine Anzahl von Sitzen für die »Großmächte« reservieren (hier: die Großemittenten) und eine weitere Anzahl von Sitzen für Regionen. Wären die Treuhänder jedoch erst einmal ernannt, würde ihre Loyalität nicht mehr den Einzelstaaten oder Regionen gelten, sondern den künftigen Generationen. Das ist entscheidend.

Auf Grundlage wissenschaftlicher und durch Experten geprüfter Belege hätten die Treuhänder eine globale Obergrenze für Kohlenstoffemissionen festzulegen. Jedes Jahr würden sie entsprechende Emissionslizenzen bis zur Jahresgesamtmenge ausgeben, die gehandelt werden könnten. Ein Teil dieser Lizenzen (zu Anfang eine Mehrheit) würde unter den Teilnehmerstaaten auf Grundlage einer zuvor vereinbarten Formel kostenlos verteilt, der Rest jedoch durch den Trust auktioniert. Die Einnahmen wären zu verwenden, um die durch den Klimawandel verursachten Schäden zu beseitigen sowie den unvermeidlichen Opfern zu helfen. Der Trust würde jährlich festlegen, wie viele Lizenzen für die Erreichung dieser Ziele notwendig wären und wie die Sanierungsfonds genutzt werden sollten.

Die Treuhänder hätten ihre Entscheidungen per Mehrheitsbeschluss ohne Vetorecht zu treffen und – ähnlich einem Gericht – ihre Schiedssprüche schriftlich zu erklären, womit genau darzustellen wäre, wie damit künftige Generationen geschützt würden. Der generelle Mitgliederausschuss könnte die Entscheidungen der Treuhänder überstimmen, z.B. durch eine Zweidrittel-Mehrheit. Das heißt, dass die Signatarstaaten durchaus in der Lage wären, kurzfristigen Interessen gegenüber langfristigen den Vorzug zu geben. Sie hätten das dann aber explizit zu tun und damit implizit zuzugestehen, dass sie die künftigen Generationen bestehlen oder von ihnen borgen.

Die vertrackte Frage ist nur, nach welcher Formel Kohlenstoffemissionslizenzen unter den Mitgliedsstaaten verteilt werden sollen. Angesichts der disparaten Interessen so vieler Staaten läge der Schlüssel zur Ausarbeitung einer solchen Formel in einem universellen Prinzip der gleichen Anteile, von der sie ausgehen müsste. Das Kyoto-Protokoll hat dies nicht geleistet. Es lieferte ein Sammelsurium von Abmachungen

und Hintertüren, eingebaut, um die Vereinigten Staaten zufriedenzustellen, die es letztlich ohnehin nicht ratifizierten. Das nächstfolgende internationale Reglement hat nun aber die armen Länder zufriedenzustellen, die Schwellenländer wie auch die Vereinigten Staaten und andere entwickelte Gesellschaften. Ohne ein auf Gleichheit beruhendes Organisationsprinzip lässt sich schwerlich vorstellen, wie ein Abkommen erzielt werden kann.

Glücklicherweise liegt ein solches Gleichheitsprinzip vor. Bekannt ist es als *Kontraktion und Konvergenz*. Es würde folgendermaßen funktionieren:¹⁰⁷

Zuerst hätte man sich auf einen Fahrplan zu Emissionsreduktion zu einigen – dies wäre der *Kontraktions*aspekt der Formel. Danach müssten Rechte an den globalen Gemeinschaftsgütern der Atmosphäre unter den Staaten verteilt werden, und zwar proportional zu deren jeweiliger Bevölkerung. Mit anderen Worten: Jede Person erhielte einen Anteil. Eine absolute Proportionalität würde vor einem Zeitraum von zehn oder zwanzig Jahren nicht greifen, sodass in dieser Zeitspanne die Zuteilungsformel auf die Proportionalität hin *konvergieren* müsste. Der Konvergenzgrad ließe sich aushandeln; auf das Ziel gleicher Pro-Kopf-Anteile hätte man sich vorher zu einigen.

Vor und nach der Konvergenz können arme und bevölkerungsreiche Staaten, die mehr Lizenzen haben, als sie für ihre Emissionen benötigen, ihre überschüssigen Anteile den reichen und relativ schwach bevölkerten Staaten verkaufen, die nicht genug davon besitzen. Auf diese Weise könnten die Staaten in verschiedenem Ausmaß die Umwelt verunreinigen, wobei jene, die die Atmosphäre im Übermaß beanspruchen, denen, die dies nur in geringem Maße tun, für ihr Privileg Zahlungen leisten müssten. So wäre es z.B. den Vereinigten Staaten möglich, das Niveau ihrer gegenwärtigen Kohlenstoffemissionen schätzungsweise für eine weitere Dekade beizubehalten. Sie müssten aber, um dies tun zu können, den armen Staaten dafür Geld zahlen.

Würde ein globaler Atmosphären-Trust ein Zuviel an nationalstaatlicher Souveränität preisgeben? Ich glaube nicht. Wir reden hier ja

¹⁰⁷ Informationen zum Konzept von *Kontraktion und Konvergenz* bietet die Website des Londoner *Global Commons Institute*: www.gci.org.uk/main.html.

nicht über eine Weltregierung, sondern einen Trust mit der Aufgabe, bestimmte globale Gemeinschaftsgüter zu verwalten. Um dies zu tun, hätte er einzig und allein Obergrenzen für die Emission bestimmter Stoffe festzulegen und durchzusetzen. Zu einem gewissen Grade beschneidet das die einzelstaatliche Souveränität. Wir würden aber weniger davon preisgeben, als wir bereits an die Welthandelsorganisation *WTO* abgetreten haben. Im Vergleich zu dem Nutzen, den wir und alle übrigen Nationen davon hätten – ein stabiles Weltklima –, wäre dieser Verlust an Souveränität unerheblich.

Gelänge es uns, einen Atmosphären-Trust aufzubauen, so wäre dies ein Wendepunkt im 21. Jahrhundert. Geopolitisch gesehen könnte dies das Fundament für ein harmonisches Jahrhundert legen – wie der Vertrag von Versailles den Weg in ein unharmonisches 20. Jahrhundert geebnet hatte.¹⁰⁸ Auch würde dieser Trust dabei helfen, mit der Abnahme der Ölförderung auf angemessene Weise umzugehen.

Wirtschaftlich gesehen, gäbe ein globaler Atmosphären-Trust zu einigen bedeutsamen Änderungen Anlass. Augenblicklich würden Unternehmen, und zwar weltweit, in Energiesparmaßnahmen sowie eine Energieinfrastruktur investieren, die nicht auf Kohlenstoff basiert. Es gäbe einen Ansturm auf neue Technologien. Volkswirtschaften wie die unsrige würden boomen – nicht *trotz* höherer Kohlenstoffemissionspreise, sondern *wegen* dieser.

Warum sollte dies geschehen? Der einfachste Grund dafür ist, dass Atmosphären-Trusts für erheblich mehr Klarheit und Gewissheit sorgen würden. Die Industrie könnte – nunmehr das Schicksal der Verbrennung fossiler Rohstoffe vor Augen – sicher sein, dass ein Preisschock, der verheerender wäre als ein allmählicher Preisanstieg, ihre Pläne nicht durchkreuzen würde. Auch eine der Hauptquellen internationaler Spannungen würde durch einen solchen Trust beseitigt: der Kampf um versiegende Ölvorräte, der schnell zu Kriegen führen kann. Darüber hinaus würde der Geldfluss hin zu armen Ländern (aus dem Verkauf von Emissionslizenzen an reiche) deren Volkswirtschaften und Löhne

¹⁰⁸ Der im Jahre 1919 nach dem Ende des Ersten Weltkrieges abgefasste Versailler Vertrag zerschlug sowohl das Osmanische Reich als auch Österreich-Ungarn, führte zur Gründung des Völkerbundes und belegte Deutschland mit harten Sanktionen. Manche sind der Meinung, der Vertrag von Versailles ebnete den Weg in den Zweiten Weltkrieg.

heben, die Exporte der Industriestaaten wie der USA mehren und den Abbau von Arbeitsplätzen verlangsamen. All dies garantierte, dass in dem Maße, in welchem karbonextensive Produktion abnimmt, eine Produktion zunimmt, die Karbonemissionen weitestgehend minimiert.

Aber ein Mehr an geeinter Wirtschaftsaktivität wäre nicht der einzige Nutzen, der uns erwartet. Es käme auch zu qualitativen Fortschritten: Da die Kosten für Ferntransporte zunähmen, würden Hersteller von globaler zu lokaler Herstellung übergehen, Bauern Anbautechniken wiederentdecken, die sie genutzt hatten, ehe billige Petrochemikalien verfügbar wurden. Sie würden Nahrungsmittel im größeren Umfang umweltverträglich produzieren, mehr davon über Bauernmärkte und städtische Einkaufsringe absetzen und somit, d.h. durch den Verzicht auf Zwischenhändler, einen größeren Teil des Produktwertes sichern. Konsumenten würden mehr unvergängliche Güter im Internet kaufen, weniger in Einkaufszentren mit Parkplatz. Dank *ebay*, *Craigslist* und ähnlichen Diensten könnten sie mehr Dinge aus zweiter Hand erwerben und müssten weniger auf Deponien werfen. Mehr Berufstätige würden per Fahrrad, Sammeltaxi und Zug fahren, viele von zu Hause aus online arbeiten. Städte gäben Fußgängern den Vorzug, Vorstädte reorganisierten sich um Verkehrsknotenpunkte herum und neue Wohnformen fänden Verbreitung. All diese Änderungen wären nutzbringend, wenn nicht gar reizvoll – und geschähen mehr oder weniger reibungslos, wenn wir die globale Atmosphäre unter treuhänderische Verwaltung brächten.

Wenn wir aber weiterhin die Atmosphäre als unregelte Mülldeponie nutzen, wird unsere wunderbare Wirtschaftsparty ein abruptes Ende finden – durch Ölpreisschocks, Klimakatastrophen und Panik an den Geldmärkten. Was danach geschieht, weiß niemand zu sagen. Das ist nüchtern gesehen die uns drohende Alternative.

Die Rolle des Staates

Wenn man etwas erledigt haben will, muss man die dafür geeignete Person finden, dieser Person eine klare Marschrichtung vorgeben, ihr Befugnisse erteilen, die nötigen Mittel in ihre Hände geben und sie

dann eigenständig handeln lassen – also kurz gesagt: Man muss Aufgaben delegieren. Das war eine der wertvollsten Lektionen meines Geschäftslebens. Die gleiche Logik gilt für Regierungen. Wenn eine Regierung Dinge erledigt haben möchte, hat sie die dafür geeigneten Leute zu finden. Sie kann diese in den eigenen Beamtenapparat übernehmen oder auch Außenstehende vertraglich verpflichten. Solange der öffentliche Zweck zu vernünftigen Kosten erfüllt wird, sollte das egal sein. Wenn es darum geht, den Gemeinschaftsgut-Sektor zu errichten, gibt es für jeden etwas zu tun: Insbesondere der Staat hat vier wichtige Funktionen zu erfüllen:

1. Solange er nicht jemand anderem die Verantwortung für die Gemeinschaftsgüter überträgt, ist er der »natürliche« Treuhänder und in dieser Funktion anhand der Standards treuhänderischer Tätigkeit zu messen.
2. Eigentumsrechtlich ist der Staat ursprünglicher Zedent (jemand, der eine Forderung an einen anderen abtritt) und ultimativer Schiedsrichter. Statt nahezu alles zu privatisieren, sollte er den Trusts für Gemeinschaftsgüter mehr Eigentumstitel überlassen. Auch sollte er den Rechten der Gemeinschaftsgüter den Vorzug gegenüber jenen geben, die Kapitalgesellschaften genießen.
3. Allein der Staat kann inter- und intragenerationale Verträge wie etwa *Social Security* und *Medicare* vermitteln. Wir brauchen den Staat, um Analoges für die Krankenversicherung und einen Trust für die Chancengleichheit der Kinder zu realisieren.
4. Der Staat kann dabei helfen, den Wiedererwerb von früher privatisierten Teilen der Gemeinschaftsgüter und deren Wiederherstellung zu finanzieren. Die Regierungen des Bundes sowie insbesondere der einzelnen Staaten sind befugt, langfristige und steuerfreie Wertpapiere auszugeben, die sich dazu nutzen lassen, Eigentumsrechte an Privatland und privaten Wassergrundstücken zu erwerben.

Diese vier Funktionen reflektieren die einzigartigen Verantwortlichkeiten und Stärken des Staates. Allerdings gibt es Bereiche, in denen der Staat *keinen* Wettbewerbsvorteil hat. Dieses Buch handelt wesentlich von einem solchen Bereich.

Ich habe die Funktion von Treuhändern bereits erläutert – die Arbeit, die *jemand* tun muss, um unser gemeinsam geteiltes Erbe zu schützen.

Es ist wichtig, dass diese Aufgabe ordentlich erledigt wird, andernfalls wären unsere Nachkommen wie die anderer Arten verloren. Wir haben uns somit zu fragen, wer der dafür Geeignetste wäre. Allem Anschein nach sind weder Regierungen noch Privatunternehmen in der Lage, diese Arbeit wirklich zu leisten. Somit bleiben uns allein Trusts als die Akteure, die den künftigen Generationen gegenüber wirklich rechenschaftspflichtig sind.

Jenen, denen die Zukunft am Herzen liegt, sage ich: *Es ist an der Zeit, die Treuhänderfunktion in die Hände von Trusts zu legen.* Wir sollten den Trusts klare Aufträge und Befugnisse erteilen, ihnen die nötigen Mittel geben und sie dann eigenständig handeln lassen. Trusts sind sicherlich nicht vollkommen, werden aber wahrscheinlich besser und beständiger funktionieren als eine der bekannten Alternativen.

Kapitel 10

Was Sie tun können

*Zwei Wege trennten sich im Wald, und ich –
ich nahm dann den, der kaum begangen war,
das hat den ganzen Unterschied gemacht.*

Robert Frost, 1920¹⁰⁹

Wir kommen abschließend zu der unvermeidlichen Frage, wie ein jeder von uns dazu beitragen kann, den Kapitalismus 3.0 zu errichten.

Ich hatte schon angemerkt, dass die Regierung der Vereinigten Staaten von den Kapitalgesellschaften beherrscht wird – die meiste, aber nicht die ganze Zeit über. Ein- oder zweimal pro Jahrhundert eröffnet sich für eine kurze Dauer die Möglichkeit der Machtübernahme durch nichtunternehmerische Kräfte. Keiner kann sagen, *wann* dies das nächste Mal geschehen wird, aber es *wird* geschehen, soviel steht sicherlich fest. Wir müssen bereit sein, wenn es darauf ankommt, einen starken, sich selbst erhaltenden Gemeinschaftsgut-Sektor zu errichten, der nicht einfach demontiert werden kann, falls sich das Rad der Politik wieder drehen sollte.

Zukünftig bereit sein heißt, sich *heute* schon an die Arbeit zu machen. Beginnen sollten wir damit, unsere gemeinsamen Vermögen wahrzunehmen, über sie zu sprechen. Wir sollten, wann immer wir ihnen begegnen, die Aufmerksamkeit auf sie lenken und alle Welt wissen lassen, wem sie gehören.

Zweitens muss es uns darum gehen, mehr Geburts- und Eigentumsrechte einzufordern, als wir bisher besitzen – Rechte, auf die jeder ein

¹⁰⁹ Dies sind die letzten Zeilen des Gedichts »The Road not Taken« von Robert Frost, in der Übersetzung von Lars Vollert, aus: Robert Frost, Promises to keep, Poems – Gedichte, Ebenhausen 2002, S. 67.

Anrecht hat, die in unser Betriebssystem eingebaut sind und künftige Generationen schützen, wie auch unsere Generation.

Ich lege deshalb so großen Wert auf Eigentumsrechte, weil in den Vereinigten Staaten Eigentumsrechte heilig, verfassungsmäßig verbürgt sind. Wer diese einmal hat, dem sind sie ohne faire Kompensation nicht mehr zu nehmen. Jene, die Privateigentum besitzen, haben von diesem Schutz in hohem Maße profitiert. Auch denen, die sich gemeinsame Vermögen teilen, sollten sie zugute kommen.

Drittens brauchen wir Ideen und Entwürfe für diverse Teile des Gemeinschaftsgut-Sektors, d.h. Organisationsformen, von denen wir wollen, dass die Gemeinschaftsgüter sie annehmen. Auch sollten wir, wann immer uns das möglich ist, diese Modelle errichten und testen. Die Vergangenheit bietet viele Beispiele dafür, dass auf lokaler Ebene entwickelte Modelle einerseits sich aus sich selbst heraus vervielfältigt haben, andererseits bis hinauf zur nationalen Ebene Relevanz erlangten. Auf diese Weise sind *Social Security* wie auch viele unserer Umweltschutzgesetze entstanden.

Rollen für alle

Um Kapitalismus 3.0 zu errichten, muss ein jeder von uns jeweils besondere Rollen spielen. Aus diesem Grunde wende ich mich auf den abschließenden Seiten dieses Buches an eine Vielzahl von Menschen, deren Teilnahme entscheidend ist.

Eltern

Sie möchten für Ihre Kinder das Beste. Sie möchten, dass sie sicher sind, dass sie ihre Möglichkeiten entfalten und die Freiheit haben, nach ihrem Glück zu streben. Was werden Sie ihnen hinterlassen? Ich spreche hier nicht von Geld, sondern von ideellen Gaben – eine enge Gemeinschaft, eine dynamische Kultur, ein sauberer Planet. Werden Sie, werden wir, Gaben dieser Art hinterlassen?

Ja, das werden wir – wenn wir uns mit anderen zusammentun. Es gibt viele Wege, mit anderen zusammenzugehen. Wir können das im unmittelbaren Kontakt tun oder auch online mit gleichgesinnten Frem-

den, durch Organisationen und Wahlen, in unseren Kirchen, Synagogen und Moscheen.

Keiner kann eigenhändig eine Gemeinschaft ändern, unser Land oder die Welt. Aber wir können uns mit anderen verbünden, um dieses Ziel zu erreichen. Wie und mit wem man sich verbündet, ist Ihre Entscheidung. Dass Sie es tun, es jetzt tun, ist meine Bitte.

Lohnempfänger

Ihnen ist es eine Zeitlang gut gegangen. Dank der Gewerkschaften haben Sie es bis in die Mittelschicht geschafft. Sie hatten bezahlten Urlaub, eine 40 Stunden-Woche, anderthalbfachen Lohn für Überstunden, eine Krankenversicherung, Rentenansprüche und – was das Wichtigste war – einen sicheren Arbeitsplatz. Auch Unternehmen, in denen es keine Gewerkschaften gab, zahlten gut und boten denen, die dies wollten, eine lebenslange Beschäftigung. Es gab einen Gesellschaftsvertrag, wenn nicht gar rechtlicher Natur, zwischen Unternehmern, Arbeitern und Gemeinden. Es war die amerikanische Version des Wohlfahrtsstaates. Jenen, die dazugehörten, ging es nicht schlecht. Aber diese Zeiten sind vorbei.

Auf dem heutigen Weltmarkt zirkuliert Kapital mit Lichtgeschwindigkeit und Sie sind nichts weiter als ein zu minimierender Kostenfaktor. Das Einzige, wonach das Management strebt – und was das Kapital verlangt –, ist eine Gewinnerhöhung im nächsten Quartal. Sie haben Ihre besten Jahre bei dem Unternehmen XY gelassen? Pech für Sie! Nichts hebt den Reingewinn mehr als Gesundschumpfen, Auslagern und Spekulieren mit Ihren Pensionsfonds. Und vergessen Sie die Gewerkschaften, die sind mittlerweile zahnlos. Wir alle sind auf uns selbst gestellt.

Was können Sie dagegen machen? Nicht viel, ehrlich gesagt. In der Ära des globalen Kapitals ist Ihre Erwerbsform – Arbeitslohn – ein ernsthafter Wettbewerbsnachteil. Mit der Zeit kann sich Ihre Lage jedoch bessern. Der Ausweg – für Ihre Kinder, wenn nicht gar schon für Sie – wäre eine neue Version des Kapitalismus, der Ihnen (wie allen anderen) *Einkünfte aus Eigentum* verschafft, die von einem gemeinsam geteilten Vermögen stammen. Dieser Anteil ist Ihr Geburtsrecht. Er lässt sich nicht gesundschumpfen, und er kann nicht ausgelagert werden.

Die Gewinnausschüttung erfolgt teils in bar, teils in Gestalt einer effizienten Gesundheitsversorgung, eines freien Internetzugangs, als gesunde Ernährung, saubere Luft und viele Stellen, an denen man angeln kann. Reklamieren Sie also Ihr Geburtsrecht und das Ihrer Kinder. Fordern Sie es im Wohnzimmer ein, in der Kirche, beim Friseur. So beginnen gesellschaftliche Bewegungen.

Kapitalisten

Keiner kennt die Schliche des Kapitalismus besser als Sie. Sie wissen, wie man aus wenig Geld viel Geld macht. (Die meisten dieser Kniffe haben damit zu tun, dass man etwas von einem der Gemeinschaftsgüter nimmt.) Aber später, wenn Sie Ihre Einnahmen zählen, glauben Sie da wirklich, dass jeder Dollar Ihr Verdienst ist? Oder stellen Sie sich hin und wieder die Frage: »Hatte ich (habe ich) vielleicht nicht doch zu viel bekommen?«

Gut, lassen Sie es mich deutlich sagen: *Ja, Sie haben zu viel bekommen.* Sie sollten aber nicht wütend werden: Ich behaupte nicht, dass Sie ein Schurke sind. Stattdessen behaupte ich, dass der Kapitalismus, wie wir ihn kennen, Menschen, die Privateigentum besitzen, über Gebühr honoriert. Es handelt sich nicht um einen persönlichen Fehler, sondern um einen Fehler im System. Der Schaden, den er verursacht, besteht nicht eigentlich im Luxus, den er Ihnen gewährt, sondern in den lebensnotwendigen Gütern, die er anderen verweigert, wie auch den Verwerfungen, die er in der Gesellschaft verursacht.

Ich erwarte von Ihnen nicht, dass Sie all Ihre überschüssigen Vergütungen sofort aushändigen. Damit würde ich von Ihnen mehr verlangen, als ich von mir selbst zu verlangen bereit bin. Sie sollten sich allerdings überlegen, ob Sie nicht Folgendes tun könnten: Erstaten Sie, erstens, einen Teil Ihrer überschüssigen Vergütungen jetzt und den übrigen Teil mit Ihrem Tod. Zweitens: Wenn Ihre Mitbürger eine Nachrüstung des Betriebssystems mit dem Ziel fordern, Leute ohne Kapitalbesitz fairer zu honorieren, dann bekämpfen Sie sie nicht. Geben Sie Ihnen eine Chance. Es wird funktionieren, zum Nutzen Ihrer Kinder wie der Erde insgesamt.

Unternehmer für Gemeinschaftsgüter

Sie werden die Welt verändern, den neuen Gemeinschaftsgütersektor errichten, Stück für Stück. Sie sind der ungepriesene oder doch wenig gepriesene Held von Kapitalismus 3.0.

Ein Gemeinschaftsgüter-Unternehmer ist – wie ein Privatunternehmer auch – ein Visionär, ein Beschleuniger, ein Initiator. Sie registrieren eine Nachfrage, der noch kein Angebot entspricht, und wissen zugleich, wie sie befriedigt werden kann. Sie bringen Menschen zusammen, legen ein Konzept vor und setzen es um. Das funktioniert manchmal, manchmal funktioniert es nicht. Im Unterschied zum Privatunternehmer erhalten Sie kein Aktienkapital. Sie motiviert etwas anderes: *der Wunsch, zurückzuerstatten*. Dabei sind Sie keineswegs selbstlos, genießen Erfolg, Anerkennung und auch Geld. Unter dem Strich jedoch überwiegt Ihr Wunsch, am gemeinsam geteilten Vermögen mitzuwirken. Folglich entschieden Sie sich für den Gemeinschaftsgütersektor und gegen die Privatwirtschaft.

Ein Gemeinschaftsgüter-Unternehmer kann nahezu überall tätig werden. Machen Sie einen Spaziergang in Ihrer Nachbarschaft. Fehlt da vielleicht etwas? Ein Nachbarschaftsgarten? Ein Fahrradweg? Ein Internet-Hotspot? Ein Nahrungsmittelkonsumverein? Lassen Sie ihn entstehen. Ob Ihr Interesse nun einem Fluss gilt, einer Form kulturellen Lebens oder dem Planeten – mischen Sie sich ein! Adoptieren Sie einen Teil der Gemeinschaftsgüter, versuchen Sie alles darüber in Erfahrung zu bringen, verlieben Sie sich in diese Sache. Finden Sie heraus, wer für sie Verantwortung trägt. Werden Sie Mitglied einer Organisation oder gründen Sie eine, um der Sache, um die es geht, wieder zum Leben zu verhelfen.

Wenn Sie ein Vorbild brauchen, nehmen Sie Tim Berners-Lee, den Erfinder und Förderer des World Wide Web. Berners-Lee arbeitete als Programmierer bei CERN, dem europäischen Forschungszentrum für Teilchenphysik, als ihm die Idee kam, das Internet mittels Hypertext zu vereinfachen. Leser einer Internetseite sollten automatisch, einfach per Klick auf den Hypertext-Link, auf eine andere, irgendwo auf der Welt befindliche Seite geleitet werden. Keine umständlichen Protokolle mehr, die nur Fachidioten verstehen – stattdessen ein kontinuierlicher Datenraum, der allen frei zugänglich ist.

Berners-Lee schrieb die Codes für das Hypertext Transfer Protocol (HTTP) und die Hypertext Markup Language (HTML); bedeutsamer ist jedoch, dass er CERN davon überzeugen konnte, beide unpatentiert, unlizenziiert und auch ohne sonstige weitere Bedingungen freizugeben. Das hat jedem ermöglicht, beide zu nutzen, ohne Gerichtsverfahren fürchten oder jemals auch nur einen Cent dafür zahlen zu müssen. Innerhalb weniger Jahre war das World Wide Web allgegenwärtig. Berners-Lee wechselte dann an das MIT, um ein internationales Gremium zu leiten, das sich der Aufgabe widmet, das Web als nichtproprietären Raum zu erhalten.

An vielen Stellen seines Karriereweges hätte Berners-Lee ein Unternehmen gründen oder in eines einsteigen können. Mit großer Wahrscheinlichkeit hätte ihm das Millionen eingebracht. Jedes Mal hat er abgelehnt. »Ich wollte das Web wachsen sehen«, erklärte er, »nicht aber meine Lebenszeit dadurch verstreichen lassen, dass ich mir den Kopf über die Freigabe eines neuen Produkts zerbreche.«¹¹⁰ Die Gemeinschaftsgüter zu befördern, war ihm wichtiger, als sich selbst eine Stange Geld zur Seite zu legen.

Ihre Arbeit als Gemeinschaftsgüter-Unternehmer ist schwieriger als die ihres Gegenübers aus der Privatwirtschaft. Denn Sie bewegen sich auf unbekanntem Terrain. Den Gemeinschaftsgütern, die Sie zu schützen suchen, wird es wahrscheinlich an Eigentumsrechten mangeln, und diese für Sie zu erwerben, kann Jahre oder Jahrzehnte dauern. Eigentumsrechte zu beschaffen, wird in der Tat das Erste sein, was Sie tun müssen. Zusätzlich dazu haben Sie noch Geld aufzutreiben, was für sich schon schwer genug ist.

Letztendlich sollte es Ihnen darum gehen, eine Institution zu hinterlassen, die Ihre geliebten Gemeinschaftsgüter kommenden Generationen bewahrt. Das muss der Maßstab Ihres Erfolges sein.

¹¹⁰ Tim Berners-Lee, *Weaving the Web*, San Francisco: Harper San Francisco, 1999, S. 84.

Anwälte

Sie sind die Architekten und Verteidiger von Eigentumsrechten. Die Besitzer von Privateigentum vergüten Ihnen Ihre Dienstleistungen gut. Jetzt ist es an der Zeit, einen größeren Teil Ihrer Fähigkeiten in den Dienst der Gemeinschaftsgüter zu stellen.

Ihre Aufgabe ist es, *inklusive* Formen von Eigentum zu gestalten und zu verteidigen, also solche, die den Ertrag unter möglichst vielen verteilen, statt ihn auf möglichst wenige zu beschränken. Um dies zu tun, haben Sie sowohl defensiv als auch offensiv zu agieren. »Defensiv« heißt, Sie müssen in höchstem Maße wachsam im Hinblick auf »Profite« aus den Gemeinschaftsgütern sein. Diese erfolgen ständig. Ich spreche nicht über Einnahmen des Staates, sondern die weit häufigeren, aber viel weniger beachteten Einnahmen der Unternehmen. Letztere profitieren davon, dass die Knappheitsrente nicht zur Anwendung kommt, wodurch Umweltverschmutzung und Lärmbelästigung zunehmen. Die erste Aufgabe, die Sie zu erfüllen haben, wird sein, die Gemeinschaftsgüter gegen solche privatwirtschaftlichen Aneignungen zu verteidigen.

Der offensive Teil Ihrer Arbeit besteht darin, neue Eigentumsrechte für die Gemeinschaftsgüter zu konzipieren. Das können Mischformen, wie im Falle ökologischer Grunddienstbarkeiten, sein. Seien Sie kreativ! Privat- und Gemeineigentum lassen sich oftmals – zu beiderseitigem Nutzen – miteinander verzahnen. Dies geschehen zu lassen, das ist Ihr Geschenk an uns alle.

Ökonomen

Machen Sie ein Gedankenexperiment und beziehen Sie Trusts für Gemeinschaftsgüter in Ihre Modelle ein. Stellen Sie sich vor, diese seien künftigen Generationen wie auch den heute Lebenden gegenüber rechenschaftspflichtig. Stellen Sie sich des Weiteren vor, diese Trusts würden an passenden Stellen montierte Ventile kontrollieren, die den häufigen Gebrauch knapper Gemeinschaftsgüter regulieren. Spielen Sie dann mit Quantitäten, Preisen und Ertragsflüssen. Ist eine numerische Genauigkeit nicht zu erreichen, so arbeiten Sie mit Näherungswerten. Prüfen Sie das Bruttoinlandsprodukt auf der einen Seite des Kontos und das, was auf der anderen, der Gemeinschaftsgüterseite des Kon-

tos, steht: Fragen Sie nach der Gerechtigkeit innerhalb einer Generation, nach der zwischen den Generationen und der im Verhältnis zur Natur. Dann teilen Sie der Welt Ihre Ergebnisse mit.

Wenn Sie nicht mit Wirtschaftsmodellen beschäftigt sind, so arbeiten Sie am institutionellen Design. Wie etwa sollten Trusts aufgebaut sein, welche Vermögen hätten sie zu verwalten, welche Eigentumsrechte müssten sie besitzen? Denken Sie daran: Eigentumsrechte sind, wie Betriebssysteme auch, nicht fix und fertig. Sie sind stattdessen sich entwickelnde Arrangements, auf die *Sie* Einfluss haben.

Religionsführer

Wir in den Vereinigten Staaten gehören vielen verschiedenen Glaubensrichtungen an. Jedoch stimmen wir in einer Sache überein: Die Schöpfung ist heilig, und die Menschen sind dafür verantwortlich, sie zu schützen. Wenn wir als Gattung für die Gaben Gottes verantwortlich sind, dann sollten wir mit dieser Aufgabe auch vorankommen. Unser gegenwärtiges Verhalten ist beschämend. Wir verschmutzen die Luft, plündern die Wälder, überfischen die Meere und vernichten Tier- und Pflanzenarten in heillosem Ausmaß. Eine zornige Gottheit würde uns erschlagen, eine barmherzigere nur die Polkappen wegschmelzen.

Es ist an der Zeit, den Streit über die Geschichte der Schöpfung zu beenden und den Blick auf ihre Zukunft zu richten. Diese sieht gegenwärtig düster aus. Menschen aller Glaubensrichtungen und solche, die an keinen Gott glauben, müssen sich zusammentun, um die Schöpfung zu bewahren. Dies ist eine ökumenische und heilige Aufgabe zugleich. Soll unsere Gattung diese einzigartige Rolle, Hüter der Schöpfung zu sein, erfüllen, so müssen wir augenblicklich unsere Wirtschaftsmaschine in Ordnung bringen. Helfen Sie uns.

Politiker

Jeder möchte Ihre Aufmerksamkeit. Kanal 5 ist auf Leitung 3, und ein mächtiger Lobbyist wartet vor Ihrer Tür. Ihnen fällt es schwer, den Wald vor lauter Bäumen zu sehen. Was könnte ich Ihnen Wichtiges mitteilen?

Ich möchte Ihnen sagen, dass wir an einem Scheideweg stehen. Die eine Seite der Gabelung führt zum Kapitalismus, wie wir ihn kennen;

der andere zu einer modifizierten Version. Sie müssen entscheiden, welcher Weg eingeschlagen werden soll. Ihre Wahl hat eine Vielzahl von Auswirkungen. Mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit liegt das Schicksal unseres Planeten in Ihren Händen. Auch stehen Billionen von Dollar auf dem Spiel. Ich bitte Sie, eine mutige Entscheidung zu treffen – ich möchte, dass Sie den Wandel wählen.

Das ist nicht die Art, wie man mit Politikern redet, ich weiß. Man weist stattdessen darauf hin, dass wir unsere Abhängigkeit von ausländischem Öl reduzieren, Arbeitsplätze in unserem Land schaffen und die Umwelt schützen müssen. All dies kostet Geld, von dem der Regierung nicht genug zur Verfügung steht. Aber es gibt etwas, das die Regierung tun kann: Erstens, ermächtigen Sie eine unabhängige Behörde – in der Art der *Federal Reserve* –, Obergrenzen des Kohlenstoffverbrauchs in den Vereinigten Staaten festzulegen. Auf diese Weise kann man Sie nicht länger dafür verantwortlich machen, dass die Energiepreise steigen (das werden sie ohnehin). Achten Sie auch darauf, dass diese Kohlenstoffbehörde, gleich dem *Alaska Permanent Fund*, Gewinne ausschüttet. Wenn Ihrer Wählerschaft dann die Schecks zugestellt werden, können Sie sich dies als Verdienst anrechnen.

Zweitens, sprechen Sie in Ihren Reden über Arbeitsplätze und energiewirtschaftliche Selbständigkeit. Drängen Sie auf einen *American Permanent Fund*, der sich aus den Verkäufen von Verschmutzungslizenzen finanziert. Innerhalb einiger Jahre werden in Ihrem Verwaltungsbezirk Tausende von Menschen neue Energiesysteme installieren und zugleich Dividendenschecks kassieren. Sie werden ein Held sein.

Und teilen Sie schließlich Ihren Spendern mit, dass es keinen Grund zur Besorgnis gibt: Sie sind für niedrige Steuern, für eine schlanke Regierung sowie dafür, nur das an Mitteln auszugeben, was wir uns auch leisten können. Sie glauben, die Umwelt durch Marktmechanismen schützen zu können, befürworten eine Gesellschaft von Eigentümern, in der jedem US-Bürger steuergestundete Sparkonten zur Verfügung stehen und kein Kind zurückgelassen wird.¹¹¹

¹¹¹ »... and no child is left behind« – Anspielung auf den *No Child Left Behind Act*, ein bildungspolitisches Gesetz der Regierung von George W. Bush, das im Jahr 2002 in Kraft getreten ist. Das Gesetz zielt auf eine qualitative Verbesserung des Schulsystems der Ver-

Eine neue Wirtschaft für eine neue Ära

Das 21. Jahrhundert darf nicht die Fortsetzung des 20. werden – dafür stehen wir einfach vor zu vielen irreversiblen Wandlungsprozessen.

Wenn es aber keine einfache Fortsetzung geben kann, was dann? Dann, so scheint mir, brauchen wir ein neues wirtschaftliches Betriebssystem. Sollten wir nämlich beim alten bleiben, würden hohe Rechnungen fällig, irreversible Änderungen geschehen und die ganze Situation mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit außer Kontrolle geraten.

Der Weg hin zu einem neuen Betriebssystem ist weder kurz noch gut ausgeleuchtet. Wir – das heißt wir alle gemeinsam – sollten zuerst Einigkeit über die Voraussetzungen und dann hinsichtlich einiger grundsätzlicher Gestaltungsprinzipien erzielen, theoretische Modelle unter Realbedingungen testen und diese wenn nötig korrigieren. Schließlich müssen wir das System im Gesamtumfang installieren.

In diesem Buch habe ich versucht, diesen Weg auszuleuchten. Zu diesem Zweck habe ich mir ein neues Betriebssystem vorgestellt und es »Kapitalismus 3.0« genannt – obwohl es weniger auf den Namen als die Sache ankommt. Zu ihr gehört, unsere selbstbezogenen Begierden durch gemeinsame Verantwortlichkeiten auszugleichen und diese Verantwortlichkeiten in unserem Betriebssystem zu vergegenständlichen.

Besonders angenehm am Kapitalismus 3.0 ist die Tatsache, dass dieses Betriebssystem Stück für Stück installiert werden kann. Wir brauchen die Maschine nicht erst herunterzufahren oder das alte Betriebssystem zu löschen, um das neue zu installieren. Tatsächlich müssen wir nicht einmal den Großteil des alten ersetzen, da das bisher schon in Ordnung war. Stattdessen haben wir nur einige Erweiterungs- und Zusatzmodule zu installieren, womit ein allmählicher und sicherer Übergang gewährleistet wäre. Beschreiben lässt sich das mit folgender Formel:

$$\text{Unternehmen} + \text{Gemeinschaftsgüter} = \text{Kapitalismus 3.0}$$

einigten Staaten, ist aber u.a. wegen der vorgeschriebenen Kontrollmechanismen zur Leistungseinschätzung öffentlicher Schulen in die Kritik geraten. (A.d.Ü.)

Wie der Fliehkraftregler von James Watts Dampfmaschine werden diese Module die ungebremsten Extreme unserer gegenwärtigen Maschine drosseln. Wenn *Illth* einer bestimmten Art in zu starkem Maße anwächst, werden die neuen Programmteile des Betriebssystems das entsprechende Ventil herunterregeln oder vertrauenswürdigen Menschen die Befugnis erteilen, dies zu tun. Wenn Geld sozial zu unausgewogen zirkuliert, dann wird der neue Programmcode den Geldumlauf ändern, nicht durch *Redistribution* von Einkommen, sondern durch *Prädistribution* von Eigentum. Analoge Anpassungen werden erfolgen, wenn die Privatwirtschaft in zu starkem Maße Kultur, Gemeinschaften oder gar die Demokratie schädigt.

Ein weiterer Vorzug des neuen Betriebssystems besteht darin, dass es nach seiner Installation nicht mehr umstandslos zu deinstallieren ist. Denn es gründet in Eigentumsrechten, statt auf Regierungsprogrammen zu beruhen, die dem politischen Auf und Ab unterliegen. Wer diesen Vorzug in Zweifel zieht, sei an die Durchhaltevermögen von *Social Security* und *Alaska Permanent Fund* erinnert. Beide leisten periodische Zahlungen, die den Status von Eigentumsrechten erlangt haben. *Social Security* gibt es seit mehr als 70 Jahren und sie ist nie beschnitten worden. Im Jahr 2005 überlebte sie einen von Präsident George W. Bush initiierten Privatisierungsversuch. Ähnlich der *Alaska Permanent Fund*, der, nunmehr über 25 Jahre bestehend, im Jahr 1999 das Ansinnen abwehren konnte, Teile seiner Einkünfte dem Finanzministerium zu überlassen.¹¹²

Diese dritte Version ist der logische Nachfolger der ersten beiden: In Kapitalismus 1.0 hatten wir einen Mangel an Gütern, in Kapitalismus 2.0 einen Überfluss; in Kapitalismus 3.0 werden wir genug Güter besitzen, aber nicht zu viele. Es wird mehr Dinge von der Art geben, die wir tatsächlich benötigen: intakte Ökosysteme, Gemeinschaften und Kultur – und weniger *Thneeds*. Wir haben dann eine ausgewogene Balance zwischen unseren »Ich«- und »Wir«-Seiten, sind enger

¹¹² 1999 war Alaskas Staatshaushalt in den roten Zahlen. Anstatt Steuern zu erhöhen oder Ausgaben zu kürzen, versuchte die Legislative, den *Permanent Fund* zu plündern. Nachdem die Wähler per Referendum diesen Plan jedoch mit einer Mehrheit von 84 zu 16% abgelehnt hatten, gaben die Politiker auf. Voters Say Loud, Clear »No«, *Anchorage Daily News*, 15. Sept. 1999, S. A 1.

miteinander verbunden, weniger isoliert, leben sicherer und sind weniger gestresst. Insgesamt werden wir, so glaube ich sagen zu können, zufriedener sein.

Für diesen Weg gelten neue Verkehrsregeln. Rechte, die bisher ausschließlich das Privatkapital für sich reklamieren konnte, werden durch Rechte ausgeglichen oder sogar überwogen, die für künftige Generationen treuhänderisch verwaltet werden. Gleichfalls wird der Anspruch von Privateigentümern auf Einkommen und Erbschaft ausgeglichen oder sogar überwogen durch den Anspruch eines jeden auf Einkommen und Erbschaft. Risiken, denen wir, wie etwa Krankheit, bisher individuell begegnen müssen, wird die alle einschließende Solidargemeinschaft mindern.

Die größte Änderung betrifft den dritten der in Kapitel 3 beschriebenen Algorithmen: *Der Preis der Natur wird nicht mehr gleich null sein*, sondern – zumindest, was die knappsten und gefährdetsten ihrer Teile betrifft – allmählich steigen. Dies zwingt dann die Unternehmen (und die Konsumenten), viele der bisher externalisierten Kosten zu internalisieren. Das wiederum wird sie dazu bringen, so zu investieren und zu konsumieren, dass die Natur mit der Zeit weniger geschädigt wird. Unternehmen werden auf Techniken für saubere und erneuerbare Energie setzen, Farmer weniger Chemikalien nutzen und vor Ort hergestellte Nahrungsmittel jene aus dem Feld schlagen, die weitab hergestellt worden sind. Konsumenten fahren dann nicht mehr allein in ihren Spritfressern, sondern nutzen geselligere Formen des Transports. Auch werden sie weniger in der Gegend herumfahren. Der Wohnungsbau verlagert sich von ausufernden Vorstädten auf Klein- und Großstädte.

Jedoch wird sich nicht alles ändern. Die Marktgewinner werden sich auch künftig ihrer Privilegien erfreuen können. Der Staat wird weder unsere Privatleben noch unsere Unternehmen überregulieren. Niemandes Privateigentum wird enteignet. Die Märkte bleiben dynamisch.

Und für Geschäftsleute folgt jetzt das Wichtigste: Kapitalismus 3.0 wahrt die Triebkraft des Kapitalismus – den Algorithmus der Gewinnmaximierung. Das geschieht nicht allein dadurch, dass dieser unangestastet bleibt, sondern indem alle Bürgerinnen und Bürger mittels eines

Permanent Fund an seinem Erfolg finanziell teilhaben. Sie alle werden sowohl von einer intakten Natur als auch einer intakten Unternehmenskultur profitieren.

Kapitalismus 2.0 hatte seine großen Augenblicke: Er besiegte den Kommunismus, öffnete dem Handel nationale Grenzen und schuf einen nie zuvor gesehenen Reichtum. Sein Siegeszug ging jedoch mit einer enormen Summe unbezahlter Rechnungen einher. Diese werden nunmehr fällig.

Vielleicht sollten wir uns als ein in Konkurs geratenes Unternehmen verstehen: Wir sind nicht mehr in der Lage, alle unsere Rechnungen zu begleichen. Gleichwohl können wir einige noch bezahlen, insbesondere, indem wir sie strecken. In manchen Fällen lassen sich Gläubiger vielleicht auch mit Firmenkapital entschädigen. In jedem Falle müssen wir jedoch unsere Wirtschaft künftig so reorganisieren, dass wir nicht wieder die gleichen Schulden anhäufen. Kapitalismus 3.0 wird diese Aufgabe lösen.

Kapitalismus 3.0 hat aber noch ein darüber hinausgehendes Ziel – nämlich dabei zu helfen, dass sowohl der Kapitalismus als auch die menschliche Gattung ihre Potenziale voll ausschöpfen. Um dies zu erreichen, muss unsere Wirtschaftsmaschine aufhören, die Gemeinschaftsgüter zu zerstören. Sie muss damit beginnen, sie zu schützen. Gleichzeitig hat sie die Lebensverhältnisse der unteren 95% der Bevölkerung in einem höheren Tempo zu heben als die der oberen 5%. Dies zu tun, erfordert mehr als mitfühlende Rhetorik oder das Auspolstern harter Kanten. Notwendig ist die Nachrüstung unseres Betriebssystems.

Ich hoffe, dass dieses Buch gezeigt hat, wie dies getan werden kann. Leicht wird es nicht sein, aber wir können es schaffen! Das Wissen und den Reichtum dafür haben wir. Wir müssen nur wollen.

Anhang

Grundlegende Merkmale der drei Sektoren Unternehmen, Staat und Gemeinschaftsgüter

	Unternehmen	Staat	Gemeinschaftsgüter
Schlüssel-funktionen	Herstellung von Gegenständen, Streben nach Kurzzeitgewinnen	Bestimmung, Zuweisung und Abwägung von Rechten	Teilung von Gaben und deren Bewahrung für künftige Generationen
Schlüssel-institutionen	Unternehmen, Gewerkschaften	Legislative, Exekutive, Judikative	Trusts für Ökosysteme, Permanent Funds, frei zugängliche Gemeinschaftsgüter, Verträge zwischen den Generationen, Kommunale Gemeinschaftsgüter
Hauptakteure	Geschäftsführer, Direktoren	Politiker	Treuhänder
Rechenschaftspflichtig gegenüber	Anteilseignern	Wählern (Spendern)	künftigen Generationen, heute lebenden Bürgern, nichtmenschlichen Lebensformen, Gemeinschaften
Algorithmen	Gewinnmaximierung, Gewinnverteilung an heute lebende Anteilseigner	Erwerb der meisten Wählerstimmen (der meisten finanziellen Zuwendungen)	Vermögen bewahren, vom Einkommen, nicht vom Grundkapital leben; dem Vorsorgeprinzip folgen; je mehr Begünstigte, desto besser

	Unternehmen	Staat	Gemeinschaftsgüter
Zeithorizont	das nächste Quartal	die nächsten Wahlen	die nächste Generation
Eigentumsordnung	ein Dollar, ein Anteil	eine Person, eine Stimme (ein Dollar, eine Stimme)	eine Person, ein Anteil
Übertragbarkeit von Eigentumstiteln	Ja	Wahlrecht: nein Eigentum: Ja	Begünstigungsrechte: nein Nutzungsrechte: ja
Von einem jedem gemäß ... An einen jeden gemäß ...	freiwilligen Kaufs Anteilsbesitz	Steuerlast politischer Macht	freiwilliger Nutzung gleichen Eigentums

Einträge in Klammern gelten *de facto*, nicht *de jure*.

Literatur

- Ackerman, Bruce/Anne Alstott: *The Stakeholder Society*. New Haven, Conn.: Yale University Press, 1999.
- Agarwal, Anil/Sunita Narain/Anju Sharma: *Green Politics: Global Environmental Negotiations*. New Delhi: Centre for Science and the Environment, 1999.
- Alperowitz, Gar: *America Beyond Capitalism: Reclaiming Our Wealth, Our Liberty, and Our Democracy*. New York: Wiley, 2005.
- Anderson, Terry/Donald Leal: *Free Market Environmentalism*. San Francisco: Pacific Research Institute, 1991.
- Ashworth, William: *The Economy of Nature: Rethinking the Connections between Ecology and Economics*. Boston: Houghton Mifflin, 1995.
- Athanasios, Tom: *Divided Planet: The Ecology of Rich and Poor*. Boston: Little Brown, 1996.
- Baden, John/Douglass Noonan (Hrsg.): *Managing the Commons*. Bloomington: Indiana University Press, 1998.
- Bakan, Joel: *The Corporation: The Pathological Pursuit of Profit and Power*. New York: Free Press, 2004.
- Baker, Dean/Mark Weisbrot: *Social Security: The Phony Crisis*. Chicago: University of Chicago Press, 1999.
- Barlow, Maude/Tony Clarke: *Blue Gold: The Fight to Stop the Corporate Theft of the World's Water*. New York: New Press, 2003.
- Barnes, Peter: *Who Owns the Sky? Our Common Assets and the Future of Capitalism*. Washington, D.C.: Island Press, 2001.
- Berners-Lee, Tim: *Weaving the Web: The Original Design and Ultimate Destiny of the World Wide Web*. New York: HarperCollins, 2000.
- Bollier, David: *Silent Theft: The Private Plunder of Our Common Wealth*. New York: Routledge, 2002.
- Bollier, David: *Brand Name Bullies: The Quest to Own and Control Culture*. New York: Wiley, 2005.
- Boyce, James (Hrsg.): *Natural Assets: Democratizing Environmental Ownership*. Washington, D.C.: Island Press, 2003.
- Brown, Peter: *Restoring the Public Trust: A Fresh Vision for Progressive Government in America*. Boston: Beacon Press, 1994.
- Brown, Peter: *The Commonwealth of Life: A Treatise on Stewardship Economics*. Montreal: Black Rose Books, 2001.
- Buck, Susan: *The Global Commons*. Washington, D.C.: Island Press, 1998.
- Cavanagh, John/Jerry Mander (Hrsg.): *Alternatives to Economic Globalization: A Better World Is Possible*. San Francisco: Berrett-Koehler, 2002.
- Coase, Ronald: *Essays on Economics and Economists*. Chicago: University of Chicago Press, 1994.
- Collins, Chuck (Hrsg.): *The Wealth Inequality Reader*. Cambridge, Mass.: Economic Affairs Bureau, 2004.

- Collins, Chuck/Felice Yeskel: *Economic Apartheid in America: A Primer on Economic Inequality and Security*. New York: New Press, 2000.
- Daily, Gretchen (Hrsg.): *Nature's Services: Societal Dependence on Natural Ecosystems*. Washington, D.C.: Island Press, 1997.
- Daily, Gretchen/Katherine Ellison: *The New Economy of Nature: The Quest to Make Conservation Profitable*. Washington, D.C.: Island Press, 2002.
- Dales, J. H.: *Pollution, Property and Prices*. Toronto: University of Toronto Press, 1968.
- Daly, Herman (Hrsg.): *Economics, Ecology, Ethics: Essays Toward a Steady-State Economy*. San Francisco: Freeman, 1980.
- Daly, Herman: *Beyond Growth*. San Francisco: Freeman, 1997.
- Daly, Herman/John Cobb, Jr.: *For the Common Good*. Boston: Beacon Press, 1989.
- Daly, Herman/Joshua Farley: *Ecological Economics: Principles and Applications*. Washington, D.C.: Island Press, 2003.
- Darley, Julian: *High Noon for Natural Gas: The New Energy Crisis*. White River Junction, Vt.: Chelsea Green Press, 2005.
- De Graaf, John (Hrsg.): *Take Back Your Time*. San Francisco: Berrett-Koehler, 2003.
- Diamond, Jared: *Collapse: How Societies Choose to Fail or Succeed*. New York: Penguin Books, 2005 (dt. *Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen*, Frankfurt 2005)
- The Ecologist: *Whose Common Future? Reclaiming the Commons*. Gabriola Island, B.C.: New Society Publishers, 1993.
- Fairfax, Sally/Darla Guenzler: *Conservation Trusts*. Lawrence: University Press of Kansas, 2001.
- Fairfax, Sally/Jon Souder: *State Trust Lands: History, Management, and Sustainable Use*. Lawrence: University Press of Kansas, 1996.
- Foster, John Bellamy: *The Vulnerable Planet: A Short Economic History of the Environment*. New York: Monthly Review Press, 1994.
- Freyfogle, Eric: *The Land We Share*. Washington, D.C.: Island Press, 2003.
- Galbraith, John Kenneth: *The Affluent Society*. Boston: Houghton Mifflin, 1958 (dt. *Gesellschaft im Überfluß*, München/Zürich 1959).
- Gates, Bill Sr./Chuck Collins: *Wealth and Our Commonwealth: Why America Should Tax Accumulated Fortunes*. Boston: Beacon Press, 2003.
- Geisel, Theodor Seuss: *The Lorax*. New York: Random House, 1971 (dt. *Der Lorax*, deutsche Nachdichtung Hans A. Halbey, Ravensburg 1974).
- Geisler, Charles/Gail Daneker (Hrsg.): *Property and Values: Alternatives to Public and Private Ownership*. Washington, D.C.: Island Press, 2000.
- Gelbspan, Ross: *The Heat Is On: The Climate Crisis, the Cover-Up, the Prescription*. Reading, Mass.: Addison-Wesley, 1997.
- George, Henry: *Progress and Poverty*. New York: Robert Schalkenbach Foundation, 1966 (zuerst veröffentlicht 1880).
- Gladwell, Malcolm: *The Tipping Point: How Little Things Can Make a Big Difference*. Boston: Little Brown, 2000.
- Glennon, Robert: *Water Follies: Groundwater Pumping and the Fate of America's Fresh Waters*. Washington, D.C.: Island Press, 2003.

- Glover, Linda/Sylvia Earle (Hrsg.): *Defying Ocean's End*. Washington, D.C.: Island Press, 2004.
- Gore, Al: *Earth in the Balance*. Boston: Houghton Mifflin, 1992 (dt. *Wege zum Gleichgewicht: Ein Marshallplan für die Erde*, Frankfurt/Main 1992).
- Greider, William: *The Soul of Capitalism: Opening Paths to a Moral Economy*. New York: Simon & Schuster, 2003.
- Hammond, Jay: *Tales of Alaska's Bush Rat Governor*. Fairbanks: Epicenter Press, 1996.
- Hardin, Garrett: *Nature and Man's Fate*. New York: Holt, Rinehart and Winston, 1959.
- Harris, David: *The Last Stand: The War Between Wall Street and Main Street Over California's Ancient Redwoods*. San Francisco: Sierra Club Books, 1997.
- Hartmann, Thom: *Unequal Protection: The Rise of Corporate Dominance and the Theft of Human Rights*. Emmaus, Penn.: Rodale Press, 2002.
- Hawken, Paul: *The Ecology of Commerce*. New York: HarperCollins, 1993.
- Hawken, Paul/Amory Lovins/L. Hunter Lovins: *Natural Capitalism: Creating the Next Industrial Revolution*. Boston: Little Brown, 1999.
- Heal, Geoffrey: *Nature and the Marketplace: Capturing the Value of the Ecosystem*. Washington, D.C.: Island Press, 2000.
- Heilbroner, Robert: *The Worldly Philosophers*. New York: Touchstone Books, 1987.
- Heilbroner, Robert: *21st Century Capitalism*. New York: W. W. Norton, 1993.
- Heinberg, Richard: *The Party's Over: Oil, War and the Fate of Industrial Societies*. Gabriola Island, B.C.: New Society Publishers, 2005.
- Hickel, Walter: *Crisis in the Commons: The Alaska Solution*. Oakland, Calif.: ICS Press, 2002.
- Hill, Peter/Roger Meiners (Hrsg.): *Who Owns the Environment?* Lanham, Md.: Rowman & Littlefield, 1998.
- Hyde, Lewis: *The Gift: Imagination and the Erotic Life of Property*. New York: Vintage Books, 1979.
- Kelly, Marjorie: *The Divine Right of Capital*. San Francisco: Berrett-Koehler, 2001.
- Kennedy, Robert F. Jr.: *Crimes Against Nature: How George W. Bush and His Corporate Pals Are Plundering the Country and Hijacking Our Democracy*. New York: HarperCollins, 2004.
- Keynes, John Maynard: *Essays in Persuasion*. New York: W. W. Norton, 1963 (zuerst veröffentlicht 1930).
- Keynes, John Maynard: *The General Theory of Employment, Interest and Money*. New York: Harcourt Brace, 1989 (zuerst veröffentlicht 1936) (dt. *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, übers. v. Fritz Waeger, Berlin 1983).
- Korten, David: *When Corporations Rule the World*. San Francisco: Berrett-Koehler, 1995.
- Korten, David: *The Post-Corporate World: Life after Capitalism*. San Francisco: Berrett-Koehler, 2002.
- Kunstler, James Howard: *The Long Emergency*. New York: Atlantic Monthly Press, 2005.
- Kuttner, Robert: *Everything for Sale: The Virtues and Limits of Markets*. New York:

- Knopf, 1997.
- Lasn, Kalle: *Culture Jam: The Uncooling of America*. New York: William Morrow, 1999.
- Layard, Richard: *Happiness: Lessons from a New Science*. New York: Penguin Books, 2005.
- Leopold, Aldo: *A Sand County Almanac*. New York: Oxford University Press, 1949.
- Lessig, Lawrence: *The Future of Ideas: The Fate of the Commons in a Connected World*. New York: Vintage Books, 2001.
- Lessig, Lawrence: *Free Culture: How Big Media Uses Technology and the Law to Lock Down Culture and Control Creativity*. New York: Penguin Books, 2004.
- Linden, Eugene: *The Future in Plain Sight: Nine Clues to the Coming Instability*. New York: Simon & Schuster, 1998.
- Locke, John: *Second Treatise of Government*. Indianapolis: Hackett, 1980 (zuerst veröffentlicht 1690) (dt. Zweite Abhandlung über den wahren Ursprung, die Reichweite und den Zweck der staatlichen Regierung, in: John Locke. *Zwei Abhandlungen über die Regierung*, hrsg. und eingel. v. Walter Euchner, übers. v. Hans Jörn Hoffman, Frankfurt/M. 1977).
- Lovelock, James: *Gaia: A New Look at Life on Earth*. Oxford, England: Oxford University Press, 1979 (dt. *GAIA. Die Erde ist ein Lebewesen*, Bern u.a. 1992).
- Lovelock, James: *Healing Gaia: Practical Medicine for the Planet*. New York: Crown, 1991.
- Marsh, George Perkins: *Man and Nature*. New York: Scribner's, 1882.
- Mayer, Carl/George Riley: *Public Domain, Private Domain: A History of Public Mineral Policy in America*. San Francisco: Sierra Club Books, 1985.
- McKibben, Bill: *The End of Nature*. New York: Random House, 1989.
- McNeil, J. R.: *Something New Under the Sun*. New York: W. W. Norton, 2000.
- Meadows, Donella, et al.: *The Limits to Growth*. New York: Universe Books, 1972 (dt. Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: Dt. Verlagsanstalt 1972).
- Meadows, Donella/Dennis Meadows/Jørgen Randers: *Beyond the Limits*. White River Junction, Vt.: Chelsea Green Press, 1992.
- Millennium Ecosystem Assessment: *Ecosystems and Human Well-Being: Synthesis Report*. Washington, D.C.: Island Press, 2005.
- Monbiot, George: *Manifesto for a New World Order*. New York: New Press, 2004.
- Murray, Charles: *Losing Ground: American Social Policy, 1950-1980*. New York: Basic Books, 1984.
- Nordhaus, William D.: *Managing the Global Commons: The Economics of Change*. Cambridge, Mass.: MIT Press, 1994.
- Olson, Mancur: *The Logic of Collective Action*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1965 (dt. *Die Logik des kollektiven Handelns*, Tübingen 1998).
- Ostrom, Elinor: *Governing the Commons*. New York: Cambridge University Press, 1990.
- Parker, Richard: *John Kenneth Galbraith: His Life, His Politics, His Economics*. New York: Farrar, Straus and Giroux, 2005.
- Phillips, Kevin: *Wealth and Democracy: A Political History of the American Rich*. New York: Broadway Books, 2002.

- Pigou, Arthur C.: *The Economics of Welfare*. London: Macmillan, 1920.
- Polanyi, Karl: *The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston: Beacon Press, 1960 (zuerst veröffentlicht 1944) (dt. *The great transformation: politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp 2004).
- Ponting, Clive: *A Green History of the World: The Environment and the Collapse of Great Civilizations*. New York: St. Martin's Press, 1992.
- Porritt, Jonathon: *Capitalism As If the World Matters*. London: Earthscan/James & James, 2005.
- Rawls, John: *A Theory of Justice*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 1971 (dt. *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. 15. Aufl. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2006).
- Roodman, David Malin: *The Natural Wealth of Nations*. New York: W. W. Norton, 1998.
- Rothschild, Michael: *Bionomics: The Inevitability of Capitalism*. New York: Holt, Rinehart and Winston, 1990.
- Ruskin, John: *Unto This Last*. New York: Penguin Books, 1986 (zuerst veröffentlicht 1860).
- Sachs, Wolfgang: *Planet Dialectics: Explorations in Environment and Development*. London: Zed Books, 2000.
- Scherf, Judith (Hrsg.): *The Piracy of America: Profiteering in the Public Domain*. Atlanta: Clarity Press, 1999.
- Schor, Juliet: *The Overworked American*. New York: Basic Books, 1993.
- Schor, Juliet: *The Overspent American: Why We Want What We Don't Need*. New York: Basic Books, 1998.
- Schumacher, E. F.: *Small Is Beautiful: Economics as if People Mattered*. New York: HarperCollins, 1973.
- Schweickart, David: *After Capitalism*. Lanham, Md.: Rowman & Littlefield, 2002.
- Shanks, Bernard: *This Land Is Your Land*. San Francisco: Sierra Club Books, 1984.
- Sherraden, Michael: *Assets and the Poor: A New American Welfare Policy*. Armonk, N.Y.: M. E. Sharpe, 1991.
- Shiva, Vandana: *Biopiracy: The Plunder of Nature and Knowledge*. Cambridge, Mass.: South End Press, 1997 (dt. *Biopiraterie. Kolonialismus des 21. Jahrhunderts*, Münster 2002).
- Shiva, Vandana: *Water Wars: Privatization, Pollution, and Profit*. Cambridge, Mass.: South End Press, 2002.
- Shiva, Vandana: *Earth Democracy: Justice, Sustainability, and Peace*. Cambridge, Mass.: South End Press, 2005 (dt. *Erd-Demokratie – Alternativen zur neoliberalen Globalisierung*, Zürich 2006).
- Shulman, Seth: *Owning the Future*. Boston: Houghton Mifflin, 1999.
- Simms, Andrew: *Ecological Debt: The Health of the Planet and the Wealth of Nations*. London: Pluto Press, 2005.
- Smith, Adam: *The Wealth of Nations*. London: Penguin Books, 1982 (zuerst veröffentlicht 1776) (dt. *Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen*, Berlin 1984).
- Smith, Adam: *The Theory of Moral Sentiments*. Amherst, N.Y.: Prometheus Books, 2000 (zuerst veröffentlicht 1759) (dt. *Theorie der ethischen Gefühle*, Hamburg

- 2004).
- Steinberg, Theodore: *Slide Mountain: The Folly of Owning Nature*. Berkeley: University of California Press, 1995.
- Stone, Christopher: *Should Trees Have Standing? Toward Legal Rights for Natural Objects*. Los Altos, Calif.: William Kaufman, 1974.
- Stone, Christopher: *Earth and Other Ethics*. New York: HarperCollins, 1987.
- Stone, Christopher: *The Gnat Is Older Than Man: Global Environment and Human Agenda*. Princeton: Princeton University Press, 1993.
- Suzuki, David: *The Sacred Balance: Rediscovering Our Place in Nature*. Amherst, N.Y.: Prometheus Books, 1998.
- Swann, Robert: »Land: Challenge in Opportunity.« In William Vitek and Wes Jackson (Hrsg.), *Rooted in the Land*. New Haven: Yale University Press, 1996.
- Tudge, Colin: *The Time Before History: 5 Million Years of Human Impact*. New York: Simon & Schuster, 1997.
- Washburn, Jennifer: *University, Inc.: The Corporate Corruption of Higher Education*. New York: Basic Books, 2005.
- Weber, Max: *The Protestant Ethic and the Spirit of Capitalism*. New York: Scribner's, 1958 (zuerst veröffentlicht 1904) (dt. *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*, München 2004).
- White, Stuart (Hrsg.): *The Citizen's Stake: Exploring the Future of Universal Asset Policies*. Bristol, U.K.: Policy Press, 2006.
- Wilson, E. O.: *The Diversity of Life*. New York: W. W. Norton, 1993 (dt. *Des Lebens ganze Fülle*, Düsseldorf 1999).
- Wright, Ronald: *A Short History of Progress*. New York: Carroll & Graf, 2004.

Index

- Affluent Society, The (Galbraith) 49
Air Trusts 175
Aktiengesellschaft. Siehe Kapitalgesellschaften
Aktienmarkt 16, 53, 55, 82, 139
Aktionäre. Siehe Shareholder
Alaska Permanent Fund 73f., 102, 105, 121, 138, 179, 199, 201
Algorithmen des Kapitalismus 2.0 78-80, 82f., 87, 94, 166, 202, 204
Allgemeine Geburtsrechte 19, 43, 106, 133, 193
 Argumente für und wider 136
 Auffassungen darüber in der Geschichte 135
 deren Ausbau 135f., 138, 191
 Trust für Chancengleichheit der Kinder 181
 und Gemeinschaft 90, 103
American Community Gardening Association 173
American Permanent Fund 138-140, 179f., 183, 199
Americans for the Arts 100
Anreize 38, 122
Anwälte 21, 197
Arbeit 41, 58, 69, 79, 83, 97, 102, 109, 141, 149, 181, 189, 197
 Schwächung der Gewerkschaften 75, 193
 Tarifverträge 136
Arbeitsethik 149
Arme, die nicht alt sind 36
Armut. Siehe Ungleichheit 49f., 52-54, 66, 105, 124, 128, 137f.
Atmosphäre 7-9, 14f., 26, 34, 52, 91, 103, 117, 139, 176, 184, 186, 188
Aufstieg der Gegner der Kapitalgesellschaften 76

Bauernmärkte 133, 174, 188
Bayh-Dole Act (1980) 163

Berners-Lee, Tim 195f.
Besteuerung 60, 67f., 124, 128
Betriebssystem. Siehe Wirtschaftliches Betriebssystem
Bildung 16, 119, 121, 136, 145
Boden-Trusts 74, 172, 183
Breslow, Marc 22, 176
Buffalo Commons 178
Bureau of Land Management 71
Bush, George W. 61, 140f., 199, 201

Campus Martius Park 174
Cato Institute 73, 88
Center for Economic Policy Research 165
Center for Public Integrity 63
CERN 195f.
Chief Seattle (vom Stamm der Suquamish) 103
Christian Broadcasting Network 159
Cisco Systems 100
Coase, Ronald 23, 88-90, 120-122
Conservation easements (ökologische Grunddienstbarkeiten) 115f., 197
Contract and converge (Kontraktion und Konvergenz) 186
Costanza, Robert 99

Demokratie 9f., 32, 61, 66, 75, 129, 132, 146, 181f., 201
Department of the Interior (Innenministerium) 63
Desert Land Act (1877) 44
Diamond, Jared 27
Dienstleistungen der Ökosysteme 99f., 119f.
Digital divide (digitale Kluft) 161f.
Divine Right of Capital, The (Kelly) 55, 109
Dole, Bob 44
Domesday Book 112
Dr. Seuss 35, 101f.

- Economist, The (Zeitschrift) 81
- Eigentum 30, 33, 41f., 55, 60f., 67f., 71, 74, 90-92, 95, 101-103, 105, 111-113, 128f., 137, 141, 143, 145, 152, 159, 166, 193, 197, 205
- Annahmen über das 119
- Prädistribution von 137, 201
- und Macht 61, 67
- unverdienter Vorteil 124
- Eigentumsrechte 9, 74, 90f., 96, 102, 109f., 118, 189, 191, 197, 201
- deren Dauerhaftigkeit 76, 192
- und Gemeineigentum 19f., 77, 102f., 182, 196f.
- und die Wirtschaft 89, 102, 124
- und Macht 45, 69, 75f.
- und Schutz der Natur 88-90, 101, 108, 120, 122
- und Trusts für Gemeineigentum 20, 166, 170, 198
- Einhegung 32, 42f., 45, 163
- Einzelunternehmen 48
- Emissionen. Siehe auch Kohlenstoffemissionen; Umweltverschmutzung 7f., 52, 70, 179, 186
- Employee Retirement Income Security Act (1974) 110
- Endangered Species Act (1973) 111
- England 112, 148
- EPA. Siehe US Environmental Protection Agency (EPA)
- Erbschaftssteuer 144
- Erlass von Queen Anne (1710) (England) 151
- Eroberung der Regulierungsbehörden 62
- Erstgeburtsrecht 141
- Externalitäten, Externalisieren (externalizing) 45, 118, 121
- Fairfax, Sally 72, 74
- Federalist Papers (Madison) 130
- Federal Reserve (Zentralbank) 68, 116-118, 158, 199
- Fernmeldeunternehmen 159-161
- Fördermittel 75
- Forschung und deren Kontrolle durch die Unternehmen 164f.
- Galbraith, John Kenneth 23, 49
- Gates, Bill, jr. 18
- Gates, Bill, Sr. 145
- Geisel, Theodor. Siehe Dr. Seuss
- Gemeineigentum 28, 30, 41-45, 90, 98, 101, 103, 105f., 112, 114-118, 120, 122, 131f., 138f., 176, 197
- Gemeinsame Vermögen
- als wechselseitig geteilte Gaben 28, 30, 95, 99, 111
- Gemeinschaft 8, 28, 37, 50, 94, 97, 103, 133, 150f., 166, 172, 192f.
- Gemeinschaftlicher Reichtum 19, 30, 55, 60
- Gemeinschaftsgärten 173
- Gemeinschaftsgüter. Siehe auch gemeinsame Vermögen; Gemeinschaft; Kultur; Natur 7-10, 14f., 20, 28-32, 40, 45, 48, 60, 75-78, 91f., 94-95, 104-106, 111, 113, 115, 118, 122f., 127, 129, 136f., 146, 150-152, 156f., 160, 162, 166, 171f., 174f., 179f., 182f., 187, 189, 192, 194-197, 200, 203-205
- Tragödie der 14
- Gemeinschaftsgütersektor. Siehe auch gemeinsame Vermögen; Trusts für das Gemeineigentum; gemeinschaftlicher Reichtum; globaler Atmosphären-Trust; Gesundheitswesen 10, 30, 103-105, 133, 195
- Gemeinschaftsrente 123, 127-129
- General Electric (NBC) 159
- General Social Survey 56
- George, Henry 23, 124
- Gesellschaftliche Vermögen 100
- Gesundheitsfürsorge 20, 35, 148
- Glaxo Wellcome 65
- Gleichgewicht 152f.
- Globalisierung 55, 129
- Glück/Zufriedenheit 19, 51, 56-58, 88, 133, 135f., 138, 143, 145, 170, 181, 192

- Grassley, Chuck 64
 Great Plains 178
 Großbritannien 46, 114, 141, 147, 152, 158
 Grundprinzipien, verschiedene 16, 80
 Gründungsväter der Vereinigten Staaten. Siehe auch Verfassung 130, 143, 163
- Haggin, James 44
 Hammond, Jay 73
 Hardin, Garrett 14, 28, 31f., 60, 78
 Hawken, Paul 85
 Hickel, Walter 45
 Homestead Act (1862) 43f.
 Hurwitz, Charles 82f., 87
- Illth 33-35, 37, 45, 118f., 122, 201
 Infrastruktur, als gemeinsam geteiltes Erbe 17, 37, 148, 180
 Internal Revenue Service 145
 Internet 28, 100, 105, 131, 151, 160-162, 165f., 175, 188, 195
 Investmentfonds 20, 53, 84, 110
- Jefferson, Thomas 135, 141, 143, 150, 163
 Johann Ohneland, König von England 41
- Kanada, Gesundheitswesen in 64, 146-148
 Kapital, heiliges Recht 58, 109
 Kapitalgesellschaften (Unternehmen) 20, 30, 45-47, 55, 58, 61f., 65, 75f., 78-81, 84, 86, 92, 95, 102-104, 110, 130, 151, 161, 166, 180f., 189, 191
 Kapitalismus. Siehe auch Überflusskapitalismus 7, 9, 13, 16, 18, 27, 32, 36f., 39f., 49, 51, 53, 55, 58, 61, 75, 77, 79, 86, 91, 94f., 102, 106, 133f., 179f., 194, 198
 Kapitalismus 1.0 19, 49, 201
 Kapitalismus 2.0. Siehe auch Überflusskapitalismus 19, 49, 59, 181, 201, 203
- Kelly, Marjorie 22, 55, 109
 Knappheit 123, 156, 166
 Kohlenstoffemissionen 180, 185f.
 Kongress 43f., 63f., 66, 68, 72, 77, 86, 152f., 159f., 162, 182
 Kultur. Siehe auch Internet; Wissenschaft 20, 37, 94, 97, 100f., 104f., 150f., 153f., 160, 166f., 192, 201
 Künste/Künstler 20, 151f., 154f., 160
 Kyoto, Protokoll von 184
- Land Ordinance (1785) 43, 72
 Landwirtschaft 27, 40, 116, 122, 176f.
 Liquidität 97, 105f.
 Liquiditätsbonus 96, 100, 139
 Lizenzfreiheit. Siehe Public Domain 152f.
 Lobbyisten 47, 63f., 67, 198
 Locke, John 12, 41f., 104, 135, 152
 Lohnempfänger 193
 Lokale Initiativen 172
 Lorax, The (Seuss) 35, 101f.
 Losing Ground (Murray) 53
- Madison, James 66, 130, 141
 Magna Charta 41
 Manager 16, 46, 79-85, 87, 94, 166
 Mangelkapitalismus 49f.
 Marin Agricultural Land Trust (MALT) 115, 172
 Massachusetts Climate Action Network 176
 Maxxam 82
 MBNA 64
 Medicare 64, 105, 165, 189
 Medienunternehmen 44
 Mill, John Stuart 123
 Millennium Ecosystem Assessment 52
 Mining Act (1872) 71
 Mobiltelefone 64
 Monopoly (Brettspiel) 33, 134, 138
 Morrill Land Grant College Act (1862) 43, 72
 Murdoch, Rupert 159
 Murray, Charles 53
 Musikindustrie 154

- NAFTA (North America Free Trade Agreement) 111
 Nahrungsmittelproduktion 99, 173f., 188, 202
 National Science Foundation 165
 National Trust (Großbritannien) 114
 Natur. Siehe auch Trusts für Gemeinschaftsgüter; Ökosysteme; nicht-menschliche Arten 16-20, 26f., 32, 34-39, 41f., 51-53, 62, 66-70, 77, 79, 81-83, 86-90, 94, 97, 99f., 103, 110, 114, 121, 128, 131, 150f., 158, 166, 170, 180, 193, 198, 202f.
 Natural Resources Defense Council 90
 Nature Conservancy 102, 114, 116, 178
 Natürliche Vermögen 99, 104
 NBC 159
 Netzneutralität 162
 New America Foundation 181
 Newton, Isaac 150
 New York Times 64, 148
 Nichtmenschliche Arten 118
 Northwest Ordinance (1787) 140
- Oberster Gerichtshof 46, 74
 Öffentliche Güter 119, 122
 Öffentliche Räume 174
 Ogallala-Aquifer 173, 178
 Öko-Liberalismus 88f.
 Ökosysteme 20, 28, 37, 51f., 66, 72, 74, 87, 95, 99, 112, 116-118, 120, 122, 129, 131f., 139, 201, 204
 Olson, Mancur 62, 66
 Oregon Water Trust 172
- Pacific Forest Trust 115f., 172
 Pacific Lumber Company 82, 102
 Paine, Thomas 42f.
 Patente 8f., 104, 140, 163-165
 Paxson, Lowell »Bud« 159
 Pensionsfonds 85f., 110, 193
 Pharmaindustrie 64
 Phillips, Kevin 65
 Pigou, Arthur 67f.
 Planwirtschaft 78
 Polanyi, Karl 42
- Politiker 21, 47, 55, 65, 68f., 116, 129-131, 139, 162, 176, 182, 198, 204
 Popper, Deborah 178
 Popper, Frank 178
 Portland, Pioneer Square 174
 Profisport 144
 Profit 16, 80-82, 87, 148, 162
 Progress and Poverty (George) 124
 Public Domain (Lizenzfreiheit) 152f.
- Rawls, John 137
 Regierung 8, 13-15, 19f., 28, 30, 41, 60-64, 66, 68, 70, 72-75, 80, 89, 91, 103, 106, 111, 114, 117, 121, 130, 132, 135, 137-139, 141, 144, 153, 176f., 182-184, 189, 191, 199, 202, 204f.
 Regionale Initiativen 175
 Regional Greenhouse Gas Initiative 175
 Regulierung 59, 62, 69
 Reichtumsverteilung. Siehe auch Ungleichheit 54
 Religionsführer 198
 Rente 123, 127, 193
 Ricardo, David 123
 Robertson, Pat 159
 Romney, Mitt 176
 Rückkopplungsschleifen 33, 94
 Ruskin, John 33f., 37
- San Francisco Grants for the Arts 154
 Sargent, Aaron 44
 Schulen und öffentlicher Grund und Boden 43, 72, 133, 154
 Shareholder 30, 46f., 55f., 80, 84f., 87, 104, 110
 Shareholder-Aktivismus 84f.
 Sim City 170
 Sky Trust 9, 15, 184
 Small Is Beautiful (Schumacher) 16
 Smith, Adam 46, 51, 60, 66, 123
 Smith, Vernon 73
 Social Security 36, 43, 105, 141, 143, 180f., 183, 189, 192, 201
 Staat. Siehe Regierung

Startkapital 20, 134, 136, 182
 Steuergutschriften auf Gemeinschaftsgüter 182
 Superfund 63
 Sutton, Paul 99

Tabakindustrie 65
 Technologie 52, 95
 Telefonunternehmen 16, 162
 Tevis, Lloyd 44
 Thneeds 33, 35, 50, 56, 94, 155, 201
 Tragedy of the Commons, The (Hardin) 14, 28, 30, 60
 Trebah Garden 112, 114
 Treuhänder(schaft). Siehe auch Trusts für Gemeinschaftsgüter; Treuhänder der Gemeinschaftsgüter 31, 61, 74, 86, 91, 102, 104, 113f., 118, 122, 128f., 131, 154, 159, 185, 189, 204
 Trustfonds 9, 141f.
 Trust für Chancengleichheit der Kinder 20, 145, 181, 183
 Trust für Übertragungsfrequenzen 181
 Trusts 20, 72, 113f., 116-118, 121f., 131f., 139, 155, 166, 170, 172f., 176, 181, 183f., 190, 198, 204
 Trusts für das Oberflächenwasser 172
 Trusts für Gemeinschaftsgüter 20, 115, 132, 170, 189, 197

US Environmental Protection Agency (EPA) 63, 176
 U.S. Fish and Wildlife Service 71
 U.S. Forest Service 71f.
 Überflusskapitalismus. Siehe auch Affluent Society 49-52, 57, 94, 155
 Umweltverschmutzung. Siehe auch Kohlenstoffemissionen; Globaler Atmosphären-Trust 15, 34, 37, 68, 70, 88-90, 94, 109, 117f., 120-122, 127f., 157, 180, 197
 Unabhängigkeitserklärung 133, 135
 Ungleichheit 13, 19, 51, 79, 94, 118
 Union of Concerned Scientists 58
 University of Texas 100
 Unternehmer 35, 195

Unzufriedenheit 58

Ventile und ihre Kontrolleure 116, 118, 184, 197
 Verantwortlichkeit 81, 84, 86f., 91, 114, 129f.
 Verfassung 18, 30, 32, 46, 61, 73f., 130, 135, 152
 Verfassung von Pennsylvania 61

Wahlkampffinanzierung 75
 Wasser 20, 28, 37, 42f., 55, 95, 111, 155, 172, 176f.
 Waste Management Inc. 14f.
 Wealth of Nations, The (Smith) 46
 Werbung 20, 49f., 87, 155-158
 Whitehead, Alfred North 31
 Wi-Fi 160f., 175, 181
 Will, George 134
 Wirtschaftliches Betriebssystem 18f., 26f., 32f., 35f., 40, 59, 76, 79, 94, 106, 108f., 111, 118, 129, 133, 136, 143, 192, 200
 Wirtschaftswissenschaftler 68
 Wissenschaft 37, 95, 104, 150-152, 163, 165
 WLAN 160, 175
 Working Assets 14, 16f., 38, 83f., 96
 World Trade Organization (WTO) 111, 187
 World Wide Web 151, 195
 Wright, Ronald 27

Yankelovich-Umfrage 156

Zeitbanken 174
 Zentralbank. Siehe Federal Reserve

Der Autor

Peter Barnes ist Unternehmer und Schriftsteller. Er hat verschiedene erfolgreiche Firmen gegründet und geleitet. Gegenwärtig ist er *Senior Fellow* am Tomales Bay Institute in Point Reyes Station, Kalifornien.

Barnes wuchs in New York City auf. An der Harvard University absolvierte er seinen Bachelor of Arts in Geschichte, an der Georgetown Universität seinen Master of Arts in Politikwissenschaften. Seine journalistische Laufbahn begann er bei *The Lowell Sun* (Massachusetts). Anschließend arbeitete er als Korrespondent von *Newsweek* in Washington D.C. und für *The New Republic* an der Westküste.

Im Jahre 1976 gehörte er zu den Gründern eines selbstverwalteten Unternehmens für Solarenergie in San Francisco, zusammen mit anderen gründete er 1983 *Working Assets Money Fund*. Daran anschließend war er Präsident von *Working Assets Long Distance*. Im Jahre 1995 wurde er zum *Socially Responsible Entrepreneur of the Year for Northern California* gewählt. Peter Barnes war Mitglied vieler Aufsichtsräte, so z.B. der *National Cooperative Bank*, des *California State Assistance Fund for Energy*, der *California Solar Industry Association*, der *Business for Social Responsibility*, der *Rainbow Workers Cooperative*, von *Techmar*, *Redefining Progress*, dem *Family Violence Prevention Fund*, dem *Public Media Center*, dem *TV-Turnoff Network*, von *Noise Pollution Clearinghouse*, *Greenpeace International*, der *California Tax Reform Association* und dem *Center for Economic and Policy Research*.

Zu seinen bisherigen Büchern gehören »Pawns. The Plight of the Citizen-Soldier« (Knopf, 1972), »The People's Land« (Rodale, 1975) und »Who owns the sky? Our Common Assets and the Future of Capitalism« (Island Press, 2001). Er hat Artikel u.a. für folgende Zeitungen und Zeitschriften verfasst: *The Economist*, *New York Times*, *Washington Post*, *San Francisco Chronicle*, *Christian Science Monitor*, *The American Prospect* und *Utne Reader*.

Im Jahre 1997 gründete er *Mesa Refuge*, eine Rückzugsgelegenheit für Schriftsteller im Norden Kaliforniens. Peter Barnes hat zwei Söhne, Zachary und Eli, eine Lebenspartnerin, Cornelia Durrant, und einen Hund namens Smokey.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

«Einnischung ist die einzige Möglichkeit, realistisch zu bleiben.» Heinrich Böll

Die Heinrich-Böll-Stiftung

- unterstützt die Entwicklung einer demokratischen Zivilgesellschaft im In- und Ausland
- versteht sich als Teil eines globalen grünen Netzwerkes
- gibt Denkanstöße für demokratische Reformen und soziale Innovationen
- engagiert sich für ökologische Politik und nachhaltige Entwicklung im globalen Maßstab
- setzt sich für eine demokratische Einwanderungsgesellschaft und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Politik und Gesellschaft ein
- fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland
- bietet Kunst und Kultur Raum zur Darstellung und Auseinandersetzung
- arbeitet in 60 Ländern auf vier Kontinenten, mit 26 Auslandsbüros und 160 Projektpartnern



Heinrich Böll in den 60er Jahren



Das neue Haus in der Schumannstraße

Heinrich-Böll-Stiftung
Die grüne politische Stiftung

Schumannstraße 8 10117 Berlin
Tel +49(0)30.285 34-0 www.boell.de

VSA: Wem gehört der Himmel?



240 Seiten; € 15.80
ISBN 978-3-89965-291-8
Dieser Reader greift eines der ernstesten Themen der Gegenwart auf.

C. Methmann/A. Haack/J. Eisgruber
Wem gehört der Himmel?

Das Klima in der Globalisierungsfalle
AttacBasisTexte 26

96 Seiten; € 6.50
ISBN 978-3-89965-250-5

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
mail: info@vsa-verlag.de



192 Seiten; mit DVD-Videodokumen-
tation; € 12.80
ISBN 978-3-89965-243-7

Walden Bello/Nicola Bullard/
Wolfgang Sachs/Vandana Shiva u.a.

**Die Umwelt in der
Globalisierungsfalle**

McPlanet.com-Kongress 2003

208 Seiten, € 12.80
ISBN 978-3-89965-029-7

Martin Khor/Sunita Narrain/
Lori Wallach/Manfred Max-Neef u.a.

Konsum. Globalisierung. Umwelt.

Mc Planet.com-Kongress 2005

192 Seiten, € 12.80
ISBN 978-3-89965-136-2

www.vsa-verlag.de

VSA

VSA: Alternativen



272 Seiten; Fadenheftung;
Klappenbroschur; € 12.00
ISBN 978-3-89965-247-5
Eine große Schatzkiste an Erfahrungen
und Ideen öffnet sich mit diesem ABC.

Felix Kolb/Bewegungsstiftung (Hrsg.)

Damit sich was bewegt

Wie soziale Bewegungen und Protest
Gesellschaft verändern

128 Seiten; € 9.80
ISBN 978-3-89965-252-9

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
mail: info@vsa-verlag.de



224 Seiten; Fadenheftung;
Klappenbroschur; € 10.00
ISBN 978-3-89965-139-3
71 AutorInnen vermitteln in 102 Stichwor-
ten globalisierungskritisches Wissen und
alternative Sichtweisen.

Sven Giegold/Dagmar Embshoff (Hrsg.)

Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus

In Kooperation mit der »Bewegungs-
akademie« und der »tageszeitung«

240 Seiten; € 14.80
ISBN 978-3-89965-227-7

Sind Neoliberalismus, Massenarbeitslosig-
keit und Prekarisierung durch Solidarische
Ökonomie überwindbar?

www.vsa-verlag.de

VSA

Der Kapitalismus ist nicht zum Untergang verurteilt oder unfähig; aber es wird Zeit, dass er an die Bedürfnisse und Risiken des 21. Jahrhunderts angepasst wird. Der amerikanische Publizist Peter Barnes zeigt, wie das funktionieren kann.

Unser Wirtschaftssystem hat Wohlstand geschaffen, Arbeiten erleichtert, Krankheiten besiegt, Mobilität geschenkt. Doch seine Nachteile werden immer deutlicher: Viele Menschen werden ärmer, Ressourcen rücksichtslos ausgebeutet, ganze Landstriche dem kurzzeitigen Profit geopfert, die Tier- und Pflanzenwelt dezimiert.

Unsere Art zu wirtschaften muss sich ändern, wenn wir die Erfolge sichern, den Reichtum der Natur retten und den zukünftigen Generationen die Chance auf ein würdiges Leben geben wollen. Die Lösung wird weder in noch mehr Privatisierung und Deregulierung noch in Planwirtschaft und Verstaatlichung liegen.

Sie wird in der Sicherung und Stärkung der Gemeinschaftsgüter zu finden sein, also jener natürlichen Reichtümer, die uns nicht individuell, sondern als Mitgliedern einer Gemeinschaft gehören.

Es wird neue Regeln und Institutionen brauchen, um unsere Wirtschaftsweise für das 21. Jahrhundert tauglich zu machen – und gerechter. Dieses Buch darf als Anleitung dafür verstanden werden.

ISBN 978-3-89965-312-0



www.vsa-verlag.de